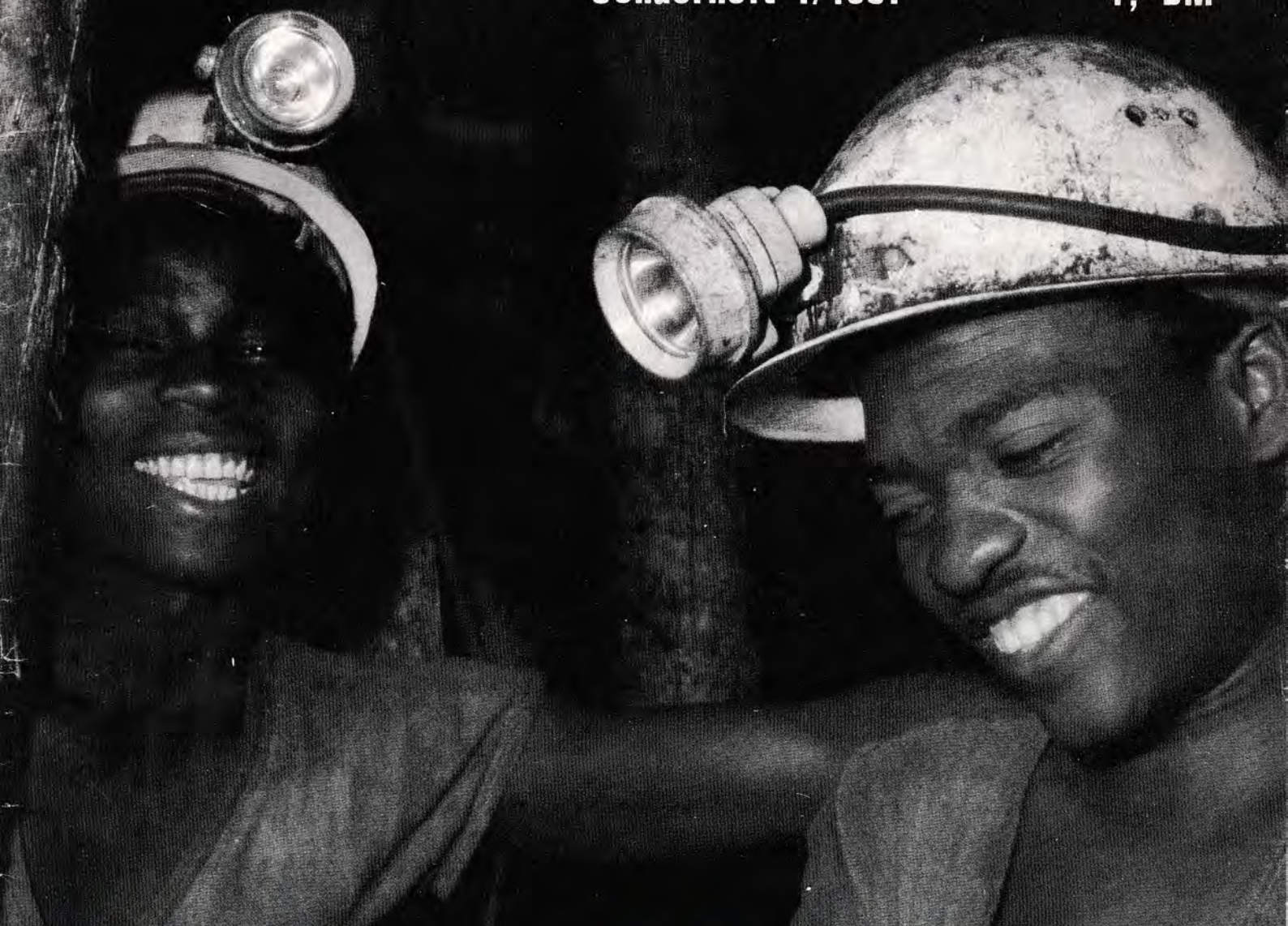


2V 7426 E

AIB

Sonderheft 1/1981

4,- DM



Arbeiter- und Befreiungs- bewegung im antiimperia- listischen Kampf

Internationale Wissenschaftliche Konferenz - Berlin, Oktober 1980

Inhalt:

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| Die Berliner Konferenz— Tribüne der Befreier | 3 - 4 |
| Teilnehmerorganisationen der Berliner Konferenz | 4 |
| REVOLUTIONÄRER WELTPROZESS UND NATIONALE BEFREIUNGSBEWEGUNG | 5 - 22 |
| Eröffnungsansprache von Erich Honecker : Friedensverteidigung und Revolution—zwei Seiten eines Kampfes | 6 - 8 |
| Sergio Vieira : Vom Befreiungskampf zum ersten volksdemokratischen Staat Afrikas | 9 - 13 |
| Maxime Gremetz ; Gemeinsam eine neue, gerechte Weltordnung erkämpfen | 14 - 17 |
| Boris Ponomariow : Mit der revolutionären Einheit die imperialistische Gegenoffensive zurückweisen | 18 - 22 |
| REVOLUTIONSERFAHRUNGEN IN LATEINAMERIKA | 23 - 38 |
| Nikaragua — Marcos Somarriba : Lehren der sandinistischen Volksrevolution | 24 - 27 |
| El Salvador—Norma Guevara : Die Revolution— kein Kampf mit bloßen Händen | 28 - 30 |
| Guatemala —Guillermo Toriello Garrido : Pakt der Einheit im Guerilla- und Massenkampf | 31 - 32 |
| Grenada — Vincent Noel Die grenadisehe Revolution —ein siegreiches Beispiel mehr | 33 - 35 |
| Chile — Clodomiro Almeyda : Grund Lehren der chilenischen Erfahrungen | 36 |
| Jorge Insunza: Entscheidend wird der Kampf der Massen sein | 37 -38 |
| REVOLUTIONSERFAHRUNGEN IN AFRIKA | 43 - 52 |
| Angola — Luis Pizarro ; Angolas Zukunft wird unvermeidlich sozialistisch sein' | 44 - 45 |
| Namibia — Moses Garoeb: Die SWAPO — siegesgewiß im Krieg um Namibia | 46 - 47 |
| Südafrika —Oliver Tambo Das antiimperialistische Bündnis ist unverzichtbar! | 48 - 50 |
| Westsahara — Mohamed Fadel Ali : Die Frente POLISARIO kämpft offensiv | 51 - 52 |
| REVOLUTIONSERFAHRUNGEN IN ASIEN | 53 - 66 |
| Afghanistan —Sultan Ali Keshtmand : Diesozialistische Orientierung—der einzig richtige Weg | 54 - 56 |
| Palästina — Majed A hu Sharar : Die palästinensische Befreiungsbewegung konnte standhalten | 57 - 58 |
| Syrien — Abu Salim : Die antiimperialistische Einheit ist von strategischer Bedeutung | 59 - 60 |
| Youssef Feissal : Die US-Offensive auf unsere Region zurückdrängen | 61 - 62 |
| Irak — Naziha Dulaimi : Rückschlag der nationaldemokratischen Revolution | 63 - 64 |
| Oman — Mohammad Abdallah Hussein: Die omanische Befreiungsbewegung reorganisiert sich | 65 - 66 |
| NEOKOLONIALISMUS UND NEUE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG | 67 - 78 |
| Seyclan Cissoko : Neue Weltwirtschaftsordnung — ein Kampf gegen den Neokolonialismus | 68 - 69 |
| Rashid Abdallah : Die Golfregion — neokolonialistischer Anziehungspunkt | 70 - 71 |
| Henry Winston: Das Dilemma der Anpassungsstrategie der USA | 72 - 73 |
| Martha Buschmann ; Die BRD, eine bedeutende Macht des Neokolonialismus und der NATO | 74 - 75 |
| Aus der Sektionsdiskussion: Neokolonialismus und Neue Weltwirtschaftsordnung | 76 - 78 |



Das ALB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Einzelheft 2,- DM; ab April 1981 25,- DM bzw. 2,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 3346 Ermäßigung.
Annehrrift von Redaktion und Vertrieb: ALB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 2 46 72.
Konen: A1B-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 90000), Konto Nr. 966.
Hermageber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Mechtild Jansen, Uwe Knickrehm, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Erich Rudolf, Werner Sturmman. Peter Tanrmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff.
RedektionakoDeküv: Wolfram Brillier (vermw.), Halme Denk, Rainer Falls, Paul Maaskola, J. Ostrowsky.
Mitarbeiter: N. Biver, P. Dietzel, E. Golombek, R. Hegewald, U. Rupp, L Schmitz, J. Weber.
Reciaktionaschhie 29. Januar 1981.
Anzeigen: Roederberg Verlag, Deutsche Volkszeitung, Pahl-Rugcnsrein Verlag.
Verlag: Weitkreis Verlag, Dortmund
Druck: Plambeck at Co, Neuss
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in det Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Adrmseenderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Die Berliner Konferenz – Tribüne der Befreier



Begegnung von ANC-Präsident Oliver Tambo mit SED-Generalsekretär Erich Honecker am Rande der Berliner Konferenz

„Diese Konferenz ist eine echte Tribüne aller Kräfte, die am Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt teilnehmen. Während dieser Konferenz wurde eine breite Übereinstimmung zu den wichtigsten Aufgaben der Gegenwart erzielt. Das ist sehr wichtig für das Voranschreiten unseres Kampfes, denn die Einheit der antiimperialistischen Bewegung ist ein notwendiger Faktor, um den Erfolg unseres Kampfes zu garantieren. Aus diesem Grunde sind wir überzeugt, daß die Konferenz einen entscheidenden Beitrag geleistet hat zur Vertiefung und Verstärkung des revolutionären Weltprozesses.“ Dies ist die Sicht Oliver Tambos, des Präsidenten des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC) und eines der prominentesten Teilnehmer der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz vom 20.-24. Oktober 1980 in Berlin.

In der Tat bedeutet die Teilnahme von 116 Organisationen und Parteien aus aller Welt, daß diese von der Zeitschrift Probleme des Friedens und des Sozialismus initiierte Beratung eine in der Geschichte der revolutionären Bewegung noch nie dagewesene Größe und Breite erreichte. Unter der Themenstellung „Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt“ meldeten sich im Plenum und den Sektionen bzw. Arbeitsgruppen insgesamt 195 Redner, Repräsentanten von kommunistischen, sozialistischen und nationaldemokratischen Parteien, Befreiungsbewegungen und Volkseinheitsbündnissen, zu Wort.

Alle relevanten Revolutionsregierungen und Befreiungsorganisationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, vom ANC, der Südwestafrikanischen Volksorganisation Namibias (SWAPO), der westsaharaischen Frente POLISARIO über die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) bis hin zu den revolutionären Linksallianzen El Salvadors und Guate-

malas waren mit von der Partie und schalteten sich in die Diskussion ein. Sie wurde in den drei Sektionen zu folgenden Themen geführt: „Der Zusammenhang des Kampfes für Frieden und Sozialismus mit dem Kampf um nationale Unabhängigkeit, gegen Imperialismus“ (Sektion I), „Der Kampf gegen Neokolonialismus, für eine demokratische Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen“ (Sektion II) und „Erfahrungen und Probleme des Kampfes um nationale und soziale Befreiung“ (Sektion III).

Diese Aspekte standen auch im Mittelpunkt der Eröffnungsansprache, die Erich Honecker für die gastgebende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) vortrug, und der Ausführungen der drei Hauptredner Sergio Vieira (Mocambique), Maxime Gremetz (Frankreich) und Boris Ponomarjow (Sowjetunion), die stellvertretend für die drei revolutionären Hauptströme nationale Befreiungsbewegung, Arbeiterbewegung der kapitalistischen Industriestaaten und sozialistisches Lager sprachen.

Abgesehen von der hohen Beteiligung ergibt sich die Bedeutung dieses Erfahrungs- und Meinungsaustausches einmal aus dem Herausarbeiten der übergreifenden Interessen und Ziele der antiimperialistischen Weltbewegung, d.h. aus dem auch in Berlin dominanten Streben nach solidarischer Zusammenarbeit und Aktionseinheit gegen den gemeinsamen Gegner, den Imperialismus, und für gemeinsame Ziele wie die Verteidigung des Weltfriedens, die Abrüstung, eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung, die nationale und soziale Befreiung der Völker, den Internationalismus. Das ist so, obgleich es in einzelnen Fragen unterschiedliche Auffassungen oder Meinungsverschiedenheiten gibt; beispielsweise brachten in der Afghanistanfrage vier Delegationen ihre Kritik an der Hilfestellung der Sowjetunion für die afghanische

Revolution zum Ausdruck.

Der in Berlin dominierende Wille zur Gemeinsamkeit im antiimperialistischen Kampf ist weiter gerade deshalb von besonderem Gewicht, weil er sich in einer Situation der akuten weltpolitischen Zuspitzung, des Übergangs des Imperialismus zur Konfrontation manifestierte. Dieser Zustand wurde auf der Konferenz übereinstimmend als Gegenoffensive der USA und ihrer Hauptverbündeten gewertet, die in den 70er Jahren erfahrenen Positionseinbußen wieder rückgängig zumachen, die an die weltrevolutionären Kräfte verlorene Initiative zurückzugewinnen. Übereinstimmend auch konstatierten die Diskussionsredner, daß – ungeachtet des derzeitigen imperialistischen Kurses der Gegenentspannung und neokolonialistischen Revanche – die antiimperialistische Bewegung eingangs der 80er Jahre beträchtlich an Stärke hinzugewonnen hat; Stärke genug, um den Angriff der Westmächte vereint abzuwehren.

„Unsere Konferenz“, so resümierte SED-Politbüromitglied Hermann Axen, der den Vorsitz des Treffens führte, in seiner Abschlußansprache vor dem Plenum, „erbringt den überzeugenden Beweis: Die antiimperialistische Bewegung hat nicht nur an Breite, sondern auch an Einfluß und politischer Erfahrung, an Kohäsion gewonnen. Die Praxis des Kampfes, die Erfahrungen aller Parteien und Bewegungen selbst sind es, die den Blick für den weltweiten Zusammenhang der Kämpfe schärfen, die wir unter verschiedenen Bedingungen, auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Methoden führen. Die Konferenz zeigt: Unsere Kraft und Fähigkeit sind gewachsen, gemeinsam größere Aufgaben zu lösen, das sagen wir ohne Triumphalismus. Das betonen wir angesichts

der Notwendigkeit, unsere große gemeinsame Kraft noch besser zu nutzen, um in der vom Imperialismus außerordentlich zugespitzten weltpolitischen Situation den Weltfrieden entschlossen zu verteidigen und die Sache der Befreiung der Menschheit zu fördern.“

Was in den Berliner Konferenzmaterialien zusammengetragen wurde, wählten wir – abgesehen von den Hauptbeiträgen zum Stand des weltrevolutionären Prozesses – in diesem Heft unter zwei Gesichtspunkten aus: Bevorzugt wurden Erfahrungsberichte zum Befreiungskampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in den 70er Jahren zum einen, wichtige Problempunkte des Neokolonialismus bzw. des Kampfes um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung zum anderen. Das hier dokumentierte Material enthält viele Erfahrungswerte, neue Momente und Aufschlüsse auch für die antiimperialistisch-revolutionäre Bewegung unseres Landes.

„Es ist eine Ironie der Geschichte“, so rief der stellvertretende Vorsitzende der Sozialistischen Partei der Werktätigen Nigerias, Wahab Goodluck, in Erinnerung, „daß genau vor 95 Jahren sich hier in Berlin, das damals eine imperialistische Macht war, die 15 imperialistischen Weltmächte trafen, um die Zwistigkeiten zu glätten, die sich aus der Verteilung der kolonialen Beute ergeben hatten. Es wurde die sog. Berliner Konferenz einberufen, auf der unser großer afrikanischer Kontinent aufgeteilt wurde.“

Die Berliner Konferenz des Jahres 1980 fand demgegenüber am Ende der Kolonialära statt. Sie führte nicht die Imperialisten, sondern die Avantgarde der Antiimperialisten dieser Welt zusammen. Nicht die Unterwerfung, sondern die Befreiung der Völker war ihr Anliegen.

Teilnehmerorganisationen der Berliner Konferenz

An der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz in Berlin/DDR nahmen Delegationen von 116 Organisationen, kommunistischen und Arbeiterparteien, revolutionärdemokratischen Parteien und nationalen Befreiungsbewegungen teil:

Volksdemokratische Partei Afghanistans, MPLA-Partei der Arbeit (Angola), Kommunistische Partei Argentiniens, Kommission zur Organisation der Partei der Werktätigen Äthiopiens - COPWE, Sozialistische Partei Australiens, Nationale Befreiungsfront Bahreins, Kommunistische Partei Bangladeshs, Kommunistische Partei Belgiens, Kommunistische Partei Boliviens, Brasilianische Kommunistische Partei, Bulgarische Kommunistische Partei, Partei der Einheit und des Nationalen Fortschritts (Burundi), Kommunistische Partei Chiles, MAPU - Arbeiter und Bauern Chiles, Sozialistische Partei Chiles, Kommunistische Partei Dänemarks, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Deutsche Kommunistische Partei, Dominikanische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Ekuadors, Kommunistische Partei Finnlands, Französische Kommunistische Partei, New-JEWEL-Bewegung (Grenada), Kommunistische Partei Griechenlands, Kommunistische Partei Großbritanniens, Kommunistische Partei Guadeloupes, Guatemaltekeische Partei der Arbeit, Vereinigung von vier revolutionären Organisationen Guatemalas, Afrikanische Unabhängigkeitspartei Guineas und der Kapverden, Demokratische Partei Guineas, Fortschrittliche Volkspartei Guyanas, Nationaler Volkskongreß Guyanas, Vereinigte Partei der Kommunisten Haitis, Kommunistische Partei von Honduras, Kommunistische Partei Indiens, Kommunistische Partei Indonesiens, Irakische Kommunistische Partei, Tudeh-Partei des Iran, Kommunistische Partei Irlands, Kommunistische Partei Israels, Italienische Kommunistische Partei, Jemenitische Sozialistische Partei, Jordanische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Kanadas, Kolumbianische Kommunistische Partei, Kongoleische Partei der Arbeit, Partei der Volksavantgarde Kostarikas, Kommunistische Partei Kubas, Laotische Revolutionäre Volkspartei, Kommunistische Partei Lesothos, Libanesische Kommunistische Partei, Allgemeiner Volkskongreß der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya, Luxemburgische Kommunistische Partei, Demokratisches Komitee zur Unterstützung der Charta der Sozialistischen Madagassischen Revolution – Partei des Unabhängigkeitskongresses von Madagaskar, Demokratische Union des Malinesischen Volkes, Kommunistische Partei Maltas, Kommunistische Partei Martiniques, Mexikanische Kommunistische Partei, FRELIMO-Partei (Mocambique), Mongolische Revolutionäre Volkspartei, Südwestafrikanische Volksorganisation (Namibia), Kommunistische Partei Nepals, Sozialistische Einheitspartei Neuseelands, Kommunistische Partei der Niederlande, Sozialistische Partei des Werktätigen Volkes Nigerias, Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (Nikaragua), Kommunistische Partei Norwegens, Volksfront zur Befreiung von Oman, Kommunistische Partei Österreichs, Kommunistische Partei Pakistans, Palästinensische Befreiungsorganisation, Partei des Volkes (Panama), Paraguaysche Kommunistische Partei, Peruanische Kommunistische Partei, Revolutionäre Sozialistische Partei (Peru), Kommunistische Partei der Philippinen, Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, Portugiesische Kommunistische Partei, Puertorikanische Kommunistische Partei, Puertorikanische Sozialistische Partei, Kommunistische Partei Reunions, Rumänische Kommunistische Partei, Volksfront für die Befreiung von Saguia el-Hamra und Rio de Oro – POLISARIO, Revolutionäres Koordinierungskomitee der Massen (El Salvador), einschließlich der Kommunistischen Partei El Salvadors, Vereinigte Nationale Unabhängigkeitspartei (Sambia), Kommunistische Partei Saudi Arabiens, Linkspartei-Kommunisten (Schweden), Arbeiterpartei-Kommunisten (Schweden), Partei der Arbeit der Schweiz, Afrikanische Unabhängigkeitspartei (Senegal), Fortschrittliche Volksfront der Seychellen, Allgemeiner Volkskongreß (Sierra Leone), Kommunistische Partei der Sowjetunion, Kommunistische Partei Spaniens, Kommunistische Partei Sri Lankas, Südafrikanische Kommunistische Partei, Afrikanischer Nationalkongreß – ANC (Südafrika), Sudanische Kommunistische Partei, Syrische Kommunistische Partei, Arabische Sozialistische Baath-Partei (Syrien), Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, Tunesische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei der Türkei, Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei, Kommunistische Partei Uruguays, Sozialistische Partei Uruguays, Kommunistische Partei der USA, Kommunistische Partei Venezuelas, Kommunistische Partei Vietnams, Sozialistische Einheitspartei Westberlins, Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe – ZANU, Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns; ferner Mitglieder des Redaktionskollegiums und Vorsitzende von Kommissionen der Zeitschrift Probleme des Friedens und des Sozialismus.

An dem Treffen nahmen 21 Vorsitzende, Generalsekretäre bzw. Erste Sekretäre oder deren Stellvertreter sowie 66 Mitglieder und Kandidaten von Politbüros und Sekretäre von Zentralkomitees der Parteien und Organisationen teil. Von den anwesenden Delegationen vertraten 27 Parteien und Organisationen, die zum erstenmal an einer derartigen Konferenz teilnahmen.

Revolutionärer Weltprozeß und nationale Befreiungsbewegung





Eröffnungsansprache von Erich Honecker

Friedensverteidigung und Revolution – zwei Seiten eines Kampfes

Erich Honecker ist Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Staatsratsvorsitzender der Deutschen Demokratischen Republik.

(...) Diese Konferenz vereint Vertreter der drei revolutionären Hauptströme unserer Zeit – des sozialistischen Weltsystems, der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung. Sie bietet die Möglichkeit zum kameradschaftlichen Meinungsaustausch über eine Vielzahl von Fragen, vor denen wir gemeinsam und am jeweiligen Abschnitt unseres Kampfes stehen. Damit entspricht sie zugleich einer historischen Notwendigkeit. Denn die internationale Entwicklung verläuft stürmisch, oftmals überstürzen sich die Ereignisse, und sie werfen nicht wenige neue Probleme auf. Wir müssen unseren Standpunkt zu ihnen beziehen, analysieren und schlußfolgern, um den Volksmassen klar zu antworten und bei der Lösung voranzugehen.

Der Sozialismus hat auf 4 Kontinenten Fuß gefaßt

In wenigen Wochen jährt sich zum 63. Male der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (in Rußland; d. Red.). Er war eine Wende in der Menschheitsgeschichte und leitete jene grundlegenden Wandlungen ein, die seither dem Erdball das Gepräge geben. Durch den Sieg der Sowjetunion

und der anderen Staaten der Anti-Hitler-Koalition im 2. Weltkrieg über den deutschen Faschismus wurde dieser Prozeß weiter beschleunigt.

Auf drei Kontinenten hat der Sozialismus bis heute reale Gestalt angenommen und auf dem vierten begonnen, festen Fuß zu fassen. Die antiimperialistischen Fronten verbreiterten sich und erstarkten. In den Hochburgen des Kapitals nahm der Kampf für die Rechte der Werktätigen, für ihre Interessen und Ziele, gegen die Herrschaft der Monopole einen bedeutenden Aufschwung.

Von wahrhaft geschichtlicher Tragweite ist die Tatsache, daß das fluchbeladene imperialistische Kolonialsystem zusammenbrach. Die Völker Afrikas, Asien und Lateinamerikas entledigen sich nach und nach der schweren Bürden, die es ihnen hinterließ, und streben nach neuen Ufern. Zunehmend wird die internationale Entwicklung von den Kräften bestimmt, die das Antlitz unseres Planeten fortschrittlich, zum Wohle der Menschheit verändern.

Was besonders wichtig ist: Der Kampf um den Frieden, von dessen Ergebnissen für Sein oder Nichtsein der Völker, für ihre glückliche Zukunft letztlich alles abhängt, wird heute von ungleich stärkeren Positionen aus geführt als jemals zuvor. Insbesondere die 70er Jahre haben es bewiesen. Gerade in Europa, von wo in unserem Jahrhundert zwei verheerende Weltkriege ausgingen, gelang es, den unheilvollen Zyklus Krieg – Frieden – Krieg zu durchbrechen. (...)

Den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems

unter dem Ansturm der nationalen Befreiungsbewegung und ihrer natürlichen Verbündeten, des Sozialismus und der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung, betrachten wir als die bedeutendste Errungenschaft der revolutionären Kräfte seit dem Entstehen des sozialistischen Weltsystems. Durch die nationalen Befreiungsrevolutionen hat sich die allgemeine Krise des Kapitalismus, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfaßt, weiter verschärft.

Heute kennzeichnet ein politisches Erwachen ohnegleichen die ehemals koloniale Welt. Bekanntlich erhalten dabei in den befreiten Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Auseinandersetzungen über die Wahl des Entwicklungsweges der Gesellschaft besonderes Gewicht. Wie die Erfahrungen zeigen, vermag die Entwicklung in kapitalistischen Bahnen weder die nationale Unabhängigkeit ökonomisch zu sichern noch die soziale Lage der breiten Massen spürbar zu verbessern. Die objektiven Erfordernisse des Fortschritts drängen immer stärker auf tiefgreifende ökonomische, soziale und gesellschaftliche Umgestaltungen mit antikapitalistischem Charakter. (...)

Der Kampf um die Durchsetzung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung ist ein organischer Bestandteil des gesamten antiimperialistischen Kampfes. Gerade deshalb geht die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen alle Revolutionäre an. Dafür kämpfen die fortschrittlichen Kräfte Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die revolutionäre Arbeiterbewegung in den Zitadellen des Monopolkapitals und die sozialistischen Länder.

Wie die Erfahrungen zeigen, werden die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas im Ringen um ihre ökonomische Selbständigkeit unweigerlich mit der neokolonialistischen Politik des Imperialismus konfrontiert. Mit neuen, flexibleren Methoden möchte er sie in der alten Abhängigkeit halten und sich vor allem auf lange Sicht die Ausplünderung der nationalen Rohstoffvorkommen, die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte und von ihm abhängige Absatzmärkte sichern. Unter den heutigen Bedingungen bevorzugt er dabei mehr denn je den Kapitalexport. Allein zwischen 1970 und 1977 hat sich der absolute Umfang seines Kapitalexports in die befreiten Länder um mehr als das Dreifache erhöht.

Gerade auch Politiker der USA und der BRD, die bekanntermaßen zu den stärksten Stützen des Rassistenregimes in Südafrika und der israelischen Aggressoren zählen, preisen bei jeder Gelegenheit ihre sog. Entwicklungshilfe an. Über den steigenden Profittransfer aus diesen Ländern hüllen sie sich jedoch vornehm in Schweigen. Immerhin werden da-

durch jährlich 50 bis 100 Mrd Dollar Profit herausgepumpt. Das übertrifft bei weitem den Gesamtumfang des staatlichen und privaten Kapitals, das sie in diese Länder ausführen.

Auch multilaterale Vereinbarungen, wie sie zum Beispiel zwischen den EG-Staaten und einer großen Zahl von Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raumes abgeschlossen wurden, sind keine Lösung des Problems. Selbst wenn sie einige ökonomische Forderungen der Entwicklungsländer berücksichtigen, besteht ihr Wesen in der Fortsetzung des alten Abhängigkeitsverhältnisses. In den meisten dieser Länder wird deshalb nicht übersehen, daß solche Abkommen kein Ersatz für grundlegende Veränderungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf demokratischer und gleichberechtigter Grundlage sind.

Nach Voraussagen der Weltbank soll 1990 das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Entwicklungsländer weniger als 1/12 dessen betragen, was die kapitalistischen Industrieländer aufweisen. Länder mit besonders niedrigem Einkommen sollen sogar nur weniger als ein Vierzigstel davon erreichen. Wenn 1975 von 2,1 Mrd Menschen 800 Mio in absoluter Armut lebten, so wird ihre Zahl für das Jahr 2000 mit 1,3 Mrd vorausgesagt. Schon Ende 1980 soll die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer 400 Mrd Dollar überschreiten.

Raffinierter Neokolonialismus heißt nicht Gewaltverzicht

In der DDR ist der dringende Appell unseres Freundes und Genossen Fidel Castro auf der Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Havanna (September 1979; d. Red.) „gemeinsam für eine wahrhaft Neue Weltwirtschaftsordnung zu kämpfen, von der alle Gewinn haben werden“, nicht überhört worden. Wir unterstützen mit allem Nachdruck die Forderungen nach Einschränkung der Machtpositionen des internationalen Monopolkapitals und nach Respektierung der nationalen Interessen der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auch auf diesem Gebiet.

Von großer Bedeutung war nach unserer Ansicht auch die 11. Sondertagung der UNO, die sich mit konkreten Fragen einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und der internationalen Entwicklungsstrategie der Vereinten Nationen für die dritte Entwicklungsdekade (für die 80er Jahre; d. Red.) befaßte. Deutlich bestätigte sich, daß die fortschrittlichen Kräfte in den vom Kolonialismus befreiten Ländern, in den kapitalistischen Staaten und die sozialistischen Länder in den Grundfragen des gemeinsamen Kampfes gegen den imperialistischen Neokolonialismus übereinstimmen.

Wenn der Imperialismus raffinierte neokolonialistische Methoden praktiziert, dann verzichtet er keineswegs darauf, seine Expansions- und Hegemoniepolitik mittels Gewalt, Druck und Erpressung durchzusetzen. Von 1946 bis 1975 haben allein die USA 215 militärische Interventionen verübt bzw. militärische Gewalt angedroht, darunter etliche Male den Einsatz atomarer Waffen.

Zunehmend werden subversive Methoden zum Sturz revolutionärdemokratischer Regierungen, darunter ökonomische Sabotage, organisierter Menschenhandel und terroristische Aktivitäten, entwickelt und angewandt. Auf diese Weise sollen politische Instabilität erzeugt und Vorwände für nicht erklärte Kriege, wie gegen das revolutionäre Afghanistan, oder für direktes militärisches Eingreifen geschaffen werden, wie es den USA offenkundig am Persischen Golf vorschwebt. Die Tatsachen beweisen immer wieder aufs neue, daß der Imperialismus seinem Wesen nach aggressiv bleibt.

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges im Jahre 1945 sind mehr



als 90 souveräne Staaten entstanden, die das imperialistische Kolonialjoch unwiderruflich abgeworfen haben. Sie leisten in der internationalen Arena einen wichtigen Beitrag zum Kampf um Frieden, Sicherheit und Abrüstung. Mit Hochachtung verfolgen wir ihre vielfältigen Aktivitäten und unterstützen sie.

Ein dauerhafter Frieden, die Abwendung der Gefahr eines nuklearen Weltkrieges liegen im Lebensinteresse aller Völker. Unsere sozialistischen Länder brauchen Frieden, um die neue Gesellschaft erfolgreich weiter aufzubauen und ihre Politik zum Wohle der Menschen zu verwirklichen. Den Frieden brauchen alle Kräfte, die um soziale und nationale Befreiung ringen; denn er erleichtert ihren Kampf. Frieden ist das höchste Gut der Menschheit überhaupt.

Mit Sorge muß es erfüllen, daß bestimmte imperialistische Kreise, vor allem der USA und der BRD, den Kurs der Hochrüstung der NATO forcieren und das Wettrüsten anheizen. Sie trachten danach, sich militärische Überlegenheiten über den Sozialismus zu verschaffen, was eine unmittelbare Gefährdung des Friedens bedeutet. Allein in diesem Jahr erreichen die direkten Militärausgaben der NATO die enorme Summe von fast 200 Mrd Dollar. Zusammen mit den Geldern, die für die Realisierung der 180 langfristigen Modernisierungsprogramme der NATO veranschlagt werden, werden etwa 300 Mrd Dollar von den NATO-Ländern für militärische Zwecke ausgegeben.



US-Raketenbasis auf bundesdeutschem Boden

Für ihre imperialistischen Ziele hatten die USA bis Ende der 70er Jahre 429 große und 2.297 kleinere Stützpunkte im Ausland errichtet. Jetzt sind sie dabei, dieses Stützpunktsystem noch auszubauen. Jeder vierte US-Soldat ist heute außerhalb der Vereinigten Staaten stationiert. Der US-Präsident hat ganze Regionen der Welt, speziell die erdölreichen Gebiete, zu „nationalen Interessensphären“ der USA erklärt und zu ihrer Bewahrung den Einsatz militärischer Mittel angedroht.

Bei alledem handelt es sich nicht um Entschlüsse, die über Nacht gefaßt wurden. Vielmehr entsprechen diese gefährlichen Schritte einem langfristigen Konzept, das im Washingtoner Langzeitrüstungsprogramm der NATO (von 1978; d. Red.) und im verhängnisvollen Brüsseler Raketenbeschluß (vom Dezember 1979; d. Red.) seinen Ausdruck findet. Systematisch vollziehen die USA den Übergang von der Politik der Entspannung zur Politik der Konfrontation, ein Kurs, auf den sie die gesamte NATO festlegen wollen.

Die vom Präsidenten der USA verkündete „neue Nuklearstrategie“ vergrößert die Gefahr eines Kernwaffenkrieges erheblich. Aber den Völkern steht nicht der Sinn nach immer mehr und immer neuen Waffen, sondern sie sind für einen gesicherten Weltfrieden, für die Abrüstung.

Im Sozialismus gibt es niemanden, der an der Rüstung verdient. Frieden und Sozialismus sind wesenseins. Davon zeugen die vielfältigen Initiativen, die von der Sowjetunion, der DDR und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages ergriffen werden, um vor allem die Lösung einer Schlüsselfrage herbeizuführen, von der die Bewältigung zahlreicher anderer Probleme in der internationalen Arena abhängt. Ich meine die Beendigung des Wettrüstens und die Ergänzung der politischen Entspannung durch die Abrüstung. (...)

Der Imperialismus, der alles unternimmt, um Befreiungskämpfe der Völker zu verhindern, fordert von den revolutionären Kräften die Aufrechterhaltung des politischen und sozialen Status quo als Vorbedingung für Entspannung und friedliche Koexistenz. Aber die Erhaltung der von ihm hervorgebrachten internationalen Ausbeutung und Diskriminierung kann niemals dem Frieden dienen. Der Kampf der Völker für Freiheit und Selbstbestimmung ist zugleich ein Kampf für Völkerverständigung und Frieden. Daher werden die sozialistischen Staaten diesen gerechten Kampf stets unterstützen.

Selbstverständlich hat das mit Export der Revolution nichts zu tun. Aber ebenso sind wir entschieden gegen jeglichen Export der Konterrevolution. (...)

Im Gefolge des Sieges im Befreiungskampf wurde in einer Reihe von Ländern eine neue, revolutionäre Staatsmacht geschaffen. Es wurde damit begonnen, die entscheidenden Produktionsmittel zu vergesellschaften und die Produktion im Interesse des Volkes zu organisieren. Als Marxisten-Leninisten erfüllt es uns mit Genugtuung, daß sich die revolutionären Kräfte dieser Länder den Grunderkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus zuwenden und unter Führung revolutionärer Vorhutparteien einen Weg sozialistischer Entwicklung einschlagen. Eindrucksvolle Erfolge haben diese Staaten bereits bei der Beseitigung der Folgen des Kolonialismus, bei der Verwirklichung der Rechte des Menschen auf Bildung, Arbeit und Achtung seiner Würde errungen.

Die Sicherung und erfolgreiche Fortsetzung des revolutionären Prozesses in diesen Ländern wird durch das Zusammenwirken aller antiimperialistischen Kräfte gefördert. Dabei bewährt sich das enge Bündnis der Sowjetunion, der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft und der internationalen Arbeiterbewegung mit diesen Staaten. Es bewähren sich die Zusammenarbeit der Parteien, der Erfahrungs- und Meinungsaustausch über Strategie und Taktik.

Bekanntlich leisten die Länder der sozialistischen Gemeinschaft den progressiven Staaten internationalistische Hilfe. Sie unterstützen sie politisch und in wachsendem Maße ökonomisch und wissenschaftlich-technisch. Aber der Beitrag des Sozialismus zur Lösung der Probleme dieser Länder ist umfassender. Infolge seiner gewachsenen Kraft und seines zunehmenden internationalen Einflusses setzt der reale Sozialismus dem Weltherrschaftsstreben des Imperialismus Grenzen. So erweitert er bedeutend den Aktionsradius dieser Staaten. (...)

In den letzten Jahrzehnten haben wir im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus bereits Großes erreicht.

Viel bleibt noch zu tun. Wir sind davon überzeugt, daß in der Gemeinsamkeit auch künftig unsere Stärke liegt. Immer werden unsere Partei und unser sozialistischer Staat an der Seite der Kämpfer für nationale und soziale Befreiung, gegen den Imperialismus sein.

Ich wünsche der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz einen erfolgreichen Verlauf ihrer Arbeit.

Sergio Vieira

Vom Befreiungskampf zum ersten volksdemokratischen Staat Afrikas



Sergio Vieira ist Mitglied des Zentralkomitees der FRE-LIMO-Partei und des Ministerrates der Volksrepublik Mo-cambique.

Im Verlaufe der letzten Jahrzehnte hat sich eine qualitative Veränderung in der nationalen Befreiungsbewegung in Afrika vollzogen.

In den 50er Jahren und teilweise in den 60er Jahren hatte die nationale Befreiungsbewegung in Afrika lediglich Aussicht auf die Erringung der „politischen Unabhängigkeit“. Diese Perspektive fand beispielsweise ihren Ausdruck bei Kwame N'krumah (Präsident Ghanas von 1957-66; d. Red.), indem er sagte: „Zuerst wird die politische Macht errungen, und alles übrige kommt später.“ Während dieser historischen Phase konnte die Unabhängigkeit des größten Teils der afrikanischen Staaten realisiert werden.

Die Kolonialstaaten gewähren angesichts der Gefahr einer Radikalisierung der nationalen Befreiungsbewegung die Unabhängigkeit und übertragen die politische Macht. Dabei handelt es sich aber um die Rettung des wesentlichen: der kapitalistischen Struktur und der Unterordnung unter die ehemalige Kolonialmacht und den Imperialismus. (...)

Generell ist dies nicht die Übernahme der Macht durch eine neue Klasse, die aus dem Sturz der alten, dekadenten hervorgegangen ist. Es erfolgt lediglich die Machtübergabe von der Kolonialgewalt und der kolonialen Bourgeoisie an ihre Erben und Interessenvertreter schwarzer Hautfarbe. In Extremfällen, wie in Südafrika und Rhodesien, wurde die Macht an die weißen Kolonialherren übertragen, um mit Hilfe des Rassismus das Weiterbestehen der kapitalistischen Ordnung und die Einbeziehung weiterer Länder in die imperialistische Herrschaftssphäre zu sichern. Wie auch immer, durch Neokolonialismus oder Apartheid, die Ausbeutung als wesentliches Ziel bleibt bestehen, nur die koloniale Form wird preisgegeben.

Die Ziele und Methoden der nationalen Befreiungsbewegung dieser Epoche sind durch die Bildung politischer Gruppen und Vereinigungen charakterisiert, die sich dem Ziel der Erringung der nationalen Unabhängigkeit widmen. Diese Befreiungsbewegungen werden, obwohl sie breite Massen mobilisieren, weitgehend von den Kräften der einheimischen Bourgeoisie und den Feudalherren beeinflusst oder sogar geführt. In einigen Fällen stellen sich patriotische und fortschrittliche Intellektuelle, wie Lumumba (1961 ermordeter erster Ministerpräsident des Kongo, heute Zaire; d. Red.) und Kwame N'krumah, an die Spitze dieser Gruppen.

Diese Tatsachen reichen indessen nicht aus, um den Charakter, den die nationale Befreiungsbewegung in dieser historischen Periode angenommen hat, in sein Gegenteil zu verkehren. In den 60er und 70er Jahren verändern sich die Perspektiven. Während Frankreich, Großbritannien und Belgien dem größten Teil ihrer Kolonien die Unabhängigkeit gewähren, ist die portugiesische Kolonialbourgeoisie nicht in der Lage, einen ähnlichen Weg zu gehen, mit dem sie ihre ökonomischen und politischen Interessen sichert.

Während die Ausbeutung der Kolonien die Akkumulationsquelle für die entstehende britische, französische und belgische Bourgeoisie darstellte, eignete sich die dekadente Aristokratie in Portugal das Produkt der kolonialen Ausplünderung an, das sie für Prunk und Prahlerei ausgab.

Die portugiesische Kolonialbourgeoisie zwang uns zum bewaffneten Kampf

Die portugiesische Bourgeoisie beginnt ihre Akkumulation auf der Grundlage der kolonialen Ausplünderung ein Jahrhundert zu spät, was die Schwäche der Kolonialmacht und ihren sozialökonomischen Rückstand bestimmt. Und das wiederum hat der Kolonialmacht und den Kolonialherren das Weiterbestehen ihrer Überlegenheit im Rahmen einer auch formellen Unabhängigkeit ihrer Kolonien unmöglich gemacht.

Deshalb konnten andere Kolonialmächte in den 50er, 60er und 70er Jahren ihre industrielle Entwicklung, die sie dank der kolonialen Ausplünderung erlangt hatten, zum Übergang zur neokolonialen Herrschaft nutzen, während die portugiesische Bourgeoisie ihre faschistischen Strukturen kolonialer Herrschaft erhalten mußte, um ihre Akkumulationskraft auf der Grundlage der unkontrollierten Ausbeutung der Kolonien zu bewahren. Dieser objektive Faktor hat den Völkern der portugiesischen Kolonien den bewaffneten Kampf als einzigen Weg für die Erringung der Unabhängigkeit bestimmt.

Aus diesen historischen Gesamtbedingungen ergeben sich Schwierigkeiten, aber sie schaffen andererseits objektiv eine Situation, aus der unter einer fähigen Führung dieser Faktor der Rückständigkeit ein positiver und den Prozeß beschleunigender Faktor werden kann.

Die nationale Befreiung und die soziale Befreiung sind ge-

zwungen, sich zu einem Ganzen zu vereinigen und die Form des bewaffneten Kampfes anzunehmen. Von diesem Augenblick an bestimmen die Fortschritte der sozialen Befreiung die Fortschritte des bewaffneten Kampfes für die nationale Befreiung. Zu diesen kommen andere objektive Faktoren hinzu.

In den 60er Jahren war es möglich, die Erfahrungen der Unabhängigkeit von verschiedenen Ländern zu analysieren und aus ihnen Lehren über die lediglich formelle Natur einiger Unabhängigkeiten und über die neokoloniale Strategie des Imperialismus zu ziehen.

Die Veränderung des Kräfteverhältnisses, hervorgerufen durch den Sieg des Sozialismus in verschiedenen Ländern nach dem 2. Weltkrieg, hat sich auf internationaler Ebene durchgesetzt. Die Ideen des Sozialismus verbreiten sich.

In den Thesen des 3. Kongresses der FRELIMO wurde festgestellt: „In der gegenwärtigen Phase der imperialistischen Herrschaft kann die nationale Befreiungsbewegung ihre historische Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie die wissenschaftliche Ideologie der werktätigen Klassen annimmt, ausübt und entwickelt und wenn sie den Befreiungskampf zu einem Teil des allgemeinen Kampfes gegen das Ausbeutungssystem macht.“¹

Diese neue Situation schafft die Bedingungen dafür, daß auf den Trümmern des zerstörten Kolonialismus mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen wird. Mit anderen Worten, die Verschmelzung zwischen nationaler und sozialer Befreiung erreicht ihren Höhepunkt, wenn die Befreiung zum Aufbau des Sozialismus führt.

Der bewaffnete Kampf geht durch seine eigene Entwicklung in den Volkskrieg über. Durch den revolutionären Volkskrieg wird der Feind militärisch geschlagen und die Unabhängigkeit errungen. Die militärische Niederlage des Feindes bewirkt unter diesen Bedingungen den radikalen Bruch mit dem alten System.

Der revolutionäre Volkskrieg verschmolz den nationalen mit dem sozialen Befreiungskampf

Diese historische Realität haben wir in Vietnam gesehen, wo das Volk den Krieg gewonnen, sich befreit und im vereinten Vaterland den Aufbau des Sozialismus begonnen hat. Dieselbe Realität haben wir in Mocambique gesehen, wo das Volk den Krieg gewann, sich befreit und mit dem Aufbau des Sozialismus im ganzen Vaterland begonnen hat. (...)

Im Falle Mocambiques, und das ist nicht der einzige Fall, begann die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft bereits vor dem endgültigen Sieg mit der Schaffung der befreiten Gebiete.

Die politische, ökonomische, soziale und kulturelle Organisation des Lebens in diesen Gebieten zeigt die Ablehnung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und einen bereits durch die Werktätigen, die die Volksmacht erleben, geführten gesellschaftlichen Prozeß. Schon auf dem 2. Kongreß der FRELIMO, der in Matchedje, einem 1968 befreiten Gebiet, stattfand, wurde im Beschluß über die Verwaltung der befreiten Gebiete hervorgehoben, daß „die Verwaltung der befreiten Gebiete die Stabilisierung der Volksmacht anstrebt“.

Der revolutionäre Volkskrieg für die Befreiung ist Ausdruck für den Entwicklungsstand des Klassenkampfes in unseren Reihen. Der Sieg der revolutionären Richtung innerhalb der Befreiungsfront gegen Ende der 60er Jahre klärte die Ziele der sozialen Befreiung und beschleunigte die nationale Befreiung.

Nicht immer ist ein Krieg ein Volkskrieg und ein revolutionärer Krieg. Die Teilnahme des Volkes allein verwandelt den Krieg noch nicht in einen Volks- und revolutionären



FRELIMO-Orientierung eingangs der 70er Jahre: Kombination von bewaffnetem Kampf und revolutionärer Sozialveränderung in den befreiten Gebieten

Krieg. Ob es sich um einen solchen handelt, entscheidet sich an Hand der Führung, der Methoden und der Ziele. Ein Volkskrieg stützt sich auf die bewußte Teilnahme der Massen und verfolgt das Ziel der Erringung der Macht durch die Volksmassen selbst. (...)

In diesem Zusammenhang erschien in Mocambique der revolutionäre Volkskrieg als höchste Form des Kampfes der werktätigen Klassen. Er war der bestimmende Faktor bei der Erringung der Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, die Bauern. Er führte zur Verschmelzung von nationalem und sozialem Befreiungskampf. Er war ein umfassender Kampf an allen Fronten, d.h. um die politische, ökonomische, kulturelle und soziale Macht. Der revolutionäre Volkskrieg war außerdem der bestimmende Faktor bei der Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei.

Der Rückhalt des sozialistischen Lagers

Allerdings wären die von der nationalen Befreiungsbewegung durchgesetzten revolutionären Veränderungen zum aktuellen Zeitpunkt nicht wirksam geworden ohne das objektiv vorhandene internationale Kräfteverhältnis zugunsten der nationalen und sozialen Befreiung. Die Hauptstütze der nationalen Befreiungsbewegung angesichts der militärischen Aggressivität des Imperialismus sind in erster Linie die sozialistischen Staaten.

Unsere Erfahrungen, sowohl des bewaffneten Kampfes als auch der gegenwärtigen Phase, bekräftigen diese Meinung. Die militärische Unterstützung im Kampf bezüglich Ausrüstung, Ausbildung und auch der rückwärtigen Dienste kam hauptsächlich aus den sozialistischen Ländern. Heute wird der Aufbau einer modernen Armee in unserem Land sowie die Verstärkung der Verteidigungskraft auch weiterhin durch die sozialistischen Länder unterstützt.

Die Existenz der gefestigten sozialistischen Länder hindert den Imperialismus daran, seine Kriegsmaschinerie in breiter Front gegen unser Land zu konzentrieren.

Der Fortschritt der nationalen Befreiungsbewegung und die

Existenz neuer Länder, die in verschiedenen Teilen der Welt den Sozialismus aufbauen, stellt die Garantie der Veränderung der internationalen Lage dar in einem immer günstigeren Sinne für die Kräfte des Fortschritts und der Gerechtigkeit, stellt die Garantie eines dauerhaften Friedens dar.

Ebenso ist die Existenz des sozialistischen Lagers unter ökonomischem Aspekt bedeutsam. Nach der Befreiung kam den neuen Ländern, die nunmehr den Sozialismus aufbauen, der ökonomische, wissenschaftliche und technische Fortschritt der entwickelten sozialistischen Länder zugute. Dieser Faktor ist in dem Maße wichtig, in dem er uns erlaubt, die Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltssystem dank der ökonomischen, wissenschaftlichen und technologischen Reserven der entwickelten sozialistischen Länder abzubauen, was uns die Neuorganisation unserer Wirtschaft und die Realisierung einer schnellen Entwicklung ermöglicht.

Der Sieg des revolutionären Volkskrieges war dank der Entwicklung des politischen und ideologischen Kampfes in den Reihen der Front und der Entstehung einer führenden Avantgarde, die die Interessen der werktätigen Klassen verkörpert, im Rahmen einer günstigen internationalen Lage, die sich aus der Existenz des entwickelten sozialistischen Lagers ergibt, möglich. Dieser Sieg ermöglichte uns den Beginn des Aufbaus des Sozialismus in unserem Vaterland gleich nach der Befreiung vom Kolonialismus. (...)

Die Hauptaufgaben der nationalen demokratischen Revolution werden in der Periode des bewaffneten Kampfes um die Befreiung und nach der nationalen Unabhängigkeit verwirklicht. Das bedeutet:

- die mocambiquanische Nation und die nationale Einheit sind im Prozeß des bewaffneten Kampfes konsolidiert worden;
- die Befreiung von der Kolonialherrschaft wurde durch den militärischen Sieg erreicht;
- die Fragen der Volksmacht und des Grundbesitzes wurden im Prozeß des bewaffneten Kampfes gelöst, die Lösungen wurden nach der nationalen Unabhängigkeit verallgemeinert und konsolidiert.

meinert und konsolidiert.

Aufgrund dieser Fragen wurden die Klassenauseinandersetzungen während des bewaffneten Kampfes geführt. Die feudalen Kräfte und die entstehende Bourgeoisie vereinigten sich, um die Macht in den befreiten Gebieten an sich zu reißen und die Armee unter ihre Kontrolle zu bringen. In diesem Kampf gewannen die Hauptprobleme der sozialen Befreiung konkrete Inhalte. Es handelte sich um die Antwort auf die Frage „gegen wen kämpfen und wofür“. (...)

Innerhalb einer sehr kurzen Periode nach dem militärischen Sieg wird die direkte ökonomische Administration des Imperialismus beseitigt. Die wichtigsten Produktionsmittel in Landwirtschaft, Industrie, Transport, Bauwesen und Handel, in den Banken und im Sicherheitsdienst, im Erziehungs-, Gesundheits- und Informationswesen werden in staatliches oder kooperatives sozialistisches Eigentum überführt. Die Monopolherrschaft des Imperialismus in unserem Land wurde beseitigt. Das einheimische Bürgertum hat in unserem Land keine politische und nur eine äußerst reduzierte ökonomische Macht.

Die FRELIMO-Partei: Führungskraft der Massen

In Rußland wurden 1917 in einem historisch extrem kurzen Zeitraum zwischen den Revolutionen im Februar und im Oktober die grundlegenden Aufgaben der nationalen demokratischen Revolution gelöst, so daß im Oktober die Etappe der sozialistischen Revolution beginnen konnte. In Mocambique wurde der größte Teil der Aufgaben der nationalen demokratischen Revolution während des Befreiungskrieges gelöst.

Mit der nationalen Unabhängigkeit und dem Aufbau des Sozialismus kann die Befreiungsfront von Mocambique nicht umhin, auf die Erfordernisse der neuen Phase zu antworten. Die Vorhut des Proletariats wird notwendig – die Partei.



FRELIMO-Führer Samora Machel auf einem Meeting in Cabo Delgado

Im Februar 1977 wird auf dem 3. Kongreß der FRELIMO die marxistisch-leninistische FRELIMO-Partei konstituiert.²

Die Parteigründung nahm jedoch schon während des bewaffneten Kampfes um die nationale Befreiung ihren Anfang. Sie ist das Ergebnis der Entwicklung des Kampfes selbst, der Zuspitzung des Widerspruchs zwischen den beiden Richtungen im Innern der Front und schließlich des Sieges der revolutionären Richtung. (...)

Die Leitung der gesellschaftlichen Prozesse wird heute von der Partei bestimmt. Ihr Charakter, ihr Gehalt an realer Führungskraft sind unbestreitbar in unserem Land. Die Partei ist kein Verein von Spitzenkräften. Sie wird gebildet von Kadern, die durch den Prozeß des Klassenkampfes und der ideologischen Schlacht während des bewaffneten Kampfes geschmiedet und gestählt wurden und die den Reihen des arbeitenden Volkes entstammen. Sie wird von Mitgliedern, die an der Spitze der Arbeiterklasse stehen, von Bauern und anderen werktätigen Schichten gebildet.

Die Organe der Volksmacht tragen in unserem Land den Charakter von Machtinstrumenten des Proletariats, der arbeitenden Klassen.

„Kriegserklärung“ an Bürokratismus und Unterentwicklung

Die klassenmäßige Zusammensetzung der örtlichen Volksvertretungen widerspiegelt die Realität der Diktatur des Proletariats in unserem Land. Tatsächlich wird die Mehrheit der Abgeordneten von Arbeitern, Bauern und Mitgliedern der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte gestellt. Die übrigen Mitglieder sind führende Kader, Intellektuelle und andere patriotische Vertreter. Das höchste Machtorgan des Staates ist die Volksversammlung. Ihre Mitglieder sind zu 32% Arbeiter, zu 28% Bauern und zu 15% Kämpfer des Befreiungskampfes.

Die Gerichte drücken in ihrer Zusammensetzung die Macht des Proletariats bei der Ausübung der Rechtsprechung aus. Die Richter werden in der Mehrzahl durch die Volksvertretungen nach einer umfassenden Diskussion gewählt und entstammen den werktätigen Klassen.

Die Verteidigungs- und Sicherheitsorgane sind der bewaffnete Arm der Diktatur des Proletariats. Von den Offizieren wird gefordert, daß sie die Qualitäten von Parteimitgliedern und Kommunisten aufzuweisen haben.

Die Volksmilizen und die Gruppen für Wachsamkeit, denen Zehntausende Arbeiter angehören, sind gleichfalls Ausdruck der Entschlossenheit des Proletariats, seine Macht zu verteidigen.

Die Volksverbundenheit unserer Macht spiegelt sich im engen Bündnis zwischen den Massen und den Organen der Volksmacht wider sowie zwischen den Massen und der Partei. Dieser Fakt verankert die Machtorgane und die Partei in den Massen. Der Avantgarde-Charakter der Partei erfordert die ständige Identifizierung mit den Bestrebungen des arbeitenden Volkes.

Die Erfahrung lehrt, daß das Fehlen dieses engen und ständigen Bündnisses der Partei mit den Massen zur Bürokratisierung der Partei, zur Entfernung von der politischen Arbeit zugunsten administrativer Methoden führt. Das Ergebnis ist der Verlust des Ansehens und der Rolle als Vorhut durch die Partei.

Der Aufbau des Sozialismus in unserem Land bedeutet in erster Linie, die Unterentwicklung zu überwinden und Elend, Hunger, Krankheiten, Armut, Unwissenheit und Wohnungsmangel ein Ende zu bereiten. Aus diesem Grunde erklären wir der Unterentwicklung an allen Fronten den Krieg. (...)

In der Volksrepublik Mocambique werden gegenwärtig die Aufgaben der demokratischen Volksrevolution gelöst. Das sind in ihrem Kern die Beseitigung der Unterentwicklung sowie die Festigung und Entwicklung der Macht des Proletariats.

Diese Etappe ist ein integraler Bestandteil des sozialistischen Aufbaus. Wie auch die Erfahrung der meisten sozialistischen Länder zeigt, ist sie keine bloße Vorstufe. Das erweist sich wie folgt:

- Die Art und Weise der Macht ist die Ausübung der Macht des Proletariats, die sich in den Volksversammlungen vollzieht.
- Der Staatsapparat ist Machtinstrument des Proletariats.
- Die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen sind sozialistischer Natur. Auf dem Lande erfolgt, nachdem der Grund und Boden zum Staatseigentum erklärt wurde, die Vergesellschaftung der Landwirtschaft mittels Gründung von staatlichen Unternehmen und Kooperativen. Die entstehenden Gemeinschaftsdörfer basieren auf sozialistischem Eigentum und
- die wichtigsten Produktionsmittel sind in der Industrie, im Bankwesen und in anderen Sektoren bereits sozialistisches Eigentum.
- Heute werden ca. 75% der gesamten Wirtschaft durch staatliche Jahrespläne organisiert und gelenkt.
- Unser Außenhandel ist ein staatliches Monopol und hat sich auf eine Entwicklung der Beziehungen zu den anderen sozialistischen Ländern orientiert. Heute wird mehr als 1/5 des Handels mit diesen Ländern abgewickelt; einige von ihnen erscheinen bereits unter den zehn Haupthandelspartnern der Volksrepublik Mocambique. Diese Situation erreichten wir in weniger als fünf Jahren, denn zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit waren mehr als 95% des Außenhandels auf Portugal, Südafrika und die wichtigsten entwickelten kapitalistischen Länder orientiert.
- Das Gesundheitswesen, die Volksbildung, die Justiz und das Informationswesen wurden vergesellschaftet.



Die Bergwerker von Moatize demonstrieren Disziplin und Selbstbewußtsein

Im beginnenden Jahrzehnt werden wir das Gesicht unseres Landes umgestalten und die Unterentwicklung beseitigen. Das Nationaleinkommen wird das Vierfache des gegenwärtigen Niveaus erreichen. Wir werden die Grundlagen der Schwerindustrie schaffen, die vollständige Vergesellschaftung der Landwirtschaft, eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität realisieren. Wir werden zu Exporteuren von Nahrungsmitteln werden. Wir werden das Analphabetentum beseitigen und das Bildungsniveau der Arbeiter erhöhen.

Absage an „spezielle Sozialismen“

Nach unserer Ansicht gibt es keine Modelle für die nationale und soziale Befreiung, für den Aufbau des Sozialismus. Es gibt kein europäisches, kein asiatisches, kein afrikanisches oder amerikanisches Modell für den Sozialismus.

In dem Bericht an die 4. Tagung des ZK der FRELIMO-Partei im August 1978 unterstrich Präsident Samora Machel: „Mit der Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei auf dem 3. Kongreß trug die FRELIMO dem innerhalb der Befreiungsfront von Mocambique durchlebten Prozeß Rechnung, einem reichen, langen und schmerzvollen Prozeß. Damit wollen wir sagen, daß sich die revolutionäre Ideologie unserer Bewegung in jeder der politischen Schlachten, die geführt werden mußten, in jeder Entscheidung, die getroffen werden mußte, gestählt hat. Deshalb ist für uns der Marxismus-Leninismus keine Philisterentscheidung. (...)“

Deshalb müssen wir stets wachsam sein gegenüber den chauvinistischen Abweichungen eines 'speziellen Sozialismus'. Wir weisen den Gedanken zurück, daß es einen 'afrikanischen Sozialismus' oder einen 'mocambiquanischen Sozialismus' geben kann. Im vollen Bewußtsein stellen wir fest, daß es keinen anderen Sozialismus als den wissenschaftlichen Sozialismus geben kann."³

Deshalb sagen wir genauso deutlich, daß die Erfahrungen jedes revolutionären Prozesses grundlegende Gesichtspunkte enthalten. Allerdings existieren nicht so viele „Sozialismen“ wie Erfahrungen. Der Sozialismus ist ein Ganzes. Die Methoden und Formen, ihn aufzubauen, variieren entsprechend den Bedingungen jedes Landes und sind selbst innerhalb jedes Landes verschieden.

In Mocambique sind die Bedingungen, die in Cuamba, einer rückständigen Landwirtschaftsregion, existieren, anders und fordern andere Methoden zur Lösung als die Fragen, die sich in Maputo, einer industrialisierten Region, stellen. Den Genossen Honecker zitierend, möchten wir sagen, daß wir mit jedem revolutionären Prozeß „Neuland“ beschreiten.

Schon Lenin lehrte uns, daß, wenn mehr Länder mit dem Aufbau des Sozialismus beginnen, auch mehr originelle Lösungen entstehen. Die Entwicklung der Praxis ist die unerschöpfliche Quelle für die Bereicherung der Theorie des Marxismus-Leninismus. Wie Marx sagte, ist sie der Tod der Philosophie in der Praxis zum Zwecke der Neugeburt als Theorie, die zur Entwicklung einer neuen Praxis führt.

Der reale Sozialismus wächst und manifestiert sich heute auf vier Kontinenten. Seine Verteidigung und Stärkung muß unsere vornehmste Aufgabe sein.

Mit dem Erscheinen der ersten volksdemokratischen Staaten in Afrika mobilisierte der Feind alle Formen seines Kampfes. Die Volksrepublik Mocambique ist eines der Hauptziele der imperialistischen Aggression in Afrika. Unser Feind, der Imperialismus, verstand sofort, daß die Siege der Völker von Mocambique und Angola dazu führten, daß die Grenze zwischen dem unabhängigen und dem von Rassismus und Kolonialismus unterdrückten Afrika auch zur Grenze der Konfrontation zwischen den beiden antagonistischen Gesellschaftssystemen wurde.

Es vervielfachten sich die Versuche, politische Lösungen für die militärische Auseinandersetzung in Zimbabwe, Namibia und selbst in Südafrika zu finden.

Diese Veränderungen der Taktik des Imperialismus, diese Kombination der Formen der offenen Aggression mit politischen und diplomatischen Offensiven, hat das Hauptziel, die Ausbreitung der Volksdemokratien auf andere Staaten unseres Gebietes zu verhindern und die bereits bestehenden zu bekämpfen. Der Sieg der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe, gegr. 1963; d. Red.) in Zimbabwe (vom Februar 1980; d. Red.) war ein großer Schlag gegen seine Absichten.

Die Zentren der Meinungsforschung, die Kabinette und Laboratorien für Gesellschaftsforschung und Propaganda sagten den Sieg von Muzorewa voraus. Es gewann das Volk und demonstrierte die reale Bedeutung des revolutionären und volksverbundenen Charakters des bewaffneten Kampfes. Es kämpfte die ZANU. Es siegte die ZANU. Daher ist nach einer Phase großer Initiativen der Westmächte für die Lösung der Namibiafrage ein toter Punkt festzustellen.

Im Süden Afrikas wankt das Gebäude des Neokolonialismus

Es gibt Zögern in den Reihen des Feindes, gleichzeitig aber eine Verschärfung der offenen Aggression gegen die Volksrepublik Angola und die Republik Sambia. Diese taktischen Änderungen des Feindes, auch wenn sie sein aggressives Gesicht zeigen, beweisen indessen, daß das Kräfteverhältnis im Süden Afrikas der Sache der Unabhängigkeit sowie der nationalen und sozialen Befreiung günstig ist. In diesem Zusammenhang ist es zu sehen, daß der Feind praktisch nicht bereit ist, die friedliche Koexistenz und Entspannung in unserer Region zu akzeptieren.

Die Existenz von Staaten, die in Afrika den Sozialismus aufbauen, stellt das ganze Gebäude der neokolonialistischen Herrschaft des Imperialismus in Frage. Sie stellt die autoritären Ansprüche und die reaktionäre Behauptung, daß der Sozialismus antiafrikanisch sei, in Frage. Sie stellt das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den zwei Systemen in Frage.

Wir schätzen ein, daß das Entstehen des realen Sozialismus in Afrika einen qualitativen Sprung der revolutionären Bewegung nach vorn darstellt. Die Entstehung des realen Sozialismus in Afrika ist auch eine Gelegenheit, der Welt einmal mehr das neue Modell der Zusammenarbeit von entwickelten und unterentwickelten Staaten vorzuführen, den Begriff des Nord-Süd-Dialogs zu entmystifizieren, zu zeigen, daß der Sozialismus eine echte Kooperation ermöglicht, die für beide Seiten vorteilhaft ist und die Unterentwicklung überwinden kann.

Unsere Praxis, die Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit, die ökonomischen Vereinbarungen und konkreten Realisierungen demonstrieren die tatsächliche Bedeutung der ökonomischen Zusammenarbeit.

Die Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen entwickelten und unterentwickelten sozialistischen Ländern bedarf der Grundlage des Prinzips des gegenseitigen Vorteils. Jeder muß in der Lage sein, seine Interessen zu wahren. Konkret gesagt: Wir bilden also die Vorhut bei der Schaffung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung. (...)

Der Kampf geht weiter!

Anmerkungen:

- 1) The African Communist, London, Nr. 69, 1977, S. 116
- 2) Wortlaut des Berichtes an den Parteitag und des FRELIMO-Programms in: AIB 4 und 5/1977; d. Red.
- 3) Voz da Revolucao, Maputo, September 1978

Maxime Gremetz

Gemeinsam eine neue, gerechte Weltordnung erkämpfen

Maxime Gremetz ist Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Französischen Kommunistischen Partei.

Liebe Genossen! (...)

Ein einziger Blick auf die während der letzten Jahrzehnte stattgefundenen Änderungen genügt, um festzustellen, daß die Welt in Bewegung ist, daß die Völker sich weiterentwickeln. Im Rahmen eines gewaltigen Klassenkampfes, der der internationalen Situation einen komplexen, keineswegs geradlinigen Aspekt verleiht, zeigt die Haupttendenz der Zeit eine wachsende Entwicklung der fortschrittlichen Kräfte in der Welt auf.

Der Sozialismus wird auf vier Erdteilen aufgebaut. Über gemeinsame Grundzüge hinaus zeigt er eine große Vielfalt in Formen und Erfahrungen beim gesellschaftlichen Neuaufbau. Obwohl unweigerliche Probleme beim Entwicklungsprozeß der sozialistischen Gesellschaft auftauchen, obwohl es dabei manchmal zu Unzulänglichkeiten bzw. Fehlern kommt, üben diese Gesellschaften einen zunehmend größeren Einfluß auf das gesamte internationale Leben aus.

Die sozialen und nationalen Befreiungskämpfe in den Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und auf den Karibischen Inseln stellen ein historisches Ereignis von beachtlichem Ausmaß dar. Das imperialistische Kolonialsystem ist zerrüttet. Mit Macht stellen die Völker dieser Länder ihren Anspruch auf Souveränität, Würde, Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt in den Vordergrund.

Der Imperialismus kann den Befreiungsprozeß nicht mehr aufhalten

In den entwickelten kapitalistischen Ländern sind oft die Arbeiterklasse und alle Werktätigen in sehr harte soziale und politische Kämpfe einbezogen. In mehreren dieser Länder wird die Frage nach radikalen Veränderungen, nach Demokratie und Sozialismus zu einer immer stärker gestellten Forderung.

Gewiß bemüht sich der Imperialismus mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, diese Haupttendenzen zu brechen (...). Jedoch ist er nicht mehr in der Lage, nach eigenem Gutdünken zu handeln. Es liegt nicht mehr in seinem Machtbereich, die breite nationale, soziale und menschliche Befreiungsbewegung zu stoppen.

Dies festzustellen heißt nicht, eine zu optimistische Meinung von der jetzigen Situation zu haben, auch heißt es nicht, den gefährlichen Charakter der imperialistischen Politik zu unterschätzen.

Es zeigt nur eine reale Einschätzung des Kräfteverhältnisses auf internationaler Ebene und unseres Vertrauens zu den kämpfenden Völkern, welche — wenn sie sich konsequent auf dieses Kräfteverhältnis stützen — dem Imperialismus neue Schläge versetzen und ihn auch künftig zum Rückzug zwingen können.



Worum es bei diesen Kämpfen geht, ist — davon sind wir überzeugt — der Übergang vom Alten zum Neuen, von der Welt der Ausbeutung zur Welt der Freiheit, vom Kapitalismus zum Sozialismus. In diesem Gesamtzusammenhang von Klassenkämpfen im Weltmaßstab stellt sich nun die Forderung nach einer neuen Weltordnung. (...)

Diese Kämpfe zur Entwicklung einer neuen Ordnung nehmen eine universale Dimension ein. Sie sind in der Aktion, die in jedem Land für Gleichheit, Gerechtigkeit, sozialen Fortschritt und für ein neues besseres Leben geführt wird, tief verwurzelt.

Sie konvergieren, eben weil es sich grundsätzlich darum handelt, das Herrschafts- und Ausbeutungssystem des Imperialismus zu brechen, das Zurückgreifen auf Gewaltanwendung in zwischenstaatlichen Beziehungen zurückzuweisen bzw. ganz aus der Welt zu schaffen, an die Stelle der kapitalistischen, auf Unterjochung und Plünderung gegründeten Verhältnisse neue auf Gleichberechtigung und Demokratie gegründete menschliche und staatliche Beziehungen zu setzen. (...)

Die Forderung nach einer neuen politischen und ökonomischen Weltordnung erhielt mit dem Fortschritt der politischen und gesellschaftlichen Emanzipationskämpfe in den Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und der Karibik neuen Auftrieb. Von den Völkern dieser Länder, die ihre Unabhängigkeit schon erkämpft haben, wird der Wille nach Gleichberechtigung, sozialem Fortschritt und Gerechtigkeit in den Vordergrund gestellt. So haben sich die insbesondere von den nichtpaktgebundenen Staaten gestellten Forderungen weitgehend auf eine Umstrukturierung der internationalen Beziehungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich konzentriert.

Anläßlich der Algier-Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten 1973 und später bei den 6. und 12. Sondersitzungen der UN-Vollversammlung wurde die unerläßliche Errichtung einer neuen Weltordnung zum vordergründigen Kampf- und

Verhandlungsziel bestimmt.

Die afrikanischen, asiatischen, lateinamerikanischen und karibischen Völker wollen ihre ökonomische Selbständigkeit sicherstellen, um damit auch die politische zu festigen. Sie wollen über ihre gesamten materiellen und menschlichen Reichtümer und besonders über die Rohstoffe im eigenen Land frei verfügen können. Sie sind entschlossen, in den Besitz der notwendigen Mittel zu kommen, die nötig sind zur Überwindung von Hunger, Unterernährung, Analphabetentum, Krankheit und aller Unterentwicklungserscheinungen, die ganze Regionen des Planeten immer noch tragisch heimsuchen.

Sie weigern sich, weiterhin die Opfer des Imperialismus und seiner Krise zu werden. Sie fordern die Eröffnung globaler Verhandlungen universalen Charakters mit dem Zweck einer Umwandlung der internationalen Beziehungen im Gebiet der Wirtschaft, Währung, der Finanzen und des Handels. Sie rufen zur engeren, diversifizierten und ausgeglichenen internationalen Zusammenarbeit. Und solche Bestrebungen nach Souveränität, Wirtschaftsaufbau und Gesellschaftsemanzipation finden bei den sozialistischen Staaten bereitwillige Unterstützung. Sie werden von ihnen auch in den großen internationalen Verhandlungen unterstützt.

Die kapitalistische Krise soll auf die Dritte Welt...

Von ihnen wird auch, wenn sie darum gebeten werden, ein Beitrag zur Abwehr der sicherheitsgefährdenden Rückeroberungsversuche des Imperialismus geleistet. Sie unterstützen auch ihre Bemühungen um die Errichtung eigenständiger Nationalwirtschaften und die Herstellung der Industriebasis, die den Interessen ihrer Völker dienen, sowie um die Ausbildung qualifizierter leitender Angestellter der Wirtschaft oder die Entwicklung stabiler und proportionierter Handelsbeziehungen.

Das Streben der Völker in den Entwicklungsländern nach Souveränität und wirtschaftlicher Unabhängigkeit verbindet sich gleichermaßen mit dem Kampf der Werktätigen in den kapitalistischen Industriestaaten. Zwischen ihnen bestehen keine antagonistischen Widersprüche, sondern im Gegenteil eine tiefgehende Konvergenz, sobald sich ihr Handeln gegen den Imperialismus richtet.

Das geht nach unserer Auffassung tatsächlich aus der Lehre der Klassenauseinandersetzungen in einem Land wie unserem hervor. Die Notwendigkeit einer neuen Weltordnung wird in der Arbeiterschaft besonders stark empfunden, da sich die Krisensituation in Frankreich wie auch in den an-



deren kapitalistischen Ländern verschlimmert.

Eine solche Krise, die in erster Hinsicht nationales Ausmaß aufweist, kann nicht als bloße konjunkturelle Episode angesehen werden: Sie nimmt globalen Charakter an und betrifft alle Gebiete des sozialen Lebens. Sie ist politischer, ökonomischer, finanzieller, kultureller und sittlicher Natur.

Sie weist einen dauerhaften, qualitativ neuen Charakter auf, denn sie betrifft das monopolistische Akkumulations- und Profitsystem selbst. Sie verweist auf die Erschütterung der Strukturen der imperialistischen Ausbeutung selbst.

...und die eigene Arbeiterklasse abgewälzt werden

Die Krise, das bedeutet für die Arbeiterschaft und die werktätige Bevölkerung Frankreichs Arbeitslosigkeit, teures Leben, Zerstückelung des nationalen Produktionsapparates, Bedrohung der Freiheiten und der Demokratie, nationale Beschränkung der sozialen Bedürfnisse, Erniedrigung der Nation, Abhängigkeit und Unterwerfung. In einem Land wie unserem, das immerhin über ein beachtenswertes Wirtschaftspotential verfügt, betreiben die an der Macht stehenden Anhänger des Kapitalismus eine den sozialen Rückschritt mit sich bringende Maßhaltepolitik.

Über 18 Mio Männer, Frauen und Kinder verfügen heute nicht einmal über das Minimaleinkommen, das ermöglicht, sich zu ernähren und zu bekleiden, eine Wohnung zu haben und einzurichten, seine Kinder auch notdürftig zu erziehen und ausbilden zu lassen. Ein solches Leben führen zu müssen, in Frankreich im Jahr 1980, das heißt, arm zu sein!

Zugunsten des profitgierigen Großkapitals wird eine regelrechte Strategie des Untergangs betrieben.

Die politische, wirtschaftliche und finanzielle Eingliederung Frankreichs in die EWG, die der BRD direkt untersteht, wird weitergetrieben. (...)

Anstatt zur Errichtung einer neuen, den Interessen der Völker gerechten Weltordnung beizutragen, richtet sich Frankreich mit Staatsmitteln nach dem Willen der multinationalen Konzerne und ihren Neuverteilungsstrategien. Diese versuchen, ihre Ausbeutungsbasis außerhalb der nationalen Grenzen zu erweitern. Unter Verschwendung der materiellen und menschlichen Reichtümer Frankreichs wünschen sie diejenigen der Entwicklungsländer stärker unter Kontrolle zu haben.

Die Wortführer des Imperialismus möchten die Verantwortung für die Krise auf den Willen dieser Länder zurückführen, über die eigenen Rohstoffe und Energiequellen zu verfügen und ihre auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Interesses aufzubauen. Die Arbeiterklasse und die Volksschichten eines solchen Landes wie Frankreich – welche die kapitalistische Ausplünderung und Verschwendung unmittelbar erleben müssen – wenden sich aber gegen die wahren Schuldigen, die den Menschen ein politisches, ökonomisches und soziales System aufzwingen, das auf der Ausbeutung der Menschen beruht.

Mit sozialpolitischen Kämpfen in der ganzen Welt und einer Krise konfrontiert, die ihn grundlegend trifft, versucht der Imperialismus eine Gegenwehr, die sein System der Plünderung und Unterdrückung absichern soll.

Auf der Ebene der Wirtschaft kommt es also zur monopolistischen Umverteilung seiner Kräfte. Auf der der Politik kommt es zum Versuch der Anpassung an die neuen Verhältnisse durch Anwendung des sozialdemokratischen Kurses. Es wird schließlich ein wirklicher Krieg auf dem Gebiet der Ideologie geführt.

Er scheut sich außerdem nicht davor, Rückeroberungskriege anzuzetteln, wie zum Beispiel die Aggression der amerikani-

schen Machthaber auf Vietnam oder auch die Kriegszüge des französischen Imperialismus in Afrika. Im Mittleren und Nahen Osten, im Indischen Ozean, im Mittelmeergebiet errichtet er ein mehrfaches Interventionsdispositiv. Er organisiert seine Militärbasennetze wieder um.

Indem er sich anschickt, den Rüstungswettlauf auf Weltenebene wieder zu fördern, gefährdet er den Frieden schwerwiegend und bedroht damit die Zukunft der ganzen Menschheit. Im hartnäckigen Ringen um die militärische Überlegenheit, die ihm die Gewaltanwendung erleichtern soll, erweitert er sein Kriegsarsenal geradezu stürmisch. Kaltblütig plant er den Einsatz von Atomraketen mitten in Europa.

Trotz aller Interessenrivalität, die von den Folgen der Krise manchmal vergrößert wird, neigen die wichtigsten imperialistischen Länder zunehmend zur Blockbildung und geschlossenem Auftreten. Im Rahmen der dreiseitigen und atlantischen Strategie stellen sie sich in geschlossenen Reihen wider den Drang und Druck der Völker.

So stark ist in der Welt die Forderung nach neuer Ordnung, daß die Anführer des Imperialismus nun außerstande sind, sie zu überhören. So mußten sie die Verhandlungen zur Neugestaltung der internationalen Verhältnisse bewilligen. Dabei tun sie aber ihr Bestes, um jeden konkreten Erfolg dieser Verhandlungen zu verhindern. (...)

Wenn die Regierungen in den imperialistischen Ländern aus der Forderung nach einer neuen Weltordnung ein ideologisch-propagandistisches Thema machen, so wollen sie jedoch verhindern, daß es zu deren Errichtung kommt.

Indem sie das Wettrüsten und die Politik der Blockbildung weitertreiben, gefährden sie die Sicherheit und die Weiterentwicklung aller Länder. Sie verhindern jede Demokratisierung der internationalen Beziehungen.

Sie ziehen weiterhin Nutzen aus einem allerdings tief erschütterten Währungssystem. Sie sind entschlossen, ihr System der totalen Ausbeutung von Energiequellen und Rohstoffen fortzusetzen. Sie drohen jedem Staat mit Repressalien, der auf sein Recht auf Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt besteht.

Den neokolonialen Abhängigkeiten ein Ende setzen

Bei internationalen Verhandlungen verhindern sie jeden Fortschritt. Über den Weg von sog. „Entwicklungspolitiken“ versuchen sie lediglich, ihr ungerechtes, zu ihren Gunsten ausfallendes Arbeitsteilungssystem zu verewigen und Beziehungen neokolonialer Art einzuführen. Das wird besonders deutlich an Beziehungen, die sich nun nach dem auf Betreiben der Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zustande gekommenen Lome-Abkommen mit 60 Ländern aus Afrika, den karibischen Inseln und dem Pazifik entwickeln.

Wie es sich – sei es in der UNO, in der UNCTAD (UN-Konferenz für Handel und Entwicklung; d. Red.) oder im IMF (Internationaler Währungsfonds, von den Westmächten dominiert; d. Red.) – herausstellt, wehren sie sich gegen jeden Fortschritt bei internationalen Verhandlungen. Sie benutzen ihre Entwicklungspolitik als Mittel, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und diese in ihrer Herrschaft zu behalten.

Während jedes Jahr 50 Mio Menschen an Hunger sterben und weitere 800 Mio im tiefsten Elend ihr Leben fristen müssen, zögern sie nicht, Nahrungsmittel als Waffe zu benutzen, um sich damit sehr viele Länder abhängig zu machen. (...)

Allgemeine Krise des Kapitalismus und Unterentwicklung erscheinen immer weniger als das unvermeidbare Ergebnis

irgendwelcher unglücklichen Umstände. Die Verantwortlichkeiten werden immer deutlicher: die der kapitalistischen Ausbeutergruppen, die Verantwortlichkeiten eines auf Plünderung, Raub und Gewalt gegründeten Systems.

Die Diskrepanz zwischen Tendenzen und Möglichkeiten unserer Zeit einerseits und den für die Völker katastrophalen Folgen des sich in der Krise befindenden Imperialismus andererseits wird jeden Tag spürbarer. (...)

Die Forderung nach einer neuen Weltordnung stützt sich zunächst auf den Anspruch aller Staaten auf Unabhängigkeit und Souveränität. Ihre Errichtung hängt von der Anerkennung des Rechts für jedes Land auf Selbstbestimmung – ohne jegliche Einmischung ab; wobei die Mittel, um Unabhängigkeit und Sicherheit zu wahren, geschaffen werden müssen.

Sie verlangt die Beseitigung der rassistischen und kolonialen Ausbeutersysteme. Sie verlangt, daß der Anspruch auf wirtschaftliche Unabhängigkeit und das Recht für jedes Volk, über seine nationalen Reichtümer – namentlich Rohstoffe und Energiequellen – frei zu verfügen, wie die Bedingungen seiner Zusammenarbeit mit Dritten ohne Einmischung auf der Grundlage von gegenseitigem Nutzen, von der Wahrung von gegenseitigen Interessen, frei zu bestimmen, für legitim erachtet werden. Dies schließt also ein, daß allen auf Machtpositionen und Ungleichheit gegründeten Beziehungen neokolonialen Typs ein Ende gesetzt wird.

Abrüstung und Überwindung von Unterentwicklung hängen eng zusammen

Auch wird vorausgesetzt, daß der Machtanspruch der multinationalen Konzerne auf die weitere Entwicklung der Völker, der Staaten und der internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen eingeschränkt wird.

Daraus wird sichtbar, daß es einen engen, quasi organischen Zusammenhang gibt zwischen dem Kampf für die Errichtung einer neuen Weltordnung und dem Kampf für Frieden, Abrüstung und Sicherheit.

Die forcierte Eskalation beim Wettrüsten, die der Imperialismus aufnötigen möchte, bildet eine Gefahr für die Zukunft der Menschheit. Sie verursacht eine verheerende Verschwendung an Ressourcen, die somit nicht für ihr normales Anwendungsziel, für Entwicklung und sozialen Fortschritt gebraucht werden können. Sie ist eine Bedrohung für alle



Februar 1980: J. Carters nationaler Sicherheitsberater Z. Brzezinski in Angriffspose an der afghanischen Grenze

Völker — entspricht doch die Gewaltanwendung einer Grundtendenz des Imperialismus.

In der Tat setzt er seine Einmischungs- und Angriffspolitik gegen die Völker ein, die den Weg zur Entwicklung gerechterer, demokratischer Beziehungen bzw. einer sozialistischen Gesellschaftsordnung beschreiten. Die Gefährdung des Friedens geht jedes Volk an! (...)

Schließlich ist auch notwendig, daß die Abrüstungsbemühungen mit dem Kampf gegen die Auswirkungen der Unterentwicklung in der Welt in Zusammenhang gebracht werden. Dazu hatte die Französische Kommunistische Partei bei einer Sondersitzung der UNO im Mai 1978 einen Vorschlag unterbreitet, wonach im Rahmen der UNO ein Sonderfonds zur Behebung der Hungersnot in der Welt geschaffen werden sollte. Dessen Finanzierung soll die Beschränkung des Wehretats ermöglichen.

Fortschreiten auf dem Wege zu einer neuen Weltordnung setzt eine sehr tiefe Demokratisierung des internationalen Lebens voraus. Die zwischenstaatlichen Beziehungen müssen auf Gleichheit, freie Diskussion und gegenseitigen Nutzen gegründet sein. Eine tiefe Umgestaltung der bestehenden internationalen Organisationen — insbesondere der UNO — ist vonnöten.

Sie müssen durch ein demokratisches Funktionieren die Fortschritte der Bestrebungen nach Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit im Weltmaßstab stärker widerspiegeln. Diskussion, Verhandeln müssen Einschüchterung und Konfrontation ersetzen.

Es ist besonders dringlich, daß Verhandlungen globaler und allgemeiner Natur über so lebenswichtige Fragen wie Zusammenarbeit und Entwicklung bereits 1981 innerhalb der UNO stattfinden. Wir teilen diese Ansicht mit den nicht-paktgebundenen Staaten und mit der „Gruppe der 77“ (Repräsentanz der Entwicklungsländer; d. Red.). Die führenden imperialistischen Länder weisen mit Hartnäckigkeit diesen Vorschlag zurück; das ist nochmals der Fall gewesen im September (1980; d. Red.) bei der Sondersitzung der UNO in New York, die den Entwicklungsproblemen gewidmet war.

Jeder Fortschritt auf dem Wege zu stabileren, ausgewogeneren und demokratischeren Beziehungen zwischen den Staaten, jede Maßnahme — so bescheiden sie ist — fördert die Errichtung einer neuen ökonomischen und politischen Ordnung, sobald sie angesichts der harten Auseinandersetzungen mit dem Imperialismus für dauernde und dem Prinzip des gleichseitigen Nutzens entsprechende Lösungen freie Bahn schafft.

Millionen Hungertode: Opfer des kapitalistischen Ausbeutersystems

Sofortige Sondermaßnahmen müssen ergriffen werden, um die Aktionen zur Beseitigung der Hungersnot und aller Konsequenzen der Unterentwicklung auf Weltebene zu erweitern.

Es ist unerträglich, daß zu unserer Zeit, die von den Fortschritten der wissenschaftlich-technischen Revolution gekennzeichnet ist, Hunderttausende von Menschen Opfer von Hungersnot, Unterernährung, Seuchen und anderen Nebenerscheinungen der Unterentwicklung sind. Es sollte nicht geduldet werden, daß wieder in diesem Jahr Millionen von Menschen, überwiegend Kinder, an Hunger gestorben sind. Die von den sozialistischen Ländern bei ihren Entwicklungsanstrengungen erzielten Erfolge sind ein Beweis dafür, daß das Weiterbestehen dieser weit über eine Milliarde Menschen besonders in Afrika, Asien quälenden Geißeln das Ergebnis eines gesellschaftlichen Ausbeutersystems, des Kapitalismus ist. Die riesigen Profite der multinationalen Konzerne in den



Entwicklungsländern lassen auf das Ausmaß der vom Imperialismus organisierten Ausplünderung schließen.

Das dramatische Ausmaß von Hungersnot und Unterentwicklung verlangt — neben einer radikalen Bekämpfung dieses Übels, d.h. der imperialistischen Herrschaftsstrukturen — eine außerordentliche Mobilisierung der internationalen Gemeinschaft. In diese Richtung zielen die Vorschläge, die Fidel Castro im Namen der nichtpaktgebundenen Staaten auf der XXXIV. UN-Vollversammlung im Oktober 1979 unterbreitet hat. Dabei unterstützen wir ganz besonders den Vorschlag zur Schaffung eines Fonds von 300 Milliarden Dollar, der zur Finanzierung des Kampfes gegen Unterentwicklung dienen soll.

Im Bereich der Rohstoffe und der Energiequellen müssen Lösungen zum gegenseitigen Nutzen auf dem Wege der Kooperation statt der Konfrontation gesucht werden. Auch in diesem Wirtschaftsbereich sind die imperialistischen Machthaber bei aller Aggressivität gegenüber den Entwicklungsländern hauptsächlich darum besorgt, die Herrschaft einiger mächtiger Monopole möglichst zu sichern. (...)

Liebe Genossen!

Das waren die Überlegungen, die ich Euch im Namen der Französischen Kommunistischen Partei unterbreiten wollte. Sie sind dazu bestimmt, zu dem Erfahrungsaustausch einen Beitrag zu leisten, der Ziel unseres Treffens ist. Sie heben das Zusammenwirken der revolutionären Kämpfe in den verschiedenen Regionen der Welt hervor.

Sie beweisen, daß diese Kämpfe, die unter den verschiedensten Bedingungen und mit den verschiedensten Methoden geführt werden, den Imperialismus in Frage stellen und zur Errichtung einer neuen Weltordnung beitragen, deren Prinzipien in den folgenden Worten zusammengefaßt werden können: Frieden, Unabhängigkeit und Zusammenarbeit, Gerechtigkeit, Demokratie und Sozialismus.

Boris Ponomarjow

Mit der revolutionären Einheit die imperialistische Gegenoffensive zurückweisen

Boris Ponomarjow ist Kandidat des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

(...) Unsere Delegation erhebt natürlich keinen Anspruch darauf, alle Fragen eines so weitläufigen Themas, mit dem sich diese Konferenz befaßt, zu beleuchten. Wir rechnen mit einem ausgiebigen Meinungsaustausch. Und selbstverständlich ist besonders wichtig, was hier die unmittelbaren Teilnehmer der nationalen Befreiungsbewegung selbst sagen werden.

Die Konferenz tagt in einer schwierigen internationalen Situation. Durch die Schuld des Imperialismus hat sich die Kriegsgefahr von neuem verstärkt; die Kräfte der Weltreaktion versuchen, zur Gegenoffensive überzugehen, verlorene Positionen zurückzuerobieren. Das berührt die Geschicke von vielen Hunderten Millionen Menschen auf allen Kontinenten des Erdballs. Und es ist verständlich, daß dieses Problem die Konferenz ständig überschatten wird. (...)

Die Zerschlagung des Blocks der faschistischen und militaristischen Staaten im 2. Weltkrieg hat in der Welt das Kräfteverhältnis radikal zugunsten des Sozialismus verändert und dadurch den Völkern der Kolonien den Kampf um die Brechung der imperialistischen Herrschaft erleichtert. Der Weltsozialismus schuf günstige internationale Bedingungen für den erfolgreichen Ausgang des Kampfes um die Zertrümmerung der Kolonialreiche. Der Kapitalismus ist in eine neue Etappe seiner allgemeinen Krise eingetreten, die sich immer mehr verstärkt. (...)

Ergebnisse des Befreiungskampfes in den 70er Jahren

Heute bietet die Welt der Staaten, die die Unabhängigkeit erkämpft haben, ein beeindruckendes und wechselvolles Bild. (...)

Insgesamt ist dies eine riesige Welt von Ländern mit den unterschiedlichsten politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen, verschiedenen Entwicklungsniveaus, nationalen Besonderheiten und kulturellen Traditionen. Sie ist mehr als jede andere Zone der Welt sowohl außerordentlich veränderlich als auch politisch labil. Aber es gibt etwas, das die überwältigende Mehrheit der hier befindlichen Staaten eint und zusammenschließt. Das ist der Antimperialismus, die Entschlossenheit, mit dem Kolonialismus und Neokolonialismus, mit dem Rassismus, mit allen Erscheinungen der nationalen Unterdrückung aufzuräumen. (...)

In den 70er Jahren vollzogen sich wesentliche Wandlungen in der Weltpolitik. Sie standen im Zeichen:

- neuer Veränderungen des Kräfteverhältnisses in der internationalen Arena zugunsten des Sozialismus und der nation-



nen Befreiungsbewegung;

- großer Erfolge der Entspannungspolitik, dank denen es gelang, die „Ellenbogenfreiheit“ der aggressivsten imperialistischen Kräfte beachtlich zu begrenzen;
- einer Ausweitung des antiimperialistischen Kampfes, der Einbeziehung praktisch aller Regionen der Zone der nationalen Befreiung in diesen Kampf; der Bereicherung des Inhalts dieses Kampfes.

Dem System des traditionellen Kolonialismus wurde ein neuer, vernichtender Schlag versetzt. Als letztes Kolonialreich brach das portugiesische zusammen. Mit der Rassistenherrschaft in Zimbabwe wurde Schluß gemacht. Zu einem Ereignis von größter Wichtigkeit wurde der Sieg Vietnams, der patriotischen Kräfte von Laos und Kampuchea. Mit Unterstützung des Weltsozialismus bereiteten sie der größten Macht des heutigen Imperialismus eine Niederlage, als sie versucht hatte, den Befreiungskampf der Völker dieses Teils der Welt durch eine großangelegte bewaffnete Einmischung zu unterdrücken.

Machtvolle Schläge versetzten dem Imperialismus die Volksrevolutionen in Äthiopien und Afghanistan wie auch der Sieg des Volkes von Nicaragua. Erneut wurde bestätigt, wie haltlos die Versuche des Imperialismus sind, seine Herrschaft mit Hilfe von Diktaturen aufrechtzuerhalten. Eine schwere Niederlage des Imperialismus war die Revolution im Iran.

Doch bleibt die rechtsungleiche Lage der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft; immer noch ist der imperialistischen Ausbeutung kein Ende gesetzt. Das Mißverhältnis zwischen diesen Ländern und den imperialistischen Staaten ist in bezug auf viele wichtige Kennwerte durchaus nicht geringer, sondern, im Gegenteil, größer geworden.

Angesichts der hartnäckigen Bestrebungen des Imperialismus, seine ökonomischen Privilegien beizubehalten, greifen viele junge Nationalstaaten zu entschiedenen Maßnahmen: Sie nationalisieren das Eigentum ausländischer Firmen. Dieser kühne Schritt hat dazu beigetragen, der Souveränität der Entwicklungsländer, der Errichtung einer Kontrolle über die Naturschätze realen Inhalt zu verleihen.

In den 70er Jahren wurde die Liquidierung der gesamten neokolonialistischen Ausbeutungsstruktur auf die Tagesordnung gesetzt. Eine Anzahl internationaler Foren formulierte eine Plattform des Kampfes für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung, die frei ist von Ungleichheit und Ausbeutung. Die erstarkte Einheit, die gemeinsame Verteidigung ökonomischer Interessen und die Unterstützung durch die sozialistischen Staaten verleihen der Bewegung gegen den ökonomischen Neokolonialismus reale Kraft.

L.I. Breshnew kennzeichnete den politischen Kurs der frei gewordenen Länder mit folgenden Worten: „Über die meisten von ihnen kann man mit aller Bestimmtheit sagen, daß sie im Kampf gegen den Imperialismus mit zunehmender Energie für die politischen und ökonomischen Rechte eintreten, um ihre Unabhängigkeit zu verankern, um das soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklungsniveau ihrer Völker zu heben.“¹

Die vielschichtige neokolonialistische Strategie des Imperialismus, vor allem des US-Imperialismus, verfolgt einige Hauptziele:

- Die Entwicklungsländer im System der kapitalistischen Weltwirtschaft als abhängige und tributpflichtige Partner zu halten;
- zu erreichen, daß sie im Schlepptau der imperialistischen Politik bleiben und dabei Positionen beziehen, die denen der Staaten des realen Sozialismus und der Staaten mit sozialistischer Entwicklung entgegengesetzt sind;
- die freie Entwicklung dieser Länder zu unterbinden und ihnen sozialen Fortschritt zu hemmen, indem ihnen der kapitalistische Weg aufgenötigt wird, ja sogar halbfeudale und feudale Strukturen aufrechterhalten werden.

Der Neokolonialismus schöpft den „Rahm“ ab

Nehmen wir die **Wirtschaft**. Hier bilden die sog. transnationalen Korporationen die Stoßkraft des modernen Neokolonialismus. Ihnen ist jedes Mittel recht, um die Wirtschaft der frei gewordenen Länder zu kontrollieren, deren industrielle Entwicklung im eigenen Interesse auszunutzen. Die internationalen Monopole verlegen hierher in großen Ausmaßen die arbeitsintensivsten Produktionsprozesse, um billige Arbeitskräfte ausbeuten zu können, und Produktionszweige, die am umweltfeindlichsten sind. Mit anderen Worten, die imperialistischen Zentren sollen den ganzen „Rahm“ der wissenschaftlich-technischen Revolution abschöpfen. Der „Peripherie“ dagegen sind die Unkosten und Schattenseiten dieser Revolution zugedacht.

In der **Politik** verfechten die imperialistischen Kreise der USA unter Mißachtung der Lehren von Vietnam erneut die Konzeption der amerikanischen „Führungsrolle“ und nehmen für sich erneut offen die Rolle eines Weltgendarmen in Anspruch. Mehr noch, häufig wird zynisch die Rückkehr zur berüchtigten Politik des „großen Knüppels“ verkündet. Der Imperialismus facht wieder Konfliktherde an, provoziert „heiße“ lokale Kriege. Die Politik von Camp David bewirkte eine weitere Zuspitzung der Situation im Nahen Osten. Dort sind viele Gebiete, speziell der Südlibanon, zu einer permanenten Zone militärischer Auseinandersetzungen geworden. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte kennt wohl keine so unbändige Verleumdungskampagne, wie sie von der westlichen und Pekinger Propaganda anlässlich der afghanischen

Ereignisse ausgelöst wurde. In Wirklichkeit aber bemäntelte diese Propaganda Taten und Pläne wie etwa: die Entfaltung des „unerklärten Krieges“ gegen Afghanistan; die Formulierung beispiellos zynischer Ansprüche der USA, die eine Tausende Kilometer von den Vereinigten Staaten entfernte Region zu einer Sphäre ihrer „Lebensinteressen“ erklärten; die Konzentration einer ganzen Armada von Seestreitkräften der Vereinigten Staaten in dieser Zone, die zur Einmischung und Erpressung benutzt werden; die Jagd des Pentagon nach neuen Militärstützpunkten auf der Arabischen Halbinsel, in Ostafrika, im Mittelmeerraum. Gleichzeitig heckt Washington zusammen mit Peking Intrigen zur neuerlichen Schaffung eines aktiven Kriegsherdes in Südostasien aus.

Der amerikanische Imperialismus verstärkt in Lateinamerika seine Verbindungen mit den Unterdrückungsregimes und intensiviert seine Wühlätigkeit gegen die patriotische, demokratische und antiimperialistische Bewegung. Ohne Unterstützung durch den Yankee-Imperialismus könnten – wie jeder weiß – die schmachvollen terroristischen Regimes eines Pinochet in Chile, eines Stroessner in Paraguay und eines Duvalier in Haiti nicht existieren. Unmöglich wären die Massenverfolgungen und die zunehmenden Repressalien gegen die linksgerichteten und demokratischen Kräfte. So tritt der Imperialismus auch in den 80er Jahren als neokolonialistische Hauptkraft, als Feind der Befreiungsbewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auf.

Besonders ist zu erwähnen, wie der Imperialismus Konflikte zwischen neuen Staaten in der Zone der nationalen Befreiung ausnutzt. In der Tat existieren zwischen manchen Staaten dieser Zone der Welt strittige politische, ökonomische und zuweilen auch territoriale Fragen. Am häufigsten sind sie ein Erbe der kolonialen Zeiten, eine Folge der Politik, die der Imperialismus betrieb.

Die Auswirkungen dieser Willkür der Kolonialherren riefen schwierige Probleme auf den Plan. Man kann und muß sie mit politischen und diplomatischen Methoden, durch geduldige Suche nach gerechten, gegenseitig annehmbaren Entscheidungen lösen. Geht man aber an den Schutz der nationalen Interessen einseitig heran, ohne die Interessen der anderen Nationen und die gemeinsamen Aufgaben des antiimperialistischen Kampfes zu berücksichtigen, dann ergibt sich eine Situation, die vom Imperialismus aktiv ausgenutzt wird, der alles tut, um den Zusammenschluß der frei gewordenen Länder zu verhindern. Konflikte, zwischen neuen Staaten in der Zone des nationalen Befreiungskampfes und erst recht militärische Auseinandersetzungen sind für den Imperialismus die besten Geschenke.

Heute bereitet der iranisch-irakische Konflikt die größten



US-Flugzeugträger Kittyhawk am Persischen Golf

Sorgen. Die sowjetische Einstellung zu diesem Konflikt ist allgemein bekannt. „Die Sowjetunion ist dafür“, führte L.I. Breschnew aus, „daß Iran und Irak ihre Streitfragen am Verhandlungstisch regeln. Es wäre gut, wenn sie das, was sich jetzt lösen läßt, im Geist des Einvernehmens lösen, was sie aber heute nicht lösen können, auf morgen verschieben, wenn die Lösung möglicherweise leichter fällt.“²

Das Anheizen der militaristischen Hochspannung durch die Imperialisten unter dem Deckmantel von Redensarten über eine „sowjetische Bedrohung“ bedroht in Wirklichkeit viele Staaten, darunter nicht zuletzt Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Immer augenfälliger tritt die Tatsache zutage, daß die Angriffe auf die Entspannung die Lebensinteressen von Völkern berühren, die sich befreit haben, daß sie Anschläge auf die nationalen Ressourcen und das Anfachen von Konflikten und Bruderkwist bezwecken. Mit anderen Worten, die Politik der „Gegenspannung“ und der neokolonialistischen Revanche sind eng miteinander verflochtene Dinge. (...)

Trümphe des Imperialismus: Peking und der Sadatismus

Man darf nicht übersehen, daß der Imperialismus besondere Hoffnungen auf Peking setzt. Der Abfall der Pekinger Führer und ihr hegemonistischer Kurs gehören zu den Trümpfen der imperialistischen Politik unserer Zeit. Es war gerade diese Partnerschaft Pekings mit dem Imperialismus, die den mit der Entspannung unzufriedenen Kräften der Aggression neuen Mut eingab.

Die pseudorevolutionären, vermeintlich antikolonialistischen Phrasen, mit denen Peking sein Unterlaufen ins Lager der Feinde des Sozialismus tarnte, sind jetzt faktisch beiseite geworfen. Ganz gleich, in welcher Zone des nationalen Befreiungskampfes, überall zeigt sich die schändliche proimperialistische Linie Pekings, das sein Vorgehen mit dem Imperialismus abstimmt (siehe dazu AIB 4/1979, S. 4-17; d. Red.).

Besonders feindselig verhält sich China gegenüber den Staaten, in denen tiefgreifende sozialökonomische Umgestaltungen vor sich gehen, wie z.B. Angola, Afghanistan, Äthiopien und der Volksdemokratischen Republik Jemen. Somit ist die gegenwärtige Politik Pekings äußerst gefährlich für die Völker, die um nationale Befreiung und sozialen Fortschritt ringen.

Das Leben selbst führt tagtäglich vor Augen, wie abwegig die Vorstellung ist, mit dem Erreichen der vorrangigsten Ziele der nationalen Befreiung verliere das Zusammenwirken dieser drei Hauptströme des weltweiten Fortschritts seine frühere Bedeutung. So können nur diejenigen die Dinge darstellen, die am nationalen und sozialen Fortschritt nicht interessiert sind, die auf dem Wellenkamm des nationalen Befreiungskampfes ihren Aufstieg erlebten, sich aber nun zu einem Kompromiß mit dem Imperialismus geneigt zeigen.

Ein Musterbeispiel dieser Einstellung, die Verrat an den Interessen des Befreiungskampfes verkörpert, ist der Sadatismus. Der Imperialismus versucht überall, große und kleine Sadats aufzupäppeln und sattelfest zu machen. Mancherorts gelingt das und hängt unmittelbar sowohl mit einer Verschärfung des Klassenkampfes in den frei gewordenen Staaten als auch mit bürgerlichen Entartungstendenzen in den verschiedenen Ländern zusammen.

Wir sowjetischen Kommunisten sind überzeugt, daß die Entwicklung der antiimperialistischen Bewegung, so kompliziert, verschlungen und zuweilen mit Rückzügen und Mißerfolgen verknüpft sie auch sein mag, ihrer Zukunft sicher sein kann, wenn sie im gemeinsamen Zug der revolutionären, friedensfördernden und freiheitliebenden Kräfte der

Gegenwart unbeirrbar marschieren wird.

Zu einem besonders einflußreichen Faktor der Weltpolitik ist die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit geworden. Die UdSSR, die Länder der sozialistischen Gemeinschaft legen großen Wert auf die gemeinsamen Bemühungen der nichtpaktgebundenen Staaten und streben aufrichtig nach einer Entwicklung der Zusammenarbeit mit ihnen. Dafür besteht eine breite objektive Grundlage gegenseitigen Interesses, der Gemeinsamkeit und Nähe der Standpunkte zu den Hauptproblemen der weltweiten Entwicklung.

In letzter Zeit sind wir Zeugen verstärkter Versuche der internationalen Reaktion, die antiimperialistische Ausrichtung der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zu verwässern, die Reihen der Teilnehmer dieser Bewegung zu spalten, sie gegen die sozialistische Gemeinschaft, gegen die anderen friedliebenden Fortschrittskräfte auszuspielen. Zu einem Instrument, das diesem Versuchen dienen soll, ist die sog. Konzeption des „gleichen Abstands“ geworden. Aber ein „gleicher Abstand“ von der Politik des Friedens und der Politik des Krieges, von der Politik der Völkerfreiheit und der Politik des Neokolonialismus widerspricht von Grund auf den historischen Zielen der nichtpaktgebundenen Länder und hemmt ihre erstarkende selbständige Rolle in der Weltpolitik.

Was sind die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Entwicklungsländer mit den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, mit der internationalen Arbeiterbewegung, mit den anderen fortschrittlichen Kräften?

Die falsche Gegenüberstellung „Nord-Süd“

Das sind vor allem die gemeinsamen Aktionen für die Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker, für die Unterbindung imperialistischer Aggression, gegen die Versuche des Neokolonialismus, „die Geschichte noch einmal durchzuspielen“. Der Kampf für die Festigung des Friedens, für internationale Entspannung steht heute wirklich in unlöslicher Verbindung mit dem Kampf gegen Neokolonialismus und Rassismus, für die Festigung der politischen Selbständigkeit der jungen Nationalstaaten und für deren ökonomische Befreiung. Vorüber sind die Zeiten, da die Imperialisten und Pekinger Hegemonisten den Entwicklungsländern die These aufbinden konnten, die Sache der Abrüstung sei ihnen fremd, das Wettrüsten sei für sie kein lebenswichtiges Problem. Jetzt begreift man in den Entwicklungsländern, welche kolossalen Ressourcen ihnen das Wettrüsten nimmt.

Die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen



Gemeinschaft schlagen schon lange beharrlich vor, den Rüstungswettlauf zu stoppen und die Militärbudgets zu kürzen, um einen Teil der freigewordenen Mittel für eine verstärkte Unterstützung von Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas abzuzweigen. Auf der jüngsten Tagung der UN-Vollversammlung erklärte sich die Sowjetunion bereit, auch eine Vereinbarung über die Höhe der Beträge zu treffen, die jeder sein Militärbudget reduzierende Staat für eine Steigerung einer solchen Wirtschaftshilfe flüssig machen würde.

Unser Kurs auf internationale Entspannung, auf Abrüstung entspricht voll und ganz den Aufgaben der Entwicklung. Gerade deshalb sind die Standpunkte der sozialistischen und der frei gewordenen Länder zur Abrüstung, darunter zur nuklearen Abrüstung, einander so nahe. Diese Ähnlichkeit der Standpunkte begünstigte die konstruktiven Ergebnisse der Abrüstungs-Sondertagung der UN-Vollversammlung (vom Mai/Juni 1978; d. Red.), sie hat in zahlreichen, auf verschiedenen Foren gemeinschaftlich beschlossenen Dokumenten ihren Niederschlag gefunden.



Die Erfahrung lehrt jedoch, daß man mit guten Resolutionen allein die Mächenschaften der aggressiven Kräfte des Imperialismus und des hinter ihnen stehenden Militär-Komplexes nicht unterbinden kann. Es bedarf einer Aktivierung aller Kräfte, es bedarf der Aktionen breiter Massen, es bedarf einer aktiven Zusammenarbeit aller Staaten, die an der Festigung des Friedens und der Abrüstung interessiert sind!

In der Praxis der Beziehungen zwischen den frei gewordenen Ländern und den sozialistischen Staaten haben die Prinzipien der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der antiimperialistischen Solidarität konkrete Anwendung gefunden. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten unterstützen voll und ganz die antiimperialistische Ausrichtung der Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten sowie der Deklaration über die Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung, die von der UNO in gleichberechtigter Zusammenarbeit entwickelt und (im Jahr 1974; d. Red.) verabschiedet wurden. Die Beseitigung der Diskriminierung, beliebiger künstlicher Hindernisse im Welthandel, die Behebung aller Formen ungleicher Rechte, des Diktats und der Ausbeutung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen wurden vom XXXV. Parteitag unserer Partei (im Jahr 1976; d. Red.) als Bestandteil des Programms für den weiteren Kampf um Frieden und internationale Zusammenarbeit, um Freiheit und Unabhängigkeit der Völker formuliert. Auf der kürzlich beendeten Sondertagung der UN-Vollversammlung über Wirtschaftsfragen unterstützten die sozialistischen Länder aufs Neue aktiv die berechtigten Forderungen der neuen Staaten.

Von der Rolle, welche die sozialistische Gemeinschaft bei der Entstehung eines unabhängigen Industriepotentials der frei gewordenen Länder spielt, zeugt beispielsweise die Tatsache, daß heute rund 40% des Roheisens und 30% des Stahls der Länder Asiens und Afrikas in Betrieben erzeugt werden, die mit Unterstützung der Sowjetunion errichtet wurden.

Die Unterstützung und Erfahrung des Weltsozialismus spielten eine nicht unbeträchtliche Rolle bei der Ausarbeitung der Prinzipien der nationalen Souveränität über die natürlichen Ressourcen, der Formen und Methoden der Nutzung von Naturschätzen, bei der Entwicklung der Wissenschaft, beim Aufbau des Bildungswesens, bei der Schulung nationaler Fachkräfte und im Gesundheitswesen. Große Bedeutung haben die kulturellen Beziehungen, die zur wechselseitigen Bereicherung der geistigen Werte beitragen. Die bloße Existenz und Festigung des sozialistischen Weltsystems beeinflusst weitgehend die Sphäre der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den frei gewordenen Staaten und den imperialistischen Ländern. Oft genug sehen sich die letzteren gezwungen, in ihrem Vorgehen auf die Wirtschaftshilfe der sozialistischen Staatengemeinschaft für die frei gewordenen Länder Rücksicht zu nehmen und Zugeständnisse zu machen.

Bekanntlich treten der Imperialismus und seine Pekinger Helfershelfer im Bestreben, die Entwicklungsländer vom Weltsozialismus zu isolieren, mit Vorliebe die falsche Konzeption von „armen“ Nationen des Südens breit, die den „reichen“ Nationen des Nordens gegenüberstehen, zu denen sie die Sowjetunion und andere Länder der sozialistischen Gemeinschaft zählen. Diese Konzeption, die den geschichtlich entstandenen Sachverhalt entstellt, macht auch die sozialistischen Staaten für die Notlage der Völker des „Südens“ verantwortlich.

Unser Land leugnet nicht die Rechtmäßigkeit einer Auffassung, wonach zum Finanzieren wirtschaftlicher Entwicklungsprogramme ehemaliger Kolonien zusätzliche Mittel von außen erforderlich sind. Aber ein Zufluß solcher auswärtiger Mittel ist im Rahmen des Schadenersatzes zu betrachten, den die einstigen Metropolen den neuen Staaten schulden, wie auch als bestimmte Wiedergutmachung jener Verluste, die ihnen heute durch die Tätigkeit der transnationalen Korporation erwachsen.

Die Zusammenarbeit der frei gewordenen Länder mit den sozialistischen Ländern, das Anbahnen gemeinsamer Aktionen mit der Arbeiterklasse der kapitalistischen Staaten im Kampf gegen den gemeinsamen Ausbeuter, die transnationalen Korporationen, kann und muß zur Erfüllung berechtigter Forderungen beitragen und die Ausbeutung der Völker der Entwicklungsländer beenden helfen.

Die Übergänge zum Sozialismus sind vielfältig

Heutzutage ist der Kampf gegen den Imperialismus, für politische und ökonomische Unabhängigkeit zugleich auch Kampf gegen die reaktionären Kräfte im Inneren, auf die sich der Imperialismus stützt.

In den ersten Reihen dieses Kampfes schreiten heute – wenn von der Zone der nationalen Befreiung die Rede ist – die Staaten mit sozialistischer Entwicklung bzw. Länder, die den Weg des sozialistischen Aufbaus eingeschlagen haben. Hier gibt es Länder mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau, mit Unterschieden hinsichtlich des Reifegrades der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Ziele, die sich die führende Avantgarde in der jeweiligen Entwicklungsetappe stellt. Aber insgesamt geht es um diejenigen Staaten Asiens, Afrikas und Mittelamerikas, die nach dem Sieg der anti-

imperialistischen, antifeudalen und demokratischen Revolution den Weg des Übergangs zum Sozialismus betreten haben oder betreten.

Während des vergangenen Jahrzehnts hat sich der Kreis dieser Länder erweitert. Das ist bemerkenswert, ein weiterer Beweis dafür, daß unsere Epoche die Epoche des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus in der ganzen Welt ist. (...)

Die Hauptsache ist natürlich, daß sich die Lage in den Ländern mit sozialistischem Entwicklungsweg immer mehr konsolidiert und stabilisiert. Das ist jedoch keine leichte Aufgabe. Unternimmt doch der Imperialismus Hand in Hand mit den Kräften der inneren Reaktion ständig Versuche, die fortschrittlichen Regimes zu unterminieren.

Die gesamte historische Erfahrung lehrt, daß es für die Erhaltung und Festigung der fortschrittlichen Regimes darauf ankommt:

- eine revolutionäre Partei zu haben, die die Gesellschaft leitet und auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus vorgeht;
- die nach der Beseitigung der Kolonialherrschaft entstandenen demokratischen Machtorgane von oben bis unten zu festigen;
- Partei- und Staatskader, die den werktätigen Massen, der Sache des Sozialismus treu sind, auszubilden und zu erziehen;
- die nationalen Streitkräfte zu stärken, so daß sie imstande sind, die Errungenschaften des Volkes zu verteidigen;
- ständig die Verbindung der Partei und des Staates mit den Massen auszubauen, die Werktätigen zur Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten heranzuziehen;
- eine richtige Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben, die die Festigung der Selbständigkeit des Landes, die Hebung des Produktionsniveaus und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung gewährleistet;
- die Verbindung mit den Ländern des Sozialismus – den treuesten und verlässlichsten Freunden der unabhängigen, freiheitliebenden Staaten – zu entwickeln. (...)

Ein äußerst wichtiger Bereich für die Tätigkeit der Vorhutparteien ist die ökonomische Politik. Ihre Kompliziertheit besteht darin, daß es darauf ankommt, sich sowohl mit der Schaffung einer neuen materiell-technischen Basis als auch gleichzeitig mit der Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen zu befassen. Unter diesen Umständen sieht die Führung der Länder mit sozialistischer Entwicklung den Ausweg darin, allmählich voranzugehen und eine künstliche Beschleunigung der gesellschaftlichen Umgestaltungen zu vermeiden.

Naturgemäß wird das Problem der rationellsten Nutzung der inneren Akkumulationsquellen, der natürlichen Ressourcen in den Vordergrund gerückt. Große Bedeutung hat die Entwicklung von Genossenschaften in der Landwirtschaft und im Handwerk – jedoch nur in dem Maße, wie die Voraussetzungen dafür heranreifen und sich entwickeln –, die Verbesserung der Arbeit der Betriebe des staatlichen Sektors. Die Erfahrungen zeigen, daß bei entsprechender staatlicher Kontrolle das Privatunternehmertum eine nützliche Rolle spielen kann.

Die Nutzung der inneren Ressourcen erfordert die Anerkennung einer neuen Einstellung zur Arbeit, die auf bewußter Disziplin, auf der Einsicht in die Entwicklungsschwierigkeiten der neuen Wirtschaft beruht.

Entscheidend, so kann man sagen, ausschlaggebend für den Erfolg der sozialistischen Entwicklung ist es, zu erreichen, daß die Werktätigen die Früchte der Revolution real zu spüren bekommen, und zwar nicht nur in moralisch-politischer Hinsicht, durch die erlangte Menschenwürde, die Achtung vor dem Menschen der Arbeit, sondern auch durch eine sichtbare Verbesserung der Lebensverhältnisse. (...)

Im Zusammenhang mit der Bedeutung der Erfahrungen der sozialistischen Länder ist hervorzuheben, daß es nicht um irgendein Kopieren unseres Beispiels geht und gehen kann. Die Wege des Übergangs zum Sozialismus sind vielfältig. Die Praxis der Länder mit sozialistischer Entwicklung bringt viel Neues hinsichtlich der Methoden der Umgestaltungen, die den konkreten Bedingungen und nationalen Besonderheiten entsprechen müssen. Das wird auch weiterhin so sein.

Schließlich möchten wir noch folgendes unterstreichen: Die allseitige Festigung der Staaten mit sozialistischer Entwicklung ist von gewaltiger internationaler Bedeutung. Die Völker vieler Länder, die sich vom Kolonialismus befreit haben, verfolgen aufmerksam die Entwicklung dieser Staaten und studieren ihre Erfahrungen. Von ihrem erfolgreichen Voranschreiten hängt deshalb in nicht geringem Maße die Wahl des Entwicklungsweges der in der Vergangenheit versklavten Völker, deren historisches Schicksal und letzten Endes die Stärkung der antiimperialistischen Positionen in der Welt ab.

Zusammenfassend kann man folgendes sagen:

Erstens. Zur Gewährleistung des Friedens und des sozialen Fortschritts sind gemeinsames Vorgehen und Einvernehmen der Kräfte des Sozialismus, der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder und der nationalen Befreiungsbewegung erforderlich. Der Vereinigung ihrer Anstrengungen kommt bei der Gewährleistung der Sicherheit der Völker, bei der Umgestaltung der Welt im Geiste der Gleichberechtigung, der Freiheit, der Demokratie und der Gerechtigkeit eine herausragende Bedeutung zu. Die Solidarität der drei Hauptströme des gegenwärtigen revolutionären Prozesses wird auch weiterhin die Lokomotive der weltweiten Entwicklung sein.

Zweitens. In der gegenwärtigen internationalen Situation rücken folgende Aspekte unseres gemeinsamen Kampfes in den Vordergrund:

- Aktivitäten gegen die zunehmende Gefahr eines Thermo-nuklearen Weltkrieges, gegen die Versuche, die Entspannung zum Scheitern zu bringen;
- Widerstand gegen die Politik „neokolonialistischer Revanche“, gegen den imperialistischen Kurs des Diktats und der Erpressung;
- Widerstand gegen den chauvinistischen Kurs Pekings, das mit dem Imperialismus konform geht;
- Kampf für eine demokratische Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen;
- schließlich unablässiger Kampf gegen die ideologischen Expansionsversuche des Imperialismus, gegen Antikommunismus und Antisowjetismus, die zur Bemäntelung des aggressiven und neokolonialistischen Kurses ausgenutzt werden.

Drittens. Enorme Bedeutung für die Lösung der Kardinalaufgaben der weltweiten Entwicklung hat wie in der Vergangenheit – ja sogar in zunehmendem Maße – das Zusammenwirken der regierenden Parteien der sozialistischen Länder, der kommunistischen Parteien der anderen Länder und der Vorhutparteien der Länder mit sozialistischer Entwicklung, aller fortschrittlichen Kräfte der neuen Staaten.

Wir sind überzeugt: Wie auch die Kräfte der Reaktion, des Militarismus und des Kolonialraubs toben mögen, die Sache der Freiheit und des sozialen Fortschritts der Völker ist unüberwindlich! Das Unterpfand ihres endgültigen Triumphes ist die Einheit des Weltsozialismus, der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungskräfte.

Anmerkungen:

- 1) L.I. Breschnew, Auf dem Wege Lenins, Berlin 1977, S. 513
- 2) Neues Deutschland, Berlin, 1.10.1980
- 3) Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU. Oktober 1961, Berlin 1961, S. 45

Revolutionserfahrungen in Lateinamerika



Marcos Somarriba

Lehren der sandinistischen Volksrevolution

Commandante Marcos Somarriba ist Mitglied der Sandinistischen Volksversammlung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) Nikaraguas.

Jetzt, da nur wenig mehr als ein Jahr nach dem Sieg der sandinistischen Volksrevolution vergangen ist, wäre es verfrüht, eine endgültige Einschätzung ihrer Erfahrungen und Beiträge zur revolutionären Weltbewegung geben zu wollen. (...)

Dennoch vermittelt allein die Betrachtung der grundlegenden Aspekte unseres historischen Prozesses, vor allem in der Zeit der Machtergreifung, wichtige Lehren für die praktische und theoretische Arbeit innerhalb der revolutionären Bewegung. Wir zweifeln nicht daran, daß unser Prozeß wie alle Revolutionen besondere Aspekte beinhaltet, die ihm seine eigene Spezifik vermitteln. Aber gleichermaßen sind wir überzeugt, daß er den allgemeinen Gesetzen der Revolution entspricht, die in Ländern wie Nikaragua stattfinden, wo der Imperialismus, die Rückständigkeit, die Abhängigkeit und strukturelle Disproportionen – ein Ergebnis der Unterordnung unter den Imperialismus – vorherrschten.

Wir vertrauen also darauf, daß die Analyse unserer wichtigsten Erfahrungen in der Periode der Machtergreifung zur Bereicherung dieser Konferenz und zur Praxis der revolutionären Weltbewegung beiträgt.

Militärdiktatur Somoza – Kreatur der USA

Geopolitische und ökonomische Faktoren waren nicht nur entscheidend dafür, daß die Entwicklung des Kapitalismus in Nikaragua sowohl unter den Bedingungen der engen Abhängigkeit von der Dynamik der imperialistischen Wirtschaft erfolgte als auch eine brutale Folge von imperialistischen Militärinterventionen (zu Beginn dieses Jahrhunderts) war. Abgesehen davon, daß dadurch die gerade im Entstehen begriffene Periode der nationalbürgerlichen Entwicklung unter der Regierung Zelaya (1893-1909) ein jähes Ende fand, wurde dadurch die Entwicklung der Klassen und Machtstrukturen im Interesse und nach Belieben des Imperialismus entscheidend beeinflusst.

Im Ergebnis einer dieser Interventionen und aufgrund der Unmöglichkeit, diese nach sechs Jahren nationalen Befreiungskampfes unter der Führung Sandinos (legendärer nikaraguanischer Guerillaführer Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre; d. Red.) fortzusetzen, entstand im Jahre 1933 nach dem Rückzug der imperialistischen Truppen die Militärdiktatur Somozas als direktes Instrument der imperialen Macht. Da keine ökonomisch und politisch starken herrschenden Klassen vorhanden waren, die den wachsenden Kampf der ausgebeuteten und unterdrückten Massen hätten bremsen können, mußte der Imperialismus ein militärisches Machtinstrument schaffen, um seine ökonomischen und geopolitischen Interessen in Nikaragua zu sichern.

Die Militärdiktatur wurde daher zu einem Zeitpunkt repres-

siver und antinationaler Macht, zu einem Ausdruck der imperialistischen Kräfte in der Region, deren Entwicklung und Festigung als Achse der bürgerlichen Macht die Entwicklung des sozialen Fortschritts und damit die Herausbildung der sozialen Klassen beeinflusste und begrenzte.

Die traditionellen deformierenden Wirkungen des in der Produktionsstruktur des Landes abhängigen und auf den Export landwirtschaftlicher Produkte orientierten Kapitalismus (zyklische Entwicklung, begrenzte Entwicklung des Binnenmarktes, Bedingungen der extrem starken Ausbeutung der Arbeit, abhängige Scheinindustrialisierung, Aufblähung des tertiären Sektors, Rückständigkeit, Elend und Hunger der Massen) in Nikaragua wurden durch die Anwesenheit der Militärdiktatur noch verschärft.

Aber abgesehen davon verhinderte die Verlängerung ihrer Herrschaft gleichzeitig mit der ökonomischen Abhängigkeit eine solide ökonomische und politische Integration der herrschenden Klassen in der Region. Auch das Proletariat sah sich durch diese Realität und durch den Aufschub der bürgerlich-demokratischen Aufgaben, die von der proimperialistischen Diktatur und der abhängigen Bourgeoisie niemals gefördert worden waren, in seiner Entwicklung behindert, was jedoch, wie wir später sehen werden, nicht entscheidend für die Beschränkung der Entwicklung des revolutionären Kampfes war.

Sicherlich schufen die inneren Widersprüche dieses politischen Modells der imperialistischen Herrschaft und die daraus folgende Unterdrückung breiter Kreise der Bevölkerung, die noch zu der Krise des abhängigen Kapitalismus auf dem Kontinent hinzukamen, objektive Bedingungen für die Entwicklung der sandinistischen Revolution. Aber es braucht nicht extra festgestellt zu werden, daß ohne das bewußte Handeln einer revolutionären Bewegung, die diese nutzen und vertiefen konnte, der Sieg der Revolution in Nikaragua niemals möglich gewesen wäre.

An diesem Punkt beginnt für uns die Analyse der sandinistischen Revolution, da in unseren Völkern genügend objektive Bedingungen vorhanden sind. Gerade jene Faktoren, die vom kollektiven Willen der Menschen abhängen, haben den größten Einfluß auf das Voranschreiten der Revolution.

Die Sandinistas – eine volksverbundene Avantgarde

Seit ihrer Gründung im Jahre 1961 entwickelte sich die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) zu einer nationalen Befreiungsbewegung, die von der siegreichen kubanischen Revolution beeinflusst war und eine Strategie der Machtergreifung verfolgte.

Die FSLN, die weniger den klassischen Prinzipien der Suche des Übergangs von der Theorie zur Organisation folgte, um allmählich in den verschiedenen Etappen der Organisation und des Kampfes (ökonomisch, politisch, militärisch) voranzuschreiten, entstand inmitten eines revolutionären Massenaufschwungs, wo die bewaffnete Aktion als notwendiger

Ausgangspunkt für die Organisation und die Revolution erschien angesichts einer verbrecherischen Diktatur, die sich zu verlängern drohte.

Wenn auch die revolutionäre Praxis, die Erfahrungen, die Einschätzung der Niederlagen usw. für die Läuterung und Realisierung der sandinistischen Theorie und Praxis der Machtergreifung unerlässlich waren, so verfügte man schon von Anfang an über eine Ausgangsbasis von unvergleichlichem und dauerhaftem Wert für das Schicksal der Revolution. Es herrschte ein Gefühl der historischen Kontinuität mit dem nationalen Befreiungskampf General Sandinos, das unser Gründer und Revolutionsführer Commandante Carlos Fonseca der Bewegung vermittelte, als er die jüngste Abteilung der Vorhut mit den Überlebenden der sandinistischen Bewegung verband und ihr historisches Vermächtnis weiterführte und bereicherte.

Sandino und seine Arbeiter- und Bauernarmee waren für Nicaragua der Höhepunkt des langen antiimperialistischen und demokratischen Kampfes, den die Patrioten unseres Landes jahrzehntelang geführt hatten. Er war gleichzeitig der erste Ausdruck der politischen Selbständigkeit der ausgebeuteten Klassen. Sie wurden zur einzigen Kraft, die imstande war, sich dem Imperialismus entgegenzustellen und



Einzug der siegreichen Sandinistas in Managua im Juli 1979

somit in jenem Kampf die wahren Interessen der ganzen Nation zu vertreten. Sandino, das höchste Symbol unserer Nation, verkörperte die besten Traditionen des antiimperialistischen Kampfes des ausgebeuteten Volkes. die revolutionäre nikaraguanische Bewegung konnte unter keiner anderen Fahne neu erstehen als unter dem Banner von Sandino, denn darin lag eine nicht vollendete Revolution, ein Programm, das vorangetrieben werden mußte, ein Feind, der noch zu besiegen war.

Daher mußte der andere Ausgangspunkt, auf den wir uns beziehen, fast zwangsläufig die Wiederherstellung der revolutionären Bewegung als kontinuierliche Fortsetzung der sandinistischen Bewegung sein. Ihr unmittelbarer Hauptfeind konnte kein anderer sein als die Militärdiktatur Somozas, denn sie war der lokale Ausdruck der imperialistischen Interessen. Somit war von Anfang an der zentrale Aspekt der Machtergreifung gegeben: die revolutionäre Niederringung der proimperialistischen Diktatur auf dem Wege der Vernichtung ihres wichtigsten Machtinstruments, der Nationalgarde. Daraus ergab sich für die FSLN die Notwendigkeit, sofort eine illegale Organisation zu bilden und den bewaffneten Kampf voranzutreiben.

In einer abhängigen Gesellschaft wie der Nikaraguas durfte man nicht bei der Feststellung stehenbleiben, daß aufgrund des Wesens der bestehenden ökonomischen Ordnung der Grundwiderspruch der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist. Es war vielmehr notwendig, einzuschätzen, wie sich dieser Widerspruch konkret äußert.

Und in unserem Land war seine Erscheinungsform die Konfrontation zwischen dem Volk und der Diktatur, zwischen dem Block der besitzlosen Massen, der Arbeiter, Bauern und den verarmten, radikalisierten Kreisen des Kleinbürgertums, politisch noch zersplittert und ohne eigene Autonomie einerseits und dem Machtzentrum der Bourgeoisie (der Diktatur), die gleichzeitig örtliches Instrument des Imperialismus war, andererseits. Die Diktatur war das erste Hindernis, das überwunden werden mußte, um zur nationalen und sozialen Befreiung weiterzuschreiten. Denn mit der Niederbringung der Diktatur wurde nicht nur das örtliche Zentrum der bürgerlichen Macht zerschlagen, sondern, wie wir bereits sagten, die Basis der imperialistischen Macht.

Und die einzige Macht, die diesen demokratischen Volks- und antiimperialistischen Kampf führen konnte, war das revolutionäre Volk und seine politische und militärische Führung. Das frühzeitige Scheitern des bürgerlich-nationalen Projekts und die ökonomische und politische Unterwerfung der einheimischen Bourgeoisie unter den Imperialismus und die Diktatur, nahmen dieser Klasse die historische und soziale Möglichkeit, eine wahrhaft demokratische Revolution in Bewegung zu setzen. Nur die Kraft des organisierten Volkes, die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und das demokratische Kleinbürgertum, von einer revolutionären Vorhut geleitet, verkörperte die historische Möglichkeit, die demokratischen und zugleich antiimperialistischen Aufgaben zu lösen, um anschließend zur vollständigen nationalen und sozialen Befreiung voranzuschreiten.

Die erste Aufgabe war also die revolutionäre Zerschlagung der Diktatur und die Gewinnung aller demokratischen, patriotischen und fortschrittlichen Kräfte des Landes für dieses Ziel. (...)

Nur das versetzte sich auch in die Lage, die Machenschaften des Imperialismus und der abhängigen Bourgeoisie zu neutralisieren, indem sie die ganze Nation auf der Basis der Einheit der sandinistischen revolutionären Bewegung und des Volksblocks der Ausgebeuteten und ihrer demokratischen Verbündeten vereinte. Die revolutionäre Aktion war auch ein entscheidender Faktor zur Erreichung der organisatorischen Einheit der FSLN, die im wesentlichen auf der Grundlage der revolutionären Aktion geschmiedet wurde.

Revolutionäre Einheit – Schlüssel zur Eroberung der Macht

Durch eine richtige Verbindung des politischen Kampfes mit dem bewaffneten Kampf gelang es unserer Organisation etwa Mitte des Jahres 1977 durch die Förderung und mit der Unterstützung der ständig anwachsenden Mobilisierung und Teilnahme der Massen am politischen und militärischen Kampf, die Strukturkrise des Herrschaftsmodells von Somoza in eine immer tiefer werdende permanente Krise zu verwandeln.

Nach dem Handstreich vom 27. Dezember 1974, dem Partisanenkampf in den Bergen, dem politischen Kampf vor den Kriegserichten, dem städtischen Widerstand in den Wohnvierteln, dem Kampf der Studenten und der ständig wachsenden illegalen Organisation der FSLN, begann im Oktober 1977 mit den militärischen Aktionen und der Bildung der Gruppe der Zwölf (Zusammenschluß prominenter Exilnikaraguaner, die als Repräsentanten eines breiten Bündnispektrums unter Sergio Ramirez vor der Offensive 1979 ins

Land zurückkehrten; d. Red.) eine ununterbrochene politisch-militärische Offensive der FSLN und der Volksmassen. Es ist unmöglich, in diesem Bericht den ganzen Reichtum der Erfahrungen wiederzugeben, die wir seit 1977 im Kampf gesammelt haben. Wir möchten jedoch den Versuch unternehmen, eine Zusammenfassung der wichtigsten Erfahrungen der revolutionären Bewegung zu vermitteln.

Diese gleiche revolutionäre Praxis der Massen unter der Führung der Avantgarde bei den Aufständen in den Orten Monimbo und Diriamba (Februar 1978), die Teil- und Generalstreiks (Januar und August 1978), die Einnahme des Nationalpalastes und der nationale Aufstand im September 1978 waren die drei Hauptformen der revolutionären Gewalt, die die FSLN im richtigen Augenblick, auf dem Höhepunkt der revolutionären Bewegung, zusammenfassen mußte, um den Sieg zu erringen.

Wir beziehen uns auf den politischen Generalstreik, auf die Erhebungen in den Städten und auf den Guerillakampf an den Kriegsfrenten.

Die FSLN hat bei dem letzten Aufstand im Juni und Juli 1979 die drei Formen des Kampfes gleichzeitig angewandt: den politischen Generalstreik, der aus zahlreichen Streiks hervorging; die Erhebung in den einzelnen Orten, die die breite Teilnahme aller sozialen Gruppen verkörperte, die sich in den Wohngebieten, in den Produktionsstätten, in den Städten und Dörfern mit Sprengsätzen und einfachen Waffen erhoben, um gegen die Diktatur zu kämpfen; und die Form des Kampfes, die der FSLN am besten bekannt ist, der bewaffnete Kampf, der von den Guerillafronten ausging und in den letzten Etappen des Krieges zu einem regellosen Gefecht wurde, der den Bewegungskrieg und die Besetzung der Kasernen in den Städten miteinander verband.

Um dieses Ziel zu erreichen, war es notwendig, die revolutionäre Einheit innerhalb der sandinistischen Bewegung herzustellen. Infolge der Kompliziertheit der politisch-ideologischen Widersprüche innerhalb unserer Organisation, in der sich unterschiedliche Anschauungen zur Taktik der Machtübernahme ergaben, hatte sich unsere Bewegung 1975 in drei Tendenzen gespalten.

Unsere Bewegung war vielleicht mehr in ihren Vorstellungen als in ihrer Aktion relativ zersplittert, denn trotz der unterschiedlichen Nuancen gab es in den grundlegenden Fragen Übereinstimmung: die Treue zum Sandinismus und zu den historischen und programmatischen Anschauungen und, was vielleicht noch nicht wichtiger war, die Übereinstimmung aller in der revolutionären Aktion und der Verbindung der einzelnen Kampfformen.

Die Wiedervereinigung der FSLN

Es gab jedoch einen Zeitpunkt, in dem die Einheit der FSLN absolut notwendig war, um den Feind mit einem einzigen Schlag zu treffen. Die aufstrebende Massenbewegung erforderte eine einheitliche revolutionäre Führung für ihren Sieg. Denn nur durch die Einheit werden die Fähigkeiten der Avantgarde materiell und politisch vervielfältigt und dem Volk die Möglichkeiten gegeben, sich aus den Mächenschaften des Imperialismus und der abhängigen Bourgeoisie, die seinen Sieg vereiteln wollen, zu lösen. Erfüllt von Patriotismus und Liebe zur revolutionären Sache überwinden die sandinistischen Revolutionäre ihre Differenzen, und es gelang ihnen, die Organisation brüderlich zu einen. Ebenso wie die Aktion der Massen die Hauptvoraussetzung für die Einheit war, war die Aktion selbst, nicht die Doktrin, der Hauptpunkt der Übereinstimmung, um die herum sich die Einheit herausbildete.

Unsere Organisation hat sich (im April 1979; d. Red.) auf der Basis des Aktionsplanes für den Aufstand, der für den

Sieg notwendig war, und der wichtigen politischen Vereinbarungen wiedervereinigt, um eine geeignete Verbindung der inneren und äußeren Bündnisse zu fördern. Diese Bündnisse sollten eine Neutralisierung der Interventionspolitik des US-Imperialismus ermöglichen, die darauf abzielt, unsere Revolution zum Scheitern zu bringen.

Man darf nicht vergessen, daß der unmittelbare Hauptfeind unserer Revolution ein Instrument der Herrschaft des Imperialismus war. Daher war es logisch, daß wir in den kritischen Phasen der Revolution eindeutig darauf hinweisen mußten, daß der Hauptfeind, gegen den wir zu kämpfen hatten, die Macht des Imperialismus der USA war und erst in zweiter Linie die reaktionäre nationale Bourgeoisie, deren Ziel darin bestand, sich für die Zwecke des Imperialismus in eine Alternative zur Somoza-Diktatur zu verwandeln.

Angesichts dieser Realität gewinnt die Einheit der FSLN noch mehr an Bedeutung. Denn diese Einheit hat nicht nur die Vorhut und die demokratische Volksbewegung, die sich in der Vereinigten Volksbewegung (MPU) vereint hatte, gestärkt (siehe Dokumente in AIB 7-8/1979, S. 6-11; d. Red.), sondern ihr auch die notwendige Kraft gegeben, um die Einheit der ganzen Nation anzuführen und ein breites Bündnis unter Einbeziehung demokratischer Kräfte der Bourgeoisie zu schmieden (im Februar 1979 formierte Nationale Patriotische Front – PNF; d. Red.).

Übergang in einen de facto nationalen Befreiungskrieg

Die Einheit der Revolutionäre hat die Sicherung der Vorherrschaft des Volkes in der nationalen Einheit ermöglicht und es gestattet, sie zu einem Instrument des antiimperialistischen Kampfes und der tiefen Isolierung der Diktatur im Lande selbst zu machen. Obwohl unser Territorium nicht von ausländischen Truppen besetzt war, haben der anti-nationale und proimperialistische Charakter der Diktatur und die zahlreichen Widersprüche zwischen der Diktatur und allen Schichten des Volkes unserem Kampf die Form eines nationalen Befreiungskrieges gegen den Imperialismus verliehen. (...)

Unser Kampf erfuhr ebenfalls die breite internationale Solidarität aller Völker und fortschrittlichen und demokratischen Regierungen Lateinamerikas und der ganzen Welt. Wir wurden in einem außerordentlichen diplomatischen Kampf unterstützt, und das schuf für uns ein günstiges Kräfteverhältnis in internationalem Maßstab und besonders in Lateinamerika, um die materielle und politische Unterstützung in die richtigen Bahnen zu lenken und die Interventionsvorhaben des Imperialismus zu durchkreuzen. (...)

So wie die Entdeckung der Gesetzmäßigkeiten des revolutionären Prozesses eine wichtige Voraussetzung für den Sieg ist, wie auch die Kampfkraft und die Organisation der Massen, die revolutionäre Einheit des ganzen Volkes, so ist auch die Führung durch eine Vorhut ein lebenswichtiger Faktor für die Revolution. Das ist nicht möglich ohne eine richtige Leitung, ohne eine gefestigte revolutionäre Partei, die wissen muß, in welchem Augenblick der Schwerpunkt bei den Organisationsaufgaben liegt oder wann die politische Mobilisierung der Massen am wichtigsten ist oder wann der militärische Kampf im Mittelpunkt steht oder wie die Strömungen zu vereinen sind, die manchmal verschiedene Orientierungen haben, um sie als eine geballte Kraft gegen die Festung des Feindes zu werfen. (...)

Das ist der Block des Bündnisses von Arbeitern, Bauern und radikalen Kleinbürgern (im Falle Nikaraguas mit besonderer Beteiligung der Jugend). Dieser Block ist ein Beweis für das revolutionäre Potential, das einige nichtproletarische Sek-

toren – in diesem Falle ist das Kleinbürgertum bedeutsam – in den vom Imperialismus deformierten Gesellschaften wie in Nicaragua entfalten können, einem Land, in dem eine Kombination von Bedingungen besteht, die objektiv verschieden von denen in den entwickelten Ländern ist, die ein starkes Industrieproletariat besitzen und in denen gleichzeitig eine revolutionäre Vorhut existiert, die in der Lage ist, den Block in Übereinstimmung mit den historischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Werktätigen zu führen. Die Rolle der revolutionären Vorhut, ihre Fähigkeit, die nikaraguanische Realität im Lichte der revolutionären Theorie zu interpretieren, um eine bewußte Praxis, die Herrschaft des Volkes und die nationale und antiimperialistische Einheit zu fördern, waren letztendlich die entscheidenden Faktoren für den Sieg des nikaraguanischen Volkes über die Diktatur.



Mit der Machtübernahme durch die FSLN, die im Namen der Werktätigen und übrigen ausgebeuteten Schichten handelt, begann in unserem Land ein Prozeß tiefgreifender sozialökonomischer und politischer Veränderungen demokratischen Charakters (Beschlagnahmung des Eigentums des Somoza-Clans, Verstaatlichung der Banken und des Außenhandels, Bodenreform usw.), und dies unter dem revolutionären Druck und unter direkter Einbeziehung der Volksmassen. Heute fordert die gesamte nikaraguanische Gesellschaft solche Veränderungen, die die historischen und strategischen Interessen der Werktätigen verkörpern. In diesem Sinne hat die Revolution zutiefst den Charakter einer Volksrevolution. Sie wird durch die Führung einer Vorhut verkörpert, die FSLN, die die historischen Forderungen des Volkes auf ihre Fahnen geschrieben hat und durch die Vorherrschaft des Volkes, die durch die Vorhut gegenüber den übrigen an der nationalen Erneuerung beteiligten Kräften durchgesetzt wird, sowie die organisatorische Einbeziehung der Volksmassen in den Prozeß der Revolution.

Die Hauptprobleme der nikaraguanischen Revolution stehen

mit der Zurückgebliebenheit, der ererbten deformierten Wirtschaftsstruktur und der ständigen Bedrohung durch den imperialistischen Feind in Zusammenhang. Um gegen diesen imperialistischen Feind gewappnet zu sein, der der Hauptfeind unserer Revolution ist, und um die materiellen Grundlagen der Revolution zu errichten, beabsichtigt unsere Vorhut eine Politik der antiimperialistischen nationalen Einheit auf der Grundlage einer stabilen Volksherrschaft zu betreiben.

Die Revolution will vor allem die Machenschaften des Imperialismus neutralisieren, die darauf abzielen, die lokalen Herrschaftsstrukturen wiederherzustellen, und deshalb kämpft sie für die Einheit aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte gegen den Imperialismus. Die wichtigste Garantie für die Vertiefung der Revolution und eine revolutionäre Führung der nationalen Einheit ist der feste politische Wille der Vorhut und ein effektiver Apparat zur Ausübung der Macht: die Hegemonie des Volkes und die Führung der bewaffneten Massen. Die ständige Bedrohung durch den Imperialismus und die Richtung, in der sich die Revolution in El Salvador und in Mittelamerika – zur Zeit ernsthaft bedroht durch die imperialistische Intervention – entwickeln werden, sind entscheidende Faktoren, die den Rhythmus der Vertiefung der sandinistischen Revolution bestimmen werden.

Tagesaufgaben: die Revolution verteidigen und vertiefen!

Die gleichen entscheidenden Faktoren, die den Sieg ermöglicht haben, nämlich die Vorhutrolle der FSLN, die Vorherrschaft des Volkes bei der Führung des Prozesses und die antiimperialistische nationale Einheit, haben auch in der Etappe der nationalen Erneuerung Gültigkeit.

Der Charakter der Revolution erfordert die vordringliche Lösung folgender Hauptaufgaben: Erstens die Fortführung und Vertiefung des Prozesses der nationalen und sozialen Befreiung, d.h. hauptsächlich Kampf um die wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Zweitens die Stärkung der Kräfte, die die Vorherrschaft des Volkes und den revolutionären Charakter des Prozesses sichern, d.h. Organisation der revolutionären Massen und einer stabilen Vorhutpartei verbunden mit der Stärkung der Instrumente zur Verteidigung der Revolution.

Drittens der Wiederaufbau Nicaraguas mit internationaler Hilfe, die dazu unerlässlich ist, und Einbeziehung der Massen in die Umgestaltung des Staates und in die neue Wirtschaft. All das erfordert eine Außenpolitik auf der Grundlage der Selbstbestimmung und der Solidarität mit dem Kampf anderer Völker, deren Hauptprinzip die Verteidigung und Festigung der Revolution als Beitrag zum Kampf der Völker der Welt um die nationale und soziale Befreiung ist.

Unser siegreicher Kampf stärkt die Völker politisch und moralisch im Kampf um die Eroberung der Macht und im Prozeß der nationalen und sozialen Befreiung. Unser Weg zur Macht war blutig, lang und vielschichtig, aber die Reife, das Geschick und die Kühnheit der FSLN haben den Sieg schneller herbeigebracht. Die monolithische Einheit der Vorhut und der ganzen Nation gegen das Reaktionärste, was die einheimische Bourgeoisie und der internationale Imperialismus hervorgebracht haben, hat die Isolierung der Somoza-Diktatur und seiner ausländischen Verbündeten erleichtert. Und damit wurde der Sieg der Sandinistas leichter und er wurde beschleunigt.

Der Kampf geht weiter und das revolutionäre Nicaragua ist ein fester Stützpunkt im Kampf gegen den Imperialismus, die internationale Reaktion und zur Verteidigung der Demokratie und des Weltfriedens.

Norma Guevara

Die Revolution – kein Kampf mit bloßen Händen

Norma Guevara ist Leitungsmitglied des Revolutionären Koordinierungskomitees der Massen El Salvadors.

Liebe Genossen!

Ich übermittle Euch brüderliche Grüße im Namen der Vereinigten Revolutionären Leitung (DRU) und des gesamten salvadorianischen Volkes.

Wir möchten auf diesem Treffen auf zwei Punkte eingehen, die nach unserer Meinung wichtig sind. Erstens wollen wir über die gegenwärtige Etappe unseres revolutionären Prozesses informieren, und zweitens halten wir es für dringlich, etwas zu dem Einheitsprozeß der revolutionären Kräfte in El Salvador zu sagen. Ihm ist es zu verdanken, daß wir heute vor aller Welt öffentlich über Revolution sprechen können und uns dem Sieg nahe sehen.

El Salvador ist ein kleines Land in Mittelamerika mit 5 Mio Einwohnern. Seit Dezember 1931 leidet es unter einer Militärdiktatur, die sich nach dem Scheitern des Bauern- und Arbeiteraufstandes von 1932, dem 30.000 Menschen zum Opfer fielen, festigte.

Krise des abhängigen Kapitalismus in Mittelamerika

Der zur damaligen Zeit herrschende Terror stellte einen guten Nährboden für das Wachstum des primitivsten Antikommunismus der Oligarchie, für die Errichtung eines diktatorischen politischen Herrschaftssystems sowie einer abhängigen kapitalistischen Wirtschaftsstruktur dar. Das konnte jedoch, wie auch in allen anderen Ländern, die Forderungen der Volksbewegung trotz aller Brutalität nicht zum Schweigen zu bringen.

Unter dieser Diktatur haben sich die revolutionären Kräfte, die heute die Revolution vorantreiben, entwickelt: die Kommunistische Partei (PCS) im Jahre 1930, andere linksgerichtete Organisationen wie die Volksbefreiungskräfte Farabundo Martí (FPL), das Revolutionäre Volksheer (ERP) sowie der Nationale Widerstand (FARN) in den 70er Jahren. Es begann der Kampf der demokratischen Organisationen und Kräfte.

Die kubanische Revolution (des Jahres 1959; d. Red.) leitete eine neue Epoche auf dem Kontinent ein, wogegen der Imperialismus auf kontinentaler und regionaler Ebene Mauern errichtete. Die Allianz für den Fortschritt (sozialreformistisches Programm des US-Präsidenten J.F. Kennedy von 1961; d. Red.) und der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt (gegründet 1960; d. Red.) waren Manöver, die zum Scheitern verurteilt waren. Danach trat der Kapitalismus in Zentralamerika unwiderruflich in ein Krisenstadium ein. Er fand dabei eine entwickelte revolutionäre Bewegung vor, die in der Lage ist, die Krise in eine siegreiche Revolution überzuleiten. Das bestätigen die siegreiche sandinistische Volksrevolution in Nicaragua und die in unserem Land im Gang befindliche Revolution

Schon seit geraumer Zeit wird nicht mehr darüber diskutiert, daß in El Salvador eine revolutionäre Situation herangereift ist. Bedeutsamer und zutreffender ist die Feststellung, daß sich die **Revolution im Vormarsch** befindet! Die

Strukturkrise und die Krise des politischen Herrschaftssystems haben sich derart vertieft, daß für einen bürgerlichen Ausweg aus der Krise weder die Möglichkeit bestand noch besteht. Nur die Revolution kann die Krise überwinden, und sie schreitet bereits voran!

Zu Beginn dieses Jahres (1980; d. Red.) erkannten nicht nur die revolutionären Kräfte, sondern auch die demokratischen Kräfte, daß die reformistischen Bestrebungen darauf gerichtet waren, den revolutionären Prozeß in eine andere Richtung zu lenken. Letztere hatten zu Beginn der Regierungskrise im Januar (1980; d. Red.) ihre Kräfte aus der Regierung, aus den unabhängigen Organisationen, ja sogar aus der Regierungsjunta, die sich im Oktober des vergangenen Jahres (1979; d. Red.) konstituiert hatte, abgezogen. Damit wurden die Oligarchie und der Imperialismus isoliert, und es entstand unmittelbar darauf eine Einheitsströmung, deren Ziel es war, für die Revolution zu kämpfen.

Wir müssen feststellen, daß die Möglichkeiten eines reformistischen Ausweges bereits ein für allemal verloren waren. Ursache dafür war die Existenz eines Unterdrückungsapparates, der in den letzten acht Jahren entwickelt wurde und ein ernsthaftes Hindernis darstellte. Er stellte die Basis für die hartnäckige Weigerung der Oligarchie dar, auch nur Ansätze von Reformen zu gestatten. Die Herausbildung einer wirklich von den Massen getragenen revolutionären Bewegung war ein weiterer Grund dafür, daß man gegen „falsche“ Lösungen kämpfen mußte.

Aber obwohl eine tiefe Krise bestand und eine starke revolutionäre Bewegung vorhanden war, waren wir noch immer mit dem Problem der Spaltung der Linken belastet, was im Mißklang zur Verschärfung der Krise stand.

Sandinista-Beispiel: revolutionäre Einheit

Es ist nahezu unmöglich, den Einfluß des Sieges der sandinistischen Revolution zu beschreiben. Zur Lösung dieses Problems ist es uns allen klar, daß **Einheit und Sieg** zwei eng miteinander verbundene Elemente sind.

Auch der Druck der Massen, für die die Teilung unerklärlich war, drängte uns in diese Richtung. Aus diesem Grund kam es im Dezember letzten Jahres zwischen den Organisationen FPL, FARN und PCS zu einer Übereinkunft, was unabsehbare Wirkungen hatte. Das ermöglichte die Gründung des Revolutionären Koordinierungsorgans der Massen im Januar (1980; d. Red.), später die Vereinigung der demokratischen Kräfte in der Demokratischen Front (FD). Zwischen März und April (1980; d. Red.) vereinigten sich diese beiden Strömungen zur Demokratisch-Revolutionären Front (FDR), die gegenwärtig den umfassendsten Ausdruck der nationalen Einheit darstellt.

Das Abkommen vom Dezember (1979; d. Red.) zwischen FPL, PCS und FARN beendete eine wenig fruchtbare Polemik, die lange Jahre gewährt hatte. Das war, wie wir eingestehen müssen, nicht das Ergebnis programmatischer Übereinstimmung. Dieses Übereinkommen beruhte auf der Anerkennung von drei wesentlichen Faktoren:

1. zur Verwirklichung der Revolution war die Einheit not-

wendig;

2. der Beginn des Voranschreitens zur Einheit mußte über einen Koordinierungsprozeß erfolgen (Beginn der Bildung des Koordinierungsorgans);

3. in diesem Koordinierungsorgan hatte die Erörterung der Meinungsverschiedenheiten zu erfolgen, um zu gemeinsamen Standpunkten bezüglich des Charakters der Revolution, der Strategie, Taktik, der internationalen Politik usw. zu gelangen.

Auf Koordinierungsebene kam es ebenfalls zu einer Annäherung an eine der Organisationen, die ERP (Vereinigtes Volksheer; d. Red.), die nicht Partei des Abkommens war. Das praktische Leben veranlaßte uns, diese Meinungsverschiedenheiten schnell aus dem Weg zu räumen, ja in Wirklichkeit begannen wir sogar zu erkennen, daß wir nicht nach unterschiedlichen Dingen strebten. Als wir dann ein gemeinsames Programm hatten – das Programm für eine demokratische Regierung –, dem sich zuerst die CMR (Revolutionäre Koordination der Massen, im Februar 1980 gegr. Vereinigung der Massenorganisationen der Linken; d. Red.) und später die FDR anschlossen, und wir uns über die Strategie des bewaffneten Kampfes und seiner Verbindung mit dem politischen Kampf auszuarbeiten, legten unsere internationale Politik fest.



Gründung der Revolutionären Koordination im Dezember 1979 – Grundlage für eine demokratische Einheitsfront.

Die wesentlichsten Probleme hatten wir damit gelöst, und es gab keinen Grund mehr, getrennt voneinander zu wirken. Im Mai dieses Jahres (1980; d. Red.) kam es daher zu einem Abkommen auf einer qualitativ höheren Ebene. Man beschloß die Gründung einer Einheitsleitung der Revolution, der Vereinigten Revolutionären Leitung (DRU), in der sich bereits die vier politisch-militärischen Organisationen FARN, ERP, FPL und PCS befanden. Daraus ergaben sich zwei bedeutende Tatsachen: Vereinigung der Vorhut in einem einzigen Zentrum, Bildung einer einheitlichen Leitung für die Revolution und Vereinigung des militärischen Kommandos unserer Armeen.

Die Bedeutung dieses Schrittes ist groß, die Verantwortung wird in Zukunft noch größer sein. Eine der Aufgaben der DRU ist der schrittweise Aufbau der politisch-ideologischen Grundlagen zur Schaffung einer marxistisch-leninistischen Einheitspartei in El Salvador. Wer in seinem Land mit den Problemen der Spaltung der Linken konfrontiert ist, wird ermessen können, welche Tragweite dieser Auftrag hat.

Wir können nicht sagen, daß wir auf unserem zukünftigen Weg zur Einheit auf Rosen gebettet sein werden oder daß gar die Probleme der Vergangenheit sofort gelöst werden. Aber aufgrund unserer Erfahrungen müssen wir doch sagen, daß die positiven Aspekte, die konstruktiven Bemühungen überwiegen. Letztendlich wird unser Traum, der einzeln nicht verwirklicht werden könnte, Realität sein.

Wenn unsere Einheit ausschließlich das Ergebnis der Arbeit von oben wäre, hätten wir nicht die Fähigkeiten entwickeln

können, über die wir jetzt verfügen. Sie ist das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit der Basis, und was noch besser ist, der Arbeit der Massen.

Wir haben jetzt (im Oktober 1980; d. Red.) einen großen Schritt unternommen und sind zum Aufbau unserer aufständischen Armee übergegangen, der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti Frente FMLN. Das bedeutet die Vereinigung all unserer militärischen Kräfte und versetzt uns in die Lage, auf militärischem Gebiet zu den letzten entscheidenden Kämpfen überzugehen.

Übergang zum nationalen Befreiungskrieg

Unsere Einheit stützt sich auf die Begeisterung der Massen und auf ihre Unterstützung. Sie ist verbunden mit der Einheit aller demokratischen Kräfte. Alle gemeinsam haben wir ein Programm, in dem die Realisierung antioligarchischer, antiimperialistischer und demokratischer Aufgaben vorausgesetzt wird. Die FDR und DRU sind die legitimen Repräsentanten der Interessen der Nation. Ihre Einheit und Arbeit widerspiegeln die völlige Isolierung der christdemokratischen Militärjunta und des US-Imperialismus. (...)

Diese (interventionistischen; d. Red.) Machenschaften scheiterten eine nach der anderen, und als Antwort auf diesen Völkermord führen wir einen legitimen Befreiungskrieg mit klaren Machtperspektiven und Möglichkeiten des Sieges.

Nur die Unterstützung durch die Nordamerikaner, die Oligarchie und ihre Streitkräfte hält die Militärjunta der Christdemokratie an der Macht, deren Kräfte in dem Maße ins Wanken geraten, wie sich die revolutionäre und demokratische Bewegung konsolidiert und eine breite solidarische Hilfe erfährt.

Wir können jedoch nicht die Augen davor verschließen, daß sich unsere Revolution nicht nur inneren Feinden, sondern auch der verzweifelten Reaktion der mittelamerikanischen Bourgeoisie gegenüber sieht, die unseren Sieg als Beginn ihres Niedergangs betrachtet. Wir sehen uns gleichfalls mit den Gefahren einer direkten Intervention der Nordamerikaner oder ihrer Marionettenarmeen, wie der Venezuelas, Guatemalas und Honduras', konfrontiert.

In letzter Zeit hat man große Anstrengungen unternommen, um die Differenzen zwischen Honduras und El Salvador zu beseitigen. Damit sollen die Probleme, die eine offene Intervention der Armee von Honduras zugunsten der salvadorianischen Streitkräfte mit sich bringen würde, gelöst werden. Außer der unbegrenzten militärischen Unterstützung üben die USA Druck auf die Regierungen kapitalistischer Länder aus, um den Bankrott abwenden zu helfen, dem der Staat und die Wirtschaft insgesamt verfallen sind. Gleichzeitig beschleunigen sie ihre Interventionspläne.

Wir sind der Meinung, daß eine Intervention im Lande nicht nur unsere voranschreitende Revolution, sondern auch den Verlauf der Revolution in Nicaragua und den beschleunigten revolutionären Prozeß in Guatemala gefährdet. Wir sind nicht imstande zu verhindern, daß eine Intervention unser Mittelamerika zu einer einzigen Kriegsfront gegen den Imperialismus werden läßt. Wir werden dem Beispiel Vietnams folgen, weil wir gelernt haben, daß es nichts Wertvolleres als die Freiheit gibt. Für sie muß man alles geben. Und außerdem verfügen wir über die notwendigen Kräfte.

Natürlich bemühen wir uns und verwenden viel Arbeit darauf, um den Vereinigten Staaten die Hände zu binden. Und gerade dieser Punkt ist eine Probe für den internationalistischen Charakter unserer Revolution, nicht nur im Sinne ihrer Darstellung nach außen, sondern in der Notwendigkeit, die wirksame und notwendige Unterstützung durch die antiimperialistischen Kräfte in der ganzen Welt zu finden.

Die massive Intervention gegen unser Land zu stoppen, liegt

in erster Linie in der Verantwortung unseres Volkes. Darüber hinaus muß und soll es ein Werk der internationalen Solidarität sein. Die Unterschätzung einer solchen Gefahr, die mangelnde Kenntnisnahme der Möglichkeiten eines Sieges in unserem Prozeß sind Faktoren, die die antiimperialistischen Kräfte an der Erfüllung der internationalistischen Pflicht hindern, die siegreiche Revolution in Nicaragua zu schützen und zur Abwehr der Gefahr beizutragen, die dem salvadorianischen Volk auf seinem Weg zur nationalen und sozialen Befreiung droht.

Unsererseits unternehmen wir alle Anstrengungen, damit unsere Brüder der kommunistischen Bewegung, der linksgerichteten und antiimperialistischen Organisationen diesen Aspekt verstehen. Aber der rasche und komplizierte Verlauf der Ereignisse in unserem Land beweist, daß unsere Bemühungen um diese bewußte und offensive Solidarität unzureichend sind.

Den US-Interventen die Hände binden!

Genossen, ohne die Hilfe des sozialistischen Lagers, ohne die Hilfe Kubas und Nicaraguas könnten wir nicht auf unserem Weg voranschreiten. Das ist keineswegs eine Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten, im Gegenteil, es ist die vorbildliche und rechtzeitige Erfüllung der internationalistischen Pflicht der revolutionären Bewegung.

Dieses Gesetz von der Notwendigkeit der Ausübung der Solidarität auf allen Ebenen hat einen überzeugenden Beweis in den siegreichen Revolutionen aller Kontinente gefunden. Man kann nicht mit bloßen Händen und gutem Willen einen mächtigen Feind besiegen.

Wir möchten diesen Gesichtspunkt unterstreichen, weil unsere materiellen Bedürfnisse groß sind. Diese Staats- und Militärmaschinerie, die seit 50 Jahren besteht, muß als Voraussetzung für den Sieg zerstört werden. In keinem Moment haben die USA weder die Waffenlieferungen an die Junta gestoppt, noch haben sie Skrupel gehabt, die Militärstützpunkte in Panama für die massive Ausbildung für „Notfälle“ zu nutzen. Sie besitzen Schiffe mit Soldaten der Marineinfanterie an Bord in den Häfen von Guatemala und fördern die Streifzüge der Armee von Honduras und Guatemala. Die USA scheuen keine Mühe, um Marionettenarmeen des Kontinents in die Intervention einzubeziehen.

Was können wir dagegen tun? Unser Volk gibt sein bestes im Land, um den Feind mit beispielloser Tapferkeit auf allen Gebieten zu bekämpfen. Täglich werden den bewaffneten Kräften des Feindes harte Schläge versetzt, und das führt zur Zersetzung der Moral der Juntatruppen. Dieser Aspekt wird von der internationalen Presse geschickt übergangen, um die Wahrheit zu verhehlen.

Unsere Revolution verzeichnet in ihren Reihen die Linke, die eng zusammengeschlossen ist und eine breite Massenbasis hat, die katholische Kirche, Kräfte aus der PDC (Christdemokratische Partei; d. Red.), aus der Partei der Nationalrevolutionären Bewegung, die Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, Intellektuelle und ehemalige Vertreter der herrschenden Kreise, Vertreter der Großbourgeoisie, Staatsangestellte, Gewerkschafter, Kräfte aus einer starken Bauernbewegung, patriotisch gesinnte Militärs, Studenten, Lehrer und Kräfte der Arbeiterklasse; keine Kraft steht außerhalb dieser einheitlichen Strömung, die gegen die Junta, gegen die nordamerikanischen Berater und gegen die Söldner kämpft.

Das Vorhandensein aller Strömungen politischer Denkart aus allen gesellschaftlichen Bereichen und Klassen verleiht unserem Prozeß eine Breite, in der keine Kraft fehlt. Damit ist der boshafte in die Welt gesetzte Mythos einer radikalen, vernunftwidrigen und sektiererischen Bewegung wider-

legt. (...)

In den nächsten Monaten haben wir in unserem Land bedeutende Aufgaben zu erfüllen. Die Bitte um Solidaritätsleistungen muß auf ein noch höheres Niveau gebracht werden.

Seit zwei Monaten arbeiten wir an einem einheitlichen Kriegsplan, der auch unter Berücksichtigung der inneren Besonderheiten (territoriale Enge, ein in höchstem Maße bewaffneter und durch Hilfe begünstigter Feind, eine hohe Bevölkerungsdichte) die Formen des Kampfes auf militärischem Gebiet festlegen wird. Dies ist vielleicht einer der Beiträge, die unser Kampf anderen Völkern bieten kann.

Es fällt schwer, sich in einem so kleinen Land wie dem unsrigen die Existenz einer aufständischen militärischen Bewegung vorzustellen; Tatsache aber ist, daß mit einer hohen Moral und großem Können gekämpft wird. Das bestätigt, daß die Formen des Kampfes durch die Ziele und die konkreten Bedingungen bestimmt werden, unter denen der Kampf stattfindet.

Es ist wichtig, folgende im Verlaufe des Kampfes gemachte Erfahrung festzustellen: Es gibt innerhalb der feindlichen Armeen Kräfte, die, objektiv gesehen, künftig aktiv an unserem Prozeß teilnehmen könnten; denn es ist nicht möglich gewesen, eine monolithische Einheit aus den feindlichen Streitkräften zu formen. Das ist aber nicht ausschließlich das Werk einer gegen jenen feindlichen Apparat gerichteten Politik, sondern es ist vor allem ein Ergebnis der Tatsache, daß sich auch vor ihnen eine Perspektive aus der revolutionären Bewegung auftun wird und daß auch im Falle dieser Offiziere die Revolution eine echte Lebensmöglichkeit bietet.

Kombination von Aufstand, Generalstreik und internationaler Solidarität

Wir können in groben Zügen sagen, daß in El Salvador die Sache der Revolution in der Stadt und auf dem Lande, in der Arbeiterklasse, unter den Intellektuellen, in kirchlichen Kreisen, in wesentlichen Bereichen des Militärs sowie unter den Demokraten wie Sozialdemokraten an Boden gewonnen hat. Wir verfügen über eine einheitliche Avantgarde und über die Einheit der demokratischen und revolutionären Kräfte, die nach einem einzigen Programm und auf dem Wege des bewaffneten Kampfes als dem entscheidenden Weg zur Machtübernahme kämpfen. Das Vorhandensein der demokratischen Kräfte schuf die Möglichkeit einer besseren internationalen Arbeit, zu deren Ergebnissen bereits die Sympathie von seiten bedeutender Regierung zu zählen ist.

Die bewaffnete Bewegung hat Massencharakter und findet in ihrem Kampf eine machtvolle Unterstützung durch die Massen. Die konkreten Formen des bewaffneten Kampfes sind vielfältig. Die DRU sieht daher eine enge Kombination zwischen Aufstand, bewaffnetem Kampf und Generalstreik vor. Wir verfügen über genügend Kräfte und eine hohe Moral, die für den zukünftigen Verlauf dieses Kampfes entscheidend sind. Darüber hinaus bereiten wir uns auf einen langen Kampf gegen den Imperialismus vor.

Wir betrachten das sozialistische Lager und die Befreiungsbewegung als unsere Verbündeten, als unsere Freunde. Wir rechnen mit der Solidarität aller Völker und möchten uns für die geleistete Solidarität bedanken. Und wir glauben, Genossen, daß mit diesem Volk und unter den hier beschriebenen Bedingungen im internationalen Rahmen ein siegreiches Ende des Kampfes unausbleiblich ist.

Liebe Genossen, wir sind davon überzeugt, daß unsere Revolution auch die Eure ist. Dieser elementare Grundsatz macht auch Euch zu Mitspielern unseres Prozesses. Wir sind sicher, daß wir gemeinsam all die vielen Möglichkeiten verwirklichen, die uns unser Amerika bietet.

Guillermo Toriello Garrido

Pakt der Einheit im Guerrilla- und Massenkampf

Guillermo Toriello Garrido ist Vertreter der Revolutionären Organisationen Guatemalas.

Genosse Vorsitzender!
Genossen! (...)

Die guatemaltekische Revolution, die vor 36 Jahren begann und die als Oktoberrevolution des Jahres 1944 bekannt ist, kann man aufgrund ihres Entwicklungsprozesses als eine bürgerlich-demokratische, eine patriotische, nationalistische, agrarische und insbesondere als eine antiimperialistische Revolution charakterisieren.

Zehn Jahre lang, von 1944 bis 1954, gab es in Guatemala eine Demokratie, die aufgrund ihrer offenen Konfrontierung der Interessen der in der Republik seit Beginn des Jahrhunderts etablierten amerikanischen Monopole, ganz besonders der United Fruit Company, in dieser kurzen Zeit, den ständigen Angriffen des Imperialismus, der internationalen Reaktion und der rückschrittlichen Kräfte der Oligarchie, des Klerus und der feudalen Großgrundbesitzer ausgesetzt war, die sich im Innern des Landes frei bewegten.

Obwohl die guatemaltekische Revolution in ihrer ersten Etappe bestrebt war, ein modernes kapitalistisches, aber unabhängiges System aufzubauen, wurde sie fälschlicherweise als eine kommunistische Revolution verleumdet, die die sog. „kontinentale Solidarität“ gefährde und „für die Völker Amerikas ein schlechtes Beispiel“ darstelle.

Mit Hilfe dieser trügerischen Beschuldigungen schmiedeten die USA ihre unheilvollen Pläne, um die Revolution zu zerstören. Sie benutzten dazu zwei Strategien: die diplomatische Aggression, die auf der X. Interamerikanischen Konferenz in Caracas im März 1954 ihren Höhepunkt erreichte, als dort die antikommunistische Resolution Nr. 92 angenommen wurde, die dem Prinzip der Nichteinmischung ein

Ende setzte, denn nur Guatemala stimmte dagegen; später dann die bewaffnete Aggression, die im Juni 1954 begann und zum Sturz der verfassungsmäßigen Regierung führte, weil der Präsident Jacobo Arbenz nicht in der Lage war, das Volk zu bewaffnen, und weil die hohen Offiziere der Armee Verrat übten. (...)

Die USA begannen, die Bodenschätze und Naturreichtümer Guatemalas zu überwachen, auszubeuten und zu plündern, nachdem sie mit Hilfe der von ihnen eingesetzten hörigen und antinationalen Regierungen und der totalen Unterwerfung der nationalen Armee unter deren abscheuliche Ziele die politische Beherrschung der Nation erreicht hatten. In den seitdem vergangenen 27 Jahren wurden 77 amerikanische Unternehmen zu den absoluten Herren über die gesamte Volkswirtschaft. Durch Druck und Erpressung rissen sie auch die 37 guatemaltekischen Firmen an sich, die vorher als selbständige Unternehmen existiert hatten.

Antwort auf die Massenmordpolitik: revolutionäre Gegengewalt

Um nun diesen Prozeß der vollständigen Beherrschung Guatemalas vollziehen zu können, haben die USA die guatemaltekischen Regierungen in dieser ganzen Zeit gezwungen, einen der grausamsten Massenmorde in der modernen Geschichte Lateinamerikas zu begehen. Mehr als 70.000 Menschen wurden ermordet und gefoltert oder sind verschwunden.

Allein in der Zeit der neofaschistischen Militärregierung des Generals Lucas Garcia, der seit zweieinhalb Jahren an der Macht ist, wurden annähernd 5.000 Guatemalteken umgebracht. In den bisher vergangenen zehn Monaten dieses Jahres (1980; d. Red.) wurden 14 Journalisten, 5 Priester und 52 Lehrer der Universität San Carlos von den Sicherheitsorganen, den paramilitärischen Organisationen der Armee und von der Polizei ermordet. Im gleichen Zeitraum wurden Hunderte von Arbeitern, Studenten und Bauern von den Kugeln dieser Verbrecher tödlich getroffen.

Die Welt weiß sehr wohl Bescheid über die unbeschreiblichen Massenmorde an Bauern in Sinsiray, Panzos und das Eindringen in die spanische Botschaft sowie auch über die ständigen Abwürfe von Napalmbomben auf Bauerndörfer unseres gesamten Landes.

Angesichts dieser offiziellen Grausamkeiten, angesichts der mörderischen Aktivitäten des Staates und angesichts der ständig wachsenden verbrecherischen Gewalttätigkeit des Heeres, der Polizei und der paramilitärischen Organisation der Regierung ist das Volk, in Wahrnehmung seines elementaren Rechts auf Selbstverteidigung, zu dem logischen Schluß gekommen, der offiziellen Gewalttätigkeit die revolutionäre Gewalt entgegenzusetzen. In einem Wort gesagt: Das Volk legt die Hände nicht in den Schoß, es ist auch nicht bereit, sich auszurotten zu lassen.



Mit diesem klaren Bewußtsein zu überleben, hat das Volk in den ersten Jahren nach dem Sturz der Regierung die ersten bewaffneten Kämpfe gegen seine Unterdrücker geführt. Während der heroischen Tage im März und April 1960 sind die Studenten, Lehrer und breite Schichten des Volkes auf die Straßen gegangen, um ihrer Unzufriedenheit mit der damaligen korrupten Militärregierung des Präsidenten Ydigoras Fuentes Ausdruck zu verleihen. Der guatemaltekischen Partei der Arbeit oblag die historische Entscheidung, ganz schnell eine kleine Gruppe von Guerilleros zu bilden, die allerdings bereits nach wenigen Stunden aufgespürt und fast völlig vernichtet wurde.

Eine Gruppe von Offizieren der Armee, von denen einige im Kampf gegen Aufständische an der Amerika-Schule der USA in Panama ausgebildet waren, die aber keine politische Bildung hatten und sich nur von dem Wunsch leiten ließen, mit der Korruption des herrschenden Regimes (die sich auch in der Armee verbreitet hatte) Schluß zu machen, versuchte im Jahre 1962 (ohne Erfolg; d. Red.), die Regierung durch einen bewaffneten Aufstand zu stürzen. (...)

„Lieber tot als Sklave sein“

Aber das Volk Guatemalas ist heldenhaft und tapfer. Es ist zu größten Opfern bereit, um seine Freiheit zurückzuerobern, so wie es auch in seiner Nationalhymne heißt: „Lieber tot als Sklave sein.“

Mit dieser tiefen Überzeugung begab sich 1971 wieder eine Gruppe junger Patrioten, einige von ihnen gehörten zu den Überlebenden jener historischen Guerilleros, in die Berge und begann die Vorbereitungen, um ihr Volk durch den bewaffneten Kampf zur Eroberung der Macht zu führen. Durch die harten Erfahrungen und durch eine klare Kenntnis der nationalen und internationalen Problematik, wissenschaftlich gestärkt durch das Studium des dialektischen Materialismus und der klaren Lehren des Marxismus-Leninismus, wissen diese jungen Menschen sehr wohl, daß es nicht möglich sein wird, den bewaffneten Kampf des Volkes voranzubringen, wenn man die Massen nicht darauf vorbereitet, wenn man nicht die Einheit der großen Masse der Arbeiter und Bauern schmiedet, und wenn man nicht alle demokratischen und revolutionären Organisationen zusammenführt, die sich den Henkern des Volkes widersetzen. Mit diesem großen Verantwortungsbewußtsein und unter großen Opfern lernen sie, bilden sie sich militärisch, tragen sie zur Bewußtseinsbildung der Bauern in den Bergen bei, lehren sie das Alphabet und erreichen, daß große Gruppen der Indios politisch bewußt werden und sich dem Partisanenkampf anschließen. Diese Indios sind Nachkommen der Mayas und wurden Jahrhunderte hindurch aller ihrer Rechte beraubt, wie wilde Tiere behandelt, an den Rand gedrängt und ausgebeutet. Die jungen Patrioten sind auch in den Städten tätig, sie realisieren ihre Aktivitäten in Fabriken, Gewerkschaften, an der Universität und in anderen wichtigen Bereichen. (...)

Es ist mir eine große Genugtuung, daß ich dieser großen Konferenz mitteilen kann, daß die vier Organisationen, nämlich die Guerillaarmee der Armen, die Streitkräfte der Rebellen, die Organisation des Volkes unter Waffen und die Führung und Leitung der guatemaltekischen Partei der Arbeit einen ernsthaften und bedeutungsvollen Pakt der Einheit geschlossen haben, um die Strategie des Volkskrieges voranzubringen, in dem die Kämpfe aller Schichten des Volkes und aller Demokraten zusammenfließen mit der kämpferischen Selbstverteidigung der Massen und mit der entschlossenen Aktion des Guerillakrieges.

Genossen!

Als alter Revolutionär, der seit 26 Jahren für die Einheit

aller demokratischen und revolutionären Kräfte seines Vaterlandes kämpft, möchte ich hier zum Ausdruck bringen, daß es für mich eine große Ehre ist, bei diesem äußerst wichtigen internationalen Ereignis dieses Viererbündnis zu vertreten, dessen patriotischer Kampf unser Volk zur Eroberung der Macht führen wird. Bei dieser einmaligen Gelegenheit möchte ich den Organisatoren dieser Konferenz meinen tiefempfundenen Dank sagen für die Gelegenheit zur Teilnahme, denn darin spüren wir das Interesse und die brüderliche Solidarität aller hier vertretenen Parteien und Befreiungsbewegungen mit dem Kampf der guatemaltekischen Revolutionäre.

Ich möchte aber auch folgende Punkte darlegen:

Erstens. Das Viererbündnis hat eine Einigung erzielt in den wesentlichen Fragen der politisch-militärischen Strategie und Taktik des Kampfes gegen den inneren Feind und gegen den Imperialismus, der diesen inneren Feind finanziert, unterstützt, bewaffnet und an der Macht hält.

Zweitens. Innerhalb des Viererbündnisses gibt es keine Hegemoniebestrebungen und die Beziehungen beruhen auf der gegenseitigen Achtung und einer reinen, brüderlichen und revolutionären Solidarität.

Drittens. Für das Viererbündnis ist die Organisation und Politisierung der Massen eine wesentliche Voraussetzung für den endgültigen Sieg. Gleiches gilt in bezug auf die unaufschiebbare Einheit der Arbeiter und Bauern in einem engen, kämpferischen, revolutionären Bruderbündnis.

Gemeinsame Strategie des Volkskrieges

Viertens. Das Viererbündnis sieht eines seiner wichtigsten Ziele darin, zur Einheit aller revolutionären und demokratischen Kräfte beizutragen, die ehrlich und wirklich den bewaffneten Kampf unterstützen, nicht nur in Worten, sondern auch durch wirklich kämpferische Aktionen ihrer Mitglieder. In Anbetracht solcher Ziele hofft das Viererbündnis, daß sich ihm alle die Organisationen anschließen, die noch nicht dazu gehören, denn unter den gegebenen objektiven und subjektiven Bedingungen des guatemaltekischen Volkes und in Anbetracht des nationalen und internationalen Kräfteverhältnisses, das für die Befreiungsbewegung günstig ist, kann kein Revolutionär abseits stehen in diesem Kampf, bei dem das Schicksal unseres Vaterlandes und das Schicksal der lateinamerikanischen Revolution auf dem Spiel stehen.

Fünftens. Das Viererbündnis legt Zeugnis ab von seiner Treue zu den Prinzipien und Forderungen der Weltfriedensbewegung, zu den Prinzipien der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und erklärt, daß sein Kampf antiimperialistischen, antikolonialistischen, antineokolonialistischen, antifaschistischen, antizionistischen und gegen Apartheid gerichteten Charakter hat. Zugleich bekräftigt es seine Treue zum Kampf um den Weltfrieden, für die friedliche Koexistenz und die internationale Entspannung.

Sechstens. Das Viererbündnis versichert alle gegen den Imperialismus kämpfenden Befreiungsbewegungen der Welt seiner Solidarität mit der ruhmreichen sozialistischen kubanischen Revolution und mit den beispielhaften und heldenhaften Revolutionen Grenadas und Nikaraguas. Es bringt seine tiefe Überzeugung zum Ausdruck, daß der Sieg der Brüder El Salvadors nahe ist in ihrem Kampf gegen die antichristliche, antidemokratische und massenmörderische Regierungsjunta ihres Landes. (...)

Bis zum Sieg! Siegen oder sterben!

Wir leben um zu kämpfen und wir kämpfen um zu siegen!
Für Guatemala, für die Revolution und den Sozialismus!

Vaterland oder Tod, wir werden siegen!

Vincent Noel **Die grenadische Revolution – ein siegreiches Beispiel mehr**

Vincent Noel ist Mitglied des Politbüros der New-JEWEL-Bewegung Grenadas.

Liebe Genossen!

Ich überbringe Euch die herzlichsten revolutionären Grüße unserer Partei, der New JEWEL Movement (Neue Bewegung für Gemeinsame Bemühungen um Wohlfahrt, Erziehung und Befreiung, siehe auch M. Bishop-Interview in: AIB 9/1980, S. 32-33; d. Red.), unseres Führers, des Genossen Maurice Bishop, unserer revolutionären Regierung sowie des gesamten Volkes des freien und revolutionären Grenada. (...)

Unser Land Grenada ist ein Inselstaat von rund 344 qkm, der 12 Grad nördlicher Breite und 62 Grad westlicher Länge in der Südkaribik liegt. Unser Land zählt etwa 110.000 Einwohner.

Unsere Wirtschaft ist bestimmt von Plantagen und bäuerlicher Landwirtschaft, dem Tourismus, Handel und einem unbedeutenden produzierenden Sektor. Drei landwirtschaftliche Produkte werden vor allem für imperialistische Märkte erzeugt: Muskatnuß, Kokos und Bananen. Die Technologie ist primitiv, die Produktionsergebnisse sind gering. Vor der Revolution gehörten mehr als 50% der Hotels, nahezu alle 66 eingetragenen Versicherungsgesellschaften, die vier größten der fünf im Lande operierenden Handelsbanken und die größten Handelsunternehmen ausländischen Besitzern. Die Arbeitslosigkeit lag bei 50%, Wohnbedingungen, Bildungsmöglichkeiten, Gesundheitswesen, Wasserversorgung und Straßen waren schlecht, unzureichend oder vernachlässigt.

New JEWEL – Resultat der Massenunruhen 73/74

Die politische Macht lag in den Händen des faschistischen Diktators Eric Gairy, der mit dem Imperialismus und dem internationalen Verbrechen gemeinsame Sache machte. Gairy war ein korrupter proimperialistischer Gewerkschafter. Seine politische Laufbahn begann 1951, als es ihm gelang, die breite wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit des vor allem in der Landwirtschaft tätigen Proletariats und der halbproletarischen Massen mit den britischen Kolonisatoren und den weißen und farbigen Plantokraten (Plantagenbesitzern; d. Red.) auszunutzen und sich selbst an die politische Macht zu bringen. Nach seiner Machtübernahme verriet der frühere Diktator alsbald die Volksmassen und regierte zusammen mit ihren Feinden – dem britischen Kolonialismus – und einem Flügel der einheimischen Bourgeoisie, den er gegründet hatte, um gegen den bestehenden einheimischen Flügel der weißen und farbigen Plantokraten anzukommen. Im Handumdrehen wurde er ein reicher Mann.

Seine politische Herrschaft wurde nur zweimal für kurze Zeit unterbrochen, als sie in die Hände jenes Flügels der Bourgeoisie übergang, der gegen Gairy und für die Plantokraten war. Mit Ausnahme dieser beiden kurzen Unterbrechungen war er von 1951 bis 1979 im Amt. In Grenada gab es ein Zweiparteienwahlssystem nach britischem Vorbild. (...)



Maurice Bishop, Ministerpräsident und Generalsekretär der New-JEWEL-Bewegung

Zwischen 1970 und 1972 kam es zu vielen Manifestationen des Widerstandes unseres Volkes gegen die bestehende Ordnung. Vieler dieser Aktionen hatten spontanen Charakter. Es kam zu Demonstrationen von Studenten, Bauern, Krankenschwestern, die von den Landarbeitern und der progressiven Intelligenz unterstützt wurden.

1973 war dann den progressiven Elementen, die sich am Kampf gegen die Diktatur und gegen den Imperialismus beteiligten, klargeworden, daß die organisatorische Einheit nunmehr das entscheidende war, wenn Fortschritte erreicht werden sollten. Daraufhin schlossen sich im März 1973 zwei revolutionäre demokratische Organisationen zusammen und gründeten unsere Partei, die New-JEWEL-Bewegung.

Die zur Organisation, Koordinierung und Anleitung des Kampfes des Volkes erfolgte Gründung der Partei zeitigte einen großartigen Erfolg. Zur selben Zeit verschlechterten sich die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für das Volk infolge des weltweiten Anstiegs der Preise für Erdöl und der Verschärfung der Krise des Weltkapitalismus.

Immer häufiger kam es zu Massenunruhen, und die Diktatur antwortete mit einer Woge von Einschüchterungen und Gewalt. Mehrere Personen wurden ermordet. Sechs führende Mitglieder unserer Partei wurden von den verhaßten und gefürchteten Schergen der Geheimpolizei der Diktatur fast zu Tode geprügelt.

Dieser letzte Akt mörderischer Gewalt gegen unsere Führung löste den Funken aus, der zum Generalstreik führte, der von Januar bis März 1974 andauerte. Während dieser drei Monate kam es in unserem Land fast täglich zu größeren Demonstrationen, insgesamt waren es mehr als 21. Mehr als 1/4 der Bevölkerung ging auf die Straße, um den bedingungslosen Rücktritt des Diktators und die Durchführung allgemeiner Wahlen zu fordern. (...)

Von 1974 bis 1976 wurde der Kampf fortgesetzt. Unsere Partei entwickelte sich ideologisch und organisatorisch weiter. Unsere organischen und organisatorischen Bindungen zur Arbeiterklasse und den übrigen Massen sowie unsere Einflußnahme auf diese wurden ausgebaut und vertieft. Weitere harte Kämpfe sind ausgetragen worden.

Gleichzeitig ging Gairy dazu über, sich immer enger mit dem

internationalen Faschismus und Gangstertum zu verbrüdern. Mit Chile und Südkorea wurde eine enge Zusammenarbeit auf diplomatischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet eingeleitet. Das berichtigte chilenische Folterschiff „Esmeralda“ stattete unserem wichtigsten Hafen in St. George's, der Hauptstadt unseres Landes, einen einwöchigen „Höflichkeitsbesuch“ ab. Amerikanische Mafia-Angehörige und Gangster überschwemmten unser Land und hielten Ausschau nach einer Zufluchtstätte. Doch da sie das nahende Ende Gairys kommen sahen, beschränkten sie sich auf die Errichtung einiger weniger Unternehmen und wählten dabei die flüssigste Form der Kapitalanlagen.

Auch dem Imperialismus wurde klar, daß das Ende Gairys nicht mehr fern war. Daher schuf er eine neue proimperialistische Partei, die bei den im Dezember 1976 fälligen allgemeinen Wahlen unter den Massen Verwirrung stiften sollte. Zu jener Zeit war der Zuspruch der Massen gegenüber der traditionellen gegen Gairy eingestellten bürgerlichen Partei beträchtlich zurückgegangen, und die Partei sah sich dem Zusammenbruch gegenüber.

Die Wahlen von 1976 stellten unsere Partei vor ernsthafte theoretische und praktische Probleme. Sollte sich unsere Partei an Wahlen beteiligen, von denen sie von vornherein wußte, daß sie manipuliert werden würden? Und im Falle unserer Teilnahme, sollten wir es allein tun oder ein Bündnis mit den kleinbürgerlichen Parteien (der Nationalen Partei Grenadas, von 1962 bis 1967 Regierungspartei, und der Vereinigten Volkspartei; d. Red.) eingehen, zu denen u.a. auch die kurz zuvor vom Imperialismus aus der Taufe gehobene Partei gehörte? Sollten wir ein solches Bündnis eingehen, welche Taktik würden wir einschlagen? Viele Fragen also. Schließlich fanden wir eine Lösung, die sich auf ein möglichst breites Bündnis gegen den aufkommenden Faschismus günstig auswirkte. Ungeachtet der Schwierigkeiten und Gefahren des Wahlkampfes, der Streichung der Namen Tausender von Anhängern der Partei auf den Stimmlisten, der Stimmabgabe durch bereits tote und nicht mehr existente Personen, trotz Einschüchterungen und Bestechungen, trotz der Anwendung der Taktik des „Teile und herrsche“ und massiver antikommunistischer Propaganda, trotz all dieser und vieler anderer Machenschaften konnte das breite Bündnis 6 der 15 Wahlsitze im Parlament für sich gewinnen.

Die bewaffnete Volkserhebung vom März 1979

Liebe Genossen und Freunde!

In den antiimperialistischen und nationalen Befreiungskämpfen ist die Schaffung eines breiten nationalen Bündnisses von wesentlicher Bedeutung, denn durch dieses wird der gesamte Kampf vorangetrieben. Bei der Herstellung eines derartigen Bündnisses muß eine revolutionäre Partei jedoch nicht nur ihre eigenen Zielstellungen berücksichtigen, sondern eine klare Vorstellung von der jedem Bündnis innewohnenden dialektischen Wechselwirkung der unterschiedlichen Klassenkräfte sowie von dem hohen Einfluß auf die Arbeiterklasse und die Massen insgesamt gewinnen. (...)

Im Zeitraum von 1976 bis 1979 (dem Jahr unserer Revolution) entstand in unserem Lande eine Krise nach der anderen, in deren Ergebnis sich die Unterdrückung verschärfte, die Abneigung gegen die Diktatur zunahm und unsere Partei widerstandsfähiger wurde. Das Ansehen und der Einfluß der Partei erhöhten sich auf Kosten der faschistischen und antifaschistischen Flügel der bürgerlichen politischen Parteien. Dann folgte am 13. März 1979 unsere ruhmreiche Revolution. Obwohl unsere Revolution allen hinreichend bekannt ist, dürften doch nicht alle wissen, daß die bewaffnete Erhebung unseres Volkes eigentlich nicht für den 13. März 1979 geplant war.

Am Wochenende vor dem 13. März befahl Gairy angesichts einer neuerlichen inneren Krise die Verhaftung der gesamten Führung unserer Partei. Alle sollten zu einem späteren Zeitpunkt ermordet werden, während er selbst das Land in Richtung USA verließ.

Es erübrigt sich wohl hier festzustellen, daß dieser Plan nicht aufging. Lediglich zwei Genossen wurden eingekerkert, bevor die ganze Verschwörung aufgedeckt wurde. Die restlichen Mitglieder der Parteiführung gingen in die Illegalität, um sich von dort aus wenige Tage später mit einer zahlenmäßig kleinen revolutionären bewaffneten Vorhut und mit Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung zu erheben und den allerletzten Nagel in den Sarg des Faschismus in unserem Lande zu schlagen.

Unsere kleine revolutionäre Armee überwältigte in raschem Tempo das zentrale Armeelager der Diktatur, bemächtigte sich der Rundfunkstationen des Landes, über die sie sich mit dem Aufruf an die Massen wandte, sich uns anzuschließen und den Sturz der Diktatur zu vollenden. Innerhalb von 24 Stunden stand das ganze Land unter vollständiger Kontrolle unserer revolutionären Vorhut und später auch der bewaffneten Massen.

In erster Linie waren vier markante Merkmale ausschlaggebend für das Gelingen der Revolution:

1. die innerparteiliche Organisation, die Disziplin und Bereitschaft unserer Partei;
2. ihre organisatorischen Bindungen zu den Massen, ihr Ansehen bei und ihre Unterstützung durch die Massen;
3. die vollständige Demoralisierung und Schwächung der Kräfte Gairys und der Bourgeoisie, die teilweise auf eine Zersplitterung in ihren eigenen Reihen zurückzuführen waren;
4. die zur damaligen Zeit vorrangige Inanspruchnahme des Imperialismus durch Kämpfe, die sich in anderen Teilen der Welt zutrug (u.a. Iran, Nicaragua).

Genossen!

Anläßlich des ersten Jahrestages unserer Revolution am 13. März 1980 erklärte unser revolutionärer Führer und Ministerpräsident (Maurice Bishop; d. Red.) folgendes: „Die Revolution in Grenada ist eine Revolution für Demokratie, für Gerechtigkeit, für sozialen Fortschritt sowie für die gleichberechtigte Teilnahme der Bevölkerung unseres Landes an allen Entscheidungen, die ihr Leben berühren.“ Weiterhin fuhr er fort: „Wir sind der festen Überzeugung, Genossen, daß die sich neu herausbildende Welt, diese neue Welt, wie wir sie heute am Beispiel Zimbabwes, am Beispiel Vietnams, in Südostasien, in solchen Ländern wie Madagaskar und Benin, Sao Tome und den Seychellen sehen, diese neue Welt, die in unserer Region seit 1959 durch Kuba, durch Chile zu Beginn der 70er Jahre, durch Nicaragua und Grenada seit dem Jahre 1979 sowie durch Jamaika verkörpert wird, wo das brüderlich mit uns verbundene Volk darangeht, seine eigene Entwicklung zu nehmen, diese neue entstehende Welt ist – so sind wir gewiß – der Beweis dafür, daß dem Imperialismus eine Niederlage bereitet werden kann, daß der Imperialismus nicht unbesiegbar ist.“

Erste Schritte revolutionärer Veränderungen

Unsere Revolution liegt erst 19 Monate zurück. In dieser Zeit haben wir bedeutsame Erfolge und für unser Volk große Errungenschaften erzielt.

Sämtliche von der Diktatur geprägten Gesetze wurden abgeschafft, und an deren Stelle trat eine neue demokratische Gesetzgebung. Dazu gehört u.a. das Recht auf die Bildung von Gewerkschaften und den Beitritt zu diesen nach eigener Wahl. Tausende von neuen Arbeitsplätzen im produktiven Bereich sind geschaffen worden.



Revolutionslosungen in St. George's: „Härter arbeiten, studieren, kämpfen!“

Ein Programm der Agrarreform wurde in Angriff genommen, mit dessen Hilfe die Produktion erhöht, landwirtschaftliche Kooperativen geschaffen und die Arbeitslosigkeit gesenkt werden sollen.

Die Anzahl der Stipendiaten an der Universität wurde innerhalb der 19 Monate von drei im Jahre vor der Revolution auf 150 erhöht. Ein Programm zur Instandsetzung sämtlicher Schulen unseres Landes, an dem sich die Bevölkerung mit großem Elan und in breitem Umfang beteiligt hat, wurde erfolgreich abgeschlossen. Eine massive Kampagne zur Beseitigung des Analphabetentums und der Unwissenheit in unserem Lande wurde eingeleitet. Erstmals in der Geschichte unseres Landes erhalten Bauern und Fischer eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Fischfangmethoden.

Die Menschen Grenadas sind heute Nutznießer einer kostenlosen Gesundheitsfürsorge, zu der außerdem noch ausgedehnte Gesundheitseinrichtungen und ein System der ersten Hilfeleistung kommen. Gegenwärtig sind wir dabei, einen neuen internationalen Flughafen zu errichten, der für den Ausbau des Tourismus und unsere Wirtschaft allgemein von ungeheurer Bedeutung sein wird.

Der Grad der Organisiertheit unseres Volkes hat sich infolge des Zusammenschlusses und der Mitarbeit der Bevölkerung in Massenorganisationen der Arbeiter, Bauern, Frauen, der Jugend usw. schnell erhöht. Eine Volksmiliz zur Verteidigung der Revolution ist entstanden, und freiwillige Brigaden in den Gemeinden sind eifrig dabei, unsere Dörfer und Städte auszubauen bzw. wieder aufzubauen.

Dies sind einige der Errungenschaften, die uns die Revolution gebracht hat. Dazu möchte ich bemerken, daß wir uns erst in ihrer Anfangsetappe befinden. Wir haben gerade begonnen, erste Schritte bezüglich unserer nationalen Entwicklung und Unabhängigkeit einzuleiten.

Doch lassen Sie mich auch sagen, daß wir all das nicht erreicht hätten ohne die brüderliche und prinzipienfeste Unterstützung seitens zahlreicher Staaten, in erster Linie unseres karibischen Bruderlandes und Verbündeten, Kuba!

Liebe Genossen!

War schon die Beseitigung des Regimes Gairys und die Übernahme der Macht eine schwierige Aufgabe, so ist jedoch die Aufrechterhaltung dieser Macht tausendmal schwieriger.

Bei unserem Versuch, eine von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit gekennzeichnete Gesellschaft zu errichten, in unseren Bemühungen zur Beseitigung der Ausbeutung, des Hungers, des Elends, der Krankheit, Unwissenheit und des gesamten Erbes der vierhundertjährigen Sklaverei, des Kolonialismus und des Neokolonialismus haben wir dem Imperialismus Tag für Tag hartnäckig die Stirn zu bieten. Doch das überrascht uns nicht, Genossen, denn diejenigen, die bereits vor uns einen ähnlichen Weg des Antiimperialismus und der nationalen Befreiung gegangen sind oder ihn auch heute noch beschreiten, stehen vor den gleichen Schwierigkeiten. Wie können wir erwarten, daß jene, die von der Ausbeutung leben und unsere Natur- und menschlichen Reserven ausplündern, daß jene, die Puerto Rico weiter in kolonialer Unterjochung halten, uns in unseren Bemühungen um nationale Befreiung und Souveränität unterstützen? Wie können wir glauben, daß wir nicht angegriffen werden von jenen, deren System die Allendes ermordet und die Pinochets einsetzt und unterstützt, die Somozas, die Duvaliers (Diktator Haitis; d. Red.) und die Gairys dieser Welt, jene, deren System sich des Verbrechens des Rassismus und Zionismus schuldig macht?

Wie können wir glauben, daß jene, die das Wettrüsten eskalieren und unsere Welt mit einer nuklearen Katastrophe bedrohen, jemals ruhig zusehen werden, wie wir unseren Prozeß im Frieden weiterentwickeln?

Der Destabilisierungskurs des Imperialismus

Selbst heute, da sich der revolutionäre Prozeß durch eine wachsende Anzahl grundlegender Veränderungen in unserer Wirtschaft, in unserer politischen und wirtschaftlichen Struktur und in der Verteilung der Güter für unser Volk immer mehr vertieft, versucht der Imperialismus, unsere Revolution zurückzudrängen.

Er hat einen massiven Propagandafeldzug von Lügen und Gerüchten in Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen, Zeitschriften und mit Hilfe von Agenten begonnen, um unsere Revolution nach innen und nach außen zu destabilisieren und in Mißkredit zu bringen.

Auch unsere Wirtschaft ist diesem Angriff ausgesetzt. Man versucht, den lebenswichtigen Tourismus, der in großem Maße von den imperialistischen Märkten abhängt, zu stören. Die Imperialisten setzen auch ihre Kontrolle über die Märkte für unsere Erzeugnisse und ihre Kontrolle über Finanzinstitutionen ein, um auf diese Weise unsere Wirtschaft zu destabilisieren.

Während der Zermürbungskrieg, die Propaganda und wirtschaftliche Destabilisierung fortgesetzt werden, bereitet sich der Imperialismus auf eine militärische Offensive gegen unser Land vor. Gairy und die anderen Konterrevolutionäre werden unterstützt und können frei in den Vereinigten Staaten operieren. Sie werben Söldner an und bilden diese aus. Elemente ohne patriotische Gesinnung unter den Arbeitslosen werden bestochen, aufgewiegelt und zu Sabotage-, Gewalt- und terroristischen Aktionen im Lande mißbraucht. Ein Beispiel dafür war auch der Versuch, die gesamte Führung unserer Partei mit einer Zeitbombe zu töten, die bei einer Massenveranstaltung am 19. Juni dieses Jahres explodieren sollte. (...)

Wenn das winzige Grenada das Joch der imperialistischen Herrschaft abschütteln und eine demokratische und gerechte Gesellschaft aufbauen kann, dann kann das jeder! Und hier liegt die Bedeutung Grenadas für den Imperialismus! (...)

Nieder mit dem Imperialismus!

Es lebe die internationale Arbeiterbewegung!

Vorwärts zu nationaler Befreiung und sozialem Fortschritt!

Immer vorwärts! Niemals zurück!



Clodomiro Almeyda

Grundlehren der chilenischen Erfahrungen

Clodomiro Almeyda ist Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles und der Unidad Popular.

Vor einem Jahrzehnt bewegte der Wahlsieg der Unidad Popular in Chile, der Salvador Allende zum Präsidenten der Republik machte, zutiefst die revolutionäre Weltbewegung. Es war der Gipfelpunkt jahrzehntelanger Kämpfe der chilenischen Volksmassen. Insbesondere war es aber der erste große antiimperialistische Sieg in Lateinamerika nach dem der kubanischen Revolutionäre im Jahre 1959. In diesem Sinne bedeutete er, im Prinzip, eine neue Niederlage der imperialistischen Herrschaftsstrategie auf dem Kontinent nach der kubanischen Revolution, jener konterrevolutionären Präventivstrategie, in der sich Reformismus und Gegenrevolution paarten.

Nach drei Jahren erregenden und hoffnungsvollen Wirkens, in denen sich die Massen des Volkes zum Träger des Vorwärtstrebens unseres Landes machten, wurden wir durch die vereinten Kräfte der inneren und äußeren Reaktion besiegt. (...)

In erster Linie müssen wir feststellen, daß für die Konterrevolution in Chile zum Sturz der Regierung der Unidad Popular letztlich nicht unsere Fehler – die wir anerkennen – verantwortlich sind, sondern die Tatsache, daß die sozialökonomischen Veränderungen, die diese Regierung herbeiführte – Nationalisierung der in ausländischer Hand befindlichen Grundstoffe, Banken und Industriemonopole, eine durchgreifende Agrarreform, die entschlossene Förderung des Mitwirkens der Massen am politischen Leben usw. – die politischen und ökonomischen Interessen des Imperialismus und der besitzenden Klassen in Chile so beeinträchtigten, daß diese notwendigerweise, wie es auch die Erfahrungen in der ganzen Welt und die Theorie beweisen, zu den Waffen greifen und sich gegen das Regime erheben mußten, außerhalb und im Gegensatz zur demokratischen Institutionalität. Zum anderen sind wir uns jedoch darüber im klaren, daß der Erfolg der Konterrevolution – nicht die Tatsache ihres Bestehens – durch die Fehler und Mängel der Volksbewegung und ihrer Regierung begünstigt wurde.

Der erste Fehler bestand in einer falschen, zu optimistischen Einschätzung des wahren gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses in Chile. Unser Unverständnis des Gewichts und der Bedeutung des Widerstands gegen die Veränderungen, des Einflusses der konservativen Ideologie innerhalb der Mittelschicht und des Klassencharakters der grundlegenden Institutionen des Staates, wie der Armee und der Justiz, führten uns zu einer Überschätzung unserer eigenen Kräfte. Wir vergaßen, daß Salvador Allende mit der Unterstützung von nur etwas mehr als 1/3 der Wählerschaft an die Macht kam.

Diese falsche und optimistische Einschätzung des Kräfteverhältnisses machte uns sorglos gegenüber der Notwendigkeit, die gesellschaftliche und politische Basis des Regimes zu verbreitern, die mittleren gesellschaftlichen Kräfte und die Vertreter ihrer Politik zu uns heranzuziehen und so die Isolierung der Arbeiterklasse und der revolutionären Parteien zu

verhindern.

In wenigen Worten und ohne tiefer auf die vielen strategischen und taktischen Fehler einzugehen, die eine Folge dieser falschen Einschätzung waren, können wir allgemein feststellen, das wir in den Fehler verfielen, die Revolution für einfacher zu halten, als sie es in der Tat ist.

Unser zweiter Grundfehler – eng mit dem vorangegangenen verbunden – war die Auffassung, man könne den bürgerlichen Staatsapparat verwenden, um das Programm der Unidad Popular durchzuführen. Wir versuchten nicht, die staatlichen Institutionen – unter ihnen die Streitkräfte – gleichzeitig mit den eingeleiteten sozialökonomischen Umwandlungen zu verändern.

Dieser Fehler ermöglichte es, daß der Staatsapparat und die Streitkräfte von den Konterrevolutionären ausgenutzt wurden, um die Regierung der Unidad Popular zunächst zu behindern und schließlich zu stürzen. Das war auch der Grund dafür, daß wir nicht den Versuch unternahmen, die Legitimität des bürgerlichen Staates anzufechten und einen ideologischen Kampf innerhalb der Gesellschaft zu entfachen, um jenen institutionellen Reformen den Weg zu bereiten, die zur Festigung und zum Schutz der Volksregierung und der errungenen sozialen Veränderungen notwendig waren.

Es fehlte eine einheitliche revolutionäre Führung

Mit anderen Worten, wir waren uns nicht völlig klar darüber, daß die Elastizität der bürgerlichen Demokratie ihre Grenzen hat und daß jenseits dieser Grenzen eine Krise des Staates und gesellschaftlichen Systems eintritt, der zu begegnen man ideologisch, organisatorisch und militärisch vorbereitet sein muß.

Drittens beweisen die Erfahrungen Chiles, daß der Grad der Einheit und der Gemeinsamkeit im Denken und Handeln innerhalb der politischen Kräfte, die die Regierung stützten, nicht ausreichte, um den revolutionären Prozeß wirksam und koordiniert voranzutreiben. Das Fehlen einer einheitlichen Strategie zur Leitung dieses Prozesses und einer einheitlichen Führung, legte viele mögliche Initiativen lahm, über die gegensätzliche Meinungen bestanden.

Das hat unsere Front geschwächt, die Effektivität der Regierungstätigkeit geschmälert und es uns erschwert, die ideologische Hegemonie in der Gesellschaft zu gewinnen. Kurz gesagt, es hat uns für die Angriffe der Konterrevolution sehr anfällig gemacht.

Die Leninsche Feststellung, daß eine Revolution nicht ohne eine revolutionäre Vorhut siegen kann, ohne eine in sich geschlossene führende Kraft, die sie einheitlich leitet, die alle sie unterstützenden gesellschaftlichen Kräfte zusammenschließt und so durch enge Gemeinsamkeit im Handeln die Erhöhung ihrer Macht ermöglicht, diese Feststellung Lenins hat angesichts unserer Erfahrungen erneut ihre tiefe und unleugbare Richtigkeit erwiesen. (...)

Jorge Insunza

Entscheidend wird der Kampf der Massen sein

Jorge Insunza ist Mitglied der Politischen Kommission der Kommunistischen Partei Chiles.

Liebe Genossen!

Der Sieg des nikaraguanischen Volkes, die Revolution in Grenada, die gegenwärtigen harten Klassenauseinandersetzungen in El Salvador, die mutigen Aktionen des bolivianischen Volkes in seinem Ringen um Demokratie sind Höhepunkte der Kämpfe, die heute in Lateinamerika geführt werden. Die kubanische Revolution steht auf dem Kontinent nicht allein.

Unsere Völker sind nach den gewaltsamen Angriffen des Imperialismus und der internen Reaktion Anfang der 70er Jahre wieder zur Aktion übergegangen. Damals installierte sich in Chile ein faschistisches Regime. Auch in Uruguay, Bolivien, Argentinien und in anderen Ländern gelangten faschistische oder faschistoide Regierungen an die Macht. (...)

Faschistenregimes – Antwort auf die chilenische Revolution

Was haben wir chilenischen Kommunisten und unsere Verbündeten aus unseren Erfolgen und Fehlern gelernt? Wie wenden wir diese Erfahrungen bei der Lösung der Aufgaben an, die heute in der Perspektive eines Sieges der demokratischen Revolution vor uns stehen? Natürlich können wir hier nicht über alles sprechen. Wir halten es jedoch für nützlich, einige unserer wichtigsten Schlußfolgerungen anzuführen.

In den letzten Jahren findet in Lateinamerika ein Prozeß qualitativer Veränderungen in den Formen der Abhängigkeit vom Imperialismus statt. Unbeschadet der Widersprüche, die

es zwischen ihnen gibt und die im gegenwärtigen Augenblick sehr akut sein können, ist es zu einer Verflechtung zwischen der Großbourgeoisie unserer Länder und dem imperialistischen Kapital gekommen. Auf diese Weise ist ein Teil der einheimischen Kapitalisten, vor allem aus dem Finanzsektor, Bestandteil des imperialistischen Beherrschungssystems selbst geworden, und aus diesem Grunde wird der Imperialismus zu einem wachsenden „internen“ Faktor in nicht wenigen Ländern des Kontinents.

Der revolutionäre Prozeß in Chile war eine tödliche Gefahr für diese ganze Struktur. Die einzig mögliche Antwort zu ihrem Schutz war der Faschismus, dessen Klassengrundlage gerade diese Verflechtung zwischen dem imperialistischen Monopolkapital und den einheimischen Clans bildet. Gemäß diesen Interessen hat der an der Macht befindliche Faschismus die Situation des Landes stark verändert.

Dem Imperialismus, vor allem dem nordamerikanischen, stehen alle Türen offen. Die Finanzoligarchie hat sich erneut als ökonomisch und politisch herrschende Klasse gefestigt. Es entstanden große Machtbereiche, die einen großen Teil der Produktion des Landes kontrollieren und in ihren Händen konzentrieren und sich direkt oder indirekt den Löwenanteil des hervorgebrachten Mehrwertes aneignen.

Die Arbeiterklasse ist davon zweifellos am meisten betroffen. Die Bauern erlebten, wie die Bodenreform rückgängig gemacht wurde. Aber auch bedeutende Sektoren des Mittelstandes und Teile der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, die am konterrevolutionären Block beteiligt waren, leiden heute akut unter den Folgen der Politik der Diktatur.

Das sog. „Wirtschaftsmodell“ der Junta, das sich auf die Konzeption des in den USA herrschenden Neoliberalismus stützt und das sich seinem Wesen nach auch die diktatorischen Regimes in Brasilien, Uruguay oder Argentinien zu



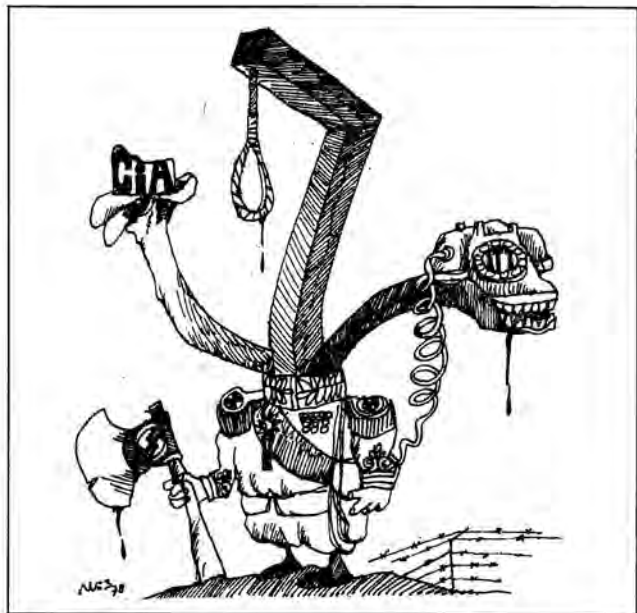
Chiles Arbeiter, Stütze der Unidad-Popular-Regierung; Demonstration von Angehörigen verschwundener Antifaschisten in Santiago

eigen machten, führt unweigerlich zu einer radikalen Verarmung der Gesellschaft. Die mit dem Imperialismus verbundene Finanzoligarchie konzentriert in ihren Händen immer mehr Macht.

Gleichzeitig bringt sie die objektiven Bedingungen für den Aufbau eines breiten Bündnisses hervor, das es ermöglichen wird, ihrer Herrschaft ein Ende zu setzen und der demokratischen Revolution Auftrieb zu verleihen. Die Schaffung des Bündnisses, das breitesten Sektoren von Anhängern der Demokratie und des sozialen Fortschritts in sich vereint, ist eine Bedingung für den Erfolg der Revolution, die Grundlage für ein günstiges Kräfteverhältnis.

Diese Aufgabe wurde unter den Bedingungen unserer Volksregierung nicht richtig gelöst. Diese breite Politik durchzusetzen, erfordert die Einheit der revolutionären Kräfte, die eine einheitliche Führung haben müssen, welche hervorgehen muß aus der größtmöglichen Übereinstimmung im Hinblick auf den Charakter des Prozesses der sozialen Umgestaltungen, auf die richtige Definition ihrer Etappen, auf die Anwendung einer prinzipienfesten und flexiblen Taktik. Auch diese Zielstellung wurde in unserer Revolution nicht erreicht. (...)

In Chile wächst der Widerstand gegen die Diktatur, der naturgemäß von Höhepunkten und Rückschlägen gekennzeichnet ist. Es zeichnet sich jedoch eine Tendenz ab: die Stärkung der antifaschistischen Bewegung, ermutigt durch die anhaltende umfangreiche internationale Solidarität mit unseren Kämpfen. Die Rückkehr zu einem demokratischen System ist zu einer nationalen Forderung geworden.



Jedoch auf diese Forderung antwortet die Diktatur mit der Institutionalisierung des Faschismus. Erneut ergibt sich für uns das Problem, dem Willen der Mehrheit Ausdruck zu verleihen. Bei vielen haben die Illusionen hinsichtlich einer möglichen friedlichen Umwandlung des Faschismus in eine Demokratie aufgehört. (...)

Unter diesen Bedingungen haben unsere Partei und die Unidad Popular in ihrer Gesamtheit zum Ausdruck gebracht, daß „das Recht des Volkes auf Erhebung mit jedem Tag mehr außer Zweifel steht“. Wie Genosse Corvalan sagte, „schafft der Faschismus eine Situation, angesichts derer das Volk keinen anderen Ausweg haben wird... Die Völker sehen sich entscheidenden Situationen gegenüber, die keine andere Wahl lassen. So geschah es in Kuba gegenüber der Batista-Diktatur, so war es auch in Nicaragua angesichts der Somoza-Tyrannie. So wie die Dinge liegen, wird dies auch in

Chile gegenüber dem faschistischen Regime Pinochets der Fall sein.“

Unsere politische Linie zeichnet sich durch Kontinuität und Entwicklung aus – ein Ergebnis unserer Erfahrung und der Assimilierung der Erfahrungen anderer Völker. Das Entscheidende wird immer der Kampf der Massen sein, der die Form annehmen wird, die die Erringung unserer Ziele erfordert. Wir gehen davon aus, daß nur ein richtig geführter Aufstand der Massen den Sieg erringen kann, wenn die Dinge diesen Verlauf nehmen. (...)

Aufbau einer eigenen militärischen Kraft

Gleichzeitig ergibt sich aus unserer eigenen Erfahrung die Schlußfolgerung, daß es keinen Weg gibt, der ein für allemal definiert wird. Es sind taktische Wege zu gehen, unter Berücksichtigung der Veränderungen in der objektiven Situation, und es müssen praktisch alle Kampfformen beherrscht werden. Als wir die Notwendigkeit der Erhebung formulierten, ließen wir nicht außer acht, daß der Imperialismus nicht darauf verzichtet hat, die terroristische Herrschaftsform durch eine andere zu ersetzen, die ihm seine Grundinteressen garantiert. So verfährt er in Brasilien, so versuchte er es in Nicaragua. Und er will es auch in El Salvador erreichen. (...)

Angesichts dieser Lage kann unsere allgemeine Orientierung nur wie folgt sein: Fortführung des Kampfes um die demokratische Revolution; dabei ist davon auszugehen, daß eine „Lösung“ dieser Art das Risiko einer Rückkehr zur Vergangenheit in sich birgt. In Anbetracht dieser Vielfalt von Alternativen meinen wir – auch ausgehend von unserer eigenen Erfahrung –: ganz gleich, welchen Entwicklungsweg die Revolution nimmt, die Frage der Willensbekundung der Mehrheit ist auf das engste mit dem Vorhandensein eines Kräfteverhältnisses zugunsten der Revolution, auch im Hinblick auf das Militär, verbunden.

Die Streitkräfte unserer Länder sollen ausgehend von der sog. Doktrin der Nationalen Sicherheit im Auftrage des Imperialismus und seiner nationalen Verbündeten in gewisser Weise die Rolle des Vormunds der Nation übernehmen, einer Nation, die sie mit dem Kapitalismus identifizieren. Bei dieser Doktrin ist die wichtigste Kriegshypothese internen Charakters. Der Feind ist kein anderer als die demokratische Volksbewegung. Unter dem Vorwand dieser Konzeption wurden die Militärdiktaturen im Südkegel Lateinamerikas aufgebaut und die bereits bestehenden Diktaturen militärisch gestärkt. Parallel dazu operieren noch andere bewaffnete Gruppen der Reaktion.

Diese Lage der Dinge macht es unbedingt erforderlich, daß die revolutionären Kräfte eine Militärpolitik entwerfen und durchführen, die die Kraft der Massenbewegung, die Entwicklung einer eigenen militärischen Kraft und die Gewinnung von Sektoren der bürgerlichen Streitkräfte für die Revolution verbindet. (...)

Schließlich muß hervorgehoben werden – und dies ist von enormer Bedeutung –, daß kein revolutionärer Prozeß siegreich sein und den Schutz der neuen Macht sichern kann ohne die enge Bindung zu den drei revolutionären Strömungen unserer Epoche, besonders zur sozialistischen Staatengemeinschaft.

Jede Revolution ist nicht nur den konterrevolutionären Absichten der eigenen reaktionären Klassen ausgesetzt, sondern auch der Intervention durch den Imperialismus. So geschah es in unserem Land, auch in Kuba. Wir sehen dies in den ständigen Angriffen auf alle Revolutionen, einschließlich der in Afghanistan, wo die nordamerikanischen Imperialisten mit der Hilfe Pekings die Einschleusung konterrevolutionärer Banden organisierten und organisieren. (...)

Revolutionserfahrungen in Afrika



Luis Pizarro

Angolas Zukunft wird unvermeidlich sozialistisch sein!

Luis Pizarro ist stellvertretender Direktor der Abteilung für politische und ideologische Erziehung des Zentralkomitees der MPLA – Partei der Arbeit Angolas.

Genosse Präsident! Genossen Delegierte! (...)

Die Frage besteht darin, zu wissen, ob das Klassenwesen der Befreiungsbewegung, die die Rolle der Interessenvertreterin der nationalen sozialen Klassen und Schichten innehat, die am Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Fremdherrschaft, teilnehmen, nach der Ergreifung der politischen Macht und der Zerschlagung des Kolonialismus weiterbestehen kann oder nicht.

Unsere eigene Erfahrung lehrt uns, daß diese Einheit nur dann bewahrt werden kann, wenn die Avantgarde auf die Prinzipien der Verteidigung der Interessen der werktätigen Klassen, die die Mehrheit im Lande bilden, oder noch konkreter, wenn sie auf die Ideologie der Arbeiterklasse, den Marxismus-Leninismus, orientiert.

Das ist so, obwohl die Arbeiterklasse infolge der historischen Bedingungen, unter denen sich unser Krieg gegen den Kolonialismus entwickelte, nicht aktiv am Kampf teilnahm. In der zweiten Phase des Krieges, in der die vereinten Kräfte des Imperialismus in unsere Heimat einfielen (im November 1975; d. Red.), nahm das Proletariat schon direkt am Kampf teil und wurde zur Hauptklasse bei der Verteidigung und Fortsetzung der Revolution.

Es ist also kein Zufall, daß sich die MPLA nach dem Sieg über die Kräfte des Imperialismus klar und entschlossen auf den Sozialismus orientierte.

Wir müssen hierbei die entscheidende Rolle hervorheben, die in dieser Zeit das internationale Kräfteverhältnis zugunsten der Kräfte des Fortschritts und des Sozialismus gespielt hat. Die internationalistische Hilfe der sozialistischen Länder, das sofortige Handeln der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte verhinderte eine weitgehendere Aktion des Imperialismus und lieferte großartige Beispiele des Internationalismus. Dadurch gelang es, den Widerspruch zwischen dem angolanischen Volk und dem Imperialismus ein für allemal zugunsten unseres Volkes zu lösen. (...)

Den kapitalistischen Kräften war es nicht gelungen, ihren Herrschaftsanspruch durchzusetzen, die Rassisten und Tribalisten waren besiegt; die Werktätigen in Stadt und Land nahmen die von den Kolonialherren verlassenen Wirtschaftsstrukturen in eigene Hände. (...)

Es fehlte damals das grundlegende subjektive Element, das Instrument, das in der Lage gewesen wäre, den politischen Willen zum Aufbau des Sozialismus zu verwirklichen, die marxistisch-leninistische Partei. Der Widerspruch zwischen dem organisatorischen Aufbau der nationalen Befreiungsbewegung, der MPLA, und der ihrem Wirken zugrundeliegenden Ideologie, der marxistisch-leninistischen Ideologie, war offensichtlich.

Das Entstehen der MPLA-Partei der Arbeit, der Partei der Vorhut der angolanischen Arbeiterklasse, war also eine ob-

jektive Notwendigkeit unserer Revolution.

Die Tatsache, daß sich die Befreiungsbewegung MPLA zur Partei der Arbeit konstituierte, war nicht lediglich ein administrativer Beschluß und ebensowenig eine einfache wohlgemeinte Proklamierung, sondern war im Gegenteil Produkt einer langsamen Entwicklung und qualitativer Veränderungen, die sich innerhalb der Befreiungsbewegung im Verlaufe eines fast zwanzigjährigen Bestehens im revolutionären Kampf vollzogen haben.

Schwierige Umwandlung der Avantgarde

Dazu äußerte unser unvergessener Genosse Präsident Agostinho Neto in seinem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den 1. Kongreß der MPLA: „Die Entwicklung des angolanischen revolutionären Prozesses, die immer schwierigeren Bedingungen, unter denen sich unser Kampf gegen den Kolonialismus und Imperialismus vollzogen hat, bedingten, daß die Organisation der Avantgarde des angolanischen Volkes, die MPLA, den politisch-ideologischen Inhalt ihrer politischen Linie immer weiter vertiefen und ihre Organisationsstrukturen durch die Säuberung der Partei von Elementen, die die Ideen und Praktiken des Feindes befürworteten, weiter stärken mußte. Diese dialektische Wandlung der politischen Linie der MPLA führte zur richtigen und klaren Entscheidung für die Fortführung der angolanischen Revolution.“

Die Umwandlung einer Befreiungsbewegung in einem unterentwickelten afrikanischen Land, das von tribalistischen und ethnischen Spaltungen gezeichnet war, in eine marxistisch-leninistische Partei, bringt neue und komplizierte Probleme mit sich, deren Lösung nicht einfach ist, die aber gelöst werden müssen.

Unsere revolutionäre Praxis hat uns gezeigt, daß die Kämpfer der Befreiungsbewegung Menschen sind, die in eine bestimmte historische und gesellschaftliche Realität eingebettet sind, die zunächst ihr Engagement in der Befreiungsaktion einengt. Es ist darum Aufgabe der Avantgarde, dafür zu sorgen, daß die Aufgaben der Befreiung ihrerseits auch diejenigen verändern, die sie durchführen, und daß ihre gefühlsmäßige Teilnahme zu einer bewußten Teilnahme wird. Angesichts dieser Realität hat die MPLA eine intensive politisch-ideologische Erziehungsarbeit unter ihren Mitgliedern geleistet. Jedoch mußten wir auf dem 1. Kongreß feststellen, daß „von den Tausenden Mitgliedern der MPLA nicht alle Gelegenheit hatten, sich mit dem historischen Materialismus und mit dem dialektischen Materialismus vertraut zu machen. Ihr Anschluß an den wissenschaftlichen Sozialismus erfolgt empirisch, auf der Basis des Vertrauens zur MPLA und zu den Richtlinien des Genossen Präsidenten Agostinho Neto“.¹

Angesichts dieser realen Fakten war es utopisch und sektie-

rerisch, zu fordern, daß in einer ersten Phase der Schaffung der Partei alle ihre Mitglieder überzeugte Marxisten—Leninisten sein müßten. Darum wurde die Auswahl der Mitglieder der Partei unter Berücksichtigung ihrer strategischen Ziele innerhalb der Kämpfer der Volksbefreiungsbewegung von den Werktätigen vorgenommen, die die besten und würdigsten unter sich auswählten.

Die ins Leben gerufene Korrekturbewegung, mit der wir unsere Partei aufbauen, ermöglichte eine breite Beteiligung der Werktätigen und brachte sie noch mehr der entstehenden Partei nahe, die durch ihre Kritik und ihr Vertrauen stärker wurde.

Genosse Präsident! Genossen!

Gestatten Sie mir, jetzt einige Fragen zum Kampf um die wirtschaftliche Unabhängigkeit unseres Landes anzuschneiden.

Eine entscheidende Frage, vor der jedes Land steht, das die politische Unabhängigkeit erreicht hat, ist die nach dem Entwicklungsweg, den es einzuschlagen gilt. Und die Frage besteht nicht darin, diesen oder jenen Weg zu wählen, sondern in der realen Möglichkeit, die politischen und ideologischen Bedingungen zu schaffen, um einen bestimmten Weg zu beschreiten. In vielen Ländern der sog. Dritten Welt und besonders in Afrika konnten diese Bedingungen noch nicht geschaffen werden, weil sie sich unter neokolonialer Abhängigkeit befinden und die politische und ökonomische Entscheidungsgewalt nicht in ihrer eigenen Hand liegt.

Es gibt andere Länder, in denen die politischen und ideologischen Bedingungen durch kleinbürgerliche Entwicklungskonzeptionen beschränkt sind und die neugeschaffenen materiellen Bedingungen, obwohl sie fortschrittlich sind und die nationalen Interessen verteidigen, nicht über gewisse ideologische Schranken hinausgehen können.

Für die Volksrepublik Angola verkündet die MPLA-Partei der Arbeit einen sozialistischen Entwicklungsweg, weil sie der Meinung ist, daß dies der einzige Weg ist, der uns die Etappe des nationalen Kapitalismus, der Unterentwicklung und der Abhängigkeit von außen erspart. Wenn wir von Sozialismus sprechen, meinen wir nicht mehr oder weniger starke Sozialisierungsprozesse im Rahmen eines rückständigen nationalen Kapitalismus und kleinbürgerlicher Konzeptionen. Wir denken, daß die allgemeinen Gesetze des Auf-

baus des Sozialismus auf jedem Kontinent gültig sind, sofern die nationalen Besonderheiten berücksichtigt werden.

Wir denken ebenfalls, daß das Tempo der Anwendbarkeit dieser Gesetze nicht mechanisch festgelegt werden kann, sondern vom Grad der Entwicklung der nationalen Produktivkräfte abhängt. Aber eine Wahrheit darf man dabei nicht außer acht lassen: die objektiven Bedingungen bei der Planung und beim wirklichen Voranschreiten beim Aufbau des Sozialismus.

Eine andere Phase besteht darin, daß der Aufbau des Sozialismus in unserem Land notwendigerweise den Kampf um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung voraussetzt. Deshalb sollte dem Kampf der unterentwickelten Länder in Afrika um eine ökonomische Integration auf dem Kontinent von den Avantgarde-Parteien Afrikas eine besondere Aufmerksamkeit beigemessen werden.

Sozialismus geht nicht ohne wahre ökonomische Unabhängigkeit

Unser Genosse Präsident Jose Eduardo dos Santos sagte: „Die Integration unserer Wirtschaften impliziert, daß jeder Staat die Maßnahmen trifft, die auf die Umgestaltung der vom Imperialismus aufgezwungenen Wirtschaftsstrukturen und auf die Organisation der betreffenden Volkswirtschaften gerichtet sind, im Sinne der Lösung der Probleme der betreffenden Völker. Der komplexe und vielgestaltige Prozeß der ökonomischen Integration steht nicht im Widerspruch zur nationalen Kontrolle über die Reichtümer jedes Landes und zum Kampf für die wahre ökonomische Unabhängigkeit, sondern setzt sie voraus.“²

Genossen!

Unter Berücksichtigung dieser Fragen orientiert die MPLA-Partei der Arbeit, die Vorhut der Arbeiterklasse in der Volksrepublik Angola, das Volk auf die Schaffung der politischen und materiellen Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus. In diesem Rahmen gehen gegenwärtig die Wahlen zur Bildung der Provinzversammlungen der Volksmacht und zur Versammlung des Volkes vor sich und wird der 1. außerordentliche Parteitag unserer Partei (er fand im Dezember 1980 in Luanda statt und ist ausgewertet in AIB 3/1981; d. Red.) intensiv vorbereitet, der die schon zurückgelegten Schritte der wirtschaftlichen Entwicklung analysieren und die grundlegenden Orientierungen für das kommende Jahrfünft festlegen wird.

Gleichzeitig mit der Entwicklung eines starken und glücklichen Vaterlandes stärken wir unsere Verteidigungskraft, um die Anschläge des Imperialismus zu vereiteln, der durch die Rassisten Südafrikas mit täglichen Überfällen versucht, unsere Lage zu destabilisieren und zu verhindern, daß wir weiterhin die Befreiung der Völker Namibias und Südafrikas aktiv unterstützen.

Zum Schluß möchten wir an die Worte des unsterblichen Führers der angolanischen Revolution, Genossen Agostinho Neto, erinnern: „Die Zukunft wird unvermeidlich sozialistisch sein. (...) Unsere Revolution richtet sich auf den Wohlstand des einzelnen Menschen als Teil der Menschheit. Die Befreiung vom Kolonialismus ist eine Phase des Kampfes. Die soziale Revolution ist die notwendige Ergänzung. Deshalb werden die Völker den Kampf fortsetzen.“³

Der Kampf geht weiter!

Der Sieg ist sicher!

Anmerkungen:

- 1) Thesen zur Konstituierung der MPLA in eine Partei der Arbeiterklasse
- 2) Genosse Jose Eduardo dos Santos, Rede während des Wirtschaftspfeltreffens der OAU in Lagos, Mai 1980
- 3) Genosse Präsident Agostinho Neto, Rede in der Universität von Lagos, Nigeria, Januar 1978



Moses Garoeb

Die SWAPO – siegessgewiß im Krieg um Namibia



Moses Garoeb ist Sekretär des Politbüros und des Zentralkomitees der Südwestafrikanischen Volksorganisation Namibias (SWAPO).

(...) Genosse Vorsitzender!

Es ist nahezu selbstverständlich, wenn ich hier sage, daß der nationale Befreiungskampf von heute ein fester Bestandteil des Kampfes der Arbeiterbewegung für Frieden und Sozialismus ist, denn der Frieden kann nicht als ein abstraktes Phänomen angesehen werden, wie es der Imperialismus gerne haben würde.

Erst wenn die Völker als freie Nationen handeln können und sie nicht mehr kolonial ausgebeutet und vom Imperialismus unterdrückt werden, kann es gesellschaftlichen Fortschritt geben und können sich gesunde Beziehungen zwischen den Nationen entwickeln. Das ist das Ziel der Bewegung der Arbeiterklasse, und es wird durch die Kämpfe der regionalen nationalen Befreiungsbewegungen realisiert. Andererseits sind die nationalen Befreiungsbewegungen, wie es sie heute gibt, undenkbar ohne die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung.

Sozialistisches Lager – Bollwerk für die Befreiungsbewegung

Es liegt auf der Hand, daß mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (in Rußland 1917; d. Red.) die Tür zu einem neuen Zeitalter aufgestoßen wurde, indem sie

günstige Bedingungen für die fortschrittliche nationale Befreiung schuf. Die Oktoberrevolution bildet den Eckpfeiler aller nationalen Befreiungsbewegungen, die für die grundlegenden Menschenrechte wie Unabhängigkeit und Freiheit und gegen Kolonialismus und ausländische Vorherrschaft kämpfen. Die Sowjetunion verkörpert heute das Bollwerk des gesellschaftlichen Fortschritts in der Welt, ohne das jeder nationale Befreiungskampf durch die rücksichtslose Brutalität des Imperialismus im Keime erstickt würde.

So war es die Sowjetunion, die im Geiste der Arbeiterklasse und zur Befreiung der Völker die berühmte UN-Resolution über die Entkolonialisierung der kolonialen und abhängigen Gebiete einbrachte (im Jahr 1960; d. Red.) und somit den Völkern neue Kraft gab, ihren Kampf in der Gewißheit fortzusetzen, daß die Weltöffentlichkeit hinter ihnen steht.

Genosse Vorsitzender!

In der gegenwärtigen Epoche verändert sich das Kräfteverhältnis ständig zugunsten der fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräfte, die für nationale und soziale Befreiung, für die Festigung und Popularisierung des Sozialismus sowie für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft eintreten.

Dank der konkreten materiellen Unterstützung und Hilfe seitens der sozialistischen Länder, allen voran der Sowjetunion, ist es in Südostasien den Völkern von Vietnam, Laos und Kampuchea sowie den Befreiungsbewegungen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien Mocambique, Guinea-Bissau, Sao Tome und Angola gelungen, entscheidende Siege zu erringen, in deren Ergebnis die völlige Unabhängigkeit

durchgesetzt wurde. Heute leisten diese jungen befreiten Staaten denjenigen, die noch um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfen, aktive Hilfe.

Angesichts der Welle von Siegen, die von den Völkern errungen wurden und zur Verteidigung des zerfallenden kapitalistischen Systems, das von heftigen Widersprüchen, Wirtschaftskrisen, Depressionen sowie Inflation gekennzeichnet ist, sind die Kräfte des Imperialismus zu offenem Militarismus, zu Aggressionen und feindseligen Handlungen gegen die sozialistischen und anderen fortschrittlichen Länder übergegangen.

Die Aktivitäten der reaktionären Kräfte im sozialistischen Kuba, gegen das sozialistische Äthiopien, in Nicaragua und in der Volksrepublik Angola, um nur einige zu nennen, sind ein deutlicher Beweis dafür, daß der internationale Imperialismus Komplote ausheckt, um den Fortschritt der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung zu hemmen. Doch das wird dem Imperialismus niemals gelingen!

Gegenwärtig herrscht unter den patriotischen Kräften im Südlichen Afrika große Freude über den heroischen Sieg, den unsere Kampfgenossen der Patriotischen Front in Zimbabwe über das koloniale Siedlerregime von Ian Smith und seine Handlanger errungen haben. Dieser Sieg hat den Völkern von Namibia und Südafrika neue Kraft verliehen und ihre Entschlossenheit und ihren Willen bestärkt, sich von der rassistischen Besatzung durch Südafrika, vom Siedlerkolonialismus und der rassistischen **Apartheid** zu befreien.

Südliches Afrika: verschobene Grenzen der Freiheit

An einer weiteren Front haben sich die Grenzen der Freiheit verschoben, nämlich vom Sambesi zum Limpopo. Somit ist das Rassenregime jetzt den militärischen Aktionen von Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation, bewaffneter Arm des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas – ANC; d. Red.) ausgesetzt, der in Südafrika Freiheitskämpfer und andere Kräfte aus dem Volke um sich scharft!

In Namibia wird der Kampf fortgesetzt. Das klar gesteckte Ziel der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation; d. Red.) ist es, Namibia zu einem Land zu machen, in dem es keine Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mehr gibt und in dem die kapitalistische Basis mit der Wurzel ausgerottet wird.

Die SWAPO will in Namibia eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen, in der die Gesetze und Normen neuer Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen gelten. Die SWAPO will aus Namibia ein Land machen, in dem das Volk die Macht ausübt und in dem Freiheit herrscht. Dies bildet die Grundlage für Frieden und sozialen Fortschritt, eine Grundlage, die den Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus entspricht.

Es liegt auf der Hand, daß es das wichtigste Ziel der SWAPO ist, die nationale Unabhängigkeit von Namibia durchzusetzen. Unter der Führung der SWAPO sieht das Volk von Namibia den bewaffneten Kampf als wirksamstes Mittel zur Erringung der Unabhängigkeit an. Diese Strategie in Verbindung mit der Mobilisierung der Massen in Namibia sowie der Organisierung der Unterstützung der SWAPO auf diplomatischem Gebiet durch die Weltöffentlichkeit wird ganz sicher zum Erfolg führen.

Die Wirksamkeit des Kampfes in Namibia, der im Lande von der intensiven Unterstützung für die SWAPO getragen wird, hat dazu geführt, daß dem Feind bewußt wurde, daß er nicht als Sieger aus dem Krieg in Namibia hervorgehen kann. Die südafrikanischen Okkupanten mußten zugeben, daß die SWAPO von mehr als 90% der Bevölkerung Namibias unterstützt wird. Folglich kann der Feind seine Macht in Namibia

nur zeitweise durch Waffengewalt aufrechterhalten.

Angesichts der Unvermeidlichkeit des Sieges der SWAPO unternehmen der Imperialismus und die regionale Bourgeoisie verzweifelte Aktionen um „die Köpfe und Herzen“ der unterdrückten Massen in Namibia „zu erobern“, indem sie Lügen verbreiten und mit Bestechung arbeiten. Sie hegen die Hoffnung, das Volk gegen seinen eigenen Befreier, die SWAPO von Namibia, ausspielen zu können. Doch dieses Vorhaben wird schmachvoll scheitern!

Die imperialistischen und kapitalistischen Kreise mit den USA an der Spitze und die multinationalen Konzerne leisten den südafrikanischen Okkupanten tatkräftig Unterstützung, kleiden sich jedoch vor dem namibischen Volk gleichzeitig heuchlerisch in einen Schafspelz.

Nein zur neokolonialistischen Lösung in Namibia!

Sie gehen nach der alten Taktik vor, indem sie versuchen, unserem Volke weiszumachen, die SWAPO bringe den „Kommunismus“, den Tod und die Zerstörung der Wirtschaft und des persönlichen Eigentums. Oberflächliche Veränderungen in den Apartheidgesetzen, Lohnerhöhungen für diejenigen, die für das Regime arbeiten sowie der Einsatz von gedungenen Gewerkschaftern sind einige der Maßnahmen, die das Okkupanten-Regime ergreift, um das Marionettenregime der Turnhallenallianz (unter deren Vorsitzendem Dirk Mudge 1978 etabliert; d. Red.) zu popularisieren, in der Hoffnung, der SWAPO den Boden unter den Füßen wegziehen zu können.

Gleichzeitig unternimmt der Feind große Anstrengungen, die SWAPO zu unterwandern und von innen heraus zu zerstören. Der Imperialismus und das rassistische Südafrika hoffen, daß sie, wenn sie der SWAPO schon keine Niederlage bereiten können, wenigstens insofern auf den Weg zur Unabhängigkeit Einfluß nehmen können, daß Möglichkeiten für den Neokolonialismus bestehen bleiben. Aus diesen Gründen versuchen sie jetzt, die sog. Dritte Kraft in Namibia (die vom SWAPO-Renegaten Shipanga geführte SWAPO-D und die Nationale Front Namibias, die sich im Januar 1980 zusammenschlossen und die die Ende 1978 nach Scheinwahlen gebildete „Nationalversammlung“ boykottieren; d. Red.) zu stärken, um den gewaltigen Einfluß der SWAPO zu schwächen. Dies ist nicht nur unmöglich, es ist auch zu spät. Der Kampf für den Frieden im Südlichen Afrika wird den Sieg davontragen. (...)

Zum Abschluß, Genosse Vorsitzender, möchte ich der Überzeugung meiner Delegation Ausdruck verleihen, daß diese wichtige wissenschaftliche Konferenz für die Arbeiterbewegung Anregung sein wird, die nationalen Befreiungsbewegungen noch stärker als bisher zu unterstützen. Der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern muß klargemacht werden, daß die von ihnen hergestellten Erzeugnisse zur Zerstörung ihrer Klassenbrüder eingesetzt werden. Die Flugzeuge vom Typ „Mirage“, die Hubschrauber vom Typ „Puma“ und die von ihnen hergestellten Waffen werden dazu eingesetzt, ihre Brüder zu töten. Sie sollten sich klar darüber werden, daß der Wohlstand, der in den kapitalistischen Ländern so „selbstverständlich“ ist, in Wirklichkeit nur deshalb möglich ist, weil er auf Kosten der ausgebeuteten Völker, aus denen das letzte herausgepreßt wird, geht. Verstärken wir unseren Kampf, damit die Völker ihre Freiheit und Unabhängigkeit erringen – in Südafrika unter dem ANC, in der Westsahara unter der POLISARIO, in Palästina unter der PLO, in Ost-Timor unter der FRETILIN, in Chile, in El Salvador.

Der Kampf ist unteilbar. Es ist unser gemeinsamer Kampf. Wir werden siegen!

Der Kampf geht weiter!

Oliver Tambo

Das antiimperialistische Bündnis ist unverzichtbar!

Oliver Tambo ist Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC).

(...) Der Afrikanische Nationalkongreß mißt dieser internationalen wissenschaftlichen Konferenz eine große Bedeutung zu. Denn wir sind der Auffassung, daß die Einheit der drei Elemente des revolutionären Weltprozesses – das sozialistische System, die internationale Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung – für die Erringung des endgültigen Sieges über die unglückbringenden Kräfte des Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus, Faschismus, Zionismus und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, eine wesentliche Voraussetzung bilden. Deshalb, meinen wir, ist es die Pflicht aller fortschrittlichen und revolutionären Kräfte, unermüdlich für die Festigung der Einheit unter diesen Hauptströmen und innerhalb aller ihrer Gruppen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene einzutreten.

Wir hielten es für günstig, für unseren Beitrag zu dieser wichtigen Diskussion unsere eigenen Anstrengungen und Erfahrungen im Kampf in Südafrika zugrunde zu legen. Ebenso glaubten wir, dem Ziel dieser Konferenz besser entgegenzukommen, wenn wir uns auf eine, und nicht auf eine ganze Reihe von Fragen, die unsere Bewegung im Kampf für einen demokratischen, antiimperialistischen Sieg des Volkes zu lösen haben, beschränken. Wir möchten uns somit auf das Problem des Kampfes für die Einheit der Triebkraft der nationaldemokratischen Revolution in Südafrika konzentrieren. Und wir hoffen, daß unsere, in diesem Kampf gesammelten Erfahrungen, von einigem Interesse für die Delegierten sein werden.

Das Apartheidsystem – Ausdruck imperialistischer Herrschaft

Die Einheit aller jener nationalen und Klassenkräfte, die an der Zerschlagung des faschistischen Pretoria-Regimes, der Beseitigung des Apartheidsystems und am Aufbau eines volksdemokratischen Staates in Südafrika, in dem das Volk die Macht ausübt, interessiert sind, ist eine wesentliche Voraussetzung für den Sieg unserer Revolution. Die erfolgreiche Verteidigung des Sieges unserer Revolution und die Verwirklichung ihrer Ziele wird auch die Erhaltung und Stärkung dieser Einheit erfordern. Das beweist, daß diese Aufgabe keinen auf Taktik beruhenden Übergangs- und zeitweiligen Charakter besitzt. Sie ist vielmehr von strategischer Bedeutung.

Es ist eine Tatsache, daß Millionen Menschen in der Welt gegen das tyrannische Apartheidsystem sind und auch aktiv dagegen kämpfen. Die überwiegende Mehrheit der Menschheit wird von Rassismus, Kolonialismus, Ausbeutung und Krieg, allen jenen sozialen Übeln, die für das Apartheidsystem charakteristisch sind, moralisch abgestoßen. Eine globale, gegenseitige Abhängigkeit ist die objektive Grundlage, die es erfordert, daß alle diejenigen, die für die demokrati-



Südafrikas Rassistenarmee – aggressiv nicht nur nach innen

sche und sozialistische Erneuerung ihrer eigenen Gesellschaft unter Bedingungen des Weltfriedens kämpfen, auch dafür eintreten sollten, daß ähnliche Kämpfe in anderen Teilen der Welt erfolgreich sind.

Somit bildet die Einheit der antiimperialistischen Weltbewegung, zu der auch die südafrikanische Bewegung zur nationalen Befreiung gehört, einen wichtigen Eckpfeiler unseres Kampfes, einen gewaltigen Faktor, der die Gesetzmäßigkeit unseres Sieges unterstreicht, und sie wird in Zukunft ein unerschütterliches Verteidigungsbollwerk zum Schutz aller Errungenschaften des Volkes sein.

Die Apartheid ist ein Ausdruck des imperialistischen Herrschaftssystems. Die soziale Kraft, deren Interessen es dient, ist das Monopolkapital. Folglich sind ihm die beiden Haupt-eigenschaften der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Beherrschung der einfachen arbeitenden Menschen in unserem Land eigen.

In Südafrika drücken sich diese Aspekte in einem System aus, das gekennzeichnet ist durch:

- a) die bewußte und systematische Unterdrückung aller demokratischen Rechte für die große Mehrheit unseres Volkes in Abhängigkeit von Hautfarbe und Nationalität, mit anderen Worten, systematische nationale Unterdrückung;
- b) die verschärfte Ausbeutung der Schwarzen im Interesse des Großkapitals;
- c) die Praktizierung eines fanatischen Rassismus als Staats-

politik, sowohl als Rechtfertigung als auch als entscheidender Faktor für das endlose Fortbestehen dieses Unterdrückungs- und Ausbeutungssystems;

d) die Anwendung faschistischer Regierungsmethoden nicht nur gegen die Unterdrückten, sondern auch gegen alle demokratischen Kräfte und

e) durch den Einsatz des Militärs als Instrument zum Schutz des Systems nach Innen und zur Umwandlung vor allem der Nachbarländer in Vasallen des rassistischen Südafrika.

Daraus ergeben sich klar die besonderen Aufgaben der nationaldemokratischen Revolution in unserem Land. Zu den Hauptaufgaben gehören:

a) die Errichtung einer demokratischen, antifaschistischen Ordnung auf dem Wege allgemeiner Wahlen und der Beseitigung jeglicher nationaler Unterdrückung und Rassendiskriminierung;

b) Verstaatlichung der gesamten Monopolindustrie, Bergwerke und Banken, sowohl der einheimischen als auch der im ausländischen Besitz befindlichen, und planmäßiger Aufbau und Ausbau der Wirtschaft für eine kontinuierliche Verbesserung des allgemeinen Wohlstandes des Volkes;

c) Übergabe des Bodens an die, die ihn bearbeiten, um Not und Hunger auf dem Lande zu beseitigen;

d) die Durchführung einer Kulturrevolution auf der Grundlage einer allgemeinen Alphabetisierung und des Zugangs zum Lernen und zur Kultur für alle;

e) die Verwandlung unseres Landes in einen aktiven Verfechter des Friedens, sowohl durch die Verwirklichung aller oben genannten Veränderungen als auch durch die Erziehung unserer Bevölkerung und der Streitkräfte zur Achtung des Friedens, der Freundschaft und der gegenseitig nützlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern.

Es sollte somit klar sein, daß die schwarze Bevölkerung insgesamt direkt an dem Sieg der nationaldemokratischen Revolution interessiert ist. Ebenso werden die zur Arbeiterklasse gehörenden Schwarzen in gleicher Weise wie die Millionen schwarzen Landarbeiter sofort die Veränderungen, die die demokratische Revolution mit sich bringt, in positiver Weise unmittelbar zu spüren bekommen. Auch werden die schwarzen Mittelschichten ganz konkreten und unmittelbaren Nutzen aus diesem Prozeß ziehen.

In gleicher Weise allerdings trifft auch die Tatsache zu, daß die Mehrheit der weißen Bevölkerung, was auch immer sie als ihre Interessen gegenwärtig ansieht, aus dem Sieg der nationaldemokratischen Revolution Nutzen ziehen wird. Auf Grund ihrer sozialen Stellung, die es mit sich bringt, daß diese Bevölkerungsschichten am direktesten und schärfsten täglich mit der herrschenden Klasse und dem Regime, das diese Klasse repräsentiert, in Kontakt kommt, müssen die schwarzen Arbeiter unbedingt die führende Rolle in diesem breiten Bündnis der nationaldemokratischen Kräfte übernehmen.



Zusammenfassend kann somit gesagt werden, daß eine dringliche und ständige Aufgabe des Afrikanischen Nationalkongresses darin besteht, die Aktionseinheit aller unterdrückten schwarzen Menschen, ungeachtet ihrer Klassenzugehörigkeit, im Kampf für den Sieg der demokratischen Revolution herzustellen. Der ANC und seine Verbündeten haben ferner die Aufgabe, eine demokratische Bewegung innerhalb der weißen Bevölkerung aufzubauen, um die Einheit zwischen der weißen Bevölkerung und der unterdrückten Mehrheit in einem gemeinsamen Kampf für die Befreiung dieser Mehrheit zu stärken.

Natürlich ist der Kampf für die Einheit der demokratischen Kräfte in Südafrika weder leicht, noch verläuft er geradlinig. Die unterschiedlichen nationalen und Klassenkräfte, die an dem Sieg der demokratischen Revolution interessiert sind und sich mehr oder weniger im Kampf für diesen Sieg einsetzen, besitzen nicht alle genau die gleiche Lebenserfahrung und politische, wirtschaftliche und andere Erfahrungen. (...)

Die Kräfte der Reaktion sind sich natürlich der Gefahr bewußt, die eine einheitliche demokratische Volksfront für das rassistische System in sich birgt. Folglich ist der Feind in seiner Strategie und Taktik ständig bemüht, diese Einheit zu schwächen und zu zerstören. Ideologisch stützt er sich auf den Antikommunismus, Rassismus und die Stammeszugehörigkeit, um seine Ziele zu erreichen. Politisch bedient er sich einiger unterdrückter Schwarzer um den falschen Eindruck zu vermitteln, daß das Rassistentssystem selbst einen Prozeß eingeleitet hat, der zu seiner Machtteilung führt, wie sie es nennen.

Was aber wirklich geschieht ist, daß das Regime versucht sich selbst weiter zu stärken, indem es ein Marionettensystem aufbaut. Dieser Prozeß wird verdeutlicht in solchen Plänen, wie den Bantustans und dem sog. Präsidenten-Rat, der Weiße, „Farbige“ und „Inder“ zusammenbringen soll, die dann wiederum den Apartheid-Präsidenten beraten sollen. Außerdem sind die Rassisten bestrebt, reformistische Illusionen unter dem Volk zu verbreiten, und zwar in der vergeblichen Hoffnung, dadurch die revolutionäre Bewegung vom Volk isolieren zu können und die Massen von der Perspektive der Machtergreifung abzubringen, wobei alle Mittel, einschließlich militärischer Gewalt, eingesetzt werden.

Mobilisierung für ein demokratisches Südafrika

Organisatorisch versucht der Gegner, den ANC und seine Verbündeten physisch zu vernichten, um sichergehen zu können, daß es im Lande keine Kraft gibt, die genügend Einfluß und Möglichkeiten besitzt, die südafrikanischen demokratischen Kräfte zu mobilisieren und zu vereinen. Anstelle der wirklichen Volksorganisationen und Führer unseres Volkes versucht der Feind eigene zu schaffen und zu fördern, die jene ersetzen sollen, die in jahrelanger extremer und brutaler Herrschaft der Reaktion nicht vernichtet werden konnten.

Das sind die Hauptrichtungen, die der Gegner mit der Absicht einschlägt, unsere notwendige Einheit zu verhindern. Natürlich könnten wir noch viel mehr zu diesem Punkt sagen; hier soll nur soviel erwähnt werden, daß die herrschende Gruppierung in Südafrika nie gezögert hat, die gesamte Staatsmaschinerie zur Durchsetzung dieses Zieles zu mobilisieren. Dies kann als Maßstab für die Wichtigkeit genommen werden, die er der Erreichung dieses Zieles beimißt.

Im Kampf um die Festigung der Stärkung und um die Erhöhung des Niveaus der Einheit in der Bewegung für die nationale Befreiung stützt sich der Afrikanische Nationalkongreß vor allem auf die Tatsache, daß die Sache, die wir



vertreten, gerecht ist und den grundlegenden Hoffnungen der Massen unseres Volkes entspricht. Deshalb müssen wir beständig die Perspektive eines demokratischen Südafrika aufzeigen und dabei die Tatsache betonen, daß es die patriotische Pflicht des gesamten Volkes ist, unser Land von der tyrannischen Herrschaft des rassistischen und faschistischen Regimes zu befreien. Dies ist eine Perspektive und Orientierung, die notwendigerweise den Willen aller nationalen und klassenorientierten Kräfte anregen und anfeuern muß, die, wie wir bereits erläutert haben, ein objektives Interesse am Sieg der nationaldemokratischen Revolution haben.

In diesem Jahr beging das Volk von Südafrika den 25. Jahrestag der Annahme der Freiheits-Charta, des grundlegenden politischen Programms, das die Unterstützung der breiten demokratischen Bewegung unseres Landes genießt. Ein Teil unseres Kampfes zur Verteidigung und Vertiefung der Einheit der nationaldemokratischen Kräfte von Südafrika besteht in der Verteidigung und Verbreitung der Forderungen und Ideale, die in der Freiheits-Charta enthalten sind. Wir betrachten dies als eine sehr wichtige Aufgabe, da die Freiheits-Charta einen Ausdruck des souveränen Willens unseres Volkes darstellt.

Sie entspricht der Deklaration von Forderungen, die angenommen wurden auf einer Veranstaltung, die im Grunde einer konstituierenden Nationalversammlung des Volkes von Südafrika gleichkommt. Sie stellt daher ein Programm dar, das die Forderungen enthält, die die Bestrebungen des schwarzen Volkes widerspiegeln, sowohl der Arbeiter als auch der Bauern, der Mittelschichten, der Frauen und der Jugend, all jener, die für ein demokratisches Südafrika kämpfen, sowohl Schwarze als auch Weiße. Es ist auch von entscheidender Bedeutung, daß Millionen von Menschen ihren Beitrag leisteten zur Erarbeitung dieser Freiheits-Char-

ta, indem sie ihre Forderungen erhoben, die dann schließlich auf einem gewählten Kongreß des Volkes, an dem fast 3.000 Delegierte teilnahmen, die sich aus allen nationalen und Klassenkräften rekrutierten und die die bewegende Kraft unserer Revolution darstellen, in einem gemeinsamen Beschluß fixiert wurden.

Es wird ganz deutlich, daß eine der Konsequenzen des Wachstums des Bewußtseinsgrades unter den Unterdrückten und Ausgebeuteten darin besteht, daß aus dem Volke Organisationen und Formen entstehen, die darauf abzielen, die Interessen des Volkes zu vertreten, und die notwendigerweise eine Haltung gegen die Apartheid einnehmen. Es ist das ständige Prinzip unserer Politik, alle solche organisatorischen Formen als Teil der breiten demokratischen Front anzuerkennen, und zwar ohne Rücksicht auf deren politische oder organisatorische Schwächen oder auf deren unterschiedliche Auffassungen, die diese in bezug auf unsere eigenen politischen, strategischen und taktischen Positionen einnehmen.

Es erwächst uns dann die Aufgabe, daß wir zusammen mit diesen Körperschaften darangehen, diese zu stärken, deren Breitenwirkung zu erhöhen und deren Einsichten zu vertiefen; ihnen aber auch zu helfen, daß sie sich zu standhaften und bewußten Kämpfern für eine revolutionäre demokratische Umgestaltung Südafrikas entwickeln. Oberflächlich betrachtet, könnte dies als ein Prozeß erscheinen, der die Teilung durch Vermehrung der Organisationen begünstigt. Unsere Erfahrungen zeigen jedoch, daß ein richtiges Herangehen an diese Frage in der Tat zu einer weiteren Entfaltung und Einheit der breiten demokratischen Front führt.

Wir sind ebenfalls der Überzeugung, daß praktische Massenaktionen die beste Schule darstellen, in der die bedeutungsvolle Einheit innerhalb der breiten Allianz nationaler und Klassenkräfte und die organisatorischen Formen geschmiedet werden, die die revolutionäre Hauptströmung verkörpern. Die Frage der Massenmobilisierung steht daher im Mittelpunkt unserer gesamten strategischen Konzeption. Daher lautet unsere hauptsächliche taktische Losung, die wir dem Volke unterbreiten: Tretet dem Feind an allen Fronten entgegen!

Dem Feind an allen Fronten entgetreten!

Unsere Bewegung hat zum Ziel, alle Schichten der Bevölkerung zu aktivieren, sie den Organisationen der nationaldemokratischen Front sowie den nationalen Klassenkräften zuzuführen, die den Sieg der nationaldemokratischen Revolution auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Diese Entschlossenheit erstreckt sich natürlich auf die gesamte antiimperialistische Bewegung, deren Einheit – wie wir bereits erklärt haben – einen entscheidenden Faktor für den Sieg unserer Revolution darstellt. In diesem Sinne möchten wir die Gelegenheit wahrnehmen, unseren Waffenbrüdern der SWAPO in Namibia, der PLO, POLISARIO und FRETILIN (Befreiungsbewegungen Palästinas, der Westsahara und Osttimors; d. Red.) sowie den anderen Völkern unseren Gruß zu entbieten, die im heroischen Kampf für ihre Befreiung stehen, wie z.B. in El Salvador, Bolivien und Chile. Wir möchten dem heroischen Volk von Zimbabwe und den anderen Frontstaaten in Afrika sowie der gesamten antiimperialistischen Bewegung unsere Grüße übermitteln.

Wir sind davon überzeugt, daß die gegenwärtige Konferenz einen wichtigen Beitrag leisten wird zur weiteren Vertiefung des Zusammenhalts aller Weltkräfte, die für eine demokratische und soziale Erneuerung der Welt kämpfen.

Lang lebe die Einheit der antiimperialistischen Weltbewegung!

Mohamed Fadel Ali

Die Frente POLISARIO kämpft offensiv

Mohamed Fadel Ali ist Mitglied des Politbüros der sahrauischen Volksfront für die Befreiung von Saguia el-Hamra und Rio de Oro (POLISARIO).

(...) Gegenwärtig erfährt der Kampf für nationale Befreiung im Weltmaßstab eine zuvor nie gekannte quantitative und qualitative Intensivierung. Die Befreiung vieler Länder vom Kolonialjoch in Asien, Afrika und Lateinamerika, von denen wir nur einige als Beispiel nennen – wie Vietnam, Angola, Mocambique, Guinea-Bissau –, war ein wirklicher Ansporn für die unterdrückten Völker und ein Todesschlag für die Kolonialkräfte. Von diesem Schlag wurden gleichfalls alle Zufluchtstätten des Imperialismus getroffen, dessen Pfeiler angesichts der revolutionären Strömung der Völker einer nach dem anderen wie ein Kartenhaus zusammenstürzen.

Das traf auf den Schah und Somoza zu, deren Regimes, die sich vom Blut der Völker ernährten, unter den Tritten der bewaffneten nationalen Befreiung im Iran und in Nikaragua zusammenbrachen. Die Erfahrung und die Geschichte lehren uns, daß die nationale Befreiungsbewegung die beste Methode war, um mit der Willkürherrschaft und der Ungerechtigkeit, die den Völkern von den Kolonialmächten aufgezungen worden war, Schluß zu machen.

Die POLISARIO – Avantgarde im bewaffneten Unabhängigkeitskampf

Die nationale Befreiungsbewegung als höchste Stufe des Kampfes gegen Okkupation und Unterdrückung ließ die Völker große Schritte zur Befreiung unseres Planeten und zur Abschaffung bestehender Ungerechtigkeiten in den internationalen Beziehungen unternehmen. Die heute von vielen Ländern und Völkern in der Welt erreichten Fortschritte sind in ihrer Mehrheit das Werk der bewaffneten nationalen Befreiungsbewegung.

Herr Präsident!

Genossen Delegierte!

Das Verdienst der nationalen Befreiungsbewegung ist anzuerkennen, da sie die Vorhut und eine der Hauptstützen der fortschrittlichen Kräfte in ihrem Kampf gegen Neokolonialismus, Imperialismus, Zionismus und internationale Reaktion in der Welt ist. Ihr Verdienst besteht gleichfalls in der Tatsache, daß sie sich bei der ständigen Konfrontation zwischen den Völkern und Kolonialmächten, zwischen den Verteidigern der Freiheit und den Anhängern der Herrschaft und Okkupation in der vordersten Reihe befindet...

Obwohl viele Siege und Fortschritte erreicht wurden, bleibt die Mission der nationalen Befreiungsbewegung unvollständig, da es immer noch Völker gibt, die unter der Okkupation leben und noch nicht ihre Rechte und Freiheiten, sozialen Fortschritt und Wohlergehen, die ihnen von Natur aus zustehen, genießen können.

Herr Präsident!

Genossen Delegierte!

Die POLISARIO, die kämpferische nationale Avantgarde des Volkes der Westsahara, ist Bestandteil der weltweiten

nationalen Befreiungsbewegung und im bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit tritt sie für die Stärkung und Festigung dieser Bewegung ein. (...)

Die nationale Befreiungsbewegung hat sich in Übereinstimmung mit den Erfordernissen jeder Etappe entwickelt und zur Gründung der POLISARIO geführt. Das Volk der Westsahara sieht sich seit 1975 einer barbarischen Aggression und Okkupation seines Territoriums durch das expansionistische und reaktionäre Regime von Marokko gegenüber.

Unser friedliches Volk lebt jetzt schon fünf Jahre lang in Leid und Elend, fern seiner Heimat. Das ist die Folge eines ungerechten Krieges, der darauf hinausläuft, unser Volk von der Weltkarte verschwinden zu lassen. In den fünf Jahren schreckten die Truppen von Hassan II. und Mokhtar Ould Daddah (1978 gestürzter Präsident Mauretaniens; d. Red.) nicht einmal davor zurück, uns sogar das Recht auf Existenz als Volk abzusprechen. Sie setzten die destruktivsten Waffen, die die Welt jemals kannte, gegen Zivilobjekte ein, in einem Moment, da unser Volk vor dem höllischen Invasionsterror der marokkanischen Truppen auf das Gebiet der Demokratischen Arabischen Republik Westsahara (DARS, gegründet im Februar 1976; d. Red.) flüchtete.

Die Antwort unseres Volkes unter der Führung seiner kämpferischen Avantgarde, der POLISARIO, war die Intensivierung des bewaffneten Kampfes, der den spanischen Kolonialismus am 26. Februar 1975 zum Rückzug aus unserem Gebiet zwang. Der nationale Befreiungskampf unseres Volkes und die selbstlosen Opfer trugen sofort Früchte und überraschten die unser Land angreifenden Regimes, die die Kraft unseres Volkes am Anfang unterschätzt und vergessen hatten, daß der Wille der Völker unzerbrechlich ist.

Trotz des militärischen Bündnisses zwischen Marokko und



Kämpfer der Frente POLISARIO

Mauretanien, trotz der französischen Intervention mit ihren Jaguars an der Seite der mauretanischen Streitkräfte und trotz der verschiedenen Umstrukturierungen ihrer Armeen wurde das expansionistische Regime von Ould Daddah am 10. Juni 1978 durch ein Militärkomitee gestürzt. So endete ein reaktionäres Regime, das das mauretanische Volk mehr als 18 Jahre lang ausgebeutet hatte.

Zwei Tage später proklamierte die POLISARIO, die einen gerechten und dauerhaften Frieden in dieser Region anstrebte und ihren Friedenswillen beweisen wollte, am 12. Juni 1978 einseitig einen Waffenstillstand auf mauretanischem Gebiet, um den neuen Führern die Möglichkeit zu geben, ihre neue Aufgabe der nationalen Rekonstruktion ihres vom Krieg ruinierten und zerstörten Landes in Angriff zu nehmen.

Davon ausgehend wurde ein dynamischer Frieden in dieser Region begründet. Dank der gewaltigen Anstrengungen beider Seiten, der Westsahara und Mauretaniens, führte das schließlich am 5. August 1979 zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der POLISARIO und der Islamischen Republik Mauretanien. Aufgrund dieses Vertrages zog sich Mauretanien endgültig aus dem Krieg zurück und erkannte das unverbrüchliche Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des Volkes der Westsahara an. (...)

Angesichts der Übereinstimmung der Völker dieser Region, zu einem Frieden in diesem Teil des nordwestlichen Afrika zu gelangen, reagierte Marokko mit einer militärischen Eskalation und besetzte gewaltsam die Stadt Dajla, die von Mauretanien geräumt worden war. Auf diese Weise wandte das Feudalregime von Marokko dem von der POLISARIO geschaffenen dynamischen Frieden den Rücken zu, blieb unversöhnlich und hielt weiterhin die Territorien der Demokratischen Arabischen Republik Westsahara besetzt. Die verschiedenen Aufrufe der Weltöffentlichkeit wurden nicht beachtet.

Marokkos Obstruktion

Herr Präsident!

Genossen Delegierte!

Trotz des Exils und des Völkermordes, die uns das expansionistische Regime von Marokko aufzwingt, und worauf wir mit einem in der Geschichte des Befreiungskampfes noch nie dagewesenen Widerstands antworten, wendet sich unser Volk neuen zukunftsweisenden Aufgaben junger Staaten zu im Rahmen der Demokratischen Arabischen Republik Westsahara, die am 27. Februar 1976 proklamiert wurde.

Unser Volk hat in der Tat aktiven Anteil an dieser großen und schwierigen Aufgabe und bekämpft besonders die Unwissenheit, die eine Hinterlassenschaft des Kolonialismus ist, indem sie ständig Alphabetisierungskampagnen organisiert, Schulen, Internate und Kindergärten baut. Auch dem Gesundheitswesen wird besondere Bedeutung beigemessen, indem Krankenhäuser gebaut und einheimische Fachkräfte auf diesem Gebiet ausgebildet werden usw.

Heute ist die Demokratische Arabische Republik Westsahara, legitimer Ausdruck der Bestrebungen unseres Volkes, schon eine unumkehrbare Realität, die großen internationalen Anklang findet und außerordentliche Unterstützung und Solidarität auf dem afrikanischen Kontinent erfährt. (...)

Angesichts der Bemühungen der interessierten Parteien hat Marokko lediglich zum Ausdruck gebracht, daß es sich jeglicher friedlicher Lösung des Konflikts widersetzt. Das zeigt sich darin, daß es an einigen Sitzungen nicht teilnahm, es die Kommission (ad-hoc-Kommission der OAU; d. Red.) selbst zu spalten versuchte und sogar die Zuständigkeit der ad-hoc-

Kommission in Zweifel zog.

Auf diese Weise, liebe Genossen und Freunde, wies Marokko erneut eine friedliche Regelung zurück und überging halstarrig und unversöhnlich die Resolutionen und Empfehlungen der ad-hoc-Kommission der Organisation für Afrikanische Einheit (vom September 1980, die Rabat aufforderte dem Beispiel Mauretaniens zu folgen; d. Red.). Deshalb ist das reaktionäre und aggressive Regime von Marokko allein verantwortlich für die Fortsetzung des Krieges in der Westsahara und für seine schwerwiegenden Folgen.

Das Volk der Westsahara setzt unter der Führung der kämpferischen Avantgarde seinen nationalen Befreiungskampf bis zur vollständigen Befreiung des Gebietes der Demokratischen Arabischen Republik Westsahara, das noch immer okkupiert ist, und bis zur Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Gebiet des nordwestlichen Afrika fort.

Die POLISARIO ist fähig immer und überall anzugreifen

Unsere Volksbefreiungsarmee hat mit ihren Kämpfen, die nicht nur in unserem Land, sondern auch auf dem Gebiet des marokkanischen Regimes selbst geführt wurden, gezeigt, daß sie in der Lage ist, trotz der Unversöhnlichkeit des Aggressionsregimes in Marokko dem Frieden zum Sieg zu verhelfen.

Liebe Genossen und Freunde!

Gegenwärtig haben unsere Kämpfer die marokkanische Armee aktionsunfähig gemacht und sie gezwungen, in ihren Schützengräben zu bleiben und immer auf einen Angriff gefaßt zu sein. Unsere Armee ergreift andererseits die Initiative auf dem Schlachtfeld und ist in der Lage, immer und überall anzugreifen. Die internationale Presse, die diese Realität aus der Nähe kennengelernt hat, war immer Zeuge dessen, daß wir unsere Worte immer in die Tat umgesetzt haben.

Die plötzlich aufgeflamten Kämpfe in Ras el Janfra, Südmarokko, die seit einem Monat toben und für unsere Befreiungsarmee einen sehr positiven Verlauf nehmen, stehen dafür als Beispiel.

Herr Präsident!

Genossen Delegierte!

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um die Delegierten dieser Konferenz im Namen des Volkes der Demokratischen Arabischen Republik Westsahara um die bedingungslose und vielseitige Unterstützung für den bewaffneten Befreiungskampf zu bitten, den wir gegen den Aggressor Marokko, Bastion des Imperialismus in unserer Region und gefügiger Gendarm seiner Interessen auf unserem afrikanischen Kontinent, führen. Diese Unterstützung erachten wir als notwendig, um die kolonialistischen und imperialistischen Kräfte im Nordwesten Afrikas zu schwächen und einen wichtigen Beitrag zur Befreiung der Völker zu leisten.

Wir fordern gleichzeitig die nachdrückliche Verurteilung der Fortsetzung der Okkupation des Territoriums der Demokratischen Arabischen Republik Westsahara durch die marokkanischen Invasionsstruppen und ihren sofortigen und bedingungslosen Rückzug.

Zum Abschluß möchte ich unsere bedingungslose Solidarität und Unterstützung für den nationalen Befreiungskampf der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, insbesondere für das arabische Volk Palästinas und die Völker von Namibia und Südafrika zum Ausdruck bringen.

Wir wünschen dieser Konferenz, Tribüne der kämpfenden Völker, einen erfolgreichen Verlauf.

Der Kampf für nationale Unabhängigkeit und Frieden geht weiter!

Revolutionserfahrungen in Asien



Sultan Ali Keshtmand

Die sozialistische Orientierung – der einzig richtige Weg

Sultan Ali Keshtmand ist Mitglied des Politbüros der Volksdemokratischen Partei Afghanistans und stellvertretender Vorsitzender des Revolutionsrates der Demokratischen Republik Afghanistan.

Liebe Genossen und Freunde! (...)

Die April-Revolution in unserem Lande trug unter Führung der Volksdemokratischen Partei Afghanistans (gegründet 1965; d. Red.) und als Ergebnis der gemeinsamen Erhebung einer großen Mehrheit von patriotisch eingestellten Offizieren und Soldaten, geführt von Offizieren, die unserer Partei angehören, und mit der Unterstützung einer breiten Basis aller demokratischen Kräfte den Sieg davon. Sie war eine direkte Reaktion auf das dringende, seit langem bestehende Streben der breiten Volksmassen auf eine grundlegende und radikale Umgestaltung des Lebens im Lande. Sie war mitnichten ein zufälliges Ereignis, sondern das logische Resultat eines direkten Zusammenpralls von Klassenwidersprüchen und des Kampfes in unserer Gesellschaft, für die die Revolution als Funke wirkte, der die gesamte revolutionäre Lage entzündete.

Die April-Revolution: keine spontane Militäration

Die Revolution wurde im ganzen Lande mit aller Macht verteidigt. Die breiten Massen des Volkes sahen im Sieg der Revolution die Erfüllung ihrer lang gehegten, bis dahin nicht erfüllten Wünsche. Ein derartig radikaler Wechsel der politischen Macht eines vom Hunger heimgesuchten Landes wie Afghanistan konnte von den Massen nur unterstützt werden. Die April-Revolution war weder die praktische Umsetzung des Willens einer bestimmten Zahl von Einzelpersonen noch eine spontane Folge der Aktionen von ein paar selbstlosen Offizieren. Sie war das direkte Produkt des Willens der Massen. Sie war das direkte Ergebnis der seit langem von den revolutionären Kämpfern unseres Landes geführten Kämpfe und insbesondere das strahlende Ergebnis einer 14 Jahre dauernden unermüdlichen Arbeit und des unermüdlichen Kampfes unserer besten revolutionären Söhne aus den Reihen der Volksdemokratischen Partei Afghanistans (VDPA). Die Revolution war deshalb siegreich, weil es unversöhnliche Klassengegensätze gab. Von gleicher Bedeutung ist die Tatsache, daß dieses historische Ereignis eine völlig logische Folge der allgemeinen Lage in der Welt ist. Die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens und des Sozialismus sowie der revolutionären und Befreiungsbewegungen in der Welt hat sich auch auf unser Land positiv ausgewirkt. Die VDPA, der als Arbeiterpartei neuen Typus die Aufgabe zuteil wurde, die Volksmassen zu führen, wurde ihrer Rolle als Vorhut voll gerecht, indem sie sich auf die Ideologie der Arbeiterklasse stützte, um das unterdrückte Volk von dem unerträglichen Joch der Ausbeutung und des feudalen Despotismus zu befreien. Unsere Partei hat die Aufgabe, die ewig gültigen Lehren des großen Lenin

schöpferisch anzuwenden, die besagen, daß die Partei in einer Revolution die politische Führung der Arbeiterklasse übernehmen muß.

Die Revolution wurde mehr und mehr zu einer Quelle neuer Hoffnungen für unser Volk, sich ein besseres Leben aufzubauen. Unsere Revolution ist – besonders seitdem sie in die zweite Phase eingetreten ist – ihrem Wesen nach national und trägt grundlegende demokratische, antifeudalistische und antiimperialistische Züge. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der antiimperialistischen und revolutionären Positionen und hat den Imperialismus in unserer Region weiter zurückdrängen können.

Aus diesem Grunde ist es nicht verwunderlich, daß dem amerikanischen Imperialismus jedes Mittel recht ist, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. (...)

Der internationale Imperialismus hat im Verein mit den Pekinger Hegemonisten von Anbeginn unserer Revolution einen unerklärten Krieg gegen Afghanistan geführt, der das Leben Tausender unserer Landsleute gefordert hat. Der verräterische Hafizullah Amin und seine Clique haben der afghanischen Revolution großen Schaden zugefügt und diese in die Irre geführt. Am 27. Dezember 1979 rettete aber die gesunde Mehrheit der VDPA zusammen mit den patriotischen Kräften die Revolution vor der direkten Gefahr eines Abgleitens, des Defätismus und der Vernichtung. Somit wurde die revolutionäre Gerechtigkeit im Ergebnis der zweiten Phase wiederhergestellt.

Afghanistans Revolutionsprozeß ist unumkehrbar

Nachdem der amerikanische Imperialismus feststellen mußte, daß sein Ziel, Afghanistan in eine Aggressionsbasis gegen die Sozialistischen Länder und gegen die nationalen und revolutionären Befreiungsbewegungen im Gebiet des Mittleren Ostens zu verwandeln, insbesondere nach der antiimperialistischen islamischen Revolution im Iran (siegreich im Februar 1979; d. Red.), gescheitert war, gebärdete er sich immer wilder. Unter diesen Bedingungen wurden die Verschwörungen und Einmischungen des amerikanischen Imperialismus und der expansionistischen Pekinger Führung und der Weltreaktion gegen das demokratische Afghanistan verstärkt. (...)

Das letzte Ziel der Konterrevolution ist nach den direkten Vorschriften der internationalen Imperialisten und deren chinesische Verbündeten die Unterdrückung unserer Revolution und die Wiederherstellung der feudalen Vergangenheit im revolutionären Afghanistan. Aber es kann überzeugend versichert werden, daß das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht und die Wahrheit des Lebens nicht übersehen werden kann.

Unser Volk blickt mit Optimismus und Vertrauen in die Zukunft. Wir sind nicht allein in unserem Kampf. Wir haben auf unserer Seite die brüderliche Unterstützung und Solidari-

tät aller revolutionärdemokratischen Kräfte, der sozialistischen Staatengemeinschaft mit dem ehrlichen und bewährten Freund unseres Volkes, der Sowjetunion, an der Spitze, die ein unbesiegbares Bollwerk für die Sicherheit der Völker und eine zuverlässige Stütze für alle Freiheitskämpfer und revolutionären Bewegungen in der Welt bildet.

Das heroische Volk von Afghanistan vergißt nie den Ausdruck der internationalen Solidarität und die allseitige Unterstützung, die es erfahren hat durch die breiten Massen der arbeitenden Menschen aller Kontinente, von kommunistischen und Arbeiterparteien und revolutionären Bewegungen, von brüderlichen sozialistischen Ländern mit der lenini-



Demonstration zur Unterstützung der Aprilrevolution in Kabul

stischen Kommunistischen Partei, dem heroischen Volk und der Regierung der Sowjetunion an der Spitze.

Unser Volk hat tiefes Verständnis dafür, daß die uns von der Sowjetunion brüderlich geleistete Hilfe eine unantastbare Garantie für den endgültigen Sieg im Kampf gegen die innere und äußere Reaktion sowie beim Aufbau einer neuen und gerechten Gesellschaft darstellt.

Bei einem Essen zu Ehren des Genossen Babrak Karmal, des Generalsekretärs des Zentralkomitees der VDPa, des Präsidenten des Revolutionsrates und Ministerpräsidenten der Demokratischen Republik Afghanistans, das gegeben wurde vom Zentralkomitee der KPdSU, vom Obersten Sowjet und der Regierung der UdSSR im Großen Kremlpalast, sagte Genosse Leonid Breshnew: „Es ist höchste Zeit, daß diejenigen, die Aggressionen gegen die DRA begehen, begreifen, daß ihre abenteuerlichen Pläne zum Scheitern verurteilt sind und daß der revolutionäre Prozeß in Afghanistan unumkehrbar ist. An der Seite des arbeitenden Volkes und der Regierung von Afghanistan steht die Unterstützung und die Solidarität der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der anderen sozialistischen Länder und der fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt. Wir werden fest darüber wachen, daß die Interessen unserer Staaten gewahrt bleiben, und wir werden unsere internationale Pflicht gegenüber dem afghanischen Volk und dessen Regierung erfüllen, die geführt wird von Babrak Karmal, in voller Übereinstimmung mit dem Sowjetisch-Afghanischen Vertrag und der UNO-Charta.“

Diese Äußerungen Leonid Breshnews, die die Unterstützung für unsere gerechte Sache untermauern, sind eine eindeutige Antwort an die Feinde unseres Landes und Quelle neuer Kraft für das afghanische Volk in seinem Kampf für die Verwirklichung seiner revolutionären Ziele.

Wir bedauern, daß Abgesandte von ein oder zwei Parteien auf dieser Konferenz die brüderliche internationalistische Hilfe der Sowjetunion für das revolutionäre Afghanistan als

„Intervention“ bezeichnet haben. Wir möchten hier mit aller Deutlichkeit sagen, daß eine solche Beschuldigung einen drastischen Anachronismus darstellt. Wir haben schon mehrfach jene Parteien, die sich gegen unseren Kurs wenden, eingeladen, unser Land zu besuchen, damit sie sich selbst an Ort und Stelle von der Lage der Dinge überzeugen können und in der Zukunft die bürgerlichen Propagandaparolen nicht länger nachreden.

Wir betonen, daß unsere Revolution die nationale Versöhnung bringt, die Einheit der Partei mit dem Volke. Sie hat die Überreste der feudalen Verhältnisse in der Landwirtschaft beseitigt, eine breite Kampagne gegen das Analphabetentum ausgelöst und Gesundheitsfürsorge und Wohnungen für das Volk gebracht.

Es muß jedoch klargestellt werden, daß jede Regierung und jedes Volk das Recht haben, das Völkerrecht und anerkannte internationale Vereinbarungen wie Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen für sich in Anspruch zu nehmen und um Unterstützung zu bitten, wenn diese als notwendig erachtet wird, um der Gefahr einer ausländischen Aggression zu begegnen. Die rechtmäßige DRA-Regierung hat diese Vereinbarungen für sich in Anspruch genommen und gemäß dem Vertrag zwischen beiden Ländern über Zusammenarbeit, gutnachbarliche Beziehungen und Freundschaft vom 5. Dezember 1978 die Sowjetunion wiederholt um Hilfe einschließlich militärischer Hilfe ersucht.

Diese Aktion zielte darauf ab, die fortgesetzten interventionistischen Übergriffe des amerikanischen Imperialismus im engen Bündnis mit den Pekinger Hegemonisten und anderen reaktionären Kräften zurückzuweisen, die Pakistan als Sprungbrett benutzten. Auf diese Bitte erfolgte eine positive Antwort, und eine begrenzte Zahl sowjetischer Truppen kam nach Afghanistan, um die Aggression von außen zurückzudrängen. Ein Teil davon kehrte später in ihr friedliches Land zurück.

Erbetene Hilfe ist keine „Intervention“!

Genosse Karmal hat einmal treffend gesagt: „Im Westen und auch in unserer eigenen Region gibt es einige, die versuchen, die Welt glauben zu machen, daß die sog. 'Afghanistanfrage' die Ursache der Spannungen in dieser Region und in Asien überhaupt ist und daß gerade sie es sind, die alles für die Beseitigung dieser Spannungen tun.“

Fest steht jedoch, daß sie nicht alle Fragen diskutieren können. Genaugenommen beweisen alle diese machiavellistischen Beratungen und diplomatischen Dramen um die Ereignisse im Zusammenhang mit der sog. 'Afghanistanfrage' nur einen Mangel an gesundem Menschenverstand und ein unverantwortliches, unseriöses Herangehen ihrer Erfinder. Diese Lage hat sich nicht durch die Schuld Afghanistans oder der Sowjetunion ergeben, sondern ist von jenen Kräften herbeigeführt worden, die mit Hilfe ihrer Marionetten und Söldner versuchen, unsere nationale Unabhängigkeit, nationale Souveränität und territoriale Integrität zu untergraben.

Wir können allen, die versuchen, die sog. 'Afghanistanfrage' aufzublasen, nur raten, die rechtlichen Aspekte dieser Angelegenheit in Betracht zu ziehen.“

Noch überraschender ist jedoch die Tatsache, daß einige Parteien, die für sich in Anspruch nehmen, die Arbeiterklasse zu vertreten, bei den Ereignissen in Afghanistan und Kampuchea nicht von einer klaren Klassenposition ausgehen, sondern in unverantwortlicher Weise die gleichen Anschuldigungen vorbringen, die die imperialistische Propaganda verbreitet, die auch weiterhin über den Tod des verräterischen kriminellen Handlungers Hafizullah Amin und den

Sturz des Blutsaugers Pol Pot Krokodilstränen vergießt. (...)

Der Imperialismus, dessen Verschwörungen sich gegen die sozialistischen Länder, die nationalen Befreiungsbewegungen, die internationale Arbeiterklasse und alle arbeitenden Menschen der ganzen Welt richten, ist der gemeinsame Feind aller Völker der Welt. In wachsendem Maße schafft er Gefahrenherde für Frieden und Sicherheit in der Welt sowie für die nationale Souveränität und Unabhängigkeit der Völker und Staaten. Die verräterische Pekinger Führung unterstützt in großzügiger Weise die aggressiven und verschwörerischen Machenschaften der aggressivsten imperialistischen Kreise und der reaktionärsten Kräfte. Ganz offen verrät sie die Sache der sozialen Revolution sowie der progressiven nationalen Bewegungen in der ganzen Welt.

Was wir unter diesen Bedingungen am dringendsten brauchen, das ist die Aktionseinheit aller antiimperialistischen und revolutionären Kräfte, der gemeinsame Kampf gegen Imperialismus und für nationalen und sozialen Fortschritt sowie eine breitere Basis der festen Solidarität und Zusammenarbeit zwischen kommunistischen, Arbeiter- und revolutionären Parteien und den nationalen Befreiungsbewegungen.

In unserem Land, der Demokratischen Republik Afghanistan, werden wir täglich Zeuge der vom Imperialismus und der internationalen Reaktion verübten Verbrechen, Verbrechen, die von den amerikanischen Imperialisten in Verschwörung mit den chinesischen Hegemonisten geplant werden. Auf der anderen Seite spüren wir die konstruktive Rolle, die die internationalistische Hilfe und Unterstützung durch die progressiven arbeitenden Menschen der ganzen Welt spielt.

Wir stehen jetzt vor dem Problem, die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit, ein Erbe unserer finsternen Vergangenheit, zu beseitigen und den um sozialen Fortschritt und nationalen Wiederaufbau kämpfenden Menschen das Leben angenehmer zu gestalten. Um diese vordringlichen Aufgaben sowie andere Probleme zu lösen, haben wir einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg mit sozialistischer Orientierung eingeschlagen.

Wir sind davon überzeugt, und das zeigt auch unsere eigene Erfahrung, daß der von den asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern, die ihre unabhängige nationale Identität erkämpft haben, eingeschlagene Entwicklungsweg mit sozialistischer Orientierung der einzig richtige Weg zur Festigung ihrer politischen Souveränität, wirtschaftlichen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritt ist. Das ist der einzig mögliche Weg, um eine wirklich unabhängige nationale wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung zu nehmen und eine Infrastruktur zu schaffen, die die Grundlage für eine Gesellschaft frei von Ausbeutung und nationaler Unterdrückung bildet.

In der DRA, in der sich die politische Macht in den Händen der Partei der Arbeiterklasse, der VDPA befindet, wurden die Voraussetzungen für einen sozialistischen Entwicklungsweg geschaffen, dessen Ziel der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ist. Wir erachten daher im gegenwärtigen Stadium der Revolution die Schaffung und Festigung einer breiten nationaldemokratischen Front des Vaterlandes als äußerst wichtig, während gleichzeitig die politischen Realitäten und historischen Traditionen berücksichtigt werden müssen. Das ist die Voraussetzung für die Festigung einer wahrhaft revolutionärdemokratischen Herrschaft des Volkes und für die Beschleunigung eines fortschrittlichen Wachstums- und Entwicklungsprozesses, die ihrerseits wiederum die Grundlage für fortschrittliche sozial-demokratische Umwandlungen und den Aufbau einer neuen Gesellschaft bilden, die vielfältigen Aspekte des gesellschaftlichen Lebens demokratisieren und den Kampf gegen Konterrevolution

und ausländische Aggression, gegen Reaktion und Imperialismus fortführen.

Aufgabe der nationaldemokratischen Front des Vaterlandes ist die Schaffung einer umfassenden Einheit der Arbeiter, Bauern, der revolutionären Intelligenz und aller progressiven patriotischen Kräfte sowie aller gesellschaftlichen und Massenorganisationen der verschiedensten Schichten der Bevölkerung. Sie wird ein wichtiger Bestandteil der neuen Staatsmacht unseres Landes sein, die unter Führung unserer Arbeiterpartei neuen Typus, der VDPA, steht.

Die historische Mission unseres Staates besteht in der gegenwärtigen Etappe darin, der nationaldemokratischen Revolution zu ihrem endgültigen Siege zu verhelfen und die notwendigen Bedingungen für den allmählichen Übergang in eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Daher ist es erforderlich, die Eckpfeiler unseres neuen fortschrittlichen Systems weiter zu festigen und die wirtschaftliche Basis zu schaffen, die für die Verwirklichung sozialer Reformen und die demokratische Umgestaltung des aus der Vergangenheit übernommenen veralteten Staatsapparates unerlässlich ist. Von vorrangiger Bedeutung ist es, den neuen Verwaltungsapparat in den Dienst des Volkes zu stellen.

Auf dem nicht weniger bedeutsamen ideologischen Gebiet liegen ebenfalls umfangreiche Aufgaben vor uns. Wir müssen eine neue Kultur schaffen, die den Anforderungen nach einer Verbreiterung der Weltanschauung unseres Volkes entspricht.

Wir sind der Auffassung, daß es zur richtigen Inangriffnahme unserer wirtschaftlichen Aufgaben in der neuen Etappe der Revolution erforderlich ist, eine harmonische, planmäßige, dynamische und zügige Entwicklung des staatlichen, genossenschaftlichen, privaten sowie des halbstaatlichen Sektors unserer Volkswirtschaft zu gewährleisten, wobei diese Sektoren einander ergänzende Funktionen erfüllen. Der staatliche Sektor der Volkswirtschaft Afghanistans entwickelt sich unabhängig und in raschem Tempo. Unser Volk ist sich durchaus dessen bewußt, daß der staatliche Sektor unserer Wirtschaft einzig und allein durch die uneigennützig-brüderliche Unterstützung seitens der Sowjetunion und anderer Staaten der sozialistischen Gemeinschaft in Gang gebracht und weiterentwickelt werden kann.

Richtschnur: Demokratisierung und aktive Mehrheit

Da wir entschlossen sind, in unserem Land eine neue Gesellschaft zu errichten, bauen wir fest auf die Demokratisierung unseres gesellschaftlichen Lebens und auf die Einbeziehung der Mehrheit der Bevölkerung, um sie an der Gestaltung der Gesellschaft und der innenpolitischen Probleme aktiv teilhaben zu lassen.

Unser Ziel besteht darin, das Wachstumstempo der Produktivkräfte zu beschleunigen und die feudalen und kapitalistischen Formen der Produktionsverhältnisse schrittweise zu beseitigen. Wir müssen die Denkweise unseres Volkes verändern und das Beispiel einer neuen Regierung schaffen, deren Aufgabe darin besteht, den Massen und deren sozialen Veränderungen zu dienen, damit sie sich zu einer fortschrittlichen verändernden Einrichtung entwickelt, deren Tätigkeit sich auf das Wohl der Unterdrückten konzentriert. Partei und Staat müssen in der Lage sein, die allgemeinen für die Errichtung einer neuen Gesellschaft zutreffenden Regeln unter den besonderen Bedingungen Afghanistans schöpferisch anzuwenden. (...)

Wir wenden uns entschieden gegen die Versuche der Imperialisten, die die sog. „Afghanistanfrage“ als einen Vorwand für ihre aggressiven Aktionen benutzen wollen. Voller Aufrichtigkeit treten wir ein für Freundschaft, Zusammenarbeit, Frieden und Sicherheit in der ganzen Welt. (...)

Majed Abu Sharar

Die palästinensische Befreiungsbewegung konnte standhalten

Majed Abu Sharar ist Mitglied des Zentralrates und des Nationalrates der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) sowie Mitglied des Zentralkomitees der Fatah.

Liebe Genossen und Freunde! (...)

Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus und für sozialen Fortschritt, der es ermöglicht, alle revolutionären Kräfte in der Welt zu mobilisieren, wird dem imperialistischen Lager immer neue Niederlagen beibringen und die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung herbeiführen, in der der Ausbeutung durch die Monopole ein Ende gesetzt und das Recht der Staaten und Völker auf nationale Unabhängigkeit, Souveränität, Sicherheit und Frieden verwirklicht wird. (...)

Kernziele der US-Strategie im arabischen Raum

Liebe Genossen und Freunde!

Die imperialistische und neokolonialistische Politik wird noch immer von dem Streben beherrscht, die Hegemonie, Ausbeutung und Unterdrückung zu verewigen und die kämpfenden Völker von ihrem Recht auf Selbstbestimmung auszuschließen. Der arabische Raum ist eine der Hauptziele dieser Politik.

Die Vertreibung des palästinensischen Volkes, die fortgesetzte Mißachtung seiner legitimen nationalen Rechte und die Anwendung aller möglichen Methoden, um seine Revolution zu zerschlagen, sowie die Unterstützung Israels mit allen Mitteln, um es zu einem Vorposten im Dienste des Imperialismus und seiner Interessen in der Region zu machen, und die Unterstützung der arabischen Reaktion, um mit ihrer Hilfe die Politik der Unterdrückung und Ausbeutung fortsetzen zu können, machen es erforderlich, unseren Kampf zu intensivieren und unser Zusammenwirken mit den Kräften der Revolution in der Welt zu festigen.

Jene gegnerischen Kräfte unter Führung der USA haben in den vergangenen Jahren eine Strategie entwickelt, die darauf abzielt, ihre Vormachtstellung in der Region aufrechtzuerhalten und auszubauen. Dies wollen sie mit folgenden Mitteln erreichen:

1. Hintertreibung aller Bemühungen zur Herbeiführung einer gerechten und dauerhaften Lösung der Palästinafrage und des Nahostproblems. Dazu gehört die Ermutigung Ägyptens und Israels, das Separatabkommen von Camp David (im September 1978; d. Red.) auf Kosten der Rechte des palästinensischen Volkes und der übrigen arabischen Völker zu unterzeichnen, was die Isolierung Ägyptens vor der arabischen Nation und seinen Eintritt in den amerikanischen Herrschaftsbereich zur Folge hatte.

2. Torpedierung und Spaltung der einheitlichen arabischen Position durch die Forcierung der Achsenpolitik, um unsere Nation daran zu hindern, alle Kräfte für den Widerstand

gegen die imperialistische Politik und für die Vereitelung der Abkommen von Camp David einzusetzen. Errichtung von imperialistischen Militärbasen und Stützpunkten für Spionageflugzeuge im arabischen Raum unter dem Vorwand, das Erdöl in der Region des Arabischen Golfs schützen zu wollen.

3. Unterstützung und Begünstigung der Aggressionspolitik Israels gegen das libanesische und palästinensische Volk, die seit Jahren einen tagtäglichen Krieg gegen die israelischen Überfälle auf Südlibanon führen. Unterstützung der Politik der Okkupation und Unterdrückung gegen unser Volk, der Ausplünderung seiner Reichtümer, der Sabotage gegen seine Wirtschaftseinrichtungen und der Mordanschläge und Verfolgungen gegenüber den nationalen Führungskräften in den besetzten Gebieten.

4. Versuch der Zerschlagung und Unterwerfung der nationalen arabischen Regimes und Kräfte, die sich der amerikanischen Politik und den Vereinbarungen von Camp David entgegenstellen, wie dies täglich in den besetzten Gebieten und im Südlibanon und in jüngster Zeit auch in Syrien geschieht, wo die Rechtskräfte mit Unterstützung durch die USA, Israel und die arabische Reaktion innere Unruhen geschürt haben.

5. Anzettelung und Schürung von Unruhen und lokalen Kriegen, um die Kräfte der Araber und ihrer Verbündeten aufzureiben und sie daran zu hindern, diese Kräfte gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion zu richten. Ein Beispiel dafür ist der irakisch-iranische Krieg, der eine immense Vergeudung der Kräfte und Potenzen beider Länder darstellt und den Interessen derer dient, die die Herrschaft des imperialistischen Lagers über die Ölvorkommen in der Region des Arabischen Golfs aufrechterhalten und eine nationale Erdölpolitik verhindern wollen, und der



Die PLO erinnert: „Es gibt keine Lösung ohne uns!“

zugleich darauf abzielt, beide Länder der amerikanischen Herrschaft zu unterwerfen. Deshalb ist die Aufforderung, diesen Krieg einzustellen, das Gebot der Stunde und sollte von beiden Seiten befolgt werden, damit sie ihre Probleme auf friedlichem Wege lösen können.

Die iranische Revolution hat mit dem Sturz des Schah-Regimes (im Februar 1979; d. Red.), das einer der wichtigsten Stützweiler für die USA in der Region war, eine große und ruhmreiche historische Tat vollbracht. Damit sind die Voraussetzungen vorhanden, daß die iranische Revolution ihre anti-amerikanische Politik, die zu den Kampfaufgaben aller revolutionären Kräfte in der Welt gehört, fortsetzen kann. Andererseits hetzen diese gegnerischen Kräfte Sadat gegen Libyen auf, das eines der Länder der Arabischen Front der Standhaftigkeit (gegründet Ende 1977; d. Red.) ist. Sie versuchen auch, die Einheit zwischen den beiden Teilen des Jemen zu hintertreiben und die reaktionäre Politik gegen das progressive und demokratische Regime in Südjemen fortzusetzen. Sie üben vielfältigen Druck auf Algerien aus, um es an der Wahrnehmung seiner wichtigen Rolle in der Region zu hindern.

All dies ist Teil der gegnerischen Globalstrategie, um die Kräfte der arabischen Völker zu lähmen und sie daran zu hindern, sie im arabisch-israelischen Konflikt einzusetzen.

6. Erzeugung einer antikommunistischen Hysterie mit Hilfe der Hetze gegen das sozialistische Lager und die kommunistischen Parteien in der Region unter Verwendung verlogener Losungen, um künstlich das Gespenst einer imaginären Gefahr zu erzeugen, während unsere Völker sich davon überzeugen können, daß die sozialistische Gemeinschaft entschlossen und konsequent an der Seite der Völker unserer Region steht und ihnen jede mögliche politische, militärische und materielle Unterstützung gewährt.

Sozialistisches Lager – machtvolle Barriere im Befreiungskampf

Liebe Genossen und Freunde!

Die gesamte amerikanische Politik in unserer Region hat bei einigen Furcht ausgelöst und sie glauben lassen, das Kräfteverhältnis verändere sich zugunsten des Imperialismus, des Zionismus und der Reaktion. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. (...)

Im Innern unserer Region gelang es der arabischen Befreiungsbewegung dank ihrer Stellung innerhalb der weltweiten Befreiungsbewegung im entschlossenen Widerstand gegen die barbarische imperialistische Offensive folgende Ergebnisse zu erzielen:

1. Die palästinensische Revolution konnte in ihrem täglichen Krieg gegen den zionistischen Gegner überleben. Wir haben allen israelischen Überfällen auf den Südlibanon dank unseres Bündnisses mit der libanesischen nationalprogressiven Bewegung die Stirn geboten und leisten wirksamen Widerstand gegen alle Versuche, die Vereinbarungen von Camp David auf einer breiteren Basis durchzusetzen.

Die Massen unseres Volkes im besetzten Vaterland widerstanden den Versuchen, unserem Volk die sogenannte Selbstverwaltung aufzuzwingen. Es gelang diesem kleinen kämpfenden Volk unter Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), seine täglichen Kämpfe weiterzuentwickeln. Es gelang uns, unsere nationale Einheit zu bewahren und die PLO als einzigen legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes zu festigen. Wir haben ein politisches Stufenprogramm aufgestellt, und wir wissen zwischem dem Lager unserer Freunde und dem Lager unserer Feinde zu unterscheiden. Das sozialistische Lager mit der Sowjetunion an der Spitze nimmt die erste Stelle unter unseren

Verbündeten und Freunden ein, und die USA stehen an der Spitze des Lagers unserer Gegner.

2. Auf der Grundlage des Widerstandes Syriens gegen die Vereinbarungen von Camp David erfuh die politische Haltung Syriens in jüngster Zeit eine bedeutende Entwicklung mit der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR. Dieser Vertrag sichert nicht allein Syrien die uneingeschränkte Unterstützung, sondern zugleich der palästinensischen Revolution und allen Völkern der Region.

Das Bündnis zwischen der palästinensischen Revolution, Syrien und der nationalen libanesischen Bewegung schafft eine feste und geschlossene Front im täglichen Widerstand gegen alle Formen der Aggression und Verschwörung.

3. Die Front der Standhaftigkeit bildet nach wie vor den wirksamsten Rahmen des Kampfes gegen die amerikanische Politik und die israelischen Aggressionsakte. Diese Front hat heute größere Chancen denn je, ihre Institutionen und ihren Rahmen zu gestalten und damit ihre Wirksamkeit zu erhöhen.

4. Die Errichtung und Konsolidierung der progressiven demokratischen Regimes in der VDR Jemen, Afghanistan und Äthiopien stellen eine wichtige Unterstützung für die Staaten der Arabischen Front der Standhaftigkeit dar.

5. Der Sieg der Revolution im Iran und die Zerschlagung der mächtigsten Basis des US-Imperialismus in der Region bedeuten eine unschätzbare Unterstützung für die gesamte Befreiungsbewegung in diesem Raum. Der Iran wurde von einem Stützpunkt der Spionagetätigkeit und der Bedrohung zu einem Stützpunkt des antiimperialistischen und gegen die Reaktion gerichteten Befreiungskampfes. Dies macht es verständlich, warum die USA mit allen erdenklichen Methoden versuchen, diese junge Revolution abzuwürgen und zu Fall zu bringen, um ihre Vorherrschaft über den Iran wiederzuerlangen.

Aus alledem, werte Genossen und Freunde, leiten wir die Überzeugung ab, daß das Kräfteverhältnis sich nicht zugunsten des Imperialismus und seiner Helfershelfer im Weltmaßstab und in der Region des Nahen und Mittleren Ostens verändert. Wer das Gegenteil glaubt, hat sich in Wahrheit auf die Seite der räuberischen imperialistischen Politik begeben. Wir, die wir seit 15 Jahren als nationale Befreiungsbewegung mit der Waffe in der Hand den Kampf um die Durchsetzung unserer legitimen Ziele führen, sind der Auffassung, daß die enge Verbindung zwischen dem Kampf der Arbeiterbewegung und dem Kampf der nationalen Befreiungsbewegung richtig und von wegweisender Bedeutung ist. Wir verfolgen mit großem Interesse den Prozeß des sozialen Fortschritts, der sich kontinuierlich und stabil in den sozialistischen Ländern vollzieht. Wir sind überzeugt, daß mit dem weiteren Voranschreiten dieses Prozesses die Unterstützung dieser Länder und Völker für den Kampf der nationalen Befreiungsbewegung noch wachsen wird.

Wir sind ebenso davon überzeugt, daß der Sieg der Losungen der sozialistischen und friedliebenden Kräfte in der Welt, sowohl was die Einstellung des Wettrüstens als auch was die Schwächung der imperialistischen Monopole und der Kräfte, die die Völker ausbeuten und unterdrücken, betrifft, dazu beitragen wird, die Kampfbedingungen für die nationale Befreiungsbewegung zu verbessern.

Die ruhmreiche Revolution unter der Führung Lenins hat der ganzen Menschheit den Weg zu einer besseren Welt gewiesen, einer Welt des Friedens und des Wohlstandes, einer Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung, ohne Rückständigkeit und Sklaverei. Um dies zu erreichen, müssen wir unseren Kampf und unsere Geschlossenheit als Arbeiterbewegung und als nationale Befreiungsbewegung stärken und den Weg in die Zukunft beschreiten, die den kämpfenden Völkern gehört.

Abu Salim

Die antiimperialistische Einheit ist von strategischer Bedeutung



Auf dem Gründungsgipfel der Arabischen Standhaftigkeitsfront Ende 1977 in Tripolis (v. r. n. l.): Hafez al-Assad (Syrien), Fatah Ismail (Südjemen), Houari Boumediene (Algerien), Yasser Arafat (PLO) und Muammar al-Ghaddafi (Libyen)

Abu Salim ist Mitglied der Nationalleitung der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei in Syrien.

Liebe Genossen und Freunde! (...)

Der Kapitalismus, dessen Wiege in Europa stand, hat den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas das Kolonialregime aufgezwungen, das mehrere Jahrhunderte lang andauerte und durch direkte ausländische militärische, ökonomische und politische Herrschaft und durch die grausame Unterwerfung und die Plünderung der Naturreichtümer der unterdrückten Völker und die Ausbeutung ihrer Arbeit gekennzeichnet war. (...)

Das Entstehen des Imperialismus im 20. Jahrhundert ermöglichte es den großen kapitalistischen Ländern, den Völkern das System des Neokolonialismus aufzuzwingen, das – wenn es auch nicht immer direkte militärische Gewalt und militärische Besetzung anwendete – doch das Ziel verfolgt, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu diktieren, die es den kapitalistischen Unternehmen der entwickelten Länder gestatten, die Reichtümer der unterdrückten Völker und deren Produktion auszubeuten. (...)

Als natürliche Reaktion auf das Bündnis zwischen Imperialismus und Reaktion breitete sich der nationale Befreiungskampf in den Reihen der gesellschaftlich unterdrückten Klassen und Schichten des Volkes aus, und die nationale Befreiungsbewegung nahm einen neuen progressiven wirtschaftlichen und sozialen Inhalt an. Ihr Kampf richtete sich nicht nur gegen den Imperialismus, sondern auch gegen die Ausbeuterklassen und Marionetten im eigenen Land für nationale und soziale Befreiung und folglich für die Verwirklichung ihrer nationalen und sozialen Ziele.

All dies bewirkte das Anwachsen der Rolle der Klassen und Schichten des Volkes bei den Aktivitäten und bei der Führung der nationalen Befreiungsbewegung. Dies erklärt auch die gegenwärtige Erscheinung der Herausbildung fortschrittlicher nationaler Regimes mit sozialistischer Orientierung ebenso wie die progressiven Veränderungen in diesem oder jenem Lande sowie die zahlreichen antifeudalistischen und antikapitalistischen ökonomischen und sozialen Reformen

und Maßnahmen, die von den nationalen Regimes durchgeführt werden. (...)

Im Bündnis mit dem Zionismus errichtete er (der Imperialismus) im Nahen Osten im Herzen unseres arabischen Vaterlandes einen aggressiven expansionistischen Militärstützpunkt mit offensiver Siedlungspolitik, nämlich Israel, das Tag für Tag neue Siedlungen errichtet, arabische Gebiete annektiert und diesem aggressiven Gebilde angliedert, die Palästina-Araber unterdrückt, sie in Todeszellen dahingegebenen läßt, Überfälle auf die benachbarten Staaten unternimmt, Städte, Dörfer und Flüchtlingslager bombardiert und ihre Bewohner vertreibt.

Es vergeht kein Tag, an dem Sie nicht Nachrichten über die Folgen der israelischen Aggressionsakte gegen Libanon und die Eskalation der Terrorakte in verschiedener Form gegen das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten hören.

Naher und Mittlerer Osten – „Lebenssphären“ der USA?

Als Reaktion auf die antiimperialistischen Revolutionen im Iran und Afghanistan mobilisierte der Imperialismus seine Kräfte in der Region des Nahen Ostens, des Arabischen Golfs und des Indischen Ozeans. Er errichtet neue Militärstützpunkte in Kenia, Somalia, Ägypten und anderswo. Er trifft Vereinbarungen mit reaktionären Regierungen und Marionettenregimes, wie beispielsweise dem ägyptischen Regime, um sog. militärische Erleichterungen (Nutzungsrechte; d. Red.) zu erzielen, die sich nicht von den aggressiven ausländischen Militärbasen unterscheiden.

Die Menschheit bekommt erneut sattfam bekannte und berichtigte Ausdrücke zu hören, daß beispielsweise die Region des Nahen Ostens und des Arabischen Golfs zu „lebenswichtigen amerikanischen Interessenssphären“ erklärt werden oder daß man erklärt, man wolle eine „schnelle Eingreiftruppe“ schaffen, wie sie der Imperialismus anstrebt, um Erdöl und Rohstoffe auszuplündern, die den unterdrückten Völkern gehören. So propagiert Carter sein neues und zu-

gleich altes Prinzip, das Prinzip der Stärke. Unter der verlogenen und heuchlerischen Losung „Frieden im Nahen Osten“ wurde ein neuer aggressiver Pakt, der Pakt von Camp David, zwischen den USA, Israel und dem Sadat-Regime geschlossen (im September 1978; d. Red.), der sich gegen die arabische sowie die afrikanische und asiatische nationale Befreiungsbewegung und gegen die Kräfte des Weltsozialismus, und insbesondere gegen die Sowjetunion, richtet. (...)

Der Imperialismus ist bestrebt, lokale Kriege zu entfachen, um die Wirtschaft der Entwicklungsländer zu ruinieren und sie am Vormarsch auf dem Wege der unabhängigen Entwicklung und Festigung ihrer nationalen Unabhängigkeit zu hindern, um die Völker ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften zu berauben und ihre nationale Befreiungsrevolution zu ersticken und um dann ihren Regimes seine Bedingungen aufzuzwingen. Ein Beispiel dafür ist der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran, zu dem die USA aufgestachelt und den sie geschürt haben, nachdem die siegreiche iranische Revolution dem amerikanischen Imperialismus empfindliche Schläge zugefügt hatte. Damit will der Imperialismus seine verlorenen Positionen zurückgewinnen und diese Region in die Hand bekommen. (...)

Schlüsselrolle der Frontpolitik

Die Arabische Sozialistische Baath-Partei (ASBP) und ihre Revolution in der Syrischen Arabischen Republik (SAR) sehen sich schwersten Herausforderungen gegenüber und haben äußerst komplizierte Aufgaben zu lösen.

Der Kampf unserer Partei um die nationale Befreiung und die Überwindung der andauernden israelisch-imperialistischen Aggression gegen arabisches Gebiet sowie um die Wiedererlangung der geraubten Rechte, vor allem der unveräußerlichen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich seines Rechts auf Selbstbestimmung, Rückkehr und Errichtung seines unabhängigen Nationalstaates unter Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), und ihr Streben nach Herstellung eines gerechten, umfassenden und dauerhaften Friedens in der Region bildet eine Einheit mit ihrem Kampf um die soziale Befreiung, um die Vertiefung der progressiven Umwälzungen in der SAR und mit ihrem Kampf gegen die Bedingungen der Teilung, die der Imperialismus und Zionismus geschaffen haben und zu verewigen trachten, um die Herstellung der nationalen Einheit des arabischen Volkes und die Errichtung der einheitlichen arabischen sozialistischen Gesellschaft zu vereiteln.

Vorrangige Bedeutung hat selbstverständlich die Aufgabe, den imperialistischen, zionistischen und reaktionären Machenschaften die Stirn zu bieten, die mit der Verschwörung von Camp David ihren Höhepunkt erreicht haben. Sie ist das Hauptkettenglied, auf das sich der Kampf konzentriert. Grundlage dieses Kampfes ist die Stärkung der Arabischen Front des Widerstandes und der Standhaftigkeit sowie die Mobilisierung des Kampfes der arabischen Massen im gesamtarabischen Rahmen unter Führung der arabischen nationalen und progressiven Kräfte, die Festigung der Geschlossenheit der Araber im Kampf gegen diese Verschwörung und die Fortsetzung des Weges der Befreiung, des Fortschritts, der arabischen Einheit und des Aufbaus des Sozialismus. (...)

Was das Gebiet der Innenpolitik betrifft, so besteht in Syrien eine Progressive Nationale Front unter Führung der ASBP, der fünf politische Parteien und Vertreter der Arbeiter und Bauern angehören. Ihre Aufgabe besteht darin, alle nationalen progressiven Potenzen gegen die Verschwörung

und die Aggression und für die Zerschlagung der reaktionären Kräfte zu mobilisieren.

Insbesondere muß den Mordanschlägen und Diversionsakten der Moslembrüder ein Ende gesetzt werden, die ihr Geld, ihre Waffen und ihre Ausbildung jenseits der Grenzen unseres Landes beziehen (speziell aus Jordanien; d. Red.) und beispielsweise Einrichtungen des staatlichen Sektors in die Luft jagen. Eine weitere Aufgabe der Front ist die Konsolidierung des progressiven nationalen Weges der SAR und das Wirken für die Vertiefung der sozialistischen Umgestaltungen und die Stärkung der Widerstandskraft Syriens in seiner nationalen und gesamtnationalen Schlacht.

In den Beschlüssen des 13. Nationalkongresses (der ASBP im Juli 1980; d. Red.) und der 7. (syrischen; d. Red.) Regionalkonferenz heißt es:

1. Fortsetzung des entschlossenen Vorgehens gegen die Banden der Moslembrüder, Ausrottung ihrer reaktionären Agentenorganisation, die durch die reaktionären arabischen Regimes gestützt werden, mit der Wurzel.

2. Vertiefung der sozialistischen Umwälzungen in der SAR in Richtung auf die Stärkung des sozialistischen Sektors, die Überwindung der Ausbeuterbeziehungen, Konsolidierung und Weiterentwicklung der progressiven Umgestaltungen in allen Bereichen.

3. Weiterer Ausbau der Volksdemokratie, Festigung der Geschlossenheit mit den Massen und ihren Volksorganisationen; Stärkung und Weiterentwicklung der Progressiven Nationalen Front und ihrer Rolle; Erhöhung ihrer Wirksamkeit im Geiste der Festigung der nationalen Einheit innerhalb des Landes, um den werktätigen Volksmassen bessere Instrumente für eine wirksame Mitsprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in die Hand zu geben. (...)

In jüngster Zeit wurde ein qualitativ neuer Schritt in der Entwicklung der historischen Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion unternommen, indem mit diesem treuen Verbündeten ein Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit geschlossen wurde, der ein Standardbeispiel für das Bündnis zwischen dem Weltsozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung darstellt.

Syrien unterhält Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zu den befreiten Staaten und den übrigen sozialistischen Staaten auf der Grundlage der Gleichheit, des gegenseitigen Vorteils und der Achtung der vollen Souveränität aller Partner. Es unterstützt die Bewegung der nicht-paktgebundenen Staaten, deren aktives Mitglied es ist.

Es unterhält Beziehungen der Zusammenarbeit und der Solidarität mit allen nationalen Befreiungsbewegungen in der Welt, ungeachtet ihres Ortes und ihrer Nationalität, bekämpft die rassistischen Regimes und fordert die Überwindung aller Folgen des Kolonialismus, des Imperialismus, des Rassismus, der ausländischen Stützpunkte und der politischen und wirtschaftlichen Vorherrschaft in allen Teilen der Welt.

Liebe Genossen!

Die Arabische Sozialistische Baath-Partei betrachtet dieses große internationale Treffen als eine bedeutsame Demonstration gegen den Imperialismus und Zionismus, für Befreiung, Fortschritt, Frieden und Aufbau des Sozialismus. Diese Konferenz ist zweifellos eine bedeutsame Tribüne für den Erfahrungsaustausch und die Stärkung des gemeinsamen Kampfes der hier vertretenen Kräfte, um weitere Erfolge und neue Siege gegen die Verschwörung zwischen Imperialismus, Zionismus und Reaktion, für nationale und soziale Befreiung und den Sieg des Fortschritts und des Sozialismus in der ganzen Welt, für den Sieg der Sache des gerechten Friedens in allen Regionen unseres Erdballs zu erringen.

Youssef Feissal

Die US-Offensive auf unsere Region zurückdrängen!

Youssef Feissal ist stellvertretender Generalsekretär der Syrischen Kommunistischen Partei.

(...) Syrien war das erste Land, das nach dem 2. Weltkrieg im April 1946 seine Unabhängigkeit im Ergebnis der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Völker, des Friedens und des Sozialismus erlangte. Seitdem kämpft das syrische Volk unablässig gegen die Versuche, seine nationale Unabhängigkeit zu bedrohen und seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu behindern.

Dem syrischen Volk ist es dank der Einheit seiner fortschrittlichen und nationalen Kräfte und der breiten Massenbewegung und aufgrund der Unterstützung durch die UdSSR gelungen, den Kampf gegen die Militärbündnisse und -basen in den 50er Jahren erfolgreich zu führen. In den 70er Jahren vermochte es den wiederholten israelischen Aggressionsakten und den Versuchen, das Land mehr und mehr zu besetzen, zu widerstehen. Im Oktoberkrieg 1973 fügten die syrischen Streitkräfte Israel einen schweren Schlag zu.

Seit 1965 gab es bedeutende fortschrittliche soziale und ökonomische Umwälzungen. Große Projekte wie der Euphratstaudamm, die nationale Erdölgewinnung, die Erweiterung der Eisenbahnstrecken und zahlreicher Betriebe und die Errichtung verschiedener technischer Projekte wurden in Angriff genommen.

Jetzt, da der amerikanische Imperialismus, Israel und die arabische Reaktion ihren Druck auf Syrien verstärken, seine nationale Unabhängigkeit bedrohen, im Land Verschwörungen organisieren und Sabotageakte und Mordanschläge finanzieren, die von den Banden der Moslebruderschaft verübt werden, unternimmt Syrien einen natürlichen und sehr wichtigen Schritt, der durch die Dialektik des Kampfes



Zum Freundschaftsvertrag vom 8. Oktober 1980 trafen L. I. Breschnew (L) und H. al-Assad in Moskau aufeinander

und die Gesetzmäßigkeit der gegenwärtigen internationalen Entwicklung bestimmt wird. Es kam zum Abschluß des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR für einen Zeitraum von 20 Jahren.

Damit wird die Notwendigkeit und Bedeutung der Vertiefung des objektiven Bündnisses zwischen der nationalen Befreiungsbewegung und der sozialistischen Gemeinschaft und ihrer Hauptkraft, der UdSSR bekräftigt. Der Vertrag beinhaltet die Abwehr der Aggression und die Erhöhung der Verteidigungskraft Syriens sowie die Zusammenarbeit beider Seiten, um eine Verletzung des Friedens in diesem Gebiet und in der Welt zu verhindern. Der Vertrag unterstreicht die Zusammenarbeit beider Seiten bei der Stärkung und Erweiterung der sozialen Errungenschaften beider Völker, sieht ständig Konsultationen über verschiedene internationale Probleme und die Entwicklung der Industrie vor. Der Vertrag ist somit ein Symbol des Bündnisses zwischen den Kräften der nationalen Befreiung und des Weltsozialismus im Kampf um die Stärkung der Unabhängigkeit und gegen die Machenschaften des Imperialismus. (...)

Der Bewegung der palästinensischen Revolution, die für Selbstbestimmung, für die Rückkehr und Errichtung eines unabhängigen Nationalstaates kämpft, gelang es unter den Bedingungen des Friedens und der internationalen Entspannung und dank der Unterstützung durch den Weltsozialismus große Erfolge zu erringen, breite Verbindungen zur Weltöffentlichkeit herzustellen und ihre wahren Ziele deutlich zu machen. (...)

Aktueller Ansturm auf die iranische und palästinensische Revolution

Die Massen des palästinensischen Volkes am Westufer, im Gazastreifen, in Jerusalem, in den Flüchtlingslagern dieses oder jenes arabischen Landes und die Kämpfer der verschiedenen Abteilungen des Widerstandes, die mit der ständigen imperialistisch-israelischen Aggression gegen ihr Land und ihre Rechte konfrontiert sind, werden in ihrem Glauben an den Sieg ihrer Sache durch das Gefühl gestärkt, daß sie in ihrem Kampf nicht allein stehen, daß sie an ihrer Seite mächtige Kräfte wissen, in Gestalt der Kräfte des Weltsozialismus mit der UdSSR an der Spitze, der internationalen Arbeiterbewegung und der Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung überall in der Welt.

Liebe Genossen!

Die gegen die Sache des Friedens und der Befreiung der Völker gerichtete imperialistische Offensive zeigt sich im Nahen und Mittleren Osten in einer ihrer aggressivsten Formen. Das wird in den Hegemonieplänen deutlich, die die USA in unserer Region verwirklichen wollen. Dabei stützen sie sich auf die Aggressionspolitik Israels, auf die Zusammenarbeit mit dem verräterischen Sadat-Regime und der arabischen Reaktion und den Segen der abtrünnigen chinesischen Führung.

Diese Offensive, die einen Teil der Globalstrategie des amerikanischen Imperialismus bildet, zielt darauf ab, die militäri-

sche und wirtschaftliche Herrschaft der USA über den gesamten Raum zu sichern, die Erdölquellen, -leitungen und -transportwege unter ihre direkte militärische Kontrolle zu bringen, die palästinensische Revolution, besonders ihre bewaffnete Bewegung, zu zerschlagen, Syrien in die Knie zu zwingen und die arabische nationale Befreiungsbewegung zu liquidieren.

Die Kapitulationsvereinbarung von Camp David (September 1978; d. Red.) war ein Teil dieser imperialistischen Strategie. Ebenso ist der Versuch seitens der Staaten der Europäischen Gemeinschaft, eine neue europäische Initiative zu organisieren und ihre jüngste Erklärung von Venedig (vom Juni 1980; d. Red.) ein Teil dieser Strategie. Der amerikanische Imperialismus forciert besonders jetzt die Errichtung von Militärbasen in Ägypten, Oman, Somalia und Saudi Arabien und die Entsendung einer schnellen Eingreiftruppe in das Golfgebiet. Und er organisiert gemeinsame Manöver in Ägypten und Saudi Arabien.

Es ist klar, daß die USA hinter dem Krieg stehen, den das irakische Regime gegen die iranische Revolution entfesselt hat, mit dem Ziel, der antiimperialistischen Richtung in der iranischen Revolution einen Schlag zu versetzen und die Revolution zu vernichten. Dies soll es dem amerikanischen Imperialismus ermöglichen, seine militärische Präsenz zu verstärken und die Einheit und Solidarität der Araber zu zerschlagen. Die Aufmerksamkeit soll von der Hauptgefahr abgelenkt werden, die in dem Streben der USA nach Vorherrschaft und der Verewigung der Besetzung arabischer Gebiete durch Israel besteht, und schließlich sollen die ökonomischen Potenzen der Völker beider Länder vernichtet werden. (...)

Das irakische Regime versuchte, eine Charta auszuarbeiten, die all diese Thesen enthält und sie zur Grundlage der arabischen Aktion zu machen. Wenn auch die Könige von Marokko, Jordanien und Saudi Arabien ihre begeisterte Zustimmung zu dieser Charta gegeben haben, so haben die arabischen Völker und ihre progressiven und nationalen Kräfte, die Bewegung der palästinensischen Revolution, die Staaten der Front der Standhaftigkeit, der Arabische Volkskongreß, der ICATU (Allarabischer Gewerkschaftsverband; d. Red.) und andere diese Charta abgelehnt, verurteilt und erklärt, daß die UdSSR der wahre Freund ist, die USA jedoch der Todfeind sind, dessen Interessen in der arabischen Welt zerschlagen werden müssen. (...)

Die Positionen der parasitären Bourgeoisie Syriens zurückdrängen!

Liebe Genossen!

Die arabische nationale Befreiungsbewegung führt eine erbitterte Schlacht gegen diese Pläne der Reaktion des Zionismus und des Imperialismus. Die arabischen Völker, die viele Revolutionen und Erhebungen geführt und hunderttausende Opfer für ihre nationale Unabhängigkeit und die Verjagung der Kolonialherren gebracht haben, werden niemals zulassen, daß in ihren Ländern wieder Militärbasen errichtet werden und ihr Vaterland zu Zentren und Durchgangswegen für Verschwörungen gegen die Unabhängigkeit der Völker und ihre Befreiungsvolutionen, gegen die UdSSR und die sozialistische Staatengemeinschaft wird. (...)

Syrien spielt eine avantgardistische Rolle in der antiimperialistischen und antizionistischen Bewegung insgesamt und in der Schlacht, die im Bündnis mit den Kräften des Fortschritts und des Sozialismus in der Welt geführt wird.

Trotz vielfältigen Drucks und von Verschwörungen jeder Art, die Syrien in die Knie zwingen und von seiner natio-

nen Linie abbringen sollen, lehnen das syrische Volk, seine nationalen und progressiven Kräfte und sein in der Progressiven Nationalen Front vereinten Massenorganisationen des Volkes jede Unterwerfung ab. Sie sind entschlossen, die nationale Unabhängigkeit zu verteidigen und zu stärken, die ökonomischen und sozialen Umwälzungen zu schützen und die arabisch-sowjetische Freundschaft zu schützen und zu stärken.

In Syrien wächst die Überzeugung, daß die ökonomischen und sozialen Pfeiler des Imperialismus und der Reaktion, besonders die parasitäre Bourgeoisie, zerschlagen und ihre Positionen in der Wirtschaft sowie ihr Einfluß in der Politik des Staates liquidiert werden müssen, daß man sich auf die werktätigen Volksmassen stützen, sich ihren wirtschaftlichen und materiellen Problemen und der Wohnungsfrage widmen und die Rolle der Progressiven Nationalen Front an der Basis und in der Führung weiter entwickeln muß. All dies sind wichtige Kettenglieder für die Stärkung der Standhaftigkeit und den erfolgreichen Kampf gegen die äußere und innere Verschwörung.

Unsere Erfahrungen in Syrien beweisen, daß die arabische nationale Befreiungsbewegung trotz aller Schwierigkeiten und trotz aller Höhen und Tiefen voranschreitet und sich ihr antiimperialistischer Inhalt vertieft, ja daß sie einen ideologisch und sozial immer progressiveren Inhalt annimmt. Anders kann es unter den Bedingungen unserer Epoche nicht sein.

Kampf für einen Nahostfrieden – auf antiimperialistischem Fundament

Die Erfahrungen in Syrien beweisen, daß der Kampf gegen den Imperialismus und die ständige Stärkung der Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit auf allen Gebieten mit der UdSSR den Hauptbestandteil bilden, ohne den der Sieg im Kampf gegen die israelische Okkupation, die Befreiung unseres besetzten Landes und die Sicherung der Rechte des arabischen Volkes von Palästina nicht möglich sind und ohne den es kein Vorankommen auf dem Weg der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gibt.

In unserer Zeit läßt sich echter Patriotismus im Kampf gegen den Imperialismus nicht von der Freundschaft zur UdSSR trennen. Ebenso wenig läßt sich der Kampf für Frieden und nationale Unabhängigkeit vom Kampf gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges trennen.

Der Verrat Sadats zeigt deutlich, daß, wenn man von der nationalen Linie abweicht, die Errichtung amerikanischer Militärbasen gestattet und die Freundschaft zur UdSSR aufgibt, dies nicht nur zu einer Bedrohung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit und zur wirtschaftlichen Öffnung für imperialistische Konzerne und Monopole führt, sondern auch zur Liquidierung des staatlichen Sektors und zur Verschlechterung der Lebenslage des Volkes.

Syrien kämpft mit den anderen Staaten der Front der Standhaftigkeit für einen gerechten Frieden in diesem Raum, was nur auf der Grundlage der Befreiung der besetzten arabischen Gebiete im Sinai, im Gazastreifen, am Westufer, in Jerusalem und auf den Golan-Höhen und der Garantie der legitimen Rechte des Volkes von Palästina, besonders seines Rechts auf Rückkehr, des Rechts auf Selbstbestimmung und der Bildung eines unabhängigen Nationalstaates möglich ist.

Jeder Versuch, den Nahostkonflikt außerhalb dieser Grundlagen lösen zu wollen, ist zum Scheitern verurteilt, und die Volksmassen in Syrien und der arabischen Welt werden sich dem entgegenstellen. Dies war das Schicksal des Abkommens von Camp David und so wird es auch der sog. europäischen Initiative ergehen. (...)

Naziha Dulaimi

Rückschlag der nationaldemokratischen Revolution

Dr. Naziha Dulaimi ist Mitglied des Zentralkomitees der Irakischen Kommunistischen Partei.

Liebe Genossen! (...)

Durch die Vertiefung der demokratischen Revolution und der Bereicherung ihrer Zielstellung um die Ziele der sozialen Befreiung sind die Kräfte der Bourgeoisie in das Lager der Konterrevolution übergewechselt. Sie begnügen sich gewissermaßen mit den revolutionären Maßnahmen, die nur so weit gehen, daß ihre unmittelbaren Interessen am Privateigentum nicht angetastet werden. Dieser Prozeß dauert während aller Etappen der Entwicklung der demokratischen Revolution und der Vertiefung ihres Inhalts an. Jedoch der Übertritt ins Lager der Konterrevolution erfolgt nicht immer klar, sondern vielfach verschleiert und begleitet von demagogischen Argumenten und scheinbar „revolutionären“ Losungen.

Andererseits nähern sich die bewußtesten Mittelschichten der Gesellschaft unter bestimmten konkreten Bedingungen den Positionen der Arbeiterklasse an und machen sich ihre Zielstellung zu eigen, die darin besteht, die Aufgaben der demokratischen Revolution zu vollenden und die Voraussetzungen für den Übergang zur sozialistischen Revolution zu schaffen. (...)

Gestatten Sie mir, werte Genossen, kurz auf die praktischen Erfahrungen im Verlaufe der nationaldemokratischen Revolution im Irak einzugehen, um die aufgeworfenen Fragen anhand konkreter Beispiele zu untersuchen.

Der Front der antiimperialistischen und antifeudalen Kräfte, die bereits vor der Revolution von 1958 bestand, gehörten neben der Kommunistischen Partei Parteien der nationalen Bourgeoisie und Parteien des Kleinbürgertums an. Das blieb

auch nach dem Sieg der Revolution so, bis zur Gründung der Republik Irak, dem Austritt des Irak aus dem Bagdad-Pakt (1959; d. Red.) und der Sterling-Zone und der Herstellung diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und den Ländern des sozialistischen Lagers, als der Widerspruch zwischen den innerhalb der Front der Nationalen Union verbündeten Kräften aufbrach. Der Widerspruch betraf die Frage, wie tiefgreifend die Agrarreform sein müsse, wie der Entwicklungsweg aussehen solle sowie Grundfragen der politischen Demokratie. Dieser Widerspruch führte rasch zum Auseinanderbrechen des politischen Bündnisses, das schon vor der Revolution bestanden hatte.

Da den antiimperialistischen Maßnahmen nicht genügend tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Umwälzungen folgten und der Kampf um die Herstellung einer breiteren Demokratie für die Volksmassen und um den Aufbau der Staatsmacht auf einer wahrhaft demokratischen Grundlage nicht zum vollen Erfolg führte, spitzten sich die Faktoren für den Rückschlag der Revolution bereits gegen Ende des ersten Jahres nach der Revolution zu.

Anstatt die reaktionären Kräfte und Reste der Feudalklasse zu unterdrücken, begann man damit, der Tätigkeit der Kommunistischen Partei und der übrigen nationalen Kräfte Beschränkungen aufzuerlegen. Dies führte dann zum tatsächlichen Rückschlag der Revolution im Jahre 1963, der mit dem Abschichten der Kommunisten begann und mit der Unterdrückung der übrigen nationalen Kräfte und der Machtübernahme durch ein rechtsgerichtetes reaktionäres Regime endete.

Die revolutionären Kräfte setzten ihren Kampf fort, und im Jahre 1968 gelang es der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei, die eine Partei des Kleinbürgertums ist, nach einem Militärputsch die Macht zu übernehmen.

In der ersten Zeit nach ihrer Machtübernahme vertiefte diese Partei angesichts des Kampfes der nationalen und progressiven Kräfte und der Volksmassen die sozialökonomischen Umwälzungen. Sie erließ ein Gesetz über die Agrarreform, das tiefgreifender war als das bisherige, und proklamierte den staatlichen Sektor als vorherrschende Form in der nationalen Wirtschaft. Sie betrachtete das Bündnis mit der UdSSR als ein strategisches Bündnis und schloß mit ihr einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit (im Jahr 1972; d. Red.) ab. Der Irak war das erste nichtsozialistische Land, das die DDR anerkannte. Es entwickelten sich die Beziehungen zu den übrigen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, und die Erdölvorkommen wurden nationalisiert.

Die Baath-Partei folgte dem Aufruf unserer Kommunistischen Partei zur Gründung der Progressiven Nationalen Front und der Erarbeitung eines Programmentwurfs für diese Front.

Unsere Partei wertete diese Maßnahmen als eine Vertiefung der nationaldemokratischen Revolution. Die Front wurde tatsächlich gebildet, mit dem Ziel, den revolutionären Weg



Irakischer Industrialisierungsschub seit dem Ölboom 1973

zu festigen, den kapitalistischen Entwicklungsweg abzulehnen, eine breite Demokratie für die Volksmassen herzustellen, die nationale Frage der Kurden durch Errichtung der Selbstverwaltung zu lösen und die Grundlagen für den Übergang zur sozialistischen Revolution zu schaffen. Diese und andere Ziele sind in der Charta der Front vom Juli 1973 enthalten.

Unsere Partei war sich darüber im klaren, daß die Zustimmung zur Charta der Front nur ein erster Schritt auf dem Wege des harten Ringens um ihre praktische Realisierung sein konnte und daß dieser Kampf, der die breitesten Massen, vor allem die Massen der Arbeiter und Bauern, sowie alle nationalen und progressiven Kräfte einbezog, dies durch Gewährung ihrer demokratischen Freiheiten realisieren mußte.

Die Auseinandersetzung, die sich im Anschluß an die Gründung der Front vollzog, betraf im wesentlichen die Durchführung der in der Charta enthaltenen Punkte. In der Frage der Verwirklichung der nationalen Rechte der Kurden wurde im Rahmen der Debatten über den Gesetzesentwurf über die Selbstverwaltung ein erbitterter Kampf geführt, in dessen Verlauf die chauvinistischen und eng nationalistischen

Folgeschwerer Alleingang der Baath-Partei

schon Auffassungen der Baath-Partei zutage traten.

Die Auseinandersetzung erstreckte sich auch auf die Frage der Rolle des staatlichen Sektors und des privaten Sektors in der Wirtschaft, die Bedeutung der zentralen Planung nach wissenschaftlichen Methoden, die Frage der Rolle der Nationalen Front im politischen Leben, die Bedeutung der demokratischen Freiheiten und die demokratischen Grundlagen der Macht, die freie Betätigung in den bewaffneten Streitkräften, wo die herrschende Partei für sich allein die Betätigungsfreiheit in Anspruch nehmen wollte, sowie auf zahlreiche Fragen der Außenpolitik. (...)

Die Erscheinung des Alleingangs der Baath-Partei im Machtapparat und die Auflösungserscheinungen der Front traten immer deutlicher hervor und vertieften sich. Dies zeigte sich bereits in den Beschlüssen ihres 8. Kongresses, der knapp ein Jahr nach Bildung der Front im Jahre 1974 stattfand.

Bereits diese konkrete Situation war Anlaß für eine echte Beunruhigung hinsichtlich der Realisierung der Charta der Front und bezüglich der Zukunft des revolutionären Weges im Irak und der Errungenschaften der Massen. Seit Mitte der 70er Jahre stellten sich negative Veränderungen in den Positionen der Baath-Partei, die sie mit ihren progressiven Maßnahmen zu Beginn der 70er Jahre bezogen hatte, heraus. Diese Maßnahmen wurden – eine nach der anderen – durch rechtsgerichtete Schritte ersetzt.

Der private Sektor wuchs im Ergebnis der steigenden Erdöleinnahmen gewaltig an. Der staatliche Sektor verwandelte sich in einen kapitalistischen Sektor des bürokratischen Staates und wurde in den Dienst des Privatkapitals gestellt. Die parasitäre und bürokratische Bourgeoisie bildete sich in enormen Tempo heraus und beherrschte bald nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Die Agrarbourgeoisie entwickelte sich ebenfalls äußerst rasch und verwandelte die Genossenschaften auf dem Lande in Unternehmen, die von der Agrarbourgeoisie betrieben werden.

Die Selbstverwaltung für das kurdische Volk wurde aufs äußerste verstümmelt, und die Kurden werden blutig unterdrückt. Tausende kurdischer Familien mußten ihre Dörfer verlassen, und selbst das Recht der Kurden auf Unterricht in ihrer Muttersprache wurde annulliert.

Anstelle des Bündnisses mit den nationalen Kräften entfalteten die Baathisten im Jahre 1978 eine finstere Kampagne

gegen die Kommunistische Partei, ihre Organisationen und Mitglieder. Gleichzeitig unterdrückten sie auch alle übrigen nationalen Kräfte, gingen zu ihrer berüchtigten Baathisierungs-Kampagne mit Hilfe von Vernichtungsgesetzen über und zerschlugen die Progressive Nationale Front.

Die Unterdrückung richtete sich sogar gegen Kader und Mitglieder der Baath-Partei selbst. Der Machtapparat wurde zu einem Regime diktatorischer Alleinherrschaft. Der Niedergang in der Innenpolitik spiegelte sich auch in der Außenpolitik wider. Nachdem man Anfang der 70er Jahre erklärt hatte, das Bündnis mit der UdSSR sei ein strategisches Bündnis, lancierte man jetzt die These von der „Unabhängigkeit von den beiden Supermächten“ und stellte die USA und die UdSSR auf eine Stufe. Diese These fand ihren Niederschlag in der sog. Nationalcharta, und es wurde der Versuch unternommen, sie innerhalb der Bewegung der Nicht-paktgebundenen durchzusetzen.

Anstelle der Einschränkung der Beziehungen zum kapitalistischen Weltmarkt und der Festigung der ökonomischen Unabhängigkeit beschritt man den Weg der Öffnung in den Wirtschaftsbeziehungen zu den entwickelten kapitalistischen Ländern und öffnete den internationalen Konzernen Tür und Tor für die Errichtung von Wirtschaftsprojekten im Irak.

Anstelle gutnachbarschaftlicher Beziehungen und der Lösung von Streitfragen mit friedlichen Mitteln nahm das Regime Zuflucht zur Entfesselung des Krieges gegen den Iran zu einer Zeit, da dieser abscheulichsten Erpressungen durch den Imperialismus ausgesetzt ist und da die imperialistische Militärpräsenz in der Region des Golfs, der Arabischen Halbinsel und des Indischen Ozeans eine ernste Gefahr nicht nur für den Frieden in der Region, sondern in der ganzen Welt darstellt. Anstatt eine progressive arabische Politik zu betreiben, stellt sich das gegenwärtige Regime an die Seite der reaktionären arabischen Kräfte gegen die Staaten der Standhaftigkeitsfront (Allianz der PLO, Syriens, Libyens, Algeriens und des Südjemen gegen die US-Separatpolitik im Nahostkonflikt, gegr. 1977; d. Red.) und mischt sich in deren innere Angelegenheiten ein.

Diese Erscheinungen machen deutlich, welche Rückschläge es gegeben hat, und zeigen klar, daß die herrschende Schicht von den Positionen der bewußtesten Schicht des Kleinbürgertums zu Positionen der entstandenen kapitalistischen und parasitären Schicht übergegangen ist. Damit wurde sie zu einem Hemmschuh für die Entwicklung der nationaldemokratischen Revolution. (...)

Die sozialökonomischen Veränderungen haben nicht nur ein Anwachsen der Arbeiterklasse zur Folge gehabt, sondern zugleich auch ein Anwachsen der Schichten der parasitären Großbourgeoisie und des städtischen Kleinbürgertums. Dies schuf die soziale Basis für das bürgerliche Ideengut, das das Denken der Machthaber beherrscht. Die Baath-Partei war nicht mehr in der Lage, progressive Positionen zu beziehen, da die Mentalität der Kleinbürger keine tiefergehenden sozialökonomischen Veränderungen wünscht, die das Privateigentum antasten und mehr Demokratie erfordern, da sie um ihre gewaltsam errungenen Position fürchten.

Die Aufgabe, die das Leben uns im Irak stellt, besteht darin, alles zu überwinden, was sich der Weiterentwicklung der nationaldemokratischen Revolution und ihrer weiteren Vertiefung in den Weg stellt, um die Voraussetzungen für den Übergang zur sozialistischen Revolution mit Hilfe der Realisierung des revolutionärdemokratischen Staates, der sich auf das Bündnis der revolutionärdemokratischen Kräfte in einer Einheitsfront sowie auf breiteste Demokratie für die Werktätigen stützt, zu schaffen.

Diese Aufgabe ruht unter den konkreten Bedingungen des Irak in allererster Linie auf den Schultern der Kommunistischen Partei als der Partei der irakischen Arbeiterklasse.

Mohammad Abdallah Hussein

Die omanische Befreiungsbewegung reorganisiert sich

Mohammad Abdallah Hussein ist Führungsmitglied der Volksfront zur Befreiung Omans (PFLO).

(...) Ich grüße alle befreundeten Delegationen, die an diesem wichtigen Forum teilnehmen, welches die Mehrheit der politischen Parteien und nationalen Befreiungsbewegungen der Welt und die Kräfte der Weltöffentlichkeit repräsentiert und mit denen wir heute zusammentreffen, um einen allgemeinen Dialog und einen Meinungs austausch über die dringlichsten und wichtigsten Fragen unserer Epoche zu führen. Was uns hier in diesem Zusammenhang besonders interessiert, ist die Erprobung der Kampfmittel auf dem Wege zur nationalen und sozialen Befreiung, und wir wünschen, daß die Fülle dieses Stoffes studiert, diskutiert und der vereinten fortschrittlichen Menschheit zugeführt wird, die den Weg der Völker der Welt zu sozialem Fortschritt, Sozialismus und Frieden unterstützt.

Liebe Freunde und Genossen!

Trotz aller großartigen Siege, die viele Völker der Welt gegen das Joch des Imperialismus und der internationalen Reaktion errungen haben, trotz offensichtlicher Anzeichen des Niedergangs des Imperialismus und seiner Verbündeten, erfinden sie beständig und unablässig moderne und komplizierte Methoden und Formen in ihrer Konfrontation mit dem Kampf der unterdrückten Völker, um deren endgültigen Sieg hinauszuzögern und dadurch Zeit und Gelegenheit zu erhalten, die Völker auszubeuten und über sie und ihre Potentiale zu herrschen.

Qabous – „Prediger“ der US-Militärpräsenz am Golf

Gestatten Sie mir, liebe Genossen, bevor ich zu der gerechten Sache unseres omanischen Volkes für nationale Befreiung, sozialen Fortschritt und zum Kampf des Volkes gegen die britischen und amerikanischen Imperialisten und ihr Marionettenregime in Oman komme, daß ich etwas sage zur imperialistischen Präsenz allgemein und besonders zur amerikanischen in unserem Lande. So sind in den omanischen Gewässern und auf den Stützpunkten der Insel Masirah und dem Stützpunkt Chasb annähernd 30 amerikanische Kriegsschiffe, darunter Flugzeugträger, Landungsschiffe, Raketen-träger, Kreuzer und Zerstörer sowie anderes Kriegsmaterial stationiert. An Bord dieser Schiffe und auf den Stützpunkten befinden sich mehr als 170 amerikanische Kampfflugzeuge, darunter nicht weniger als 80 moderne Kampfflugzeuge, außerdem Kampfhubschrauber und mit Waffen versehene Aufklärungsflugzeuge. Außerdem gibt es an Bord dieser Schiffe und auf den Stützpunkten Atomwaffen sowie mehr als 20.000 amerikanische Soldaten und Marineoffiziere.

Die USA und ihre westlichen Verbündeten setzen die militärische Forcierung im Golf von Oman und im Persischen Golf, im Roten Meer und im Indischen Ozean verstärkt fort.



Der US-Imperialismus fand in dem Marionettenregime in Oman einen vortrefflichen „Prediger“ für die Notwendigkeit der amerikanischen Militärpräsenz und der amerikanischen Militärstützpunkte in unserem Gebiet, bald unter dem Vorwand der Existenz von Sabotageakten und zum Schutz gegen ein Versenken der Öltanker in der Straße von Hormuz, bald unter dem Vorwand der alten Lüge, derer die Völker schon überdrüssig geworden sind, nämlich die vom Vormarsch des Sozialismus bzw. der „sozialistischen Gefahr“ in der Golfregion.

Derartige Verfälschungen des Imperialismus brachten unser Land unter den Zwang einer amerikanischen militärischen Stationierung, wie sie das Gebiet des Nahen und Mittleren Ostens seit dem 2. Weltkrieg nicht erlebt hat. Seit nunmehr mehr als zwei Jahren ist die Arbeit auf der omanischen Insel unter Aufsicht amerikanischer und britischer Spezialisten zur Erweiterung der Landebahnen und zum Bau neuer Landebahnen und Flugzeughangars, unterirdischer Speicher- und Schutzräume sowie der Ausbau und die Erweiterung des Hafens in vollem Gange, um die Insel laut dem amerikanisch-britischen Vertrag mit Qabous von einem kleinen britischen Marinestützpunkt zu einem gemeinsamen amerikanisch-britischen Stützpunkt umzuwandeln, wie es jetzt der Fall ist, und zu einem sicheren amerikanischen Luft- und Flottenstützpunkt mit strategischer Reichweite zu werden.

Dieser Stützpunkt spielt eine lebenswichtige Rolle in der

Militärstrategie des US-Imperialismus und der Staaten des NATO-Paktes gegenüber dem Gebiet des Indischen Ozeans, des sog. Sicherheitsgürtels zwischen Diego Garcia und den amerikanischen Basen in Südostasien. Gleichzeitig spielt er die Rolle eines Ruhepunktes für die sog. V. Flotte und die Rolle einer Abschlußbase für die amerikanische Eingreiftruppe im Ernstfall.

Aus all dem geht klar hervor, daß der Imperialismus, allen voran der US-Imperialismus, der erste und gefährlichste Gegner für die Völker der Welt und ihre nationale Unabhängigkeit, ihren sozialen Fortschritt und den Weltfrieden ist. Seit der Unterzeichnung der Verträge von Camp David (Separatverträge der USA, Israels und Ägyptens vom September 1978; d. Red.) und dem Sturz des Schah-Regimes nehmen der US-Imperialismus und die NATO-Staaten die Umwandlung Omans in einen Brückenkopf in Angriff und profitieren dabei von der britischen Herrschaft über Oman und von der politischen Linie des Sultans Qabous, die auf eine grenzenlose Abhängigkeit zielt und jede Rolle offen zugunsten der direkten imperialistischen Interventionen und Manöver übernehmen kann.

Umwandlung Omans zum interventionistischen Brückenkopf

Liebe Genossen und Freunde!

Angesichts dieser komplizierten und gefährlichen Lage für unser Land führen wir in der Volksfront zur Befreiung Omans (PFLO) unseren nationalen Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit Omans. Der britische Kolonialismus benutzte jedes Mittel bei seinem Versuch zur Unterdrückung der Völker, bei dem Versuch, den anwachsenden Kampf einzudämmen, den unser Volk in den vergangenen 15 Jahren standhaft führte. Der britische Kolonialismus arbeitete dabei mit den verschiedensten politischen, militärischen, psychologischen und ökonomischen Mitteln, um die einheimischen reaktionären Kräfte der Arabischen Halbinsel, des Nahen und Mittleren Ostens und des iranischen Schahreichs gegen den gerechten Kampf unseres Volkes zu sammeln.

Dieser Kampf zielt auf die Erlangung der Unabhängigkeit und der tatsächlichen politischen, ökonomischen und militärischen Befreiung von der britischen Herrschaft, die unser Land lange Zeit bedrückte und die immer noch andauert. Kaum scheiterte Großbritannien bei der Konfrontation mit der gerechten Revolution unseres Volkes, öffnete sich die Tür für die Wünsche des amerikanischen Imperialismus und die Träume der iranischen Reaktion unter dem Schah-Regime für eine Konfrontation mit der – wie sie es nennen – kommunistischen Gefahr für Oman und den Persischen Golf.

Seit 1970 und der Zeit, als die Marionette Qabous an die Stelle seines Vaters, der der inneren Lage nicht mehr begegnen konnte, trat, war für die omanische Revolution klar, daß der britische Kolonialismus das feindliche Bündnis erweitert hatte, um der Volksfront zur Befreiung Omans entgegenzutreten. Es zeigte sich ganz deutlich der Charakter dieses erweiterten feindlichen Bündnisses gegen die Revolution unseres Volkes, und zwar im praktischen Eingreifen der jordanischen Truppen, dann der iranischen Truppen (im Jahr 1974; d. Red.) und in der Öffnung für den amerikanischen Einfluß auf politischem und militärischem Gebiet in Oman, sowie in der Koordinierung zwischen diesen Kräften in einer für den Kampf der omanischen Revolution gefährlichen Weise.

Diese Truppen spielten alle, neben ihren Diensten für den Agenten Qabous, eine äußerst gefährliche Rolle bei der Zerschlagung der omanischen nationalen Bewegung. Die oma-

nische Revolution trotzte jedoch diesem feindlichen Ringen mit aller Kraft und versetzte diesen Kräften empfindliche Schläge. Es war allerdings klar, daß sich die Frage des Gleichgewichts im Kampf zugunsten der Feinde verschoben hatte, wobei die Truppen des Schah-Regimes eine unrühmliche Rolle im Kampf gegen die omanische Revolution gespielt haben. Nicht all diesen wiederholten Angriffen, die die gegen die omanische Revolution verbündeten Truppen geführt haben, konnten diese feindlichen Kräfte einige Fortschritte auf militärischem Gebiet erzielen, wo sie die Herrschaft über einige zuvor befreite Gebiete (in der omanischen Südwestprovinz Dhofar; d. Red.) erlangten und die Truppen der Volksfront zur Befreiung Omans zum Rückzug aus diesen Gebieten zwangen (im Jahr 1976; d. Red.).

Zu diesem Zeitpunkt war es für die Volksfront klar, daß der Feind versuchte, schrittweise bis zum endgültigen Sieg vorzudringen, wenn nicht die Revolution seine Pläne zum Scheitern gebracht und ein Etappenprogramm aufgestellt hätte, das auf einen Wiederaufbau der Front auf politischem, organisatorischem, ökonomischem und militärischem Gebiet in der gesamten Region von Oman ausgerichtet ist und positive Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit zieht, um damit für die Zukunft den Nutzen für eine Fortsetzung des revolutionären Kampfes in den verschiedensten Formen zu ziehen und zum Schlag gegen seine Feinde auszuholen.

Die iranischen Truppen traten mit dem Sieg der iranischen Revolution (im Februar 1979; d. Red.) den Rückzug an, aber wir sehen uns heute den Söldnern des Marionettenregimes in Maskat, seinen britischen Spezialisten und Beratern gegenüber sowie den Truppen Sadats, die zum Schutz des Agenten Qabous ausgeschickt wurden, und den 20.000 amerikanischen Soldaten, die sich auf unserer Insel und in unseren Hoheitsgewässern befinden.

Liebe Freunde und Genossen!

Wir von der Volksfront zur Befreiung Omans unternehmen angesichts dieser Bedingungen der direkten imperialistischen Besetzung, des Verlustes der geringsten demokratischen Freiheiten der Bürger unseres Landes, der Politik der Abhängigkeit von Imperialismus und Reaktion des Qabous-Systems und seiner Haltung zu Sadat und Camp David verstärkte Anstrengungen zum Aufbau einer einheitlichen nationalen Front, die breiteste Kreise unseres Volkes vereint, um den Aufgaben dieser Etappe und allen Formen des Kampfes, darunter des bewaffneten Kampfes, gerecht zu werden. Zu diesen Aufgaben zählen:

- Rückzug aller ausländischen Truppen aus unserem Land und Auflösung der Stützpunkte;
- demokratische Freiheiten für alle Schichten unseres Volkes und Freilassung der politischen Gefangenen;
- eine unabhängige, nichtpaktgebundene Außenpolitik, die die nationale und regionale Frage einschließt, besonders die Frage eines Großarabiens und die Palästinafrage.

Liebe Freunde und Genossen!

Wir möchten von dieser Stelle aus nochmals unseren Dank und unsere Wertschätzung gegenüber der sozialistischen Staatengemeinschaft, an deren Spitze die befreundete Sowjetunion steht, aussprechen für die Hilfe und Unterstützung, die sie dem gerechten Kampf der arabischen Nation und allen Kräften des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in der Welt gewährt. Wir sind überzeugt von der Bedeutung des strategischen Bündnisses zwischen der sozialistischen Staatengemeinschaft, den Parteien der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und den nationalen Befreiungsbewegungen in der Welt.

Es lebe die revolutionäre Weltbewegung und ihre Avantgarde, die Sowjetunion!

Es lebe die internationalistische Solidarität zwischen den Völkern!

Neokolonialismus und Neue Weltwirtschaftsordnung



Neue Weltwirtschaftsordnung – ein Kampf gegen den Neokolonialismus

Seydan Cissoko ist Generalsekretär der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei des Senegal.

Eine der bedeutsamsten Erscheinungen der gegenwärtigen Klassenschlachten gegen das Joch der Monopole und die imperialistische Ausbeutung ist der Kampf für eine Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen.

Während der wachsende internationale Austausch von Waren und Technologien, der zunehmende Kapitaltransfer zwischen den Ländern und die Internationalisierung der industriellen Tätigkeit es gegenwärtig mit sich bringen, daß jeder Staat von der Wirkungsweise der Weltwirtschaft betroffen wird, mißachtet die bestehende internationale Wirtschaftsordnung die Interessen zahlreicher Länder und Völker. Ein Land existiert nicht losgelöst von den anderen, sondern gehört jeweils zu einem System, und diese Tatsache verleiht heutzutage den Wechselbeziehungen von inneren und äußeren Faktoren besonderes Gewicht.

Die Zugehörigkeit der meisten Entwicklungsländer zum kapitalistischen Weltsystem, von dem sie bereits sehr stark abhängig sind, verschärft darüber hinaus ihre Abhängigkeit von der Konjunktur des kapitalistischen Weltmarktes in dem Maße, wie sich die Krise zuspitzt, die das Räderwerk der kapitalistischen Wirtschaft in Unordnung versetzt. Trotz Erlangung der Unabhängigkeit verbleiben die jungen Staaten der Dritten Welt noch weitgehend im Stadium von Rohstofflieferanten für die ehemaligen „Mutterländer“.

Angesichts dieser Bedingungen der Weltwirtschaft wird das Eindringen von imperialistischem Auslandskapital in die Wirtschaft dieser Länder zu einem der Hauptinstrumente für deren Ausbeutung; dies meinte auch Lenin, als er in seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (vom Jahr 1917; d. Red.) davon sprach, daß der Kapitalexpert eine der Hauptgrundlagen des Imperialismus sei.

Es geht zunächst um die Durchbrechung der neokolonialen Arbeitsteilung

Auf einer anderen Ebene verfälscht die Verzerrung der internationalen Arbeitsteilung unter dem Einfluß der Politik der imperialistischen Mächte und ihrer ökonomischen Gruppierungen die Grundlagen eines gleichwertigen Austauschs zwischen den westlichen und den sozialistischen Ländern, die zwar außerhalb des kapitalistischen Wirtschafts- und Währungssystems stehen, jedoch nicht gegen alle Auswirkungen von dessen allgemeiner Krise vollständig geschützt sind. Der positive Einfluß der sozialistischen Gemeinschaft auf die Weltwirtschaft wächst, jedoch beträgt der Anteil der sozialistischen Länder am internationalen Austausch noch immer nur 10%.

Die Gründe für eine Neugestaltung der gegenwärtig bestehenden Weltwirtschaftsordnung ergeben sich folglich aus der Notwendigkeit einer Umstrukturierung der internationalen Verteilungsmechanismen für Einkommen aus dem internationalen Austausch. Für die Entwicklungsländer bedeutet der Kampf um eine Neue Weltwirtschaftsordnung gleich-

zeitig die berechtigte Hoffnung auf Erlangung und Festigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit, auf eine wirkliche Entwicklung.

Diese Länder fordern die volle Souveränität über ihre Naturreichtümer und ihre Wirtschaftstätigkeit, um die Unterentwicklung zu überwinden, sie fordern eine Ausbalancierung der Hauptkräfte innerhalb des kapitalistischen Systems zugunsten der ökonomisch zurückgebliebenen Staaten. Anders ausgedrückt geht es ihnen um eine Beseitigung der offensichtlichsten Formen der Ausbeutung, was gegenüber der derzeitigen Lage der Dinge ein beachtlicher Schritt nach vorn wäre.

Auch wenn dieses Kampfprogramm keine radikalen Zielstellungen enthält, die über den Rahmen des Kapitalismus als System hinausgehen, ist es doch in seinen Grundzügen durchaus antiimperialistisch. Die gemeinsame Front der Länder, die sich um dieses Programm zusammengeschlossen haben, besitzt trotz mancherlei Gegensätze gleichfalls einen bestimmten antiimperialistischen Klasseninhalt.

Dieser macht aus ihrem Zusammenschluß einen bedeutsamen Faktor der Bestandteile des internationalen Kräfteverhältnisses und aus diesem, das sich ja gegenwärtig zugunsten des Sozialismus und der Völker entwickelt, wiederum eine Errungenschaft, die es beständig auf allen Ebenen (Wirtschaft, Gesellschaft, Politik) gegen den Imperialismus zu festigen gilt. Es geht darum, den Imperialismus zunächst zum Zurückweichen zu zwingen, um ihn anschließend vernichtend zu schlagen.

Der Kampf für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIWO) kann also nur die Form eines solidarischen Vorgehens der Werktätigen und der Völker an allen Fronten der antiimperialistischen Auseinandersetzung annehmen, eines Vorgehens, dessen Erfolg während eines ganzen historischen Zeitabschnitts unmittelbar von den Fortschritten im internationalen Kräfteverhältnis abhängen wird.

Dieser Kampf bleibt auch in Zukunft untrennbar mit dem revolutionären Weltprozeß verbunden und wird auf diese Weise vor allem zu einem Kampf für fortschrittliche soziale Umgestaltungen und für die Mobilisierung der inneren Möglichkeiten des ökonomischen Aufschwungs.

Wie bedeutsam die äußeren Faktoren auch sein mögen, die die Bewegung zur Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen und die Notwendigkeit zur Schaffung der hierfür erforderlichen Bedingungen begünstigen, so müssen doch die Haupttriebkkräfte der Entwicklung ein Ergebnis der inneren Bedürfnisse sein; ebenso wie die Haupttriebkkräfte der Revolution, für die äußere Bedingungen zwar einen Angriffspunkt bieten können, zunächst im Lande selbst heranreifen müssen.

Räumt man den äußeren Faktoren der Entwicklung den Vorrang ein, so ruft man die illusionäre Vorstellung hervor, als könnte man mit den angestrebten Verbesserungen bei der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen allein schon die Unterentwicklung überwinden und eine moderne Wirtschaft aufbauen.

Gerade diese Illusion nähren die drei Zentren des Weltkapitalismus – USA, EWG, Japan –, indem sie Schlagworte wie

„wechselseitige Abhängigkeit“ (Interdependenz; d. Red.) oder „Schicksalsgemeinschaft“ zwischen Entwicklungsländern und imperialistischen Staaten verwenden und auf diese Weise die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Lage in den entwickelten kapitalistischen Ländern als Garantie für eine stabile und steigende Nachfrage seitens jener industriellen Zentren darstellen.

Die neokolonialistische Interpretation der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung bietet somit allen möglichen utopischen Projekten Raum, deren Ziel es ist, die Entwicklungsländer von den unmittelbaren Aufgaben ihrer nationalen und sozialen Befreiung abzulenken. Diese Lesart findet ihre Anhänger unter den Vertretern rechtssozialdemokratischer Anschauungen in gewissen Ländern, zu denen auch Leopold Senghor, der Präsident der Republik Senegal (er schied zum Jahreswechsel 1980/81 aus dem Amt; d. Red.) und Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, gehört, einer der wichtigsten Fürsprecher neokolonialistischer Interessen in der Dritten Welt.

Demgegenüber berücksichtigt die antiimperialistische Konzeption der Neuen Weltwirtschaftsordnung den Platz und die wachsende Rolle des Weltsozialismus im Prozeß der Umgestaltung des allgemeinen ökonomischen Kräfteverhältnisses.



Die konstruktive Haltung des Sozialismus ergibt sich aus der ständigen Unterstützung, die dessen Repräsentanten den Entwicklungsländern im Rahmen der internationalen Organisationen sowie überall dort leisten, wo es um die Probleme der Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnungen geht. Die sozialistischen Staaten unterstützen sämtliche Forderungen der Entwicklungsländer: den Grundsatz des vollen Eigentumsrechts an den Naturreichtümern bis hin zur Nationalisierung des Besitzes der imperialistischen Monopole, die Festlegung angemessener Preise für Exporterzeugnisse, einen freieren Zugang zu den Märkten der entwickelten Länder, einen nicht vom Neokolonialismus diktierten Modus bei der Weitergabe von Technologien sowie einer Reform des Währungssystems und des internationalen Handelssystems. Auch die sozialistischen Länder stellen Forderungen, die es zu berücksichtigen gilt. Ihnen geht es um eine vollständige Normalisierung der Ost-West-Beziehungen und um die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung im Handel zwischen den beiden Systemen. Sozialistische Länder und Entwicklungsländer verfolgen die gleichen Ziele hinsichtlich der Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung.

Um dieser natürlichen Interessenübereinstimmung zwischen der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung entgegenzutreten, versuchen die kapitalistischen Mächte und ihre neokolonialistischen Bevollmächtigten auf verschiedene Weise, jegliche historische Verantwortung des

Imperialismus für den Rückstand der ehemaligen Kolonien vergessen zu machen. Zu diesem Zweck erheben sie die gleichen Forderungen an alle industrialisierten Länder unabhängig von deren Gesellschaftsordnung, als ob die sozialistischen Länder andere Völker ausplündern und aus den Wirtschaftsbeziehungen zu ihnen einseitige Vorteile zu erlangen suchten, und bringen die Frage einer gleichmäßigen Verteilung der Hilfeleistung auf sozialistische Länder und kapitalistische Staaten auf die Tagesordnung.

In diesem Zusammenhang muß man auch die gewaltigen Summen erwähnen, die der Imperialismus aus den Entwicklungsländern herauspreßt und die durch seine Hilfeleistung nicht ausgeglichen werden. In Wirklichkeit kommt der Imperialismus nämlich nicht einmal seinen internationalen Verpflichtungen bezüglich einer verstärkten Hilfe für jene Länder nach.

So erfüllten die imperialistischen Mächte nicht ihr Engagement anläßlich der ersten UNO-Entwicklungsdekade (60er Jahre; d. Red.) nämlich 1% ihres Bruttosozialprodukts den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen; statt der 0,7% während der zweiten Entwicklungsdekade (70er Jahre; d. Red.) brachten sie es mit knapper Not auf 0,3%; ihre Verpflichtung, der Dritten Welt jährlich 10 Mio Tonnen Getreide zum Kampf gegen den Hunger zu liefern, wurde gleichfalls nicht eingehalten. Diese Tatsachen sprechen eine beredete Sprache. (...)

Ein allmählicher, langwieriger Prozeß

Die Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen auf demokratischer Grundlage geht nicht ohne die Klassenfrage ab. Die Energie und die Stabilität, mit der dieser Kampf für eine Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen geführt wird, hängen in jedem Land von der Stärkung der Bewegung der Volksmassen ab.

In den Ländern mit neokolonialistischer Orientierung ist die Forderung nach einer anderen internationalen Wirtschaftsordnung ein propagandistischer Schachzug der Regierungen. Aus diesem Grunde ist der entschiedene Kampf gegen eine innere neokolonialistische Ordnung ein wertvoller Beitrag im Kampf der revolutionären Kräfte der Welt zur Durchsetzung der von den Völkern geforderten Änderung der Weltwirtschaftsordnung.

Bei dieser Frage darf nicht unerwähnt bleiben, daß der Maoismus mit seinen Kräften die Kräfte des Imperialismus unterstützt, um die ungerechte internationale Arbeitsteilung nicht nur einzufrieren, sondern sogar noch mehr auszuprägen. Die maoistische Theorie, sich nur auf seine eigenen Kräfte zu stützen, dient in Wirklichkeit der Trennung der Entwicklungsländer vom sozialistischen Lager. Indem sie das tun, untermauern die Maoisten den Zustand der Abhängigkeit und wirtschaftlichen Rückständigkeit der Länder, die eben erst ihre Freiheit errungen haben.

Betrachtet man das Erreichte, so ergibt sich eine eindeutig positive Bilanz der Aktionen zur Verwirklichung dieses Zieles. Der Kampf ist jedoch längst noch nicht abgeschlossen. Es handelt sich dabei um einen langfristigen historischen Prozeß. (...)

Der Weg der jungen Staaten zur Neuorientierung ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen beinhaltet eine allmähliche Beseitigung der Abhängigkeitsverhältnisse von den kapitalistischen Industriestaaten sowie die Schaffung neuer, auf gegenseitigem Vorteil beruhender Verhältnisse, einen Ausbau der ökonomischen und technischen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und eine Verstärkung der Kooperation zwischen den einzelnen Entwicklungsländern selbst. Der Kampf für eine Neue Weltwirtschaftsordnung ist gleichbedeutend mit dem Kampf gegen Neokolonialismus.

Rashid Abdallah

Die Golfregion – neokolonialistischer Anziehungspunkt

Rashid Abdallah ist Führungsmittglied der Nationalen Befreiungsfront Bahreins.

(...) Die Region des Arabischen Golfes, in der auch unser Land liegt, besitzt für das kapitalistische Weltsystem, und hier insbesondere für die USA, eine besondere Bedeutung. Das Erdöl ist die Ursache dafür. Und außerdem besitzt die Region eine militärisch-strategische Bedeutung und stellt einen großen Absatzmarkt dar. (...)

Das Öl der Golfregion stellt die lebenswichtige Arterie dar, von der in großem Maße die wirtschaftlichen und militärischen Potenzen des kapitalistischen Weltsystems abhängen. Die drei Hauptzentren des Weltimperialismus stützen sich in hohem Maße auf das Golföl als eine ihrer wichtigsten Energiequellen. Sein Anteil an den Ölimporten insgesamt beläuft sich auf etwa 1/3 in den USA, 60% in den westeuropäischen NATO-Staaten und 70% in Japan. (...)

Neokolonialistischer Run auf die Petro-Dollars

Bekanntlich gelang es den erdölproduzierenden Staaten, die in ihrer Mehrheit in der Golfregion liegen, Ende 1973 die Preise für ihr Erdöl zu vervierfachen. Damit nahmen die Erdöleinkünfte astronomische Summen an. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einnahmen betragen im Jahr 1974 in Saudi Arabien 2.830, in Bahrein 2.350, in Qatar 6.630, in Kuwait 10.030 und in den Vereinigten Arabischen Emiraten 11.060 Dollar. (...)

Die Erhöhung der Einnahmen aus dem Erdöl eröffnete diesen Ländern und auch den Staaten der sog. „Dritten Welt“, objektive Möglichkeiten für den Kampf um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung. Sie eröffnete gleichzeitig die Möglichkeit, den arabischen Staaten und den Staaten der „Dritten Welt“, die von der imperialistischen „Entwicklungshilfe“ und deren negativen Folgen abhängig waren, eine uneigennützig finanzielle Hilfe zu gewähren, bei der Lösung eines der kompliziertesten Probleme der Entwicklungsländer mitzuhelfen – nämlich des Problems der Finanzierung der Entwicklungs- und Industrialisierungsprogramme – und sich auf die wirtschaftliche Integration der Golfstaaten zu orientieren. (...)

Zwischen den imperialistischen Staaten, insbesondere zwischen den USA, Großbritannien und Frankreich, ist ein heftiger Streit darüber entbrannt, auf welche Weise die Petro-Dollars wieder in ihre Länder zurückfließen können. Die gegensätzlichen Standpunkte hindern sie jedoch nicht, gemeinsam gegen den Kampf der Entwicklungsländer um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung Front zu machen, indem sie eine sog. „Neue Internationale Währungsordnung“ fordern, womit sie auf die Erdölgelder abzielen. Somit lassen die imperialistischen Staaten kein Mittel unversucht, vorzuschreiben, wie die in den Staaten unserer Region herrschenden Regimes ihre finanziellen Einkünfte anlegen sollen. Die Investitions- und Bankpolitik von seiten der für die Wirtschaft dieser Länder Verantwortlichen ermöglicht es den Bank- und Finanzkonzernen in den USA

und den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern, unter der Bezeichnung der Investierung der Erdöl„zinsen“, über den größten Teil dieser Einnahmen zu verfügen. Die „Zinsen“ von fünf Golfstaaten (Saudi Arabien, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Qatar und Bahrein) betragen 1978 mehr als 145 Mrd Dollar.

Dies verhindert – wie wir bereits gesagt haben – ihre Verwendung für eine effektive Entwicklung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet und zugleich die Konsolidierung der politischen Unabhängigkeit und nationalen Souveränität dieser Länder. Im Gegenteil, dieser Mißbrauch der „Zinsen“ – der bewirkt, daß diese Mittel zum Verschleißobjekt von Wirtschafts- und Währungskrisen in den kapitalistischen Staaten, vor allem in den USA, werden und „eingefroren“ werden können, wie dies im Falle des Iran geschehen ist, nachdem dort die Revolution gesiegt hatte, um jegliche echte Unabhängigkeitstendenz in den abhängigen Staaten zu unterdrücken – läßt sie zu einem Instrument werden, um die Wirtschaft unserer Länder und unserer Region noch enger an die Wirtschaft der kapitalistischen Länder zu binden. Der Kurs dieser Regimes trägt unter dem Einfluß der kapitalistischen Monopole dazu bei, die Golfregion zunehmend zu einem großen Absatzmarkt für die Erzeugnisse der kapitalistischen Länder zu machen, da sie gezwungen sind, ihren Bedarf, einschließlich der Konsumgüter und Nahrungsmittel, zum größten Teil durch Importe zu decken. Die Exporte der entwickelten kapitalistischen Staaten bilden den Löwenanteil der von der Golfregion importierten Waren, was zur verstärkten Abhängigkeit der Golfstaaten beiträgt und deren Märkte und Konsumgewohnheiten den Trends und Schwankungen des kapitalistischen Marktes unterordnet. Die Golfstaaten sind der monetären Inflation in den Exportländern sowie den Schwankungen ihrer ständig steigenden Preise ausgeliefert.

Im Außenhandelsnetz der kapitalistischen Länder in dieser Region spielen die Handelsbanken eine große Rolle. Sie fördern die auf Dienstleistungen ausgerichtete Wirtschaft und lenken das multinationale ausländische Kapital vorrangig in die nichtproduktiven Wirtschaftsbereiche. Desgleichen haben die Außenhandelsbanken ihren Anteil am direkten Transfer der Petro-Dollars ins Ausland.

Die Politik der forcierten Aufrüstung der Staaten der Golfregion ist einer der Hauptkanäle, um die Petro-Dollars wieder in die imperialistischen Staaten zurückfließen zu lassen. Zweifellos sind die imperialistischen Staaten nicht nur daran interessiert, Gewinne aus dieser Region zu ziehen, sondern auch daran, unsere Länder nicht aus ihren Klauen zu lassen. Unter diesem Gesichtspunkt wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Projekten der Schwerindustrie in Angriff genommen, die sich auf billige Energie und Arbeitskräfte stützen und an die Produktion und den Markt in den kapitalistischen Ländern gebunden sind, sowie von anderen Industriezweigen, die einen Teil des einheimischen Konsumbedarfs decken sollen. Damit sollen „gesicherte“ Grundlagen für den kapitalistischen Entwicklungsweg dieser Länder gelegt werden, um sie zu relativ starken und hörigen Bastionen zu machen. (...)

Aber der Wind der Veränderung erhob sich auch in dieser Region, besonders seit Mitte der 70er Jahre. In der VDR Jemen begann sich die progressive Orientierung des Regimes herauszukristallisieren, das allen Verschwörungen standhaft die Stirn bot. In Äthiopien und Afghanistan siegte die Revolution des Fortschritts, und es gab auch positive Ereignisse in anderen Ländern. Die Kämpfe der Völker der Golfregion, insbesondere in Oman, Bahrein und Saudi Arabien, erlebten einen Aufschwung und nahmen an Schärfe zu. Die Gefahr dieser Veränderungen für den Einfluß des Imperialismus in dieser Region wurde offensichtlich.

Hier nun stellte das Pentagon mit Hilfe der bürgerlichen Massenmedien diese Veränderungen als eine Einkreisung der Golfregion von seiten der Sowjetunion dar und setzte das Gerücht in Umlauf, daß die Sowjetunion in den 80er Jahren einen erheblichen Rückgang ihrer eigenen Erdöleinnahmen „erleiden werde“ und daher nach dem Öl der Golfregion „schiele, was zu einer gefährlichen Konfrontation zwischen ihr und den USA führen könnte.

In Wirklichkeit wollten die USA mit diesen Behauptungen ihr eigenes Streben verbergen, diese Region fest in ihren militärischen Griff zu bekommen, um die Kämpfe der dort ansässigen Völker abzuwürgen, um jegliche Veränderung zu „unterbinden“, um die dort existierenden fortschrittlichen arabischen Regimes zu torpedieren und zu zerschlagen und die Region in einen Absatzmarkt für Waffen und Kriegsmaterial aus den kapitalistischen Staaten zu verwandeln. Die USA begannen sogar öffentlich über ihre Absicht bei diesen Unternehmungen zu sprechen. (...)

Dieser Prozeß ging einher mit der Formierung von Streitkräften unter der Kontrolle von britischen Offizieren in den Ländern der Golfregion, die während der Zeit der britischen Kolonialherrschaft keine eigene Armee besaßen. Den beiden Hauptstützen – dem Iran und Saudi Arabien – wurde die Führung dieser Länder in gemeinsamer Regie übertragen. Dies lief unter verschiedenen Bezeichnungen, deren jüngste das Projekt „Sicherheit des Golfes“ war, und den USA ist es gelungen, die Nachfolge Großbritanniens auf militärischem Gebiet in dieser Region anzutreten.

Die Region erlebte seit Beginn der letzten Jahrzehnts ein spürbares Anwachsen des Umfangs der einheimischen militärischen Einrichtungen, was mit einer Steigerung ihrer Militärausgaben einherging, wobei sie sich auf die Kriegsindustrien der USA und Westeuropas stützten. Die Militärausgaben in den sechs Golfstaaten (Saudi Arabien, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Qatar, Bahrein und Oman) kletterten auf mehr als 18 Mrd Dollar im Jahre 1979. (...)

Iranische Revolution: Schlag gegen die US-Privilegien am Golf

Die Politik der beiden Stützpfeiler konnte für eine bestimmte Zeit die sog. „Interessen“ der USA in dieser Region schützen, und es gelang, der nationalen Bewegung, besonders in Oman, empfindliche Schläge zu versetzen. Aber in der iranischen Revolution (Februar 1979; d. Red.) gelang ihrerseits ein tödlicher Schlag gegen die Privilegien der USA im Iran und deren Einfluß in der Golfregion. Die Rolle des Gendarmen, die der Iran des Schah gespielt hatte, war zu Ende. In diesem Sinne stellte die iranische Revolution ein bedeutendes historisches Ereignis dar. Damit wurde der Nixon-Doktrin von Grund auf eine Abfuhr erteilt, die sich als unfähig erwies, die amerikanischen „Interessen“ auf die Dauer zu sichern.

So konzentrierte der Imperialismus sein ganzes Gewicht auf die Golfregion und verstärkte seine militärische Präsenz in Bahrein und Oman; er errichtete neue Stützpunkte in diesem Raum und um diesen herum, wie z.B. in Ägypten, So-

malia und Kenia. Sie stellten die Verbindung zum Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean her, nachdem die „schnelle Eingreiftruppe“ formiert worden war, und sie verstärkten die Präsenz ihrer Truppen und Kriegsschiffe, einschließlich der Flugzeugträger, in der Golfregion, im Arabischen Meer und im Indischen Ozean.

Der amerikanische Militarismus ist jetzt bestrebt, die internationalen Spannungen zu verschärfen (...)

Diese Spannungen haben auch das Klima für die Auslösung eines zerstörerischen Krieges zwischem dem Irak und dem Iran erzeugt. Welches auch die Ursachen des Krieges und seine Folgen sein mögen, verantwortlich dafür ist der amerikanische Imperialismus, und er hat – zusammen mit seinen Verbündeten in der NATO – den meisten Nutzen davon. Er könnte noch größeren Nutzen aus der Weiterführung der Kampfhandlungen und deren Ausweitung auf andere Länder ziehen. Während sich diese Länder gegenseitig zerfleischen und schwächen, können die USA ihre Präsenz in dieser Region festigen und ausbauen und ihr ihren Willen diktieren.



Zerstörung der Ölanlagen – ein Resultat des Krieges Irak - Iran

Die USA haben bereits – wenn auch noch hinter den Kulissen – in diesen Krieg eingegriffen, indem sie sich selbst für den Schutz der Straße von Hormuz verantwortlich erklärten und ihre NATO-Partner und Japan aufforderten, eine multi-nationale Flotte zusammenzustellen, in der sie – unter dieser internationalen Schirmherrschaft – die Hauptrolle zu spielen gedenken. Die Erfahrungen der Kriege, die der amerikanische Imperialismus geführt und geschürt hat und die sich allesamt nicht auf seinem Territorium abspielten, haben stets bestätigt, daß überall dort, wo sich Staaten in der Welt bekämpften, die USA ihre Geschäfte gemacht haben. Der Krieg, der sich in der Golfregion abspielt, macht davon keine Ausnahme. Bereits jetzt ist deutlich erkennbar, daß dieser Krieg genutzt wird, um alte Verträge beschleunigt zu realisieren und neue Kontrakte für den Kauf neuer Typen und großer Mengen Waffen durch die Golfstaaten bei den imperialistischen Staaten, insbesondere den USA, Frankreich und Großbritannien, abzuschließen. Das begann bereits mit der Entsendung von amerikanischen Frühwarnflugzeugen vom Typ „AWACS“ nach Saudi Arabien.

Die Golfregion und die Arabische Halbinsel sahen sich noch niemals zuvor einer so ernsten Gefahr gegenüber, wie sie sich heute darstellt, die einem Pulverfaß gleicht, das die Sicherheit und den Frieden in der Welt auf bedrohliche Weise gefährden kann. (...)

Henry Winston

Das Dilemma der Anpassungsstrategie der USA

Henry Winston ist Nationaler Vorsitzender der Kommunistischen Partei der USA.

(...) Im Zeitraum von 1946 bis 1979 gaben allein die Vereinigten Staaten 2 Bio Dollar für Rüstungszwecke – als „Verteidigungsausgaben“ bezeichnet – aus. Das bedeutet, daß das Volk eines ganzen Jahres der gesamten Güterproduktion und der Dienstleistungen beraubt wurde. Mit dieser Summe könnten den Slums und Ghettos in den USA ein Ende bereitet und die 350-Mrd-Dollar-Schuldenlast von den Schultern der Entwicklungsländer genommen werden. Es wäre ein erster wesentlicher Beitrag zum Programm einer Neuen Wirtschaftsordnung.

Diese Zahl von schwindelerregender Höhe ermöglicht dem staatsmonopolistischen Kapitalismus in den USA, Atombomben, MX-Raketen, Flugraketen und Pershing-Raketen herzustellen und als Militärstützpunkte in der US-Kolonie Puerto Rico, auf Diego Garcia, in Somalia, faktisch in der ganzen Welt zu errichten. (...)

Die grundlegende Haltung des US-Imperialismus in der Frage der Entspannung beinhaltet im wesentlichen folgendes:

Wir sind bereit, die gegenwärtigen territorialen Grenzen des sozialistischen Systems anzuerkennen, wenn es seinerseits bereit ist, dafür die territorialen Grenzen des imperialistischen Systems – das demnach alles umfaßt, was nicht sozialistisch ist – zu akzeptieren.

Vietnam zeigte die Grenzen des US-Interventionismus aus

Walt Rostow brachte das gelegentlich ganz unverblümt zum Ausdruck: es handele sich bei jeder sozialistischen Unterstützung für eine Revolution, für nationale Befreiungsbewegungen, um eine Einmischung in „unsere Welt“ und damit würde gegen die friedliche Koexistenz verstoßen. Aus dem gleichen Vorwand, der Verteidigung dessen, was „unser“ ist, leitet er das Recht ab, gegen revolutionäre und nationale Befreiungsbewegungen vorzugehen. Tatsächlich war es nach Auffassung Rostows – eines führenden Architekten der imperialistischen Politik der USA – eines der Hauptziele des Indochina-Krieges, der sozialistischen Welt und den nationalen Befreiungsbewegungen eine Lektion zu erteilen, die USA hätten die Macht, militärisch zu intervenieren und nationale Befreiungsbewegungen, wo auch immer, selbst 9.000 Meilen von den Küsten der USA entfernt, zu zerschlagen. Doch der Krieg in Vietnam bewies das völlige Gegenteil – die USA hatten keineswegs die Kraft, revolutionäre Befreiungsbewegungen zu zerschlagen. Nach der Niederlage in der Schweinebucht Kubas (1961; d. Red.) zeigt dies die Grenzen der USA, militärische Gewalt in der heutigen Welt anzuwenden. Die Niederlage in Vietnam öffnete auch dem Volk der USA die Augen; zugleich wurden damit militärische Abenteuer dieser Art erschwert.

Die Folge war, daß eine Anpassung der Taktik vorgenommen wurde, die das gleiche Ziel verfolgte. Diese neue Taktik



US-Trauma: Revolution im Iran 1978/79

(Nixon-Doktrin genannt; d. Red.) bestand in einem geringeren Beharren auf direkter militärischer Intervention und einer stärkeren Heranziehung von Vasallenstaaten, „subimperialistischen Mächte“, die erforderlichenfalls die militärische Aufgabe übernehmen, sowie einer stärkeren direkten Nutzung der Wirtschaftskraft, von Anleihen, Krediten usw., um die jungen unabhängigen Staaten von der Seite der sozialistischen Staaten abzudrängen und in die Abhängigkeit des imperialistischen Machtbereiches, insbesondere von den USA, zu zwingen. Damit wurde jedoch eine Auseinandersetzung zwischen den Vertretern dieser Taktik und den Exponenten des einen oder anderen Kurses eingeleitet.

Der ehemalige UN-Botschafter Andrew Young und der frühere Außenminister Cyrus Vance vertraten stärker jene Kreise, die sich dafür aussprechen, mit der Realität Schritt zu halten und die bedeutende Wirtschaftsmacht der USA sowie den Wunsch der unterentwickelten Länder nach rascher industrieller Entwicklung auszunutzen, um sie mit den Interessen der multinationalen Konzerne zu verbinden. Gleichzeitig sprachen sich die Kissingers und die Zbigniew Brzezinskis für offene Intervention aus und betrachteten die nationalen Befreiungsrevolutionen lediglich als Ableger oder gar Manipulationen, als seitens der sozialistischen Welt, insbesondere der Sowjetunion, gesteuerte Bewegungen. Für sie lief somit alles darauf hinaus, die Sowjetunion als den Feind und den Urheber aller ihrer Schwierigkeiten und Probleme herauszustellen.

Eine Zeitlang konnten beide Tendenzen nebeneinander durch einen Kompromiß bestehen, der starkes Gewicht auf die Rolle der sog. subimperialistischen Mächte legt, die willens sind, für den US-Imperialismus die militärische Schmutzarbeit auszuführen.

Beispiele dafür sind Südafrika mit seiner Intervention in Angola, Mocambique usw., Israel und der Iran im Nahen und Mittleren Osten, wobei der Iran eine wichtige Rolle bei

der militärischen Beherrschung der Erdölzeugzentren spielt, sowie Länder wie Brasilien in Lateinamerika u.a. Sie versuchten auch, die jungen unabhängigen Staaten – mithilfe von Stammeszwist und Nationalismus und daraus erwachsende Auseinandersetzungen innerhalb dieser Nationen – sowie die Befreiungsbewegung als Ganzes zu spalten, um die Aufmerksamkeit vom Hauptfeind, dem Imperialismus, abzulenken.

In jüngster Vergangenheit gab es eine erneute Hinwendung zur Haltung, die zur Zeit des Vietnam-Krieges dominierte, eine Betonung der militärischen Intervention – selbst der direkten militärischen Intervention.

Zwei Entwicklungen waren die Ursache dafür: das Unvermögen der von den Imperialisten ausgehaltenen Guerillabewegungen, die Siege in Angola, Mocambique und Äthiopien zu verhindern, und die unaufhörliche Ausbreitung der revolutionären Bewegung in Nicaragua und anderen mittelamerikanischen Staaten.

Irandedakel – springender Punkt des Rückgriffs auf den direkten Militärinterventionismus

Die Revolution in Iran war für den Wandel jedoch entscheidend. Darauf war der US-Imperialismus völlig unvorbereitet. Er hielt den Iran für unbezwingbar, dessen Militär für die modernste militärische Speerspitze im Nahen und Mittleren Osten. Er hielt die militärische Potenz für ausreichend, um seine Interessen in diesem Teil der Welt zu garantieren. Der Zusammenbruch des Regimes und die Niederlage der Streitkräfte des Schah zeigten, wie verkehrt es ist, auf ein repressives Regime zu setzen, und daß selbst seine stärksten Verbündeten nicht gegen eine Revolution gefeit sind.

Der Sturz des Schah war unmittelbarer Anlaß dafür, daß die USA mit der Formierung ihrer „schnellen Eingreiftruppe“ begannen, ihre Unterschrift unter das SALT-II-Abkommen ad acta legten und eine bisher beispiellose Aufrüstung in Angriff nahmen. Das bezieht sich nicht nur auf Kernwaffen, wo die Fähigkeit des Erstschlages angestrebt wird, sondern auch auf konventionelle Waffen. Das Streben ist unverkennbar, die sozialistische Welt mit der Fähigkeit eines Erstschlages als eines Mittels, das auch bei aus den Fingern gleitenden Situationen in der Dritten Welt zur Hand ist, einzuschüchtern.

Während die Politik der Carter-Administration (1977-81; d. Red.) zwischen der Taktik eines Brzezinski und eines Andrew Young schwankte, bewegt sie sich jetzt nahezu ausschließlich in die Richtung des Beharrens auf einer bewaffneten Intervention. Das ist eine Erklärung für die Amtsenthebung von Vance und auch Youngs (im Falle von Vance angesichts der Frage, ob im Iran Gewalt angewendet werden sollte oder nicht) und das anhaltend aggressive Gerede der Regierung. Was Ronald Reagan anbelangt, so vertritt er entschieden die aggressivsten militärischen Kreise, wie aus seiner Politik gegenüber Panama, Vietnam, Kuba, Iran und in der Frage des Wettrüstens ersichtlich ist.

Damit eröffnet sich uns eine Phase beträchtlicher Gefahren für den Weltfrieden, in der das eine oder andere militärische Abenteuer seitens des US-Imperialismus mehr als möglich erscheint. Es kann kaum Zweifel darüber geben, daß der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak vom US-Imperialismus geschürt wurde, der damit rechnet, daß sich im Verlauf dieses kriegerischen Blutvergießens eine Lage herausbildet, die eine Rückkehr zu den alten Zeiten gestattet. Auf Brzezinskis Liste angeblich von der Sowjetunion heraufbeschworener Krisenherde ist auch der Persische Golf. Das ist der springende Punkt.

Die Weltöffentlichkeit und nicht minder das Volk der USA sind in Sorge über die Konzentrierung von Washingtons See-

Luft- und Landstreitkräften im Nahen und Mittleren Osten. Die Gefahr kann nicht länger verschleiert werden, auch nicht vor dem Volk der USA. Die vom Big Business beherrschten Pressemedien der USA versuchen daher, Washington so darzustellen, als verfolge es eine Politik der „Neutralität“, und stacheln die Fortführung des Kriegskurses an, um die eigenen expansionistischen Zielstellungen leichter erreichen zu können.

Unter dem heuchlerischen Vorwand der Verteidigung des „freien Zugangs“ zum „Welterdöl“ und seines Schutzes gelang es Washington, für sich ein seit langem erstrebtes Ziel zu erreichen: die direkte Einmischung in Angelegenheiten des Nahen und Mittleren Ostens, und zwar mit Unterstützung der eigenen militärischen Kräfte auf dem Territorium einer Reihe von Staaten. Die USA streben nach Militärstützpunkten. Sie suchen mehr als nur eine stabile Basis.

Das steht im Zusammenhang mit der strategischen Zielstellung des US-Imperialismus: strategischen Boden zu besetzen, um von da aus imperialistische Machenschaften vom Stapel zu lassen – damit sollen die antiimperialistische Einheit der arabischen Länder gespalten, der Bewegung in Richtung vollständiger und bedingungsloser Selbstbestimmung der Völker Einhalt geboten, das Bündnis befreiter Staaten mit anderen nichtpaktgebundenen Staaten zerschlagen, sollen die Befreiungsbewegungen unterwandert und möglichst zunichte gemacht und alles getan werden, um engere Bindungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zu verhindern.

Das Band des gemeinsamen Kampfes gegen die gemeinsamen Unterdrücker

Washington betrachtete früher den Schah von Iran als seinen Gendarmen. Dieses Konzept ging nicht auf, da das iranische Volk seine Angelegenheiten in die eigenen Hände nahm.

Das ist ein nachhaltiger Grund für das Streben des US-Imperialismus, direkt und mit eigenen Kräften die Kontrolle auszuüben. Er bedient sich auch der israelischen Kriegstreiberclique unter Premier Menachem Begin, um seine Interessen durchzusetzen, die eine tödliche Gefahr für die Interessen des israelischen Volkes im allgemeinen und der palästinensischen Araber im besonderen darstellen. Er hat Ägyptens Präsident Anwar El Sadat gekauft. Jetzt hat er auch den Krieg, den er geschickt eingefädelt hat und von dem er erhofft, daß er die Zerschlagung der demokratischen Revolution des iranischen Volkes erleichtert und den Nahen und Mittleren Osten zur unbestrittenen Machtsphäre des US-Imperialismus werden läßt.

Jener Teil der herrschenden Klasse in den USA, der besorgt ist über die neuen militärischen Abenteuer und einen Weltkrieg sowie über den möglichen Verlust der imperialistischen Verbündeten in Westeuropa, ist nicht zu unterschätzen. (...) Während diese Gruppierung gegenwärtig zumindest zeitweilig ins Hintertreffen geraten ist, wird jedes neue Debakel der US-Außenpolitik und jede Verschärfung des Klassenkampfes im eigenen Land – in der Frage der Inflation und der Lastenverteilung für das verschärfte Wettrüsten – sie wieder in den Blickpunkt rücken, insbesondere wenn sie sich der bewußten Unterstützung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes erfreut. (...)

Die Friedensbewegung verkörpert eine bedeutende Bewegung in den Vereinigten Staaten. Die Stärkung der internationalen Solidarität kommt der Stärkung dieser Bewegung gleich, und die Stärkung dieser Bewegung wiederum stärkt den proletarischen Internationalismus.

Festigen wir unsere Einheit, um zu weiteren Siegen für Frieden, nationale Befreiung und Sozialismus voranzuschreiten.

Martha Buschmann

Die BRD, eine bedeutende Macht des Neokolonialismus und der NATO

Martha Buschmann ist Mitglied des Präsidiums der Deutschen Kommunistischen Partei.

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde!
Unsere Partei geht in ihrer grundsätzlichen Politik davon aus, daß dem antiimperialistischen Kampf der jungen Nationalstaaten und der nationalen Befreiungsbewegung große Bedeutung zukommt. Er richtet sich gegen denselben Feind, gegen den die Arbeiterklasse auch in unserem Land kämpft, gegen den Imperialismus. Darum verbinden wir in unserer praktischen Politik die entschiedene Vertretung der nationalen Interessen des arbeitenden Volkes der Bundesrepublik mit dem konsequenten Handeln entsprechend den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Kämpfer gegen den Imperialismus. (...)

Die Schlüsselposition der BRD in Europa

Oberster außenpolitischer Grundsatz der DKP ist es, dafür zu kämpfen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Darum wirken wir dafür, daß die Bundesrepublik einen aktiven Beitrag zur Sicherung des Friedens, zur Fortsetzung der internationalen Entspannung und zur Inangriffnahme der Abrüstung leistet. Von erstrangiger Bedeutung ist dabei, daß unser Land, das an der europäischen Grenzlinie der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme und Militärpakte (NATO- und Warschauer Pakt; d. Red.) liegt, ein normales und gutes Verhältnis zur sozialistischen Staatengemeinschaft, insbesondere zur Sowjetunion und zur Deutschen Demokratischen Republik, hat.

Das betrachten wir als eine Lebensfrage unseres Volkes, die seine Existenz und Sicherheit betrifft. Wir sind für eine eigenständige und zugleich weltoffene Außenpolitik, für eine Politik der Völkerfreundschaft, der Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den Staaten in Ost und West, mit allen Völkern der Welt.

Für unerläßlich halten wir eine Änderung der Außenpolitik der Bundesrepublik gegenüber den jungen Nationalstaaten. Die Bemühungen des BRD-Imperialismus, Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im Joch neokolonialistischer Abhängigkeit zu halten, reaktionäre Regimes zu stützen und als Barrieren gegen den gesellschaftlichen Fortschritt auszubauen, verurteilen wir auf das entschiedenste. Sie schädigen das internationale Ansehen unseres Landes und laufen den Interessen der Völker zuwider.

Es ist uns Bedürfnis, den Vertretern der nationalen Befreiungsbewegung dafür zu danken, daß sie gegen diese neokolonialistische Politik einen heldenhaften Kampf führen, in dem es ihnen gelungen ist, die Positionen des Imperialismus zu erschüttern, seinen Spielraum einzuengen und damit auch die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern zu begünstigen. (...)

Wie Sie, liebe Genossinnen und Genossen, wissen, ist die Bundesrepublik zu einem der ökonomisch und politisch

wichtigsten Staaten im kapitalistischen Weltsystem geworden. Als stärkste westeuropäische Militärmacht und als Hauptverbündete der USA in Europa hat sie Schlüsselpositionen in der NATO und übt bedeutenden Einfluß auf die Strategie dieses aggressiven Militärpaktes aus.

Dies ist bei den jüngsten US-imperialistischen Versuchen, die internationale Lage gefährlich zuzuspitzen, ganz deutlich geworden. Die Bundesregierung hat bei der Herbeiführung des NATO-Raketenbeschlusses (von Brüssel im Dezember 1980; d. Red.), der darauf abzielt, das vorhandene militärische Gleichgewicht zugunsten der NATO zu verändern, eine Vorreiterrolle gespielt. Bundeskanzler Helmut Schmidt rühmt sich, als erster die Initiative zur Stationierung amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik bereits 1977 ergriffen zu haben. Die Bundesregierung stimmt der neuen US-amerikanischen Atomkriegsstrategie zu. Sie hat nichts dagegen einzuwenden, daß Westeuropa in dieses Konzept eingebunden und damit die Staaten und Völker Westeuropas zu atomaren Geiseln der USA gemacht und hier die Voraussetzungen für einen atomaren Angriffskrieg gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder geschaffen werden sollen. (...)

Gemeinsamkeiten und Widersprüche zum US-Imperialismus

Es ist nicht zu übersehen, daß die Bundesrepublik auch in anderen Fragen ganz offensichtlich die Bestrebungen des US-amerikanischen Imperialismus unterstützt, von der Entspannung zur Konfrontation, zur „Politik der Stärke“ zurückzukehren. Dafür sprechen der Olympia-Boykott und die Tatsache, daß unser Volk durch große finanzielle Opfer und Unterstützung der US-Politik und reaktionärer Regimes, wie der Türkei und Pakistans, um soziale Errungenschaften betrogen wird.



Visite Bundeskanzler H. Schmidts im VW-Werk in Lagos/Nigeria

Wir führen einen entschiedenen Kampf gegen diese imperialistische Politik und verurteilen auf das schärfste die Unterstützung, die sie durch die Pekinger Führer erfährt, die nicht nur von der Unvermeidlichkeit eines neuen Weltkrieges ausgehen, sondern auf ihn hinarbeiten und die materielle Kriegsvorbereitung forcieren.

Bei diesen Feststellungen übersehen wir nicht, daß es zwischen dem amerikanischen und dem BRD-Imperialismus nicht nur Übereinstimmung, sondern auch Widersprüche gibt, die sich besonders daraus ergeben, daß das westdeutsche Monopolkapital auf eine Verstärkung seiner weltpolitischen Rolle drängt. Von daher ist seine strategische Grundorientierung gegen den Sozialismus und die fortschrittlichen Kräfte in den kapitalistischen und Entwicklungsländern gerichtet. Es geht ihm um eine Vergrößerung des politischen Spielraums gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf zu verweisen, daß die BRD seit ihrem Bestehen Kurs darauf genommen hat, sich von gewissen Fesseln zu befreien, die ihr infolge der Niederlage des deutschen Imperialismus im 2. Weltkrieg auferlegt wurden. Jüngstes Beispiel für diesen Kurs ist die Tatsache, daß der Rat der Westeuropäischen Union (WEU) auf Antrag der BRD und nach Befürwortung des Obersten Befehlshabers der NATO in Europa, des US-General Rogers, alle noch formell bestehenden Beschränkungen für Tonnagegrößen von BRD-Kriegsschiffen aufgehoben hat.

Damit sind fast alle jene Rüstungsbeschränkungen aufgehoben, zu denen sich die BRD 1954 beim Abschluß der Pariser Verträge verpflichtet hatte. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß dieser Aufhebungsbeschluß der WEU die Voraussetzungen für die neue Rolle schaffen soll, die der Bundesmarine im Konzept der sog. Arbeitsteilung in der NATO zgedacht ist. Sie soll nämlich im europäischen Nordmeer, im Nordatlantik und gegebenenfalls sogar im Südatlantik bestimmte, bisher von der US-Marine ausgeübte Funktionen übernehmen.

Aufstieg zu einem der großen neokolonialistischen Ausbeuter

Darüber hinaus ist es eine Tatsache, daß der Imperialismus der BRD zu einem der großen Ausbeuter der Entwicklungsländer geworden ist. Die westdeutschen Konzerne haben ihre Kapitalanlagen, die Rohstoffgewinnung und ihre Marktanteile in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ausgedehnt. Monopole und Staat bestätigen sich als Organi-

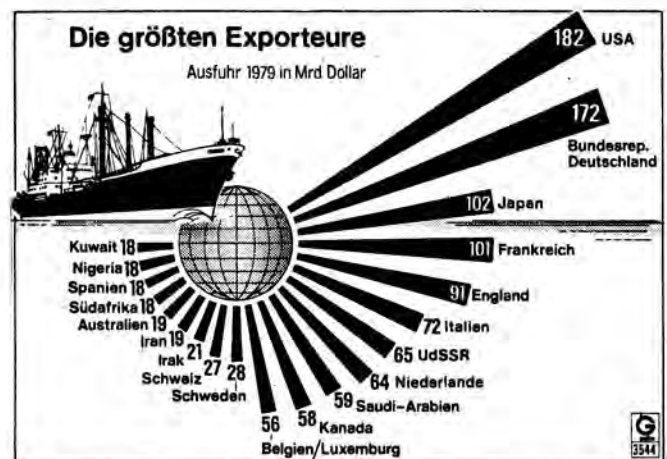


NATO-Manöver 1980: Bundeswehrpanzer und -soldaten sind europäische „Spitze“

satoren des Neokolonialismus. Sie paktieren mit faschistischen und rassistischen Regimes. Sie versuchen fortschrittliche Entwicklung zu verhindern.

So gerät die herrschende Klasse der BRD in einen zunehmenden Gegensatz zu den Interessen der jungen Nationalstaaten, zu ihren gerechten Forderungen nach Beseitigung der neokolonialistischen Ausbeutungspraktiken, nach gleichberechtigten Austauschbeziehungen, nach Respektierung ihrer Souveränität und ihres unveräußerlichen Rechtes auf selbständige Verfügungsgewalt über ihre nationalen Reichtümer.

Bevorzugte neokolonialistische Strategie des BRD-Imperialismus ist die des kollektiven Neokolonialismus, insbesondere im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Dies ermöglicht ihm in die Einflusssphären des französischen und britischen Imperialismus einzudringen, sichert ihm bessere Ausgangspositionen in der Konkurrenz zu den USA, dient dem Ausbau seiner Führungsrolle in Europa und nicht zuletzt der Verschleierung seiner imperialistischen Ziele.



Schließlich ist die besondere Zuspitzung aller Fragen der Systemauseinandersetzung durch die geographische Lage unseres Landes an der Scheidelinie zwischen den Systemen sowie durch die Tatsache bedingt, daß auf einem Teil seines ehemaligen Herrschaftsgebietes ein sozialistischer Staat, die Deutsche Demokratische Republik, entstanden ist. Obwohl das veränderte internationale Kräfteverhältnis in den 70er Jahren dazu beitrug, den Revanchismus zum Scheitern zu verurteilen, kann nicht übersehen werden, daß die aggressivsten Kreise des BRD-Imperialismus nach wie vor an der Politik der Stärke und des Revanchismus festhalten und ihre alten Ziele nicht aufgegeben haben.

Auch die Politik der Bundesregierung ist nicht frei von Elementen, die den mit den sozialistischen Staaten geschlossenen Verträgen zuwiderlaufen. So beharrt sie zum Beispiel gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik auf einem „besonderen Verhältnis“, hinter dem jener Anspruch steht, der sich in der Nichtanerkennung der eigenen Staatlichkeit der DDR dokumentiert. (...)

Die DKP ist Teil der großen Bewegung zur Erneuerung der Welt. Sie sieht im Voranschreiten der drei revolutionären Hauptströme unserer Zeit – des sozialistischen Weltsystems, der revolutionären Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung – die prägende Kraft unserer Epoche, der Gegenwart und Zukunft der Menschheit.

Darum wirken wir für die Festigung der Einheit aller revolutionären Kräfte. Darum üben wir uningeschränkte Solidarität mit allen Kämpfern für Frieden, Freiheit und gesellschaftlichen Fortschritt. Darum gestalten wir unsere nationale Politik im Einklang mit dem revolutionären Weltprozeß.

Neokolonialismus und Neue Weltwirtschaftsordnung

In der Debatte der Berliner Konferenz spielte der Problemkomplex des Kampfes gegen den Neokolonialismus und für eine demokratische Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen eine herausragende Rolle. Wir konzentrieren uns – neben der Dokumentierung der vorstehenden Beiträge – darauf, einige uns wichtig und neu erscheinende Aspekte der Diskussion in den Sektionen II und III wiederzugeben.

Der gemeinsame und übereinstimmende Ausgangspunkt wurde, wie es im Bericht zur Sektion II heißt, darin gesehen, „daß nach dem Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems, nach der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit durch die Mehrheit der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Fragen der ökonomischen Entwicklung und Unabhängigkeit mehr und mehr in den Vordergrund treten und zu einem Hauptfeld der nationalen und internationalen Auseinandersetzung werden“.

Die Ursache dieser Entwicklung wurde von **Raman Mazumdar**, Mitarbeiter der Internationalen Abteilung des Nationalrates der Kommunistischen Partei Indiens, mit den folgenden Worten analysiert: „Die Erlangung der politischen Unabhängigkeit ist nicht automatisch mit wirtschaftlicher Unabhängigkeit verbunden. Die Erfahrungen der Völker der Entwicklungsländer belegen, daß die gegenwärtige Arbeitsteilung in der kapitalistischen Weltwirtschaft, mit deren Hilfe die jüngst befreiten Staaten in Abhängigkeit gehalten werden, das Haupthindernis für ihre wirtschaftliche Entwicklung darstellt.“

Die Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt vom Imperialismus zu erhalten und den kapitalistischen Entwicklungsweg in diesen Ländern durchzusetzen, wurde übereinstimmend als eines der Hauptziele des Neokolonialismus herausgearbeitet. Darüber hinaus gehe es dem Neokolonialismus, wie es im Bericht der Sektion II weiter heißt, darum,

- das gemeinsame Handeln dieser Länder zu durchbrechen, ihr antiimperialistisches Zusammenwirken zu stören,
- die national befreiten Staaten von den sozialistischen Staaten zu trennen und
- die ökonomische Entwicklung dieser Länder den Profitinteressen des internationalen Monopolkapitals unterzuordnen.“

In Konkretisierung dieser allgemeinen Zielstellungen fand eine lebhafte Diskussion über die einzelnen Merkmale und Methoden des Neokolonialismus statt. In diesem Zusammenhang wies **Clement Rohee**, Repräsentant der Fortschrittlichen Volkspartei Guyanas, darauf hin, daß sein Land – nach einer Periode begrenzter antiimperialistischer Umgestaltungen – heute wieder zum „Gegenstand einer wiederbelebten neokolonialistischen Offensive geworden“ ist.

„Es werden bewährte und wohlbekannte Mittel eingesetzt“, führte der Redner aus, „um Guyana einzuwickeln und es im neokolonialistischen Lager zu halten. Dabei ist an erster Stelle der Einsatz imperialistisch gesteuerter Geldinstitutionen, wie z.B. des IMF (Weltwährungsfonds; d. Red.), der Weltbank usw., zu nennen.“ Besonders hob C. Rohee die Rolle des Technologiemonopols der transnationalen Konzerne im System des Neokolonialismus hervor. „Da sie das technische Potential in ihren Händen halten, ist es für sie leichter, die Wirtschaft in diesen Ländern zu beherrschen und zu kontrollieren. Gleichzeitig sind die Kosten für westliche Technologie und selbst für veraltete Anlagen unermesslich hoch. Nach einer UNCTAD-Studie werden sie 1980 wahrscheinlich insgesamt auf etwa 9 Mrd US-Dollar steigen.“

In engem Zusammenhang damit steht auch die „Abwerbung von Experten, Verwaltungs- und Leitungspersonal, Angehörigen der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz aus den Entwicklungsländern“. Durch diesen „Brain Drain“ verarmten „diese Nationen immer weiter, während die entwickelten kapitalistischen Länder aus der Nutzung dieser ausgebildeten und spezialisierten menschlichen Ressourcen riesige Profite ziehen“.

Am Beispiel des Iran, analysierte **Dr. Hamid Safari**, Mitglied des Politbüro der Tudeh-Partei des Iran, das Scheitern eines neokolonialistischen Modells, das von den neokolonialistischen Apologeten einst als „iranisches Wunder“ apostrophiert wurde, das kurz vor dem Aufstieg zu einer selbständigen entwickelten Industriemacht gestanden habe.

„Es war ausgesprochen naiv“, so H. Safari, „in einem Land, in dem

sich in verstärktem Tempo ein mit dem sozialen und ökonomischen Fortschritt unvereinbarer Prozeß der Militarisierung der Wirtschaft vollzog, eine derartige Entwicklung zu erwarten. In Wirklichkeit war es den Vereinigten Staaten nach der Niederlage der nationalen Befreiungsbewegung Anfang der 50er Jahre, welche in hohem Maße eine Folge des 'Kalten Krieges' gewesen war, gelungen, das Land in ein Labor zu verwandeln, in dem der Imperialismus neue Methoden des 'kollektiven Neokolonialismus' erprobte, angefangen mit der Einführung einer 'Montageindustrie' bis hin zur Militarisierung der Wirtschaft durch den Verkauf moderner Waffen und die Errichtung einiger Rüstungsindustrieobjekte.“ Den dadurch herbeigeführten Typ der Entwicklung charakterisierte H. Safari als „abhängigen Kapitalismus“, der durch die völlige Kontrolle der iranischen Volkswirtschaft durch die internationalen Monopole gekennzeichnet sei.

Internationale Konzerne – Säulen des Neokolonialismus

Einen hohen Stellenwert in den Diskussionen hatte die Untersuchung verschiedener Modifikationen, denen das System des Neokolonialismus unter dem Druck verschiedener politischer und ökonomischer Faktoren in der letzten Zeit ausgesetzt ist. So beschäftigte sich u.a. der ungarische Wirtschaftswissenschaftler Prof. **Tamas Szentes** mit der „Krise des 'kolonialen Musters' der internationalen Arbeitsteilung“ und seiner Ablösung durch ein neues Muster der Arbeitsteilung. Da auch dieses neue Muster „noch weitgehend von der unkontrollierten Aktivität und den Geschäftsinteressen der internationalen Konzerne“ bestimmt sei, könne es sich „zu einem weiteren unausgewogenen (neokolonialistischen) Muster entwickeln, zu einer Arbeitsteilung zwischen den hochindustrialisierten Ländern, die allein über die Zentren der Industrieforschung und -technologie verfügen, und den weniger entwickelten Ländern mit einigen abhängigen Industriezweigen zusätzlich zur Produktion von Rohstoffen, wobei sie auf das von multinationalen Konzernen kontrollierte Know-how und die entsprechende Technologie zurückgreifen müßten“.

Das neue Muster der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung spiegelte sich vor allem in der Investitionspolitik der internationalen Monopole wider. Im Gegensatz zum kolonialen Muster der Arbeitsteilung „werden bei den neueren Investitionen (zusammen mit den noch immer wichtigen Mineralrohstoffen) in erster Linie diejenigen Zweige der verarbeitenden Industrie bevorzugt, die (in der Hauptsache Luxus-)Konsumgüter oder Bauteile mit moderner, importierter Technik herstellen“. Nach wie vor seien die internationalen Konzerne an der Aufrechterhaltung von Schranken interessiert, „die die Errichtung eines Produktionsgütersektors an der Peripherie zur Sicherung einer eigenen technologischen und Entwicklungsbasis, insbesondere die Errichtung von wissenschaftlichen Zentren des technischen Fortschritts, verhindern soll“. Insgesamt sei die neue Investitionspolitik des internationalen Monopolkapitals „nicht so sehr dazu angetan, die Sphäre der nationalen Entscheidungsgewalt zu erweitern, sondern eher diese zu vermindern, die Souveränität über die nationale Wirtschaft in den Entwicklungsländern einzuschränken“.

Die Rolle des BRD-Neokolonialismus im Konzert der internationalen Konzerne beleuchtete der Diskussionsbeitrag von Prof. **Max Schmidt**, Direktor des Berliner Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft. Er belegte mit einigen Fakten, „daß – gestützt auf die Rolle ihrer transnationalen Konzerne – die BRD heute zur zweiten imperialistischen Macht geworden ist“. Die westdeutschen Konzerne konnten gegenüber ihren Konkurrenten in den 70er Jahren bedeutende Positionsgewinne in der internationalen Rangliste der jeweils umsatzstärksten Konzerne erzielen. So nahmen die drei größten westdeutschen Chemiekonzerne Hoechst, Bayer und BASF 1978 auch international den 1., 2. und 3. Platz ein, während sie 1970 noch auf dem 3., 6. und 8. Platz lagen. Die Eisen- und Stahlkonzerne Thyssen, Mannesmann und Krupp lagen 1978 im internationalen Vergleich auf den Plätzen 3, 4 und 6 ihres Zweiges (1970: 4., 8., 9.). Und der Elektrokonzern Siemens arbeitete sich vom 9. auf den 5. Platz der Weltrangliste vor.

„In den 70er Jahren“, fuhr der Redner fort, „haben sich die Direktinvestitionen im Ausland verdreifacht und ein Höhe von 66 Mrd DM

erreicht (Stand: Anfang 1980). Der Auslandsbesitz der BRD-Konzerne umfaßte nach den letzten verfügbaren Angaben rund 8.600 Firmen mit einem Vermögenswert von 260 Mrd DM und mit 1,2 Mio Beschäftigten. Die 15 größten Industriekonzerne der BRD realisieren durchschnittlich 54%, die fünf mächtigsten mehr als 2/3 ihrer Umsätze im Ausland. Von 1970 bis 1977 wurde das Auslandspotential der 15 größten Industriekonzerne um 32 Mrd DM Auslandsproduktion (+ 150%), um 200.000 Beschäftigte und um 44 Mrd DM Exportvolumen (+ 118%) vergrößert."

M. Schmidt betonte, „daß der BRD-Imperialismus heute eine Hauptmacht der Ausbeutung der Entwicklungsländer geworden ist, auch wenn er dies oft hinter kollektiven Formen des Neokolonialismus verbirgt und unter der Flagge der EG auftritt. Wir können und dürfen dieses weltpolitische Tätigwerden nicht unterschätzen; denn direkt und arbeitsteilig als Partner der USA tritt der Imperialismus der BRD auf, um die internationalen Wirtschaftsbeziehungen dem monopolistischen Diktat zu unterwerfen."

Der Kampf um eine Neue Weltwirtschaftsordnung...

Vor dem Hintergrund der Analyse der neokolonialistischen Mechanismen wurde die Aufgabe der Bewegung für eine Neues Internationale Wirtschaftsordnung übereinstimmend als antiimperialistische, antineokolonialistische und vor allem als Kampf gegen die transnationalen Konzerne definiert, den die drei revolutionären Hauptströme unserer Zeit gemeinsam führen müßten. „Übereinstimmend wurde betont," wie es im Bericht der Sektion II heißt, „daß die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist, um die Ausbeutung und Ausplünderung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas durch die internationalen Monopole zu beseitigen. Die berechtigten Forderungen nach einer Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung, wie sie erneut auf der 11. Sondertagung der UN-Vollversammlung erhoben wurden, entsprechen den Interessen der Werktätigen aller Länder. Es wurde die Auffassung vertreten, daß angesichts des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses die grundlegenden antiimperialistischen Forderungen, die in Beschlüssen der 6. Sondertagung der UN-Vollversammlung sowie in der Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten (von 1974; d. Red.) enthalten sind, realistisch sind und unterstützt werden sollten." Gleichwohl wurden in der Diskussion die aktuellen Probleme des Kampfes um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung benannt, so etwa der begrenzte und teilweise widersprüchliche Charakter, der aus der breiten sozialen Basis der Bewegung und den im gegenwärtigen Konzept einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung vorhandenen Inkonsistenzen selbst resultiere. Zahlreiche Redner betonten, „daß die demokratische Umgestaltung der internationalen

Wirtschaftsbeziehungen im engen Zusammenhang mit dem Problem Nr. 1 unserer Zeit – der Sicherung des Friedens und wirksamer Abrüstung – steht." (Sektionsbericht II) Der gegenwärtige Konfrontationskurs des US-Imperialismus bleibe auf den Kampf für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung nicht ohne Auswirkung.

...hat seine Grenzen

In diesem Zusammenhang wurde auf die aktuellen imperialistischen Versuche verwiesen, die internationale Debatte um die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen von den Hauptfragen wegzuführen und die gemeinsame Front im Kampf für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung zu schwächen. „Da die ungleichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen in den monopolistischen Verhältnissen des Eigentums und der Kontrolle in der kapitalistischen Weltwirtschaft sowie in der ungleichen Verteilung der strukturell bedingten Rollen in der internationalen Arbeitsteilung verwurzelt sind (und nicht einfach in den ungleichen Austauschbedingungen, Verhandlungspositionen, in den 'Unzulänglichkeiten' des Marktes oder in einem unangepaßten Technologietransfer – wie es aus einigen 'neuen linken' Theorien und reformistischen Konzeptionen hervorgeht)," unterstrich Tamas Szentes, „werden eine reine Neuverteilung der Einkommen, bestimmte Linderungsmethoden, Wohltätigkeitsaktionen oder kleinere Reformen des Marktes kaum eine wahre Lösung herbeiführen."

Die neben S. Cissoko (swo.) wohl interessantesten Ausführungen zu Charakter und Grenzen des Kampfes um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung trug Prof. Peter Stier, Institutsdirektor an der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner" in der DDR, vor. Obgleich die Bewegung für eine demokratische Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Kontext des antiimperialistischen Kampfes der Befreiungsbewegungen und des sozialistischen Lagers zu sehen sind, sei folgendes zu berücksichtigen: „Ihrem sozialökonomischen Charakter und dem Hauptinhalt ihrer Forderungen nach geht diese Bewegung jedoch nicht über den Kapitalismus hinaus. Sie stellt nicht das kapitalistische System als solches in Frage." Ausbeutung, Unterentwicklung und Armut könnten nur überwunden werden, „wenn es gelingt, innerhalb der Entwicklungsländer moderne volkswirtschaftliche Produktionsstrukturen zu schaffen". P. Stier hob hervor: „Der Kampf um die demokratische Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen vollzieht sich – das muß man hier unterstreichen – auf der Basis der Entwicklung des Kapitalismus in der Mehrheit der Entwicklungsländer, und der Kapitalismus in den Entwicklungsländern ist und bleibt seiner Natur nach Kapitalismus, auch wenn er in diesem Teil der Welt veränderte Bedingungen in Rechnung zu stellen hat. Gleichzeitig versuchen sich die imperialistischen Mächte diesem Prozeß in einer Weise anzupassen, die ihre



Produktionsstätten bundesdeutscher Autokonzerne BMW, Ford-BRD und Volkswagen

(aus: Auto-Magazin 3/1980)



Profitinteressen nicht beeinträchtigt." Die Möglichkeiten progressiver Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft seien nicht erschöpft, „wenn zwei Bedingungen gegeben sind:

1. wenn es gelingt, die antiimperialistische Einheit der Entwicklungsländer, wie sie sich insbesondere in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zeigt, aufrechtzuerhalten und zu festigen;
2. wenn es gelingt, die politische und ökonomische Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten im vollen Umfang für die Umgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zu nutzen."

Abschließend formulierte P. Stier die folgenden Schlußfolgerungen: „1. Der Kampf um die demokratische Umgestaltung der internationalen kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen ist eine Bedingung, ein Element des Kampfes um sozialen Fortschritt und soziale Befreiung. Er kann dieses jedoch nicht ersetzen, weil er die Grundlage des kapitalistischen Systems nicht unmittelbar in Frage stellt.

2. Dieser Kampf wird von unterschiedlichen sozialen Triebkräften getragen, sowohl von solchen, die für eine gewisse eigenständige kapitalistische Entwicklung in den Entwicklungsländern eintreten, als auch denen, die für grundlegende soziale Umgestaltungen als Voraussetzung echter sozialer Fortschritte eintreten. Deshalb bietet diese Bewegung auch die Möglichkeit eines sehr breiten antiimperialistischen Bündnisses.

3. Schließlich, dies wurde in der Diskussion sehr deutlich, liegt die demokratische Umgestaltung der internationalen kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen im Interesse aller revolutionären Hauptströme unserer Zeit."

Im Diskussionsbeitrag von Raman Mazumdar (Indien) heißt es: „Der soziale Charakter der herrschenden Klassen in den Entwicklungsländern bestimmt die wirkliche Einstellung dieser Regierungen zur Art der Umstrukturierung der bestehenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Obwohl die antiimperialistischen Interessen insgesamt die Basis für die Einheit darstellen, führen zentrifugale Tendenzen innerhalb der Bewegung häufig zu Inkonsistenzen und sogar zu Widersprüchlichkeit.

Die Art der Veränderung am bestehenden System, wie sie von vielen Entwicklungsländern vorgeschlagen wird, sehen viele nur nach kapitalistischen Grundsätzen und innerhalb des kapitalistischen Systems. Sie müssen noch den inneren Zusammenhang zwischen der neokolonialistischen Ausbeutung und dem kapitalistischen System erkennen; weiterhin müssen sie begreifen, daß jedwede Reform der kapitalisti-

schen internationalen Wirtschaftsbeziehungen und Einschränkungen der Funktion der spontanen Marktkräfte keineswegs die Grundlagen der neokolonialistischen Ausbeutung beseitigen. Gerade dieser Mangel an Einsicht auf Seiten der meisten Länder der Dritten Welt spiegelt sich in der völligen Lostrennung des Programms für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung von den notwendigen Veränderungen innerhalb des eigenen Landes wider. Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß eine bloße Erhöhung des Zuflusses an Ressourcen von außen an sich noch nicht die grundlegenden Probleme zur Beendigung der Rückständigkeit, Massenarmut, Arbeitslosigkeit und des Analphabetentums lösen kann und daher schließlich auch nicht das Entstehen eines modernen Systems der Produktivkräfte garantieren kann.

Die Umsetzung hängt von progressiven Veränderungen im Innern ab

Wenn der erhöhte Zufluß an Ressourcen nicht von weitreichenden fortschrittlichen gesellschaftlichen Veränderungen innerhalb des Landes begleitet wird, so erhöht dieser möglicherweise die gesellschaftliche Ungleichheit und führt zur Bereicherung der privilegierten Schichten der Gesellschaft und darüber hinaus zu einer Verschmelzung von deren Interessen mit denen des internationalen Monopolkapitals."

In ähnlich akzentuierter Weise verwies Fernando Sanchez Altavera, Mitglied der Nationalen Leitung der Revolutionären Sozialistischen Partei Perus, bei seinen Betrachtungen zur Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung auf die Notwendigkeit interner sozialökonomischer Umgestaltungen: „Wenn nicht eine Neustrukturierung der Volkswirtschaften (in der Dritten Welt; d. Red.) erfolgt und die transnationalen Konzerne weiterhin unsere Exporte kontrollieren, läuft der Kampf gegen den Protektionismus der imperialistischen Länder darauf hinaus, diesen Konzernen Nutzen zu bringen und nicht unseren Ländern... Was als ein Kampf für gerechte Forderungen hingestellt wird, gereicht schließlich innerhalb der neuen internationalen Arbeitsteilung den transnationalen Konzernen zum Vorteil... Ohne nationale Befreiung und ohne eine selbständige Entwicklung werden die internationalen Errungenschaften nicht den Völkern dienen. Deshalb ist für die Befreiungskämpfe der von den nichtpaktgebundenen Ländern eingeschlagene Kurs so wichtig, in deren Mitte solche Länder hervortreten, die sich von der imperialistischen Herrschaft befreit haben."

Die meisten Teilnehmer der Diskussion gingen davon aus, daß der Kampf um eine demokratische Veränderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und das Ringen um innere progressive Veränderungen in den Entwicklungsländern in einem dialektischen Verhältnis zueinander stünden. Und: „Es bestand Übereinstimmung darüber," heißt es im Bericht der Sektion II, „daß neue internationale Wirtschaftsbeziehungen nicht einfach das Resultat von Verhandlungen sein können, sondern daß sie durch den Kampf der Völker in einem breiten Bündnis Schritt für Schritt durchgesetzt werden müssen." Der Kampf der Volksmassen sei der einzige Garant sowohl für die Beseitigung neokolonialistischer Verhältnisse und reaktionärer Systeme als auch für die Schaffung einer neuen, demokratischen Wirtschaftsordnung.

AIB-Sonderdrucke noch lieferbar!

AIB
Sonderheft
Nr. 1 / 1980
Antimperialistisches Informationsbulletin

**J. Strauß und die
CDU/CSU-Weltpolitik**

Mit Strauß
Kraft
Wirtschaft

CDU/CSU-Entwicklungspolitik
Dienstag • Mittwoch • Donnerstag

AIB
Sonderheft 2 / 1980

TÜRKEI

AIB-Sonderhefte 1980 zur CDU/CSU-Entwicklungspolitik und zur Türkei nach dem Putsch vom 12. September 1980.
Bestellkarte in der Mitte dieses Heftes benutzen!

Schwarzafrika

AFRIKA
1 Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart



Kleine Bibliothek Pahl-Rugenstein

AFRIKA
2 Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart



Kleine Bibliothek Pahl-Rugenstein

Jürgen Ostrowsky Südafrika
Wolff Geisler Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf



Kleine Bibliothek Pahl-Rugenstein

A. Babing H.-D. Bräuer NAMIBIA
Kolonialzeit Widerstand Befreiungskampf heute



Kleine Bibliothek Pahl-Rugenstein

Band 1: Thea Büttner, Afrika von den Anfängen bis zur territorialen Aufteilung durch die Kolonialmächte. 372 Seiten, DM 14,80

Band 2: Heinrich Loth, Afrika unter Kolonialherrschaft und die Formierung der antikolonialen Kräfte (1884—1945). 297 Seiten, DM 14,80

Kleine Bibliothek Band 125
161 Seiten, DM 12,80

Kleine Bibliothek Band 186
219 Seiten, DM 12,80

Vier Bände:
Kleine Bibliothek 155—158
Bände 3 und 4 erscheinen 1981

Prosper Kivouvou **ANGOLA**
Vom Königreich Kongo zur Volksrepublik




Kleine Bibliothek Pahl-Rugenstein

Benzing Wolde-Giorgis **Das neue Äthiopien**
Vom Kaiserreich zur Revolution



Kleine Bibliothek Pahl-Rugenstein

R. Falk P. Wahl **Befreiungsbewegungen in Afrika**
Politische Programme



Kleine Bibliothek Pahl-Rugenstein

Mit Illustrationen und Karten
Kleine Bibliothek Band 196
272 Seiten, DM 14,80

Kleine Bibliothek Band 205
Ca. 240 Seiten, DM 14,80

Kleine Bibliothek Band 204
Ca. 400 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

Telefon (0221) 36 40 51

Lucie Suhling
**Der unbekannte
 Widerstand**

Erinnerungen

*Nach dem 8. Mai 1945 nach der Befreiung
 unseres Vaterlands vom Krieg und Faschismus
 haben die hunderttausend Widerstandskämpfer
 aus den Konzentrations- und Lagerstätten
 liegen gelassen, viele unserer Kameraden
 sind schweren gesundheitlichen Schäden. Trotz
 aller Anstrengungen sind nur Wunden
 geküsst, sich um sie den Kampf für eine
 antifaschistische Demokratie zu entfalten.
 Damals fanden wir keine Zeit, unsere Lebens-
 erinnerungen festzuhalten. Heute sind wir
 noch jung, die leben die politischen Kämpfe
 in der Zeit des Kaiserreichs, der Weimarer
 Republik und des Hitlerregimes aus eigener
 Erfahrung berichten können.*

Röderberg

204 Seiten, kart., 15,- DM

Bembenek/
 Schumacher

**Nicht alle sind tot,
 die begraben sind**

Widerstand und Verfolgung
 in Wiesbaden 1933-1945

Vor dem Hintergrund der Ereignisse auf
 Reichsebene berichten die Autoren über
 Naziterror und Gegenwehr bereits vor
 1933 - bis hin zur Rettung der Stadt vor
 dem totalen Chaos und den antifa-
 schistisch-demokratischen Anfängen
 nach der Befreiung 1945.

LOTHAR BEMBENEK / FRITZ SCHUMACHER

**NICHT ALLE SIND TOT,
 DIE BEGRABEN SIND**

WIDERSTAND UND VERFOLGUNG
 IN WIESBADEN 1933-1945



BIBLIOTHEK DES WIDERSTANDES
 RÖDERBERG

112 Seiten, kart., 8,- DM

**PAUL
 ZECH**
**DEUTSCH-
 LAND,**
 Ein Tatsachen-
 Roman
**DEIN
 TÄNZER
 IST DER
 TOD**

512 Seiten, Ln. mit Schutzumschlag, 23,- DM

Paul Zech
**Deutschland, Dein
 Tänzer ist der Tod**
 Tatsachenroman

Dieser Roman von Paul Zech (1881
 -1946) über Faschismus und Wider-
 stand in Deutschland während der
 ersten Jahre nach 1933 ist ein
 Dokument aus einer Zeit, in der
 es noch denkbar und realistisch schien,
 daß eine starke deutsche Volksfront das
 Hitlerregime hätte stürzen und die Ent-
 fesselung des Zweiten Weltkrieges ver-
 hindern können.

Bestellen bei
 Röderberg-Verlag GmbH
 Postfach 4129 · 6000 Frankfurt/M. 1

tat

kräftig
 gegen:
**Neonazismus
 und
 Rechtsgefahr,
 Kriegstreiberei
 und
 Militaristen,
 Verfassungsbruch
 durch
 Berufsverbote,
 Schnüffeleien
 und
 Zensur**



weil
**Antifaschisten
 eine
 antifaschistische
 Zeitung brauchen**

- Ich möchte kostenlose Probeexemplare
- Ich möchte „die tat“ abonnieren

Postbezug jährlich O DM 45,-
 Sonderpreis für Studenten, Schü-
 ler, Soldaten, ZDL, Auszubildende
 Q DM 30,-

Name: _____
 Straße _____
 PLZ, Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Einsenden an

Röderberg-Verlag



Postfach 4129,
 6000 Frankfurt/M.

SH 1/81